

Die *EU-Zukunftskonferenz* erarbeitet Lösungen in den Themenfeldern:

Klimawandel und Umwelt
Gesundheit
Wirtschaft
Die EU in der Welt
Werte und Rechte
Digitaler Wandel
Demokratie in Europa
Migration
Bildung, Kultur, Jugend und Sport
Weitere Ideen

Aus all diesen Formaten werden bis zum Frühjahr 2022 Leitlinien für die Zukunft Europas erarbeitet.

MIGRATION

Caminantes, so werden sie in Lateinamerika genannt: Menschen, die meist zu Fuß auf dem Weg sind – in eine mehr als ungewisse Zukunft. Sie brechen auf, weil es in ihrer Heimat kaum noch (Über-)Lebensmöglichkeiten gibt. In den letzten Jahren hat sich die von Venezuela ausgehende Migration zu einer andauernden humanitären Krise entwickelt. Seit dem Jahr 2000 sind *mehr als sechs Millionen* Menschen aus ihrer Heimat Venezuela geflüchtet, *vier Millionen* davon in den letzten sechs Jahren. Es herrscht kein Krieg, aber alle anderen Formen von struktureller Gewalt sind in Venezuela präsent. Es gibt einen *Massenexodus von Menschen* mit großer Verwundbarkeit, wenigen Ressourcen und geringen Kompetenzen – Menschen, die von oft extremer Armut betroffen sind, machen sich auf den Weg. *Migration* ist also keinesfalls nur ein die EU betreffendes Problem, sondern eine *globale Herausforderung!*

38.638 Mal wurde im Jahr 2021 in Österreich *Asyl* beantragt – plus 162 % zum Jahr davor. Nur während der *Flüchtlingskrise 2015/2016* lag der Wert noch höher. 86 % der Geflüchteten waren Männer; am häufigsten stellten Syrer, Afghanen und Marokkaner Anträge. Durch den Ausbruch des schrecklichen Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 hat die *Asylproblematik*, welche nur einen Teilaspekt der *Migration* darstellt, eine neue innereuropäische Dynamik erhalten.

Der Bürgermeister der Grenzstadt *Bihać* in Bosnien und Herzegowina *Šuhret Fazlić* gab der Tageszeitung „*Kurier*“ am 20. Feber 2022 (S. 23) ein Interview. *Bihać* hat rund 61.000 Einwohner/innen, hatte selbst rund 1.000 Tage lang Krieg. Bürgermeister *Fazlić* sagte im Interview: „*Zu EU-Politikern fällt mir nur ein Wort ein: Heuchler!*“ Zum Thema *illegale Pushbacks* durch kroatische Grenzpolizisten: „*Die Brutalität, mit der hier zum Teil vorgegangen wird, ist doch längst auch mit Bildern dokumentiert. Es gab schon so viele Rückschiebungen, ohne dass man den Leuten die Chance auf ein faires Verfahren gegeben hätte. Dabei werden sie auch geschlagen, und es werden ihnen ihre Habseligkeiten abgenommen. Ich selbst wurde drei Mal Augenzeuge von solchen Vergehen. Einmal kamen uns an der Grenze zwei iranische Flüchtlinge entgegen. Beide waren splitternackt, beide völlig erschöpft. Ich habe nichts gegen einen legalen Zugriff, aber bitte nicht so.*“

Von Wärmebildkameras und Nachtsichtgeräten ausgespäht, werden Flüchtlinge von der kroatischen Polizei aufgegriffen. Was dann geschieht, hat das *Border Violence Monitoring Network* in insgesamt über 500 (!) Berichten genau dokumentiert. Flüchtlinge werden von kroatischen Polizisten/Polizistinnen, die oft mit schwarzen Schimützen maskiert sind, geschlagen, bedroht und beschimpft. Ihre einzigen Habseligkeiten wie Handys, Powerbanks, Bargeld werden ihnen abgenommen. Manche müssen sich bis auf die Unterwäsche entkleiden, auch Schuhe werden ihnen abgenommen. Danach werden sie in einen fensterlosen Bus geladen und wieder direkt an die bosnisch-kroatische Grenze gebracht. Oft nicht wissend, wo sie gerade sind, und ohne Mobiltelefone, die für die Orientierung wichtig sind, müssen sie dann – mitten in der Nacht – rund vier Stunden zu Fuß in die bosnische Grenzstadt *Bihać* gehen.

Die *Grundrechtecharta der EU* verbrieft in Artikel 18 das *Recht auf Asyl*. Aber selbst wenn kein Asylantrag gestellt wird, müssen die Gründe einer Zurückweisung für jede Person einzeln geprüft werden. Die *Europäische Konvention für Menschenrechte* verbietet die *Kollektivausweisung* in Artikel 4 des vierten Zusatzprotokolls zu ihr.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die EU in der Praxis trotz Vorliegens vieler und auch ganz eindeutiger Beweise ebenso *gewaltsame* wie *rechtswidrige* „*Pushbacks*“ toleriert. Die griechische Küstenwache verfrachtet beispielsweise über die Ägäis kommende Flüchtlinge in aufblasbare „*Rettungsinseln*“ und schleppt sie in türkische Gewässer und überlässt sie dort ihrem Schicksal.

Österreich war *nicht* bereit, die afghanische Forscherin und Frauenrechtsaktivistin *Amena Karimyan* aufzunehmen, obwohl man der 25-jährigen Astronomin ein Visum für einen dreimonatigen Forschungsaufenthalt bereits zugesagt (!) hatte. Sie war trotz des extrem hohen Risikos in die pakistanische Hauptstadt Islamabad gereist, um an der dortigen österreichischen Botschaft das Visum abzuholen. Auf dem Weg wurde sie von den Taliban geschlagen und kurzzeitig verhaftet. Doch dann *verweigerte* man ihr dort das Visum, obwohl mehrere österreichische Einrichtungen sie eingeladen hatten. Nachdem *Amena Karimyan* monatelang mittellos in Islamabad festsaß, gewährte ihr schließlich Deutschland ein Visum. Damit ist wohl alles zu Österreich gesagt!

Neue Zahlen des *UNHCR* zur *Aufnahme besonders schutzbedürftiger Geflüchteter* stellen Österreich ein schlechtes Zeugnis aus: Während einige EU-Länder im Jahr 2021 ihre Aufnahmeprogramme verstärkt haben, stellte Österreich das vierte Jahr in Folge *keinen einzigen (!) humanitären Aufnahmeplatz* bereit.

Gottfried Waldhäusl, der niederösterreichische Asyllandesrat der FPÖ, hat junge Flüchtlinge widerrechtlich hinter Stacheldraht einsperren lassen, deshalb steht er vor einem Strafgericht. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wirft ihm vor, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Jahr 2018 in der Unterkunft Drasenhofen in ihrem Recht auf Grundversorgung geschädigt zu haben. Das Quartier in Drasenhofen eignete sich laut Anklage aus mehreren Gründen nicht für jugendliche Asylwerber – der Stacheldraht rund um die Unterkunft und der Umstand, dass die Fenster nicht geöffnet werden konnten waren mit den Grundsätzen des Kindeswohls unvereinbar.

Wie das *Bundesverwaltungsgericht* feststellte, hat der damalige Innenminister und nunmehrige österreichische Bundeskanzler *Karl Nehammer* eine 12-jährige Schülerin namens *Tina*, die aus Georgien stammte, aber zehn Jahre ihres Lebens in Österreich verbracht hatte und hier ihre sozialen Wurzeln hatte, im Jänner 2021 *rechtswidrig* nach Georgien abschieben lassen, dies unter Einsatz der Alarmabteilung (!) *Wega* und unter dem Gekläff von Polizeihunden. Das von dieser Inszenierung betroffene traumatisierte Mädchen ist jetzt mit einem Schülervisum wieder in Wien, es bestand also *keinerlei* rechtliche Notwendigkeit für *Nehammer*, die kleine, in Österreich bestens integrierte *Tina* zwangsweise „*abschieben zu müssen*“ wie er fälschlicherweise den Medien gegenüber behauptete.

Österreich erwies sich bisher nachgewiesenermaßen etliche Male als völlig unfähig, politische Flüchtlinge und deren Leben auf seinem Territorium effektiv zu schützen: Der tschetschenische

Machthaber *Ramsan Kadyrow* soll Morde auch im Ausland in Auftrag gegeben haben. 2020 wurde in Gerasdorf bei Wien ein Tschetschene mit fünf Schüssen hingerichtet, der *Kadyrow* zuvor online kritisiert hatte. 2009 erschossen zwei Männer den ehemaligen Kadyrow-Leibwächter *Umar Israilow* in Wien-Floridsdorf.

Die umstrittene *Indexierung der Familienbeihilfe* ist mit 1. Jänner 2019 in Kraft getreten. Damit wurde die Familienbeihilfe für Kinder, die in einem anderen EU- oder EWR-Mitgliedstaat leben, an die Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes „*angepasst*“. Für Kinder, die in Polen, Rumänien und Bulgarien leben, wurde seitdem nur mehr die *halbe Familienbeihilfe* ausbezahlt. Die *Indexierung* galt auch für alle Familienleistungen, die an die Familienbeihilfe geknüpft sind, wie etwa den Kinderabsetzbetrag oder den Familienbonus. Die EU-Kommission reichte dagegen im Mai 2020 Klage beim Europäischen Gerichtshof ein. Ende Jänner 2022 kam der EU-Generalanwalt in seinem Gutachten zum Schluss, dass *die Indexierung der Familienbeihilfe* gegen geltendes EU-Recht verstößt, und zwar ganz massiv. Von dieser *diskriminierenden Maßnahme* waren insbesondere die *24-Stunden-Pflegekräfte* aus dem ehemaligen „*Ostblock*“ betroffen, ohne die das österreichische Pflegesystem zusammenbrechen würde. Das war also der „*Dank*“ der Republik Österreich an arme Frauen aus dem „*EU-Inland*“, die in Österreich alte Menschen pflegen, um ihren Familien daheim oft das Überleben zu ermöglichen!

Die enorme Flüchtlingswelle, die 2015 und 2016 die EU erreichte, war Folge des 2011 ausgebrochenen Bürgerkrieges in Syrien. Seither befindet sich fast die Hälfte der 21,4 Millionen Einwohner/innen auf der Flucht; rund fünf Millionen als Vertriebene im eigenen Land und gut fünf Millionen als Flüchtlinge im Ausland. Die EU-Grenzschutzagentur *Frontex* mit Hauptquartier in Warschau wurde finanziell und personell massiv aufgestockt.

Im Jahr 2020 lebten 37 Millionen Menschen in der EU, die im Ausland geboren wurden, das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 8,3 Prozent. 2014 lag dieser „*Migrantenanteil*“ bei 6,4 Prozent.

Über 80 Prozent der Fläche in *Syrien* und dem *Irak* sind auf Grund der Erderhitzung von *Wüstenbildung* bedroht. Schon heute leiden die Menschen vor Ort unter *akutem Wassermangel*. Laut dem *Atlas of Water Risks* des *World Resources Institute* steht der Irak unter hohem „*Wasserstress*“: Allein von 2014 bis 2015 halbierte sich der Pro-Kopf-Anteil an Wasser von rund 9,5 Liter pro Tag auf vier Liter pro Tag. 52 Grad hatte es am heißesten Tag des Jahres 2021 in

Bagdad. Zwischen 1970 und 2004 ist die durchschnittliche Jahrestemperatur um ein bis zwei Grad Celsius gestiegen. Durch die immer höheren Temperaturen steigt auch die Verdunstung und das Wasser wird immer knapper. Es wird zu einer *Wüstenbildung* kommen sagen Wissenschaftler/innen. In *Syrien* ist die Weizenproduktion rapid zurückgegangen. Viele Menschen haben in diesem Land nicht mehr genug zu essen. Neun Weizensorten sind bereits ausgestorben. *Syrien* hatte wegen der anhaltenden Dürre die schlimmsten Waldbrände seiner Geschichte zu verzeichnen – über zwei Millionen Bäume gingen durch die riesigen Waldbrände verloren.¹

Fazit: Es besteht *kein* Grund, auf die bisherige Migrationspolitik der EU insgesamt und auf die bisherige Migrationspolitik einzelner ihrer Mitgliedsstaaten, darunter auch Österreich, in irgendeiner Weise besonders stolz zu sein. Viele Flüchtlingsströme der letzten Jahre wurden *einzig und allein* durch von den USA provozierte Kriege ausgelöst (Irak, Lüge von den angeblich dort existierenden Massenvernichtungswaffen) bzw. durch das Unvermögen der USA, selbst mit extrem hohen militärischen Aufwand und nach langen Jahren militärischer Intervention politische Konflikte zu lösen (Afghanistan). Die US-Amerikaner sind von den Folgen ihres Handelns auf anderen Kontinenten, was die Auslösung von Flüchtlingsströmen durch ihre jeweiligen Regierungen anlangt, gar nicht bzw. nur kaum betroffen: Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 nahmen die USA nur 1800 syrische Kriegsflüchtlinge auf. Wirtschaftspolitisches Ziel der USA ist es, als weltweit zweitgrößter Flüssiggas-Exporteur Russland bei Energielieferungen endgültig aus dem EU-Markt zu verdrängen. Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf die Ukraine bestärkt die USA in ihrer Argumentation. Kirchliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen in der EU tragen das Meiste bei, um den Ukraine-Flüchtlingen in ihrer entsetzlichen Not zu helfen. Viele ukrainische Städte erleben nunmehr furchtbare Zerstörungen noch ein zweites Mal in ihrer leidvollen Geschichte: Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs hatte etwa *Mariupol* 240.000 Einwohner/innen gehabt, zwei Jahre später waren es nur noch 85.000. Fast zwei Drittel der Menschen wurden evakuiert, verschleppt, getötet. Die Stadt wurde in Schutt und Asche gelegt, auf ihrem Abzug sprengten die deutschen Soldaten Gebäude, welche die deutschen Bomben nicht getroffen hatten, sie zielten mit Flammenwerfern auf Türen und Fenster, um so viel verbrannte Erde wie nur möglich zu hinterlassen. Sie zündeten auch Schulen an, mehr als 60.000 *Mariupoler* wurden in die Sklaverei nach Deutschland verschleppt, viele der Verschleppten kamen in Deutschland bei der Zwangsarbeit um.² Die ehemaligen Sowjetrepubliken galten lange Jahre als die „*Cashcows*“ der österreichischen *Raiffeisen-Gruppe* – nirgendwo sonst machten die *Raiffeisen-Manager* so hohe Gewinne wie in

1 DATUM 04/22, S. 72

2 DIE ZEIT, 31. 3. 2022, S. 46

Russland: 2021 war es mit 474 Millionen Euro ein Drittel des gesamten RBI-Gewinns von 1,37 Milliarden Euro. Die RZB-Tochter *Raiffeisen Invest AG* gründete im Sinne des Kreml 2004 mit dem russischen Gazprom-Konzern auch ein gemeinsames Joint Venture.

KLIMAWANDEL UND UMWELT

Der *Weltklimarat (IPCC)* hat Ende Februar 2022 seinen *neuesten Klimabericht* veröffentlicht. Die *Hauptaussage*: Die Auswirkungen des Klimawandels kennen wir mittlerweile, aber sie sind viel heftiger als angenommen. Gletscher waren einst viel größer als heute. In Orten wie Davos in der Schweiz, die vom Wintertourismus leben, liegt weniger lange Schnee, es regnet dort, wenn es eigentlich schneien sollte. Extremereignisse nehmen zu, es kommt vermehrt zu Steinschlägen und Trockenheit. Der Borkenkäfer ist ein Gewinner des Klimawandels – je wärmer es ist, desto mehr Futter hat er. Er vermehrt sich explosionsartig. Kann die Menschheit das Steuer noch herumreißen? Der *aktuelle Weltklimabericht* macht deutlich, dass das Fenster, etwas zu machen, immer kleiner wird. Die Ziele sind zwar gesetzt – die Schweiz will bis 2050 klimaneutral sein, Österreich sogar bereits 2040 – erreicht werden sie aber wohl kaum werden. Wird es ihnen in ihrem Lebensraum aufgrund der Klimakrise zu heiß, zieht es viele Tiere in kühlere Regionen. Laut dem neuesten Bericht des *Weltklimarates IPCC* betrifft das bereits jede zweite (!) untersuchte Art. Der Thunfisch, der früher an der spanischen Küste gefangen wurde, schwimmt jetzt in der Nordsee. Zugvögel wie der Kiebitz treten ihre Reise in den Süden gar nicht mehr an.

Die *Zerstörung des brasilianischen Amazonas-Regenwaldes* hat weiter dramatisch zugenommen: Im Februar 2022 wurden 199 Quadratkilometer Waldfläche vernichtet – das sind um 62 % mehr als im Februar 2021. Wien wäre ohne den Wienerwald um sechs Grad heißer. *Tropische Regenwälder* haben sich über Millionen Jahre hinweg zu einem fein abgestimmten System entwickelt. Mit dem Pflanzen von Bäumen können verlorene Wälder nicht wiederhergestellt werden. Deshalb ist es die

wichtigste Maßnahme, bestehende Wälder zu schützen und die Abholzung zu stoppen.

Das *Amazonas-Gebiet* ist mit einer Ausdehnung von 6,7 Millionen Quadratkilometern der größte zusammenhängende Regenwald der Erde. Er hat jedoch in den letzten 50 Jahren bereits über 17 Prozent seiner Waldfläche verloren. Diese Rodungen haben aufgrund des freigesetzten Kohlendioxids einerseits und des verlorenen Kohlenstoffspeichers andererseits starke Auswirkungen auf das Weltklima. Im *Amazonas-Gebiet* leben an die 350 indigene Völker, mehr als 60 von ihnen weiterhin in großer Abgeschiedenheit. Zur *UN-Weltklimakonferenz COP26 im Jahr 2021 in Glasgow* waren 40 Abgesandte der indigenen Völker Brasiliens angereist, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Die Angehörigen des Volkes der *Xipaya* konnten ein relativ friedliches Leben führen, bis 2011 mit dem Bau des Magastaudammes *Belo Monte* begonnen wurde. Dadurch wurde unberührter Regenwald in der Region *Xingu* im östlichen Amazonas zerstört, Tausende Indigene wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Rund 215 Millionen Rinder gibt es derzeit in Brasilien, kein Land dieser Welt exportiert mehr Fleisch – für die Rinderhaltung und den Fleischexport wird Regenwald zerstört!

Als Präsident *Jair Bolsorano* mit seinem Amtsantritt 2019 die Abholzung des Amazonasregenwaldes erleichterte, brannten kurz danach im größten Waldgebiet der Erde massive Feuer: Die Flammen verschlangen Hunderttausende Hektar des Ökosystems in Brasilien, Männer rückten mit Motorsägen an und fällten jahrhundertealte Bäume, Millionen von Tieren verloren ihren Lebensraum oder starben. Der starke Rauch war vom Weltall aus zu sehen, diese Bilder gingen um die ganze Welt und lösten Empörung aus, Politiker drohten *Bolsorano* mit Sanktionen – und konnten der Zerstörung am Ende doch nur zuschauen³.

Der US-Wissenschaftler *Thomas Lovejoy* hat über 40 Jahre lang den Regenwald am Amazonas genauestens untersucht. Er zeigt in einer Studie, wie durch Abholzung oder Durchschneiden der Lebensräume mit Straßen und Siedlungen nicht nur einzelne Arten aussterben, sondern ein *Dominoeffekt* eintritt: Stirbt eine einzige Ameisenart, sterben mit ihr Vogelarten, die von den Ameisen aufgescheuchte Würmer fressen. Die Population dieser Würmer steigt. Die Pilze, von denen sie sich ernähren, werden knapp. Insekten, die in den Pilzen nisten, finden keinen Platz mehr, Kröten, die diese Insekten fressen, keine Nahrung etc. *Lovejoy* bewies nicht nur, dass die Artenvielfalt mit der Fläche der Quadrate abnahm, sondern dass dies exponentiell geschah. Er

3 DIE ZEIT, 13. April 2022, S. 31

leitete ab, dass alle Biotope das tun, der Regenwald, die Erde – und ihr Klima.⁴

Thomas Lovejoy ist in Manhattan und in Washington aufgewachsen. Nach der Schule studierte er an der Universität Yale, wo er 1962 „*Silent Spring*“ von *Rachel Carson* begeistert las. Sie beschrieb in diesem Buch die Auswirkungen von Pestiziden und Herbiziden auf die Fauna Nordamerikas, das Aussterben verschiedener Vogelarten, die Massenvernichtung von Insekten – letztlich *die Dystopie eines stummen Frühlings*, in dem kein Vogel mehr singt. *Lovejoy* studierte bei *George Evelyn Hutchinson*, der heute als „Vater der modernen Ökologie“ gilt. Am Beispiel Brasiliens zeigte *Lovejoy* auf, wie Umwelt systematisch vernichtet wird. Der brasilianische Staat asphaltierte Straßen, immer größere Trucks transportierten immer größere Maschinen darauf. Siedler/innen kamen aus anderen Regionen Brasiliens, versuchten sich in Rinderzucht oder Plantagen. Entlang der Straßen begann der Regenwald rasant zu degradieren. Heute ist der Regenwald schon als Ganzes in größter Gefahr.⁵

Gute Landwirtschaft hat nicht nur das Potenzial, Kohlenstoff im Boden zu binden. Ganzheitlich gedachte Land- und Weidewirtschaft kann unsere Nährstoff- und Wasserkreisläufe regenerieren und fördert Biodiversität. Der massive Verlust von Artenvielfalt ist ein großes Thema unserer Zeit, das endlich auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Dieser massive Verlust von Artenvielfalt ist nicht zuletzt auf die Hochleistungslandwirtschaft zurückzuführen, bei der Monokulturen, chemischer Pflanzenschutz und synthetische Düngemittel an der Tagesordnung sind. Große Monokulturen gibt es in der Natur so nicht, denn Natur mag keine Einfachheit, Natur „funktioniert“ nur in Vielfalt.⁶

Weltweit kommen derzeit 24 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen von der Landwirtschaft, in Europa sind es zwischen 10 und 13 Prozent. Gleichzeitig haben wir in der Landwirtschaft ein riesiges Potenzial, Ökosysteme zu regenerieren und Kohlenstoff zu binden. Viele Landwirte/Landwirtinnen würden gerne regenerative Praktiken in ihre Betriebe implementieren, das dafür nötige Wissen ist aber oft nicht zugänglich.

In der Antarktis droht der *Thwaites-Gletscher* zu zerbrechen – eine riesige Eismasse von der Größe Tschechiens, Österreichs und der Schweiz. Das aufkommende Schmelzwasser alleine wird zu einem weltweiten Meeresspiegelanstieg führen. Im Osten der Antarktis sind Anfang 2022 Temperaturen gemessen worden, die mehr als 30 Grad Celsius (!) höher waren als für die Jahreszeit

4 Zeitschrift WERDE, The Art of Green Living, Ausgabe 2, 2021, S. 97

5 Zeitschrift WERDE, The Art of Green Living, Ausgabe 2, 2021, S. 100

6 Zeitschrift WERDE, The Art of Green Living, Ausgabe 2, 2021, S. 22

üblich – die Forschungsstation *Dome Concordia* registrierte einen Rekord, solche Temperaturen hat man bisher nicht für möglich gehalten auf der Südhalbkugel. Auch die Station *Dumont d`Urville* registrierte eine Rekordtemperatur, ein geradezu historisches Ereignis. Die Klimakrise führt in der Antarktis zu immer drastischeren negativen Änderungen – immer mehr Eisberge bersten. Jüngstes Beispiel ist der rund 1.200 Quadratkilometer großer *Conger-Eisschelf*, der in etwa der Größe Roms entspricht.

Plastik ist schon bis in den letzten Winkel der Ozeane vorgedrungen – bis zum tiefsten Punkt der Erde, dem Marianengraben. Praktisch kein Meerestier lebt mehr frei von *Plastik*. Es verstopft die Mägen von Delfinen, stört das Verhalten von Fischen und tötet Schildkröten, die sich in alten Fischernetzen verfangen. 400 Millionen Tonnen *Plastik* produzieren wir inzwischen pro Jahr – nur neun Prozent (!) davon werden recyclet. Eine fachübergreifende Forschungsgruppe aus Marburg (Deutschland) hat herausgefunden, dass *Mikroplastik* zu Gefäßentzündungen führt. Geraten kleinste Kunststoffpartikel ins Blut, bilden Zellen aus der Gefäßwand vermehrt Rezeptoren zur Bindung von Immunzellen aus – die Folge: Immunzellen, die normalerweise einzeln im Blut schwimmen, setzen sich in großer Zahl an der Gefäßwand fest. Es kommt zu einer Entzündung. Die Experten sehen *Mikroplastik* deshalb als einen neuartigen Risikofaktor für Gefäßentzündungen. *Mikroplastik* ist in Produkten wie Peelings, Zahnpasta, Cremes, Kosmetik etc. enthalten.

Kaum vorstellbar, aber stündlich werden in Deutschland etwa zwei Millionen *Einweg-Plastikflaschen* verbraucht. Das sind über 47 Millionen Stück pro Tag und mehr als 17 Milliarden im Jahr. Hergestellt werden sie aus jährlich über 438.000 Tonnen Rohöl und Erdgaskondensaten. Mit dieser Menge könnten 356.000 Einfamilienhäuser ein Jahr lang beheizt werden. Die Vorteile von *Mehrwegflaschen* liegen klar auf der Hand: Sie können bis zu 50-mal wiederbefüllt werden. Das spart Energie, schont Ressourcen und vermeidet Abfall.⁷

Pro Kopf und Woche gelangen durchschnittlich fünf Gramm winzige Plastikteilchen in den menschlichen Magen-Darmtrakt. Das entspricht etwa dem Gewicht einer Bankomatkarte. *Mikro- und Nanoplastikpartikel* wurden im menschlichen Körper schon nachgewiesen. In die Nahrungskette gelangen diese diese Partikel über Verpackungsabfall. In den Körper werden die Plastikteilchen auch über Lebensmittel wie Meereslebewesen geschleust. Wer die empfohlenen 1,5 bis zwei Liter Wasser pro Tag aus Plastikflaschen trinkt, nimmt Studien zufolge allein auf diese Weise rund 90.000 Plastikpartikel pro Jahr zu sich. Forschungen haben auch eine weit verbreitete

⁷ Zeitschrift WERDE, The Art of Green Living, Ausgabe 2, 2021, S. 28

Kontamination von Mineralwasser mit *Xenohormonen* nachgewiesen, die aus PET-Flaschen ausgewaschen werden. *Xenohormone* weisen eine starke östrogene Aktivität auf, die im menschlichen Körper krebserregend wirken kann. *Nanoplastik* wird mit einer Größe von unter 0,001 Millimeter definiert, ist also mit freiem Auge nicht sichtbar. *Mikroplastik* ist mit 0,001 bis 5 Millimeter teilweise noch mit freiem Auge sichtbar.

Der burgenländische Hersteller *Wolf Nudeln* verpackt seine Produkte in Papier statt Plastik. Die Nudeln werden in ein Spezialpapier aus Fichtenholz aus aktiver und regenerativer Forstwirtschaft gepackt. Für einen geschlägerten Baum werden vier neue gepflanzt. Ausgezeichnet wurde die Innovation mit dem *Austria Energy Globe Award*. Die Eier für die Eierteigwaren kommen aus dem eigenen Hühnerstall, das Futter für die Hühner von eigenen Äckern bzw. von Bauern aus der Umgebung.

Bis zu acht Prozent der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen werden von *Zementfabriken* produziert. Wäre die *Zement-Industrie* ein Staat, sie läge beim Ausstoß an Treibhaus-Gas an dritter Stelle, hinter China und den USA. Zum Vergleich: Deutschland hat einen Anteil von 2,2 Prozent am globalen Kohlendioxid-Ausstoß.

Immer öfter werben Unternehmen damit, für verkaufte Waren angeblich Bäume pflanzen zu lassen. Das klingt vielversprechend, muss aber keinesfalls wirklich nachhaltig sein. Außerdem hängt der Erfolg von *Baumpflanzaktionen* in ökologischer Hinsicht von zahlreichen Faktoren ab. Viele offene Fragen bleiben meist unbeantwortet: Welche Bäume werden gepflanzt und wo? Sind die gepflanzten Arten für den künftigen Standort geeignet und genetisch vielfältig?

Die Strategie des „*Wachrüttelns durch Fakten*“ steigert erwiesenermaßen bei den meisten Menschen die Bereitschaft für einen klimafreundlichen Lebensstil leider nicht. Die Mehrheit der Österreicher/innen hat bereits das Bewusstsein, dass die Klimakrise eine große Bedrohung darstellt. Aber damit aus Wissen ein Handeln wird, spielen so viele Faktoren eine Rolle, die uns oft unbewusst beeinflussen. Die Menschen sind nun eben nicht die rationalen Wesen, die aus gewonnenen Informationen immer die richtigen Schlussfolgerungen ziehen (können).

Ein „*grüner Anstrich*“ ist oft nur Fassade. Unternehmen verwenden Tricks, um sich als umweltfreundlicher darzustellen, als sie es in Wirklichkeit sind. Die Täuschungs-Strategien sind sehr vielfältig. Es gibt seriöse und unseriöse Gütesiegel, darunter auch schlichtweg erfundene.

Jeden Tag (!) sterben etwa 150 (!) Tier- und Pflanzenarten aus, für immer! Vor fünf Jahrzehnten, im März 1972, stellte der *Club of Rome* – ein Zusammenschluss verschiedenster Wissenschaftler/innen unterschiedlichster Disziplinen aus vielen Ländern – eine Studie vor: „*Die Grenzen des Wachstums*“. Wenn die Umweltverschmutzung, die Zunahme der Weltbevölkerung, die Ausbeutung der Rohstoffe anhalten, dann werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde erreicht sein.

Moore sind ein einzigartiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen. *Moore* leisten, was die meisten Menschen nicht wissen, Beachtliches für das Klima: Auf lediglich drei Prozent der globalen Landfläche binden sie doppelt so viel Kohlenstoff wie Wälder, die weltweit rund 30 Prozent der Flächen bedecken. Durch das Abtragen von jahrtausendlang gewachsenen Torfschichten wurden *Moore* systematisch verwüstet und ruiniert. In Deutschland sind 95 Prozent der Feuchtgebiete, Erben der letzten Eiszeit, bereits verschwunden.

In *Mooren* sind gewaltige Mengen an Kohlendioxid gebunden. Durch steigende Temperaturen infolge der Klimakrise tauen immer mehr und tiefere Schichten der *Moorböden* auf, setzen Kohlendioxid und Methan frei. Die *Permafrost-Moore* stehen unmittelbar vor dem „*Kipppunkt*“, *rigorose Klimaschutzmaßnahmen* werden zwar von der Wissenschaft immer wieder eingemahnt, von der Politik aber nicht umgesetzt.

Tag für Tag werden *Moore* trockengelegt, um Torf zu gewinnen. Dadurch wird der Lebensraum vieler Pflanzen und Tiere zerstört. Außerdem werden die Treibhausgase Kohlendioxid und Methan freigesetzt, die in *Mooren* in großen Mengen gespeichert sind. Laut Studien von *Greenpeace* sind bereits 85 Prozent aller Feuchtgebiete zerstört. In Österreich sind sogar 90 Prozent der ursprünglichen Feuchtgebiete bereits vernichtet. Das hat maßgeblich zum Artensterben in unserem Land beigetragen. Die Regeneration von einem Meter Torf dauert rund 1.000 Jahre (!). Torf darf in Zukunft keinen Platz mehr in den Regalen haben, lediglich 40 Prozent der im österreichischen Handel erhältlichen Blumenerde ist wirklich torffrei. Der *Schutz der Moore* wurde durch die kurzsichtige und verantwortungslose Politik nicht mit einem *Handelsverbot* gewährleistet – zum Schaden unserer Umwelt und unserer Zukunft.

Laut dem Umweltbericht der *Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs* (EMSA) und der *Europäischen Umweltagentur* (EEA) von 2021 ist der *Schiffsverkehr* für 13,5 Prozent aller Treibhausgase in der EU verantwortlich, die durch den Verkehr entstehen. Damit liegt er auf Platz

drei hinter dem Flug (14,4 Prozent) und Straßenverkehr (71 Prozent). 2019 verursachten Schiffe in europäischen Häfen 1,63 Millionen Tonnen *Schwefeldioxid-Emissionen*. Das ist ein Anteil von 16 Prozent an den weltweiten Ausstößen. Das Gas schädigt Ökosysteme, sorgt für *sauren Regen* und ist in hohen Konzentrationen gesundheitsschädigend. Schiffe können zur Reduktion der Schwefelabgabe mit Entschwefelungsanlagen ausgestattet werden oder sie nutzen schwefelärmere Treibstoffe wie Schiffsdiesel. Dieser ist aber teurer als Schweröl.

In Deutschland gibt es ihn schon – den ersten bundesweiten „*Bürgerrat für Klimapolitik*“, Schirmherr ist der ehemalige Bundespräsident *Horst Köhler*. Zu diesem Bürgerrat gehören 160 zufällig ausgewählte Menschen aus ganz Deutschland. Sie haben für die Klimapolitik der kommenden Legislaturperiode *Empfehlungen* erarbeitet, die den Parteien des Bundestags überreicht werden. Die bisherigen digital erfolgten Sitzungen können unter www.buergerrat-klima.de angesehen werden.

Fazit: Der neueste Bericht des Weltklimarates IPCC umfasst 2.913 Seiten. Er zeigt nicht nur die Dringlichkeit der Klimakrise auf, sondern auch alle möglichen Lösungsansätze. Er ist eine Zusammenfassung zehntausender wissenschaftlicher Arbeiten, er bildet somit den aktuellen Stand der Klimaforschung ab, damit der Politik alle Grundlagen für wissenschaftsbasierte Entscheidungen vorliegen. Doch offenbar lesen die meisten Entscheidungsträger/innen nicht einmal die 64-seitige Zusammenfassung, ein „*großes Thema*“ ist dieser neueste Bericht des Weltklimarates IPCC leider nicht – das hat verheerende Folgen.⁸

Im Jahr 2000 identifizierte der deutsche Klimaforscher *Hans Joachim Schellnhuber* erstmals *Klimakippunkte* als solche: Das sind Punkte, ab denen es kein Zurück mehr gibt – ähnlich dem Anstoßen eines Dominosteines lässt sich die in Gang gesetzte *Kettenreaktion* weder stoppen noch rückgängig machen, wenn sie einmal angefangen hat. Im dritten *IPCC-Bericht* von 2001 wies *Schellnhuber* eindringlich auf diese diskontinuierlichen, irreversiblen und extremen Ereignisse im Zusammenhang mit der globalen Erwärmung hin. Zuvor gingen Forschende von „nur“ linearen Veränderungen aus. Doch heute ist ganz klar: Bereits eine Erwärmung zwischen einem und zwei Grad Celsius lässt das Klima kippen – manche Gebiete der Erde sind bereits an diesem Punkt angelangt, etwa der antarktische Eisschild. Satellitendaten aus dem Amazonas-Regenwald und der Antarktis zeigen, dass der Teufelskreis bereits begonnen hat. „*Das Fenster der Gelegenheit, eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu sichern, schließt sich*“, so das *Intergovernmental*

8 KURIER, 10. April 2022, S. 11

Panel on Climate Change (IPCC) in seinem sechsten Sachstandsbericht. Auch der ORF berichtete darüber⁹, dass gewisse *Klimakippunkte* bereits erreicht sind, ab denen *unaufhaltsame Kettenreaktionen* ausgelöst werden, durch die sich die Erderwärmung unkontrollierbar verstärkt.

Wenn sich junge Menschen wie etwa bei den „*Lobau-Protestcamps*“ in Wien anketteten, ihre Hände einbetonieren und sich in Erdhöhlen vergraben, dann protestieren sie angesichts der unabwendbaren Klimakatastrophe dagegen, dass unfähige Politiker/innen ihnen die Zukunft, so es noch eine lebenswerte für sie überhaupt geben wird, weiter zerstören. Räumungen mit Polizeigewalt – das ist die Antwort des Staates auf diese Proteste. Besser wäre es, den Lösungsansätzen, welche das *IPCC* aufgezeigt hat, zu folgen – sofort, konsequent und radikal. Das *große Sterben* ist bereits im Gange, das *Bienensterben* etwa schreitet immer weiter voran. Bei der Futtersuche stoßen die Tiere auf immer mehr Umweltschäden und Umweltgifte. Die Bienen gehören zu den ältesten Lebewesen überhaupt: Bei einer Ausgrabung in Patagonien wurden uralte Bienennester gefunden, die belegen, dass diese fleißigen Insekten schon seit 100 Millionen Jahren (!) auf der Erde emsig ihre Arbeit verrichten. Sie sorgen nicht nur für den Honig, sondern tragen durch ihre Bestäubung maßgeblich dazu bei, unser Ökosystem aufrechtzuerhalten: Ohne Bienen keine Äpfel, kein Kaffee, keine Baumwolle etc. Nach Rindern und Schweinen gelten Bienen als die drittwichtigsten „*Nutztiere*“ des Menschen.

DIE EU IN DER WELT

Die EU erwirtschaftet mehr als ein Viertel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und ist damit der größte Wirtschaftsblock der Erde. Auch im Handel ist die EU eine Großmacht: Sie ist nach China der zweitgrößte Exporteur und nach den USA der zweitgrößte Importeur der Welt.

Das Wirtschaftssystem der EU produziert aber in anderen Weltgegenden bittere Armut, weil es auf unfairen Austauschbeziehungen und ungleichen Machtverhältnissen basiert. Zwei Beispiele sollen diese Behauptung untermauern:

In *Kamerun* gab es ein Projekt, bei dem Frauen durch den Besitz eigener Hühner ihr Geld verdienten. Dieses „*Hühner-Geld*“ war ihr einziges Einkommen. Zerstört wurde das Projekt von der EU-Außenlandwirtschaftspolitik: Die Teile vom Huhn, die man in der EU nicht essen will,

9 <https://orf.at/stories/3254984>

werden billigst in den globalen Süden verkauft. Lokale Bäuerinnen und Bauern können da preislich nicht mithalten. Ihre Lebensgrundlage wird vernichtet- das „*Hühner-Geld*“ gibt es nicht mehr.

Ein anderes Beispiel zeigt, dass das Wirtschaftssystem der EU selbst durch die Entsorgung von Müll Existenzen vernichtet. Eigentlich verbieten Gesetze den Export von Müll in den globalen Süden. Und doch existiert in Ghana die Müllhalde *Agbogbloshie*. Dort landen jährlich 250.000 Tonnen *Elektroschrott* aus Europa. Das zerstört die Umwelt, wirkt sich auf das Klima, auf die Gesundheit der Menschen aus und führt zu Armut. So lange die EU diese unfairen Wirtschaftsbeziehungen aufrechterhält, vergrößert sich die Kluft zwischen Arm und Reich. Und Armut ist weiblich – 70 Prozent der in Armut lebenden Menschen weltweit sind Frauen.¹⁰

Ganz Afrika hat gerade einmal drei Prozent der globalen Kohlendioxid-Emissionen seit Beginn der Industrialisierung verursacht, Europa 33 Prozent. Die Dürren in Afrika werden häufiger und dauern länger, der Regen kommt immer seltener, und wenn, dann zu oft als Sturzflut. Dahinter stecken komplexe Wetterphänomene, maßgeblich mit ausgelöst durch die Erderwärmung. Über 20 Millionen Menschen sind in Kenia, Somalia und Äthiopien aufgrund der Dürre vom Hunger bedroht, brauchen also Nothilfe. Diese läuft weitgehend über das Welternährungsprogramm der UNO (WFP). Das WFP hat die Hälfte seiner Getreidevorräte bislang in der Ukraine eingekauft. Europäische Länder modernisieren ihre Armeen und Arsenalen – und verkaufen Unmengen von aussortierten Waffen in afrikanische Länder.¹¹

Mit dem Hebel *Taxonomie* will die EU Finanzströme lenken, naturschädliche Geschäfte weniger rentabel machen und solche mit positivem Einfluss bevorzugen – eine gute Idee an sich, es passiert aber genau das Gegenteil in der Praxis. Die *neue Taxonomie* könnte Anreize für artenarme Holzplantagen setzen, während sich naturnahe Wälder ökonomisch weniger lohnen. Beispiel Rumänien: Das Land hat die größten Buchenurwälder Europas. Überall sonst in Europa sind sie fast verschwunden. Drei Umwelt-NGOs haben im Februar 2022 einen Bericht veröffentlicht, der massive, fortschreitende Abholzungen in den Urwäldern Rumäniens dokumentiert. Diese dürften nach EU-Recht nicht angetastet werden – Rumänien muss sich bereits in einem Vertragsverletzungsverfahren der EU rechtfertigen.¹²

Am 1. Jänner 2002 hielten mehr als 300 Millionen Menschen in 12 Staaten das Euro-Bargeld in

10 Morgen, 1/2022, S.54

11 DIE ZEIT, 7. April 2022, S. 11

12 DIE ZEIT, 31. März 2022, S. 30

Händen. Die Einführung des Euro war und ist ein großer Erfolg der EU. In vielen anderen Bereichen schwächt aber ihr Durchsetzungsvermögen enorm: Die EU war etwa nicht in der Lage, die 1.425 Tage anhaltende Belagerung Sarajevos zu verhindern bzw. zu beenden, die 11.500 zivile Opfer forderte, darunter 1.600 Kinder. Europäische Soldaten scheiterten in Srebrenica, wo sie sich 1995 als unfähig erwiesen, den Mord an rund 8.000 muslimischen Bosniaken, denen sie Schutz versprochen hatten, hintanzuhalten.

Als das *Erasmus-Programm* 1987 geboren wurde, trennte noch der Eiserne Vorhang Europa und schränkte die Reisefreiheit ein. Heute gehören Passkontrollen oder der Besuch von Geldwechselstuben innerhalb der EU weitgehend der Vergangenheit an. Ursprünglich als Austauschprogramm für Studierende gestartet, bietet *Erasmus+* heute allen Menschen, unabhängig von ihrer Ausbildung, die Chance ins Ausland zu gehen. Mit *Erasmus* sind mittlerweile rund 10.000 österreichische Lehrlinge ins Ausland gereist, haben dort Kenntnisse erworben und Erfahrungen gesammelt. *Erasmus+* geht heute schon über die europäischen Grenzen hinaus. Teilnahmeberechtigt sind zum Beispiel auch Vietnam und Jamaika. Das Vereinigte Königreich gilt für die Programmperiode 2021 bis 2027 als Partnerland. Vor bald einem halben Jahrtausend in Basel verstorben, gilt *Desiderius Erasmus von Rotterdam* bis heute als bedeutender Humanist und als ein Wegbereiter der Aufklärung.

Ein Drittel der von Deutschland an die Ukraine gelieferten Waffen lag in verschimmelten Kisten, rostete vor sich hin, erwies sich als unbrauchbar.

Russland zählt mit einem Anteil von 2,3 % zu den 15 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands. Zum Vergleich: China mit 9,5 % und die USA mit 7,5 % sind zwar weitaus bedeutender, aber aus Russland importiert Deutschland vor allem Erdöl, Erdgas und Metalle. Zehn Prozent der erzeugten Strommenge werden in Deutschland aus Steinkohle produziert, der wichtigste Lieferant ist Russland. Die stärksten Folgen des Krieges in der Ukraine wird die deutsche Wirtschaft spüren, wenn infolge des Krieges Öl, Gas und auch andere Rohstoffe knapp werden.

Der britische „*Telegraph*“ enthüllte, dass die EU-Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* eine Strecke von nur 47 km in einem Privatjet zurückgelegt hatte – einen 19-Minuten-Kurzstreckenflug von Wien nach Bratislava.

Das Großherzogtum Luxemburg ist ein Kleinstaat, der sich als internationaler Finanzplatz für

Gelder aus aller Welt positioniert hat. Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen, auch aus vielen autoritären Staaten, machen fast das 50-fache des BIP aus.

Wolfgang Schüssel legte zögerlich sein Aufsichtsratsmandat bei der russischen Ölfirma *Lukoil* zurück. Dieses brachte ihm etwa 100.000 € im Jahr ein. Schon vorher war er im Aufsichtsrat des russischen Mobilfunkanbieters *MTS* tätig. Der ÖVP-Altbundeskanzler ist nicht der einzige, der profitiert hat. Die ehemalige Außenministerin *Karin Kneissl* hatte ein *Rosneft*-Aufsichtsratsmandat inne, in einem Interview mit RTL wagte sie es sogar, sich selbst als „*politischer Flüchtling*“ zu bezeichnen. Ex-Kanzler *Christian Kern* (SPÖ) war seit 2019 Aufsichtsrat der russischen Staatsbahn *RZD*. *Alfred Gusenbauer* (SPÖ) kassierte auch. *Gusenbauer* brachte es seinerzeit als Proponent einer „*Hapsburg Group*“ in die Weltmedien. Weil er dort nämlich für den nachmals von der Interpol gesuchten ukrainischen Ministerpräsidenten *Janukowytsch*, eine Putin-Marionette agiert hat. Er war auch für den Kreml-gesteuerten Think-Tank „*Dialogue of Civilizations Research Institute*“ tätig.¹³

Brüssel sieht untätig zu, wie in der französischen Wiederaufbereitungsanlage in *La Hague* täglich 400 Kubikmeter radioaktives Abwasser in den Nordostatlantik geleitet werden.

Heute leben in Niger, einem der ärmsten Länder der Welt, 24,2 Millionen Menschen. Im Jahr 1950 waren es etwa 2,4 Millionen. Die Schätzung der UNO ist, dass die Bevölkerung im Niger bis zum Jahr 2100 auf 200 Millionen steigen könnte. Dort werden Mädchen häufig mit 14 Jahren verheiratet, und die Frauen haben im Durchschnitt sieben bis acht Kinder. Bei solch einem rasanten bevölkerungswachstum kann man der Armut kaum schnell entgehen.

China betrachtet die Insel Taiwan mit ihren 23 Millionen Menschen als Teil ihres staatlichen Territoriums. Als das kleine Litauen die Eröffnung eines „*Taiwanesischen Repräsentationsbüros*“ duldete, reagierte China prompt und massiv mit der Ausweisung der Botschafterin Litauens. Auch Wirtschaftssanktionen wurden sofort verhängt, betroffen sind auch Waren aus anderen EU-Staaten, die in Litauen gefertigte Teile enthalten.

Die EU befindet sich auf vielen Gebieten in einem moralischen Dilemma: Bei Massenzuströmen von Flüchtlingen ist es nunmehr etwa für das rechtspopulistische Regime in Polen schwierig zu

¹³ Magazin NEWS, 9/2022, S. 90

argumentieren, warum das Land plötzlich für die „*EU-Verteilung*“ ist, wenn es selbst betroffen ist, aber nicht, wenn andere EU-Länder hauptbetroffen sind.

In der Atmosphäre ist nicht mehr viel Platz für Treibhausgase – zumindest dann nicht, wenn das Erdsystem innerhalb der 1,5 Grad zulässiger Erwärmung bleiben will. Genau genommen noch etwa 310 Gigatonnen, was beim derzeitigen Maß an Emissionen in sieben Jahren, drei Monaten und zwanzig Tagen erreicht ist.¹⁴

Die jüngere Generation, aber nicht nur sie, fragt sich zurecht wegen der Erderwärmung: Hat unsere Welt überhaupt noch eine Zukunft? Die *Furcht vor der Apokalypse*, welche die Menschheit seit jeher begleitet, hatte noch nie so ein breites Faktenmaterial, auf das sie sich stützen kann.

Die Weltbevölkerung wächst weiter, bis 2050 sollen rund 9,6 Milliarden Menschen den Planeten bevölkern. Die *Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen* (FAO) geht daher davon aus, dass dadurch die Nachfrage nach Fleisch gegenüber 2006 um 85 Prozent steigen wird. Doch bereits jetzt wird rund ein Drittel der gesamten Landfläche für die Nutztierhaltung oder den Futtermittelanbau verwendet, so die UNO. Dazu kommt, dass nach Angaben der Umweltorganisation *Greenpeace* schon jetzt tierische Produkte für rund 60 Prozent der ernährungsbedingten Klimaemission verantwortlich sind. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2029 der Pro-Kopf-Konsum von Fleisch weltweit bei 34,9 kg liegen wird. Wobei der Verbrauch in den Industrieländern nach wie vor deutlich über jenem in Entwicklungsländern sein wird. In Österreich lag der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch 2019 im Schnitt bei 62,6 kg. Gesund und nachhaltig wären nach der *EAT-Lancet-Kommission* jedoch maximal 15 Kilo Fleisch pro Kopf und Jahr.

Die Protestbewegung „*Letzte Generation*“ geht davon aus, dass sie die letzte Generation ist, die eine *Klimakatastrophe* noch abwenden kann. Sie geht von Studien aus, welche besagen, dass uns maximal noch drei Jahre Zeit verbleiben, um die Erderhitzung derart zu begrenzen, dass die „*Kipppunkte*“ nicht erreicht werden.

14 DIE ZEIT, 31. März 2022, S. 30

DIGITALER WANDEL

Es gibt weltweit eine große *digitale Kluft*. Von den 60 Prozent der indischen Bevölkerung, die auf dem Land leben, haben nur 14 % Zugang zum Internet. Andererseits gibt es in Europa schon die ersten „*ultra-realistischen*“ Künstler-Roboter wie „*Ai-Da*“, die mit ihrem Mal-Arm und ausgestattet mit zahlreichen Algorithmen Porträts malen kann. Sie greift beim Malen nicht auf vorgefertigte Muster zurück, sondern arbeitet kreativ und spontan. Auf der heurigen Biennale in Venedig wird ab dem 22. April 2022 ihre Soloausstellung „*Leaping Into the Metaverse*“ gezeigt werden. 3D-animierte *Avatare* auf der einen Seite, bitteres Elend und Informationsarmut auf der anderen Seite unserer Welt. Seit dem Blockbuster „*Avatar*“ aus dem Jahr 2009 ist dieser Begriff bekannt. Im „*Metaverse*“ sollen nunmehr die physische mit der virtuellen Realität verschmelzen. *Mark Zuckerberg* von *Facebook* hat nicht grundlos „*Meta*“ als neuen Firmennamen gewählt. Das „*Metaverse*“ ist eine neue Welt, in der vor allem fleißig konsumiert werden soll – Voraussetzung, um sie zu betreten, ist teures elektronisches Equipment wie Virtual-Reality-Brille mit Gyroskopsensoren und Bewegungshandschuhe. Für derartige neue Erlebnisse ist eine enorme Rechenleistung erforderlich, viele Supercomputer in Superclustern.

Der zeitgenössische digitale Imperativ zur Selbstüberwachung des Alltagslebens wirft tiefere Fragen zu Privatsphäre und Körper auf. Personenbezogene Daten werden online zugänglich gemacht, kapitalisiert und Teil eines umfassenden sozialen Bewertungssystems.

Messenger wie *Telegram* kann man nicht einfach „*abdrehen*“, egal wie viele *Fake News* dort verbreitet werden. Nach der bisherigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte können Webseiten und andere digitale Dienste nur gesperrt werden, wenn sie „*strukturell rechtswidrig*“ sind, was auf *Telegram* nicht zutrifft. Sperren sind zwar technisch möglich, aber meist mit wenig Erfolg, da sie jederzeit relativ einfach umgangen werden können.

Radikale Gruppen organisieren sich über *Telegram*, um Straftaten zu planen. Es gibt immer mehr rechtsradikal aufgeladene, gut geschützte Gruppen auf diesem Messenger. *Telegram* ist bei diesen Personen deshalb so beliebt, weil der Dienst Chats verschlüsselt und weder „*Klarnamen*“ noch Telefonnummern anzeigt. Alle Teilnehmer(innen) bleiben komplett anonym. Hinzu kommt, dass dieser digitale Dienst von Dubai aus agiert und sich so dem Zugriff staatlicher Behörden aus den USA oder Europa entzieht. Die beiden russischen Geschäftsleute *Nikolai* und *Pawel Durow* haben

Telegram im Jahr 2013 gegründet. Das Vermögen von *Pawel Durow* beträgt laut Forbes 17 Milliarden USD. Bei *WhatsApp* ist bei Gruppen die Teilnehmerzahl auf 256 begrenzt, bei *Telegram* sind bis zu 200.000 Personen zugelassen. *Telegram* hat rund 500 Millionen Userinnen und Usern, welche aus guten Gründen die „Datenkraken“ *WhatsApp* und *Facebook* meiden. Politiker/innen, die eine Sperre von *Telegram* propagieren, zeigen nur ihr technologisches Unwissen, denn eine solche Sperre lässt sich per VPN und APK-Direktinstallationen leicht umgehen, das entsprechende Know-how ist leicht und schnell verbreitet. Staatlichen Behörden bleibt nichts anderes übrig, als kostspielig radikale Gruppen zu „*unterwandern*“ – nach dem Mordaufruf am deutschen Ministerpräsidenten *Kretschmer* konnten so die Hintermänner der *Telegram-Gruppe* verhaftet und Waffen sichergestellt werden.

Der Trend zu *Home-Office* und *Online-Shopping* hat der Google-Muttergesellschaft *Alphabet* einen spektakulären Gewinnzuwachs beschert. Der Gewinn verdoppelte sich 2021 auf nahezu 76 Milliarden USD. Weltweit verkauft kein Unternehmen so viele Anzeigen im Internet wie Google. *Amazon* hat *automatische Lagerhaltungssysteme*, in denen bereits unzählige *Roboter* arbeiten. Sie fahren, gesteuert von einer *künstlichen Intelligenz*, durch das Lager, heben Regale mit Waren an und verschieben sie – je nachdem, wo sie gerade gebraucht werden, um Lieferungen abzapacken.

Die EU ist nicht in der Lage, die US-Monopole auf dem IT-Sektor machhaltig zu „bändigen“. 91 % aller Suchanfragen in den USA laufen über *Google*. Die alternative Suchmaschine *DuckDuckGo* hat nur einen Marktanteil von 0,7 %. Im Jahr 2005 kaufte *Google* das Handy-Betriebssystem *Android* für 50 Millionen USD. *Google* kontrolliert heute 70 % des weltweiten Marktes für Handysoftware. 2006 kaufte *Google* für 1,65 Milliarden USD *YouTube* und besitzt damit die weltgrößte Videoplattform im Netz.

Der Begriff „*Metaverse*“ steht für die umfassende „*Einbettung*“ unseres Lebens in die digitalen Produktwelten von Konzernen. Diesen geht es darum, ein „*verkörpertes Internet*“ zu schaffen, das es ermöglicht, im Geschehen zu sein und es nicht nur zu beobachten. Das „*Metaverse*“ soll den Usern und Userinnen ein Gefühl der Gegenwärtigkeit vermitteln. So beschrieb *Mark Zuckerberg* seine Vision von „*Meta*“, der Dachgesellschaft von *Facebook*, *Instagram*, *WhatsApp* etc. Im Science-Fiction-Roman *Snow Crash* von *Neal Stephenson* tauchen die Ausdrücke *Metaversum* und *Avatar* zum ersten Mal auf.

Anton Zeilinger, der ehemalige Präsident der *Akademie der Wissenschaften* in Wien, sagte zum

Quantencomputer, dass man diesem mehrere Rechenprobleme gleichzeitig stellen kann. Er rechnet sie nicht nebeneinander, sondern überlagert sie. Wodurch er immens schneller ist als herkömmliche Computer. Es gibt mathematische Probleme, von denen man annimmt, dass sie ein traditioneller „Supercomputer“ in Milliarden Jahren nicht lösen kann – ein *Quantencomputer* wegen seiner enormen Kapazitäten hingegen schon.¹⁵

Künstliche Intelligenz verändert unser Leben bereits, insbesondere den digital vernetzten Teil unseres Lebens: Sprachsteuerung, Bilderkennung, Empfehlungssysteme – all das nutzen wir täglich. Von *Künstlicher Intelligenz* spricht man, wenn durch Algorithmen Probleme gelöst werden und damit der Prozess den Grundzügen der menschlichen Intelligenz nahekkommt, wobei die exakte Definition von Intelligenz durchaus ein Streitthema ist. Die Anwendungsmöglichkeiten der *Künstlichen Intelligenz* sind auf alle Fälle enorm. *Künstliche Intelligenz* erkennt Krebs in Röntgenaufnahmen, beurteilt Kreditanträge und wählt bei der Personalsuche den besten Bewerber / die beste Bewerberin. *KI-Systeme* treffen oft sehr wichtige Entscheidungen, ohne dass Anwender/innen diese nachvollziehen können.

In Europa steht Schweden beim *Digitalisierungsindex der EU-Kommission* auf Platz drei, knapp hinter Dänemark und Finnland. Schweden hat eine hervorragende *digitale Infrastruktur*: In Stockholm liegen so viele *Glasfaserleitungen*, dass sie 60-mal um die Welt reichen würden, legte man sie hintereinander. Nahezu 100 Prozent aller Gewerbebauten und 93 Prozent aller Wohnhäuser sind daran angeschlossen. Für die Kunden/Kundinnen ist das noch dazu recht günstig – für zehn bis 15 Euro im Monat bekommt man einen Anschluss mit einem Gigabit pro Sekunde – beim Download und beim Upload¹⁶.

Fazit: Bei den Linuxwochen 2022 in Eisenstadt¹⁷ hielt der Obmann des gemeinnützigen burgenländischen IT-Vereins ICB¹⁸ Dipl.-Ing. Peter Buzanits einen interessanten Vortrag zum „*Fediverse*“ bzw. über bestehende freie Alternativen zu *Facebook* und *Twitter*. Das „*Fediverse*“ ist angetreten, um diese freien Alternativen wie z.B. „*Friendica*“ zu vernetzen und damit die Basis an Usern/Userinnen für diese freien Alternativen zu verbreitern. Diese – ohnehin schon vorhandenen – Lösungen, die nicht proprietär sind und von US-Konzernen beherrscht werden, sollten von der EU konsequent unterstützt werden! Der „*Framework Laptop*“ zeichnet sich durch die leichte

15 Profil, 3. April 2022, S. 61

16 Süddeutsche Zeitung, 16./17./18. April 2022, S. 30

17 eisenstadt.linuxwochen.at

18 www.icb.at

Reparierbarkeit und die modularen Anschlüsse aus, der Hersteller legt auch großen Wert auf Linux-Kompatibilität – er verkauft sein modulares und einfach reparierbares, schlicht „Laptop“ genanntes Notebook in der sogenannten DIY-Edition auch ohne eine Windows-Lizenz. Alle Funktionen laufen einwandfrei. Besonders praktisch: Fügt man einen Fingerabdruck dem Goodix-Fingerabdrucksensor hinzu, können Nutzer/innen sich damit nicht nur am System anmelden, sondern auch Systemverwalterrechte auf der Kommandozeile erlangen¹⁹. Hardware- und softwareseitig gibt es schon eine große Anzahl an *Alternativen* zu Monopolprodukten – die EU-Kommission braucht sich nur aus ihrer Abhängigkeit von den einschlägigen US-Unternehmen konsequent zu lösen. Die große Mehrheit der PC-Käufer/innen entscheidet sich mittlerweile für Notebooks, nur noch rund 20 Prozent wählen Desktop-PCs. Unter letzteren sind wiederum viele Mini-PCs, in die keine Festplatten mehr passen. Die Nachfrage nach Festplatten schrumpft auch deshalb immer weiter, weil immer weniger Unternehmen und Menschen ihre Daten selbst pflegen, sondern sie Clouddiensten anvertrauen: *Microsoft One Drive, Apple iCloud, Google Drive, Dropbox* usw. Man hat oftmals den Eindruck, dass die EU bei den meisten IT-Themen komplett versagt hat und ihre Bewohner/innen profitorientierten US-Unternehmen ausgeliefert hat. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!

In der EU und in Österreich wird im Grunde genommen zwar einerseits gegen die US-Konzerne im IT-Sektor heftig „gewettert“, man bedient sich aber andererseits gerne ihrer, wenn ein wenig Geld von ihnen zu haben ist. Das Magazin des „Arbeiter-Samariter-Bundes“ etwa warb kürzlich wie folgt für *Amazon*²⁰: *Unterstütze uns mit jedem deiner Amazon-Einkäufe! Gehe auf smile.amazon.de, melde dich mit deinem Namen an und wähle „Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs Bundesverband“.*

WERTE UND RECHTE

Die *ökologische Transformation* lässt sich nicht allein über Preise erzwingen. Pro Jahr fallen in Österreich 800.000 Tonnen vermeidbare Lebensmittelabfälle an. Das entspricht etwa 400 Euro pro Jahr und Haushalt. Gerade genussfähiges Brot und Gebäck landen am häufigsten im Müll. Die Produktion von Lebensmitteln in Österreich ist mit intensiver Tierquälerei verbunden, etwa bei den

19 c't 2022, Heft 7, S. 160

20 Sam, Nummer 1, März 2022

Vollspaltenböden in Schweinemastbetrieben. Bei *Vollspaltenböden* besteht der gesamte Untergrund für die Tiere aus Balken mit schmalen Spalten, durch die Kot und Urin abgeleitet werden. Die Tiere haben dort keinen Liegebereich, der mit Stroh ausgelegt ist, und deswegen starke Schmerzen beim Liegen, mehr Entzündungen und eine deutlich höhere Todesrate. Das sind wissenschaftlich erwiesene Fakten! Die Schweinemastbetriebe ersparen sich dadurch einige Kosten, etwa durch das Einstreuen etc. Der *Verein gegen Tierfabriken* geht davon aus, dass noch immer 60 Prozent der Schweine in Österreich auf *Vollspaltenböden* gehalten werden. Der Profit weniger Individuen wird in Österreich und in der EU nach wie vor über das Wohl von Millionen „*Nutztieren*“ gestellt, die vermeidbarem, entsetzlichem Leid ausgesetzt werden. Das Gerede von der EU als „*Wertegemeinschaft*“ klingt in diesem Bereich besonders hohl und verlogen. *Vollspaltenböden* für Schweine sind ein Armutszeugnis für die EU – Tiere dichtgedrängt auf Böden mit Spalten halten, damit ihre Exkremente in die Güllegrube darunter hindurchfallen und sich dadurch Betriebe den Aufwand ersparen, den Kot wegräumen zu müssen von Tieren, die in ihrem Leben kein Stroh sehen, ist reine Tierquälerei, sonst nichts! In Polen etwa hocken noch immer 80 Prozent (!) der Hennen in Käfigen auf minimalstem Platz, ihre Schnäbel werden gekürzt, sie werden auch nicht gentechnikfrei gefüttert. Die Österreicher/Österreicherinnen verzehren pro Jahr durchschnittlich 236 Eier. Der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, Josef Moosbrugger, sagte 2022 in einem Interview wortwörtlich: „*Wir müssen die existenzbedrohende Situation überbrücken, um unsere Betriebe in der Produktion zu halten*“ und weiters „*Es macht mich grantig, dass der Handel Rekordgewinne schreibt, während die Lieferanten verhungern*“, dies zur Eierproduktion in Österreich und in der EU.²¹ Heute fristet das Gros der Hühner sein kurzes Leben unter den traurigen Umständen der Massentierhaltung. Die Dörfer hingegen sind im Gegensatz zu früheren Zeiten weitgehend hühnerlos. Forschungen zeigen, dass Hühner bis zwölf zählen können, dass schon Küken Grundlagen der Addition und Subtraktion beherrschen, verschiedene Untersuchungen ergaben ein Intelligenzniveau vergleichbar mit dem von Krähen. Die Empathiefähigkeit von Hühnern wurde per Stresstest im Labor nachgewiesen. Das „*dumme Huhn*“ ist also eine Mär, die Menschen erfunden haben, um kein schlechtes Gewissen haben zu müssen. Immerhin enden pro Jahr weltweit mehr als 40 Milliarden Hühner auf dem Teller, und kaum eins davon hatte Gelegenheit, zu zeigen, was in ihm steckt!

Die EU setzte sich seit der *Wasserrahmen-Richtlinie* aus dem Jahr 2001 das Ziel, bis 2027 einen sehr guten ökologischen Zustand für alle Bäche, Flüsse, Seen und das Grundwasser zu erreichen. Davon sind wir weit entfernt! In Deutschland haben nur 8 Prozent (!) der Flüsse und Gewässer

21 RAIFFEISENZEITUNG, 7. April 2022, S. 18

einen sehr oder zumindest guten Zustand. In Österreich sind fast 70 Prozent der Gewässer in einer Lage, die einer *Renaturierung* bedarf. Im Wesentlichen ist das Gewässerproblem in Österreich Verbauungen und der massiven Einbringung von Pestiziden aus der Landwirtschaft geschuldet. Das gilt auch für die Wälder: So speichert etwa ein natürlicher Mischwald bis zu 200 Liter Wasser pro Quadratmeter, eine Monokultur aber nur 60 Liter²² Auch in diesem Bereich wurden die Werte gesunde Umwelt und Sicherung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen zugunsten der Profite von wenigen Wirtschaftstreibenden von einer verantwortungslosen und unfähigen Kaste von Politikerinnen und Politikern außer Acht gelassen.

Das *Designer Outlet Center* in Parndorf/Pandorf im Burgenland lockt Rabattjäger/innen in die rund 160 Shops mit entsprechend umweltschädlichem Verkehrsaufkommen samt enormer Feinstaubbelastung für die Bevölkerung des Ortes und seiner Umgebung. Das Burgenland ist eine *Hochburg des Massenkonsumwahns*. Seit Jänner 2020 gibt es zudem ein österreichweites System zur Qualitäts- und Herkunftssicherung, das *Gütesiegel AMA Genuss Region*. Das burgenländische *Genuss- und Agrarmarketing*, kurz: *Genuss Burgenland*, ist in die Propagierung diverser „*Genuss-Ideologien*“ eingebunden, die inhaltlich fragwürdig sind. Das neue „*Sonnenlogo*“ des Burgenlandes soll überall ins Auge stechen, bei Fahrten im Burgenland auf Schildern, aber auch auf allen qualitäts- und herkunftsgesicherten Lebensmitteln und sonstigen „*Genussprodukten*“. Es wurde bzw. wird eine Art landesweiter „*Message Control*“ etabliert.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2020 hat sich die durchschnittliche Verwendungsdauer von Kleidungsstücken seit 2005 um 36 % verringert. Schätzungen für Österreich gehen davon aus, dass jährlich pro Kopf 19 kg Textilien gekauft werden, das entspricht etwa einem Kleidungsstück pro Woche. Davon werden rund elf Kilogramm jährlich wieder entsorgt. Aktuellen Schätzungen zufolge soll bis 2030 der Verbrauch von Kleidung um weitere 60 % steigen. Sowohl bei der Produktion von Kunstfasern als auch bei der Verarbeitung von Baumwolle sind gefährliche Chemikalien zum Bleichen, Färben und Imprägnieren erforderlich. Laut Weltbank werden weltweit rund 20 % der Wasserverschmutzung durch die Verarbeitung von Textilien verursacht. Allein in Österreich gelangen über die Maschinenwäsche jährlich 21 Tonnen Mikroplastik in das Abwasser.²³

Die unsäglichen „*Jagdgatter*“ im Burgenland – hinter Zäunen hetzen Dutzende Wildschweine und Hirsche vorbei. Stundenlang werden die eingesperrten Tiere dabei von Hunden und Treibern

22 Univ.-Prof. Klement TOCKNER, Präsident des FWF, Interview in „Wiener Zeitung“ vom 9./10.4. 2022, S. 29

23 Magazin Umwelt & Energie 01/2022, S. 17

gehetzt, einige erschossen, viele angeschossen, sodass sie langsam sterben müssen. Man fand einst nichts dabei, diese unsäglichen „*Gatterjagden*“ zu erlauben.

Die burgenländische Landesregierung zweifelt, dass die Haltung von Schweinen auf Vollspaltböden mit dem Tierschutz vereinbar ist, und beantragte ein Normprüfungsverfahren beim Verfassungsgerichtshof. Eine richtige Entscheidung! Rund 45 Milliarden Hühner werden jährlich geschlachtet und verarbeitet. Ihr kurzes Leben fristen Masthuhn und Legehennen in der Hühnerfabrik auf einer Fläche kleiner als ein DIN-A4-Blatt.²⁴ Der *Tierschutz* als eigenständiger Wert? In der Praxis kommt dieser Wert nicht bzw. viel zu wenig zum Tragen, politisch notwendige Entscheidungen zu seinen Gunsten wurden bisher gar nicht getroffen, es erfolgte bzw. erfolgt eine Auslagerung an die Gerichte

Die *Fuchsjagd* bleibt in Bundesländern wie etwa Wien erlaubt – was für ein Unsinn! Es gibt keine wissenschaftlichen Belege, die sie zu rechtfertigen vermögen.

Nachhaltige Technik ist zu fördern: Lenovos neue Notebooks der „*ThinkPad Z*“-Serie setzen auf Recycling-Materialien, und auch das „*Concept Luna*“-Modell von Dell will PCs durch leicht zugängliche, austauschbare und wiederverwendbare Komponenten nachhaltiger machen.

Die wichtigsten Rechte sind Menschenrechte! Univ.-Prof. Dr. Hannes Tretter von der Universität Wien führte aus, dass einiges, was sich derzeit in Österreich tut, *nicht menschenrechtskonform* ist – von dem seit vielen Jahren verschobenen Transparenzgesetz über die Abschiebung gut integrierter Lehrlinge bis zur mangelnden Rücksicht des Schulsystems gegenüber legasthenischen Kindern.²⁵ Er ist Mitbegründer des *Ludwig Boltzmann Institutes für Menschenrechte* und erforscht intensiv diesen Themenkreis.

Frauen waren bis 2001 bei der Bundeswehr in Deutschland nur im Sanitätsdienst und beim Musikkorps zugelassen. Erst im Jahr 2001 wurden alle militärischen Laufbahnen für Frauen geöffnet.²⁶

Der Frauenanteil bei der österreichischen Bundespolizei liegt bei 21,5 Prozent bundesweit. Doch nur 7,8 Prozent Frauen arbeiten auf höchster Führungsebene als leitende Beamtinnen. Auch die

24 Magazin *gehört* des ORF, April 2022, S. 24

25 *anwalt* aktuell 05/18, S. 3

26 DIE ZEIT, 31. 3. 2022, S. 6

Tatsache, dass von 832 Polizeiinspektionen in Österreich nur 17 von Frauen geleitet werden, zeigt das große Ungleichgewicht und den dringenden Handlungsbedarf, den Frauenanteil in Führungspositionen zu erhöhen.

Es liegt nun endlich ein konkreter Entwurf für ein *EU-Lieferkettengesetz* auf den Tisch. Die EU will nicht mehr wie bisher wegsehen, wenn es um die Verletzung der Menschenrechte oder um Raubbau an der Umwelt geht – ganz egal, wo auf der Welt diese Dinge passieren. Unternehmen können haftbar gemacht werden, wenn sie ihre Sorgfaltspflichten nicht wahrnehmen und müssen in Zukunft entlang ihrer globalen Wertschöpfungsketten sicherstellen, dass menschen- und umweltrechtliche Regeln eingehalten werden. Wurden ausbeuterische Praktiken und fehlende Umweltstandards in der Vergangenheit oft genutzt, um sich einen Kostenvorteil zu verschaffen, so wird das zukünftige *EU-Lieferkettengesetz* diese Möglichkeit unterbinden.

Butscha, eine Kleinstadt mit rund 35.000 Einwohnern/Einwohnerinnen im Umland von Kiew, wurde zum Inbegriff von Kriegsgräueln: Leichen von Zivilisten auf der Straße, erschossen, mit zum Teil am Rücken zugebundenen Händen etc. **Fazit:**

Sind *Wirtschaftsinteressen* wichtiger als *Werte*? Das ist eine Kernfrage unserer Zeit, die sich grundsätzlich immer öfter stellt. Energie-Experten warnen etwa vor einem kompletten Lieferstopp von russischem Erdgas nach Europa – das würde eine *sofortige Rezession* auslösen, berechnete der Brüsseler Thinktank *Bruegel*. Bundespräsident *Alexander Van der Bellen* reagierte in der Hofburg verstimmt, als er erst durch Medien erfuhr, dass der Bundeskanzler *Karl Nehammer* als erster westlicher Regierungschef seit Kriegsbeginn nach Moskau geflogen war. Letztgenannter kam deswegen aber sogar auf die Titelseite der *New York Times*.

GESUNDHEIT

Wenn Patientinnen und Patienten nicht auf ein *Antibiotikum* reagieren, kann es zu schwerwiegenden Folgen kommen – eigentlich harmlose Infektionen können dann tödlich enden.

Antibiotikaresistenzen verursachen allein im Jahr 2019 mehr als 1,2 Millionen Todesopfer. Bei weiteren Millionen von Todesfällen war eine solche Infektion demnach zumindest mitverantwortlich für den Tod.

Globale IT-Konzerne haben eine neue Goldgrube entdeckt – den Gesundheitssektor. Sie stellen Diagnosen, verkaufen Versicherungen – und dank massenhafter Auswertung persönlicher Daten wollen *Google, Amazon, Facebook, Apple* und *Microsoft* künftig fleißig abkassieren.

Es geht um Menschen mit Krebs, Parkinson oder chronischen Schmerzen – sie alle dürfen in Deutschland seit 2017 mit *medizinischem Cannabis* behandelt werden. Während die Patientinnen und Patienten oft große Hoffnungen damit verknüpfen, ist die Therapie aber in der medizinischen Wissenschaft umstritten.

Pilze sind reich an Nährstoffen, Vitaminen, Mineralstoffen und Eiweiß – das perfekte *Superfood* also. Ärgerlich ist nur, dass *Pilze* quasi die „*Nieren des Waldes*“ sind und als solche auch reichlich Giftstoffe und Schwermetalle aus dem Boden filtern. Die Nahrungsmittelindustrie kultiviert deshalb immer mehr Sorten von Zuchtpilzen auf künstlichen Nährböden. Mit dem reichen Aroma wildgewachsener Pilze können sie aber leider nicht mithalten.

Der *Pflegenotstand* in den deutschen Kliniken ist dramatisch – zehntausende Stellen sind unbesetzt. Es werden nun ausländische Fachkräfte im großen Stil umworben. Zum Thema *Pflegenotstand* gibt es stapelweise Analysen, die versuchen, ihn in Zahlen zu fassen. Die alarmierendsten prognostizieren, dass im Jahr 2030 bis zu einer halben Million Vollzeitkräfte fehlen könnten. Schon jetzt gibt es deutschlandweit knapp 60.000 offene Stellen. Die Philippinen zählen in Deutschland zu den Hauptherkunftsländern für Pflegekräfte. Laut *WHO* könnten im Jahr 2030 weltweit knapp sechs Millionen Pflegekräfte fehlen.²⁷

Eine aktuelle Studie bei Schulkindern aus Kärnten zeigt: Ihr durchschnittlicher Body-Mass-Index (BMI) hat durch die COVID-19-Beschränkungen dramatisch zugenommen. Zwischen September 2019 und März 2021 stieg der Anteil der Kinder mit Übergewicht oder Fettleibigkeit von 20,7 % auf 26,2 %²⁸

Fazit: Der Gesundheitssektor ist in immer größere Probleme geraten, Patentlösungen gibt es nicht. Immer mehr Leute in der EU zweifeln daran – und das völlig zu Recht – dass die europäischen Politiker/innen in der Lage sind, diese gesundheits- und pflegebezogenen Probleme zu lösen.

27 DIE ZEIT, 7. April 2022, S. 37

28 MEIN LEBEN, 1/2022, S. 19

WIRTSCHAFT

Die *Corona-Pandemie* hat die schwerste Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren ausgelöst. Großer Gewinner ist der *Online-Handel* mit bis zu 70 % Wachstum. Nach Schätzungen werden alleine in Deutschland rund 50.000 Geschäfte schließen müssen. Während die Bevölkerung in der Krise mit empfindlichen finanziellen Einbußen zu kämpfen haben, wurden und werden die Konten der Reichen und Superreichen immer fatter.

Österreich zählt zu den wohlhabendsten Ländern der Welt, dennoch sind laut *Statistik Austria* 1.529.000 Menschen *armutsgefährdet* und *ausgrenzungsgefährdet* – der Großteil davon Frauen. Gäbe es keinen *Sozialstaat*, wären rund 42 Prozent der Österreicher/innen *armutsgefährdet*. Durch die Sozialleistungen reduziert sich dieser Anteil auf ca. 14 Prozent. Als *armutsgefährdet* gilt in Österreich, wer weniger als 1.328 Euro pro Monat (für einen Einpersonenhaushalt) zur Verfügung hat, 664 Euro kommen für einen zusätzlichen Erwachsenen monatlich dazu, 398 Euro für Kinder unter 14 Jahren. Rund 260.000 Menschen müssen in Österreich von der *Sozialhilfe* leben, davon 60.000 Kinder.

In Österreich erfolgt eine ungleiche Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen. Während ersteres progressiv, also je nach Höhe zwischen 0 und 55 Prozent besteuert wird, sind für leistungslose Kapitaleinkommen, wie beispielsweise Dividenden, nur 27,5 Prozent an Steuern zu bezahlen – egal, ob es sich dabei um 20 Cent oder 200 Millionen Euro handelt. Ein konkretes Beispiel: Während für ein Arbeitseinkommen von 100.000 Euro knapp 39.000 Euro an Steuern und Abgaben zu leisten sind, trägt jemand mit einem Kapitaleinkommen von 100.000 Euro nur 27.500 Euro an Steuern bei. Je weiter oben man sich in der Einkommensverteilung befindet, desto relevanter werden aber Kapitaleinkommen – ganz an der Spitze machen sie beinahe das ganze Einkommen aus, womit ihr Steuerbeitrag auf die Höhe der Kapitalertragsteuer schrumpft. In Österreich gibt es somit keine Steuergerechtigkeit. Reichtum in Österreich ist extrem ungleich verteilt. Dass die Erbschafts- und Schenkungssteuer abgeschafft wurde, hält *Ferdinand Lacina* für einen großen Fehler. Fast neun Jahre, von 1986 bis 1995, war er Finanzminister.²⁹

29 Magazin gehört, April 2022, S.24

Laut einer *Greenpeace-Recherche* zeigt der *E-Commerce-Boom* drastische Auswüchse – Retourpakete, vor allem Kleidung und Elektronik, landen massenhaft auf dem Müll. Rund ein Drittel aller weltweit produzierten Lebensmittel landet auch im Müll. Gegen diesen Missstand wird viel zu wenig unternommen.

Ein ganzes Heer von eitlen und habgierigen „*Influencerinnen*“ fördert „*Wegwerfkleidung*“ wie etwa der Produkte des Online-Textilriesen *Shein*. In chinesischen Zulieferbetrieben von *Shein* herrschen prekäre Arbeitsbedingungen: Die Näherinnen und Näher sind fast ausschließlich arme Wanderarbeiter/innen aus ärmeren Provinzen, die 12 Stunden am Tag arbeiten müssen bei einem freien Tag – pro Monat (!). Arbeitsverträge gibt es nicht, bezahlt wird pro Kleidungsstück.

Bei *Elektroautos* zeigte eine Studie des NAF, der norwegischen Autofahrer/innen-Organisation, dass die tatsächliche Reichweite im Schnitt um 18,5 Prozent unter den offiziellen Werksangaben lag. In der heutigen Wirtschaft herrschen dreiste Werbeversprechen vor – von Beschönigungen bis hin zu glatten Lügen. 76.539 rein elektrische Autos fuhren in Österreich mit Stand 31. Dezember 2021. Das sind 1,5 Prozent aller zugelassenen Pkw. Im Kampf gegen die Klimaerhitzung mit all ihren negativen Folgen ist der Trend zu Elektroautos erfreulich. Es kommt aber zu einer *Zweiklassengesellschaft* bei den Autos: *Elektroautos* können sich Besserverdiener mit grünem Gewissen leisten, die Mehrheit der Autofahrer/innen jedoch nicht.

Smartphone-Akkus haben eine Lebensdauer von ca. 500 bis 1.000 Ladezyklen, also zwei bis drei Jahre. Da Akkus meist fix in Handys eingebaut sind, können sie nicht ausgetauscht oder repariert werden. So muss ein neues Handy gekauft werden – eine riesige Ressourcenverschwendung.

Geht es nach den Abgeordneten des Europäischen Parlaments, müssen Akkus künftig leicht austauschbar sein. Von 2024 an sollen tragbare Geräte wie Smartphones und Notebooks sowie E-Bikes so gestaltet sein, dass die Akkus einfach und gefahrlos entfernt werden können. Beim *Samsung S21 Ultra* benötigt man derzeit Spezialwerkzeug und viel Erfahrung, um an den Akku heranzukommen und ihn auszutauschen – wie bei den meisten Smartphones.³⁰

Kürzlich hat die *Österreichische Nationalbank* (ÖNB) veröffentlicht, dass in Österreich nur ein Prozent (!) der Bevölkerung die Hälfte des Gesamtvermögens besitzt – ein krasses Ungleichgewicht. Vermögen ist in Österreich sehr ungleich verteilt. Es gibt die „*Working Poor*“ -

30 Computermagazin c 't 2022, Heft 8, S. 38

jene, die arbeiten gehen und sich trotzdem nichts leisten können.

Ein *tiefgreifender Umbau des Wirtschaftssystems* ist *unabdingbar*. Es können aber auch kleine Veränderungen wichtige, positive Effekte erzielen – Trends wie das Upcycling alter Möbel, Secondhand-Kleidung oder das Verteilen von überschüssigen Lebensmitteln sollten viel stärker als bisher gefördert werden.

Die Deutschen shoppen am liebsten bei Amazon: Der Marktführer im E-Commerce hält einen Umsatzanteil von über 50 Prozent. Der Umsatz im Onlinehandel wächst seit Jahren: Von 1,6 Milliarden € im Jahr 2001 stieg er innerhalb von 20 Jahren auf stolze 85 Milliarden €. Besonders häufig und besonders viel online kauft in Deutschland die Altersgruppe zwischen 30 und 49 Jahren: Sie gab 2021 pro Kopf monatlich 266 € beim Onlineshopping aus.³¹

Die österreichische Ministerin *Margarete Schramböck* wollte mit der Plattform „*Kaufhaus Österreich*“ Amazon & Co. D den Kampf ansagen – daraus wurde eine 1,26-Millionen E-Pleite.³²

Heute ist Europa bei Solarmodulen fast zu 100 Prozent (!) abhängig von *China*, das die Solarmodule zu künstlich niedrigen Preisen verkauft. *China* kaufte sich aus strategischen Gründen den Markt, um die wichtigste Energieerzeugungsform der Zukunft zu besitzen.³³

China ist bekanntlich ein autoritär-repressiver Polizeistaat. Wer sich gegen ihn auflehnt, hat mit massiven Repressalien zu rechnen. Der chinesische Künstler *Ai Weiwei*, geboren 1957 in Peking wurde 2011 für 81 Tage eingesperrt, weil er das Regime kritisierte. Er wurde auch mit einem Reiseverbot belegt, nachdem dieses abgelaufen war ging er 2015 nach Europa.

In Europa ist *Designpolitik* fragmentiert und läuft auf einzelstaatlicher Ebene ab. Die Finanzierung nationaler *Designzentren* innerhalb Europas ist großen Schwankungen unterworfen und davon abhängig, wie sehr sich die jeweiligen Regierungen für *Design* stark machen. In manchen Fällen gibt es überhaupt keine Unterstützung durch die öffentliche Hand. Diese unzureichende Subventionspolitik drängt europäische *Designfirmen* an den Rand. Asiatische Länder wie Südkorea, Singapur und Taiwan führen erfolgreiche *Designoffensiven* durch und unterstützen ihre aufstrebenden *Designunternehmen* mit beträchtlichen Geldmitteln. Europa benötigt, um

31 Computermagazin c't, Heft 8, S. 18

32 KURIER, 28. März 2022, S. 1

33 DIE ZEIT, 7. April 2022, S. 34

wettbewerbsfähig zu bleiben, eine Politik, welche die Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung ausgereifter designfördernder Maßnahmen unterstützt. In vielen Wirtschaftsbereichen wird von der EU und ihren Mitgliedsstaaten viel zu wenig investiert, andere Länder sind ihr voraus, es gibt *Schwachstellen* in der EU, die es zu identifizieren und zu beseitigen gilt.

Fazit: Armut und Reichtum sind bei allen Gegensätzen kaum zu trennen: Der Reichtum weniger baut auf der Armut vieler auf. Ökonomische und soziale Ungleichheit hat verschiedenste Auswirkungen auf Lebensglück, Bildung und Gesundheit – ein Umstand, der während der Corona-Pandemie besonders augenscheinlich wurde. Es gibt sehr viele Wirtschaftsbereiche, in denen es bedenkliche negative Trends gibt. Das *Bauernsterben* in Österreich geht weiter, die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten nimmt zu: Die Anzahl der Milchlieferanten etwa ist laut AMA in Österreich weiter gesunken, Gründe dafür sind eine Extensivierung oder die völlige Aufgabe. Mit Stichtag 31. 12. 2021 gab es 23.868 Milch liefernde Betriebe in Österreich – das sind um 777 (3,2 Prozent) weniger als noch im im Jahr davor – vor zehn Jahren waren es hingegen noch 36.460 Betriebe. Im milchreichsten Bundesland Oberösterreich ist die Zahl im Jahr 2021 am stärksten gesunken: 278 Betriebe stellten dort ihre Liefertätigkeit ein.³⁴

Das Wissen der österreichischen Landwirte über die Ziele des *Green Deals* für die Landwirtschaft ist aktuell noch sehr bescheiden, obwohl das EU-Programm vor mehr als zwei Jahren vorgestellt wurde und auch massive Auswirkungen auf Österreichs Landwirtschaft haben wird. Jene Landwirte, die sich bereits damit beschäftigt haben, begegnen den Plänen der EU skeptisch. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Marktforschungsinstituts *KeyQuest* unter 505 Betriebsführern/Betriebsführerinnen in Österreich.³⁵ Insgesamt stufen sich nur 5 Prozent aller Befragten als „*gut oder sehr gut informiert*“ ein. Die meisten Befragten befürchten weitere negative Auswirkungen bei den landwirtschaftlichen Einkommen.

Der ehemalige Bergbauer und heute Chef von Österreichs größtem Gemüselieferanten *Frutura* Manfred Hohensinner beschrieb kürzlich die österreichische Landwirtschaft wie folgt³⁶:

Österreichs Landwirtschaft ist vor 20 Jahren stehengeblieben. Sie erhält mit hohen Förderungen ein ineffizientes System am Leben. Geld für die Bergbauern wird zurückgehalten, Großbetrieben pumpt man es rein. Milchproduktion etwa gehört in Berggebiete, wo es Rinder für

34 UNSER LAND, Magazin für Land- und Forstwirte, Nr. 4/2022, S. 3

35 UNSER LAND, Magazin für Land- und Forstwirte, Nr. 4/2022, S. 8

36 DER STANDARD, 9./10. April 2022, S. 18

Landschaftspflege braucht. Die Masse kommt jedoch aus den Gunstlagen, wofür Soja importiert und Milchpulver nach Afrika exportiert wird. Während sich die Welt weiterdreht, hält die Landwirtschaft an ihren alten Paradigmen fest“.

Lieferdienste sprießen gerade in den europäischen Großstädten wie Pilze aus dem Boden – sie gelten als „praktisch“ und „angesagt“, bedeuten aber in vielen Fällen nur noch mehr umweltschädlichen Verkehr in den Städten, die Arbeitsbedingungen der „Botinnen und Boten“ sind meist miserabel.

Im Bier, im Honig, auf Obst und Gemüse, auf Spielplätzen und in der Luft – überall lassen sich schon Spuren von *Pestiziden* nachweisen, während Politikerinnen und Politiker und die verlogene Tourismuswirtschaft noch immer von angeblich „unberührter Natur“ faseln. Der *Pestizidatlas 2022*³⁷ spricht Klartext!

Die österreichische *Agrana-Gruppe* rechnet mit außerordentlichem Abschreibungsbedarf aufgrund des Ukraine-Krieges, der am 24. Februar 2022 ausgebrochen ist³⁸. Der Agrarkonzern ist vom Krieg in der Ukraine direkt betroffen. 200 Kilometer südöstlich von Kiew sind an drei Standorten rund 600 Arbeitskräfte beschäftigt. Das Hauptprodukt ist Apfelsaft. Ein Teil der Belegschaft ist im Kriegseinsatz. Etwa zwei Prozent des Konzernumsatzes von insgesamt 2,55 Milliarden Euro wird in der Ukraine erwirtschaftet, weitere zwei Prozent in einem Werk in Russland. Je länger die kriegerischen Auseinandersetzungen anhalten, umso größer ist die globale Gefahr von *Stagflationseffekten*, also einer stagnierenden Konjunktur bei gleichzeitig hoher Inflation. Auch Länder, die militärisch nicht in den Krieg in der Ukraine involviert sind, werden dessen Folgen spüren: 40 Millionen Menschen drohen weltweit in extremste Armut abzurutschen³⁹.

Akribisch und mit investigativen Methoden deckte der *Verein gegen Tierfabriken* jene Misstände auf, die eigentlich der Agrarmarkt Austria oder den Amtstierärzten hätten auffallen müssen: Ballerei auf Fasane, die man zuvor in Käfigen gehalten hat etc. Gäbe es den bei Bauern und Jägern verhassten *Verein gegen Tierfabriken* nicht, würde die Öffentlichkeit nicht hinter die Kulissen der Fleischindustrie, der Jagdgesellschaften und der Schlachthoflobby blicken können. 2022 entdeckte der *Verein gegen Tierfabriken* wieder einen Skandal-Betrieb in Kärnten, in dem die AMA jahrelang

37 kostenloser PDF-Download unter www.bund.net

38 RAIFFEISENZEITUNG, 31. 3. 2022, S. 8

39 DER STANDARD, 12. April 2022, S. 1

nicht kontrollierte, obwohl sie ihr Gütesiegel hergab⁴⁰.

Fazit: *Zivilgesellschaftliches Engagement* in der EU ist heute wichtiger denn je! Der „Wirtschaft“ darf kein Vorrang vor gesamtgesellschaftlichen Interessen eingeräumt werden. Zu oft wurden die Interessen breiter Bevölkerungsschichten und der Umwelt von der „Wirtschaft“ missachtet.

DEMOKRATIE IN EUROPA

Die Stadt Wien wirbt 2022 in ganzseitigen Inseraten in Gratisblättern (vgl. heute, 11. März 2022) für die Teilnahme an der „größten Wiener Frauenbefragung“ unter frauenbefragung.wien.gv.at - „Jetzt Umfrage ausfüllen!“ lautet die Devise.

Bei den einzelnen, von oben herab formulierten Fragen Haken setzen? Ist das wirklich *echte* Demokratie? Die Stadt Wien gibt mehr Geld für „*Öffentlichkeitsarbeit*“ aus, als alle anderen Bundesländer zusammen – ein Großteil dieses Geldes fließt immer wieder in „*befreundete Medienhäuser*“.⁴¹

Landauf, landab wird man in Österreich aufgefordert, an „*großen Umfragen*“ teilzunehmen und „*seinen Senf dazuzugeben*“. Dann wird die jeweilige „*Rücklaufquote*“ berechnet. Fällt diese hoch aus, reklamiert dies dann irgendein Provinzpolitiker/ eine Provinzpolitkerin als Erfolg für sich, ansonsten lässt man die Umfrage und ihre Ergebnisse einfach unter den Tisch fallen. Parteien wollen Spenden bekommen und suchen auch „*frische Ideen*“ für die Regionen, in denen sie tätig sind. Gibt es *innerparteiliche Demokratie* in Österreich? Daran muss gezweifelt werden! Die SPÖ-Parteichefin von Oberösterreich *Birgit Gerstorfer* wurde kürzlich *abgelöst*, als sie gerade auf Urlaub in Kroatien befindlich war. Auslöser dafür war ein Plakat, das einigen mächtigen Personen in ihrer eigenen Partei nicht gefiel: Es zeigte ein weinendes Mädchen, garniert mit dem Slogan „*Zukunft & Zusammenhalt*“ (!) und den Text: „*Ich will dich nicht verlieren. Lass dich impfen. Jetzt!*“. Ein „nicht gelungenes“ Plakat reicht in Österreich, um abserviert zu werden, auch wenn man Sitz und Stimme im Parteipräsidium und im Vorstand der Bundes-SPÖ hat, wie das bei Frau *Gerstorfer* der Fall war.

40 FALTER 15/22, S. 10

41 FALTER 12/22, S. 7

Keine Umfrage in Österreich hat etwa den *übermäßig hohen Bodenverbrauch* gestoppt, der zu den größten Umweltproblemen des Landes zählt. Das Zubetonieren unserer Äcker, Wiesen, Felder und Wälder schreitet voran, als ob es keiner Rücksichtnahme auf die Lebensinteressen nachfolgender Generationen mehr bedürfte.

Viele Europäerinnen und Europäer halten die Staaten, in denen sie leben, nur für „*Scheindemokratien*“. Eine Umfrage des renommierten *Instituts für Demoskopie Allensbach* im Auftrag des Senders SWR ergab, dass dies bei 33 bis 45 Prozent aller Menschen in Deutschland der Fall ist⁴². Die Republik Österreich wurde von der Universität Göteborg kürzlich von einer „*liberalen Demokratie*“ in eine „*Wahldemokratie*“ herabgestuft. „*Wahldemokratie*“ heißt in diesem Zusammenhang, es finden in einem Land zwar freie, allgemeine und faire Wahlen statt, aber sonstige Parameter wie politische Kultur, Transparenz der politischen und administrativen Vorgänge, wenig Korruption, keine versteckten Einflüsse von mächtigen Interessengruppen sind nicht oder nur in geringem Ausmaß gegeben, im Gegensatz zur „*liberalen Demokratie*“, die sich durch Toleranz, offenen Diskurs, transparente Machtverhältnisse etc. auszeichnet⁴³.

Im *Volkskundemuseum Wien* ist eine Grabkerze mit dem Bild von *Jörg Haider* und einem Zitat von ihm ausgestellt. Jörg Haider, der international bekannteste rechtspopulistische Politiker aus Österreich, verstarb am 11. Oktober 2008 bei einem selbstverschuldetem Verkehrsunfall in Lambichl im Süden Klagenfurts. Er war stark alkoholisiert. In der Folge seines Todes entstand an der Unfallstelle eine Gedenkstätte, die sich als viel besuchter Kultort etablierte. Darüber hinaus entwickelten sich unterschiedliche Verschwörungstheorien zu seinem Tod⁴⁴, was bezeichnend für die politische Stimmungslandschaft in Österreich ist.

Seit Beginn der Corona-Pandemie hat das Ausmaß an Gewalt gegen Menschen, die als „*asiatisch*“ wahrgenommen werden, weltweit stark zugenommen. Die Feindbilder über „*Asiaten/Asiatinnen*“ sind als das Erbe kolonialrassistischer Stereotype wieder deutlich zutage getreten. Trotz der Regierungsbeteiligungen der grünen Parteien in Österreich und in Deutschland gehen auch in diesen beiden Ländern die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, das Artensterben und die

42 DIE PRESSE, 12. April 2022, S. 8

43 DER STANDARD, 9./10. April 2022, S. 39

44 Museumsdirektor Matthias BEITL im Text zu diesem ausgestellten Objekt

Klimakatastrophe praktisch ungebremst weiter.

Ohne entsprechende Maßnahmen dauert es laut *Global Gender Gap Report 2021* noch insgesamt 135,6 Jahre, bis man von echter Gleichsetzung der Geschlechter sprechen könnte. Auch wenn eine *Frauenquote* Identitäten auf das Geschlecht reduziert, ist sie derzeit das am schnellsten und am leichtesten umzusetzende Mittel, um Veränderungen zu bewirken. Nur jede zehnte Akademikerin wird Führungskraft, bei den Männern ist es jeder Fünfte. Laut *Statistik Austria* (2020) waren 8,1 % der Frauen und 18,1 % der Männer mit FH- oder Universitätsabschluss in einer Führungsposition tätig, und das, obwohl mehr Frauen (24,1 %) über einen Hochschulabschluss verfügen als Männer (18,9 %). Nur in Estland und Lettland ist die Einkommensschere zwischen Männer- und Frauengehältern größer als in Österreich. Die Anzahl von Frauen in Österreichs börsennotierten Unternehmen ist sehr gering: Nur 16 Frauen stehen 188 Männern gegenüber laut dem jüngsten „*EY Mixed Leadership Barometer*“.

Da Frauen in Österreich nach wie vor im Durchschnitt deutlich geringere Erwerbseinkommen erzielen, liegen auch die durchschnittlichen Alterspensionen von Frauen mit 1.110 € brutto im Monat deutlich unter jenen der Männer mit 1.799 €. Damit erhielten Frauen 2021 eine um mehr als ein Drittel geringere Pension als Männer. Trotz dieser alarmierenden Zahlen ist vielen Frauen die drohende Gefahr von Altersarmut gar nicht bewusst.

Mit der „*Ideenwerkstatt*“ hat das Land Burgenland im Herbst 2021 einen neuen „*Bürgerbeteiligungsprozess*“ gestartet. In der ersten „*Ideenwerkstatt*“ wurden Bauen und Wohnen behandelt. Noch bis zum 15. April 2022 können Ideen und Vorschläge zum Themenfeld Pflege und Betreuung abgegeben werden, siehe www.burgenland.at/ideenwerkstatt. 2021 wurde die 100-jährige Zugehörigkeit des Burgenlandes zur Republik Österreich gefeiert – man sollte auf der Plattform www.wirsind100.at historische Fotos, Postkarten, Briefe etc. beisteuern. Mit dem europäischen Regionalprogramm *Leader* soll die Entwicklung des ländlichen Raums vorangetrieben werden. Im Südburgenland laufen bereits die Vorbereitungen für die neue Förderperiode von 2023 bis 2027. Mithilfe einer Umfrage auf der Plattform www.suedburgenlandplus.at können Interessierte ihre Ideen und Vorschläge dafür einbringen.

Das Land Burgenland hat zum Start seiner *Ideenwerkstatt* alle Interessierten aufgerufen, Ideen zu den Themen Bauen und Wohnen einzureichen. Ziel dieser *Ideenwerkstatt* ist es, die „*Bürgerbeteiligung*“ zu steigern und die Bevölkerung in die Meinungsbildung bei politischen

Themen stärker einzubinden, damit am Ende die besten Ideen in die Regierungsarbeit einfließen. Unter den rund 70 Einsendungen zum Thema Bauen und Wohnen fanden sich viele inhaltlich gut durchdachte Ideen. Es wurde eine Themensammlung zusammengestellt. Es geht um Bodenverbrauch, ökologisches Bauen, Sanierung, Ortskernbelebung etc.

Wir sind aber schon jetzt in einer Situation, in der junge Menschen, die relativ gut verdienen, aber nicht in den Genuss eines Erbes kommen, nicht in der Lage sind, Wohnraum zu erwerben.

Auch das Land Niederösterreich betreibt eine „Zukunftsdebatte“, unter dem Titel „*Mein Land denkt an Morgen*“ werden im Rahmen der „Zukunftsstrategie 2030“ Diskussionsabende organisiert.

Bis zum 15. Februar haben Frauen in Österreich gratis gearbeitet – es gibt Studien zum *Equal Pay Day*. Die *strukturelle Ungleichheit* bei den Einkommen von Frauen ist geblieben. Der *Gender Pay Gap*, der laut Einkommensbericht des Rechnungshofes zwischen 10 und 30 Prozent betragen kann, ist nicht wegzudiskutieren. Seit 1911 feiern Frauen rund um den Globus den „*Internationalen Tag der Frauen*“. Das allgemeine Wahlrecht ist mittlerweile verankert, aber eine Gleichstellung der Geschlechter ist noch lange nicht Realität. Und daher hat der *Weltfrauentag am 8. März* seine Gültigkeit längst nicht verloren.

In Österreich ist es zu einer bewussten *Demontage von Qualitätsmedien* über die vermehrte Zuteilung von staatlichen Inseraten an Gratismedien gekommen. Rund ein Drittel der Österreicher/innen tendiert dazu, Verschwörungstheorien zu glauben.

Die Situation ist fatal: Die Auflagen aller Tageszeitungen in Deutschland haben sich seit 1995 mehr als halbiert, und sie sinken weiter. Besonders bedrohlich ist die Lage bei den Regional- und Lokalblättern: Einer Branchenanalyse zufolge verlor im letzten Quartal 2021 fast jedes Blatt an Auflage. Bei rund 90 Prozent der Zeitungen lag der Rückgang deutlich über zwei Prozent. Die Verlage machen über ihre Digitalangebote in der Regel nicht die Umsätze wett, die sie durch den Rückgang im Printbereich verlieren. Gleichzeitig bricht ihr Werbegeschäft ein: Laut dem *Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger* schrumpften die Anzeigenumsätze der deutschen Zeitungen von 4,8 Milliarden Euro im Jahr 2006 auf zuletzt 1,8 Milliarden Euro 2021. Die Kleinanzeigen wandern ins Internet, der Werbemarkt wurde von *Facebook & Co.*

„geschluckt“⁴⁵. In Österreich ist die Situation nicht besser!

Landtagspräsidentin *Verena Dunst* hat im März 2022 an der „*Konferenz zur Zukunft Europas*“ in Straßburg teilgenommen – als einzige österreichische Regionalpolitikerin. Diese mehrteilige Konferenz zur Zukunft Europas besteht aus einer mehrsprachigen digitalen Plattform, dezentralen Veranstaltungen, Europäischen Bürgerforen und der Plenarversammlung. Das Plenum wird dabei von Arbeitsgruppen unterstützt, welche die Themen der Online-Plattform aufgreifen. *Verena Dunst* ist Mitglied der Arbeitsgruppe „*Die EU in der Welt*“, in der sie zum Thema *Migration* Stellung genommen hat.

Nokia war um das Jahr 2000 einer der größten Mobiltelefonhersteller der Welt und bestritt damals ein Fünftel der finnischen Exporte. *Nokia* hat dem Kreml beim Ausspionieren politischer Gegner geholfen, was sich aus internen Firmenunterlagen ergab, die nach einem Datenleck publik wurden und von der renommierten *New York Times* analysiert wurden.⁴⁶

Dass *Satellitenbilder* auch zu falschen Schlussfolgerungen verleiten können, zeigte sich im Jahr 2003: Damals hatte US-Außenminister *Powell* dem UN-Sicherheitsrat ein Bild präsentiert, dass die Existenz irakischer Chemiewaffen belegen sollte. Der Krieg, in dem die USA den Irak eroberten, förderte keine Beweise für Chemiewaffen zutage.

Fazit: Es ist für Demokratien *existenzgefährdend*, wenn Wirtschaftskapitäne durch Aufkäufe auch (noch) die Medien regieren. Dafür gibt es unzählige negative Beispiele. *Rupert Murdoch* ließ seine englischen Zeitungen bekanntlich gegen die EU agitieren und bereitete so den Boden für den *Brexit* auf. *Donald Trump* twitterte wochenlang, er sei angeblich um seine Wiederwahl betrogen worden. Im Jänner 2021 stürmte dann ein Mob das US-Kapitol. *Twitter* sperrte *Trump* – nach unzähligen Warnungen zuvor. Nun will *Elon Musk* als angeblich „*visionärer Weltenretter*“ und Selbstvermarkter *Twitter* übernehmen⁴⁷ Dem weltgrößten Onlinehändler *Jeff Bezos* von *Amazon* gehört die *Washington Post*. Die EU sollte die Übernahme von Medien durch Wirtschaftsmogule verhindern und verbieten! Der rechtsradikale US-Medienzar *William Randolph Hurst* organisierte seinerzeit in seinen Blättern Kampagnen dafür, Streiks gewaltsam niederzuschlagen. Seine Redakteure hatten den damaligen US-Präsidenten *Franklin D. Roosevelt*, den er besonders hasste, permanent mit den übelsten Schmähungen einzudecken.

45 DIE ZEIT, 13. April 2022, S. 25

46 DIE ZEIT, 7. April 2022, S. 28

47 Süddeutsche Zeitung, 16. bis 18. April 2022, S. 23

BILDUNG, KULTUR, JUGEND UND SPORT

Die österreichische Kulturpolitik wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht von österreichischen Kulturpolitikern/Kulturpolitikerinnen geprägt, sondern von – Agenten des CIA. *Friedrich Torberg* (1908 – 1979) war Agent des FBI und der CIA, den beiden Geheimdiensten der USA. Er bespitzelte *Bertolt Brecht*, den Autor der „*Dreigroschenoper*“, in den Jahren 1942 bis 1945 im Auftrag des amerikanischen Inlandsgeheimdienstes Federal Bureau of Investigation (FBI). Er erstellte für das FBI eine „Analyse“ des Brecht-Stückes „*Die Maßnahme*“, natürlich gegen Bares. *Friedrich Torberg* schrieb damals für die Warner Brothers erfolglose Drehbücher, die fast nie verfilmt wurden. In Wien gab dieser US-Spitzel ab dem Jahr 1954 die politische Monatszeitschrift *Forum* heraus, die vom US-Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) finanziert wurde. In diesem Blättchen polemisierte er gegen linksliberale bzw. katholische Schriftsteller und Schriftstellerinnen wie *Friedrich Heer* und *Hilde Spiel*. Gemeinsam mit seinem „Kritikerkollegen“ *Hans Weigel* gelang es *Torberg*, bis zum Jahr 1963 die Aufführung sämtlicher *Brecht*-Stücke auf Österreichs Bühnen zu verhindern. Soweit zur „*Eigenständigkeit*“ der österreichischen Kulturpolitik nach 1945.

„*Den Regierenden ist die Kultur völlig egal*“, sagte *Thomas Gratzner*, Chef des Wiener Rabenhof-Theaters, in einem Interview.⁴⁸ Weiters ergänzte er: „*Die Tourismuswirtschaft hat halt eine Lobby. Die Kulturbranche nicht. Die Bedeutung von Kunst und Kultur wird nach wie vor verkannt*“. Und: „*Wir sind eine Nation, die das Kulturfähnchen gern rausstreckt, wenn es darum geht, sich Touristen für Großveranstaltungen zu krallen – aber in Wirklichkeit ist den Regierenden die Kultur völlig egal*.“ Zur derzeitigen Regierungspartei ÖVP bemerkte er: „*Andreas Khol von der ÖVP war legendär fürs Einschlafen in Burg-Premieren....Dann ist der Faden gerissen, die türkise Kurz-Truppe hatte null Anbindung an die Kultur, das waren nur machtgierige Emporkömmlinge*.“

Marianne Hainisch (1839 – 1936), eine Niederösterreicherin, war eine der ersten Frauenrechtlerinnen, die Großartiges geleistet hat. Sie setzte sich für die Weiterbildung von Mädchen und Frauen ein. Ein Gymnasium für Mädchen, die Zulassung zum Studium für Frauen – das waren zu ihrer Zeit revolutionäre und visionäre Vorhaben. 1870 formulierte *Hainisch* erstmals

48 DER STANDARD, 12/13. Feber 2022, S. 19

diese Forderungen; über 20 lange Jahre musste sie kämpfen, bis 1892 eine „Mädchenklasse“ probeweise zugelassen wurde – die erste im gesamten deutschsprachigen Raum.⁴⁹

Im Jahr 1995 fand in Peking die *Weltfrauenkonferenz* statt. Damals trafen sich rund 47.000 Menschen, um über Maßnahmen zur Stärkung der Frauenrechte zu verhandeln. Die Konferenz dauerte drei Wochen mit vielen Workshops. Eigentlich sollten diese Konferenzen alle fünf Jahre stattfinden, doch war diese Konferenz in Peking die letzte. Es gibt nach wie vor massive Ungleichheiten. Frauen verdienen global rund 20 Prozent weniger als Männer, nach wie vor ist nur eine von vier Personen im Management von Unternehmen weiblich.⁵⁰

Der Anteil an Akademikern/Akademikerinnen in der Bevölkerung der deutschsprachigen Länder wächst langsam, aber stetig. Der Anteil derjenigen, die keinen Hochschulabschluss haben, ist jedoch bei Weitem größer: So sind dies in Deutschland 76 Prozent, in Österreich 74 Prozent und in der Schweiz 70 Prozent der Bevölkerung.

WEITERE IDEEN

Der Bedarf an *Nachhilfe* ist gewaltig. Immer mehr Schülerinnen und Schüler erreichen durch den Unterricht alleine nicht die gewünschte Note. Die Pandemie und das mit dieser verbundene *Distance-Learning* haben bei vielen weitere Lernlücken hinterlassen. Laut einer Studie der Arbeiterkammer haben im Jahr 2021 insgesamt 37 % aller Schulkinder private Nachhilfe genommen, das sind um fast ein Drittel mehr als noch im Frühsommer 2020.

Derzeit entscheiden sich zwei von fünf Jugendlichen für eine Lehre. Obwohl es über 200 verschiedene Lehrberufe gibt, absolviert mehr als die Hälfte der Lehrlinge einen der Top-Ten-Lehrberufe. Lehrlingsausbilder Nummer eins in Österreich ist die Sparte Gewerbe und Handwerk.

Um die aktuelle Situation der Vogelwelt zu erfassen, hat die *Ornithologische Arbeitsgemeinschaft* am *Oberösterreichischen Landesmuseum* in den Jahren 2013 bis 2018 mit Hilfe von 1692

49 Morgen 1/2022, S 52

50 Morgen 1/2022, S. 53

Freiwilligen die Bestände und die Verbreitung aller Brutvogelarten landesweit erhoben. Der Vergleich mit früheren Untersuchungen erlaubte eine fundierte Beschreibung der Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, die im „Atlas der Brutvögel Oberösterreichs“ dargestellt wird. Die so gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für Maßnahmen und weisen den Weg zu ihrem Schutz.

Citizen Science wird immer wichtiger und gehört deshalb stärker gefördert. Personen aller Altersgruppen, insbesondere Schüler/innen können an *Citizen Science Awards* teilnehmen und dafür in die Welt der Wissenschaft „eintauchen“, Mitarbeit ist bei vielen Projekten gefragt, zum Beispiel bei der Beobachtung von Katzen, bei Fundorten von Pilzen etc., siehe www.youngscience.at/de.

Laut einem Bericht des *Instituts für Angewandte Systemanalyse* in Laxenburg ist die Überwachung der Artenvielfalt in der EU mangelhaft. Um die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie zu erreichen, benötigen die Länder eine bessere Koordination, mehr Ressourcen und robustere, vergleichbare Daten⁵¹.

Eine Verordnung der Stadt Venedig, die ab dem Sommer 2022 in Kraft treten wird, verbietet drei Jahre lang die Eröffnung von *Souvenir-Ramsch-Läden* und von Läden mit „*Snackautomaten*“ im Stadtkern. Derartige Geschäfte haben die *Identität* von Teilen Venedigs zerstört.

Auch im Burgenland ist ein *Verlust der kulturellen Identität für nachfolgende Generationen* festzustellen. *Streckhöfe* prägten einst die burgenländischen Dörfer, heute sind sie zu einem Großteil verschwunden. „*Es ist wirklich dramatisch*“, erklärte der Landeskonservator des Burgenlandes beim Bundesdenkmalamt Mag. Peter Adam in einem Interview⁵². Ständig würden Streckhöfe ein für alle Mal aus dem Landschaftsbild verschwinden. Diese Bauform unterscheidet das Burgenland weitgehend von allen anderen Bundesländern. Es hat sich eine Initiative gebildet, auf der Webplattform www.rettet-diestreckhöfe.at gibt es dazu nähere Informationen. Wenn die für die Dorferneuerung zuständige Landeshauptmannstellvertreterin Astrid Eisenkopf (SPÖ) meint, mit „*Anerkennungspreisen*“ in der Höhe von nur € 500.- diesem Trend gegen den Erhalt historischer Bauten entgegenwirken zu können, so liegt sie falsch. Obwohl die *burgenländischen Streckhöfe* aus vielerlei Gründen erhaltenswert sind, sind sie bereits und werden sie leider auch in Zukunft verschwinden, wodurch das Burgenland insgesamt ärmer wird und einen Teil seines Flairs verloren

51 WIENER ZEITUNG, 9./10.4. 2022, S. 29

52 KURIER Burgenland, 2. April 2022, S. 18

hat bzw. noch weiter verlieren wird.

TIEFSTAND

Der *Neusiedler See* hat im März 2022 den tiefsten Stand seit dem Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1965 erreicht. Der Pegel stand auf 115,23 Meter über Adria, Tendenz weiter fallend. Bleiben die Niederschläge weiter aus, drohen im Sommer neue Negativrekorde. Die erste Märzhälfte 2022 war überdies die trockenste österreichweit seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1961.

Der niedrige Wasserstand des Neusiedler Sees hat mit klimabedingten Veränderungen in der Saisonalität des Niederschlages zu tun. Höhere Verdunstungsraten im Sommer durch höhere Temperaturen wirkensich bei einem so empfindlichen See sofort aus. Wenn man Wasser aus der Donau in dieses Biotop, das sich an sich aus Regenwasser speist, einleiten würde, würde sich sein Chemismus, und damit seine Identität, verändern. Zudem hätte ein Umleiten von Donauwasser in den Neusiedler See nicht in erster Linie ökologische Zwecke.⁵³

Dr. Ronald Thenius ist Biologe am *Artificial Life Lab* an der Universität Graz und Leiter des EU-Projekts *Robocoenosis*. Er beschäftigt sich mit der Entwicklung *biohybrider Roboter*, die am Grund des Millstätter, Hallstätter und Neusiedler Sees im Einsatz sind. Die Forschungsergebnisse zu Fragen der Wasserqualität, Artenvielfalt etc. leisten einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Umwelt. Gewässer sind ein besonders guter Indikator, um aufzuzeigen, wie sich Artenvielfalt, Wasserqualität und auch Klimaerwärmung entwickeln. *Biohybride Roboter* liefern mit ihren Systemen dazu eindeutige Daten, auf die man frühzeitig reagieren kann. Gerade so sensible Gewässer wie der Neusiedlersee zeigen, dass der Klimaerwärmungsprozess voll im Gang ist, und zwar offensichtlich und auch unleugbar.

Forscher der *Universität Cambridge* (UK) haben mehr als 400 Pflanzenarten untersucht. Insgesamt flossen 420.000 Beobachtungsdaten ein, die sogar bis zum Jahr 1753 zurückreichen. Die Auswertung ergab, dass der durchschnittliche Blühbeginn seit 1987 einen ganzen Monat nach vor gerückt ist. Die vorverlegte Blütezeit ist nicht nur für Allergiker/innen problematisch, sie bringt auch ökologische Risiken mit sich: Wenn Pflanzen zu früh blühen, kann Spätfrost, etwa im Mai, sie

⁵³ Univ.-Prof. Dr. Klement TOCKNER, früherer Präsident des FWF, Interview in „Wiener Zeitung“, 9./10.4. 2022, S. 29

leichter abtöten. Jede blühende Pflanzenart zieht bestimmte Insekten an, die wiederum gewisse Vogelarten anlocken. Wenn eine Art schneller reagiert als die andere, besteht die Gefahr, dass sie nicht mehr synchron sind. Dies kann zum Aussterben von Tieren führen.

Die *Technische Universität Dresden* hat eine frei zugängliche Datenbank angelegt⁵⁴, die es ermöglicht, herauszufinden, welcher Baum für welchen Standort geeignet ist. Diese Datenbank unterscheidet zum Beispiel Verkehrsflächen, Kleingärten, Industriegebiete, Parks und begrünte Dächer.

40 Prozent der Wege, die heute in Österreich mit dem Auto zurückgelegt werden, sind kürzer als fünf Kilometer.

Österreich benötigt bis zum Jahr 2030 mindestens 75.700 weitere Pflegekräfte. „*Wir sind bereits mitten im Pflegepersonal-Notstand*“ sagte die Pflege-Expertin beim ÖGB Martina Lackner im Interview (vgl. Interview im Kurier, 15. 3. 2022).

Der *Gender-Pay-Gap* liegt in Österreich über dem EU-Durchschnitt. Im Land war in den Spitälern bereits, wie Ärzte berichteten, die „*stille Triage*“ im Gang.

Das Burgenland wird derzeit als BurgenRADland touristisch verhökert mit den üblichen Klischees („*idyllische und abwechslungsreiche Radwege*“, „*intakte Natur*“ etc.). Radwege werden „*verbessert*“. Jeden Tag werden in Österreich 11,5 Hektar Boden „*verbraucht*“. Das hohe Ausmaß an *Bodenversiegelung* befeuert die Klimakrise sowie das Artensterben und gefährdet auch die langfristige Ernährungssicherheit Österreichs, warnte der *WWF*. Es wird, ebenso wie in Niederösterreich (dort mit 16 Millionen €) in den Ausbau des Wegenetzes für Radfahrer/innen investiert – nach ökologischen Gesichtspunkten oder als Beitrag zur weiteren schädlichen Bodenversiegelung? „*Weinberg-Chalets*“ werden im südlichen Burgenland als „*Luxusresorts*“ mitten in Weingärten (!) touristisch beworben. Das Ehepaar Mario und Ulli Müller wollen nach dem Verkauf ihres kitschig-kommerziellen „*Familyparks*“ die Cselley-Mühle in Oslip/Uzlop „*neu beleben*“ mit bis zu 30 „*Chalets*“ für Reiche im angrenzenden Areal. Sie wollen dadurch nach eigenen Angaben „*den Kulturtourismus revolutionieren*“, dies im Umkreis eines denkmalgeschützten alten Gebäudebestandes.

54 citree.de

Laut der Deloitte-Studie „*Global Powers of Luxury Goods*“ erzielten die 100 größten Luxusgüterunternehmen der Welt im Jahr 2020 einen Gesamtumsatz von 223 Milliarden Euro. Laut dieser Studie dominieren europäische Luxusunternehmen das globale Ranking. Italien hat zwar insgesamt die meisten Luxusunternehmen in den Top 100, jedoch verzeichnet Frankreich mit rund 28 % den größten Anteil am Gesamtumsatz. Frankreich ist auch in den Top 10 mit vier Unternehmen der Spitzenreiter. Gratismedien in Österreich schreiben mit Vorliebe, sogar auf ihren Titelseiten⁵⁵, über Themen wie „*Die 10 reichsten Österreicher*“ und deren Luxuskonsum. Der Staat fördert noch mit Steuermillionen diesen „*Schlüsselloch-Journalismus*“.

DAS BURGENLAND - nur ein Verbund von Gesellschaften mit beschränkter Haftung?

Im August 2021 wurde *Toni Beretzki* als Spitze der neu eingerichteten *Sport Burgenland GmbH* präsentiert. Als Geschäftsführer ist er für die „*Sportstrategie Burgenland*“ verantwortlich. Umgewandelt in eine GmbH wurde die *Wirtschaftsagentur Burgenland GmbH*, die als „*Investor, Unterstützer sowie Regional- und Projektentwickler*“ auftritt und zwei Geschäftsführer hat. Dann gibt es noch die *Kommunikation Burgenland GmbH* mit ihrem, gelinde ausgedrückt, nicht besonders aufregendem Magazin „*Mein Burgenland*“ mit einem primitiven Fäkal-Zitat schon in der ersten Nummer.⁵⁶

In „*Mein Burgenland*“ 02/2022 wird dem Burgenland taxfrei der Status als „*Österreichs Bildungsland Nummer 1*“ verliehen⁵⁷, obwohl das Bundesland nicht einmal eine einzige eigene staatliche, öffentlich-rechtliche organisierte Universität hat. Auf der Seite 11 dieser Nummer sieht man dann noch – eine ganze Seite (!) füllend – gleich drei Fotos der Landtagspräsidentin *Verena Dunst*. Die renommierte *Süddeutsche Zeitung* aus München brachte in ihrer Ausgabe zu Ostern 2022⁵⁸ das Burgenland und dessen Landeshauptstadt explizit mit Größenwahn in Verbindung: *Und dass sich das burgenländische Eisenstadt (15.000 Einwohner) jüngst zur „kleinsten Großstadt der Welt“ erklärt hat, soll hier nicht weiter verwundern. Manchmal steckt im Superlativ halt einfach nur der pure Größenwahn.*

55 Oe24, 8. April 2022, S.1

56 Ausgabe 01/2022, S. 30

57 MEIN BURGENLAND 02/2022; S. 13

58 Süddeutsche Zeitung, 16. bis 18. April 2022, S. 10

Die *Süddeutsche Zeitung* zitiert in diesem Zusammenhang den Schriftsteller *Max Frisch*, der einmal sagte: „*Man muss immer an der Spitze sein, und wenn es auf die belangloseste Art ist*“.

Dauernd werden im Burgenland irgendwelche „*Offensiven*“ angeblasen bzw. ausgerufen. Wenn sich einige Jugendliche im Eisenstädter Landhaus einfinden, um sich den Landtag anzusehen, ist das für die Landtagspräsidentin *Verena Dunst* schon eine große und großartige „*Demokratieoffensive*“. Dann gibt es noch die „*Fachkräfteoffensive*“ - mit einem „*neuen Modell*“ will man dem Fachkräftemangel gezielt entgegenwirken. Es gibt eine österreichische „*Mangelberufsliste*“, auf der etwa der Landmaschinenbauer steht. Mit Beginn des Jahres 2022 wurde diese Liste von 45 auf 66 Berufe erweitert, für die es in Österreich bzw. im EU-Raum zu wenige Fachkräfte gibt, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken. Sobald ein Beruf auf dieser Liste steht, können Unternehmer/innen einfacher Arbeitskräfte aus Drittstaaten anwerben. Im Herbst 2021 wurde die Aktion „*Fachkräfteoffensive*“ im Burgenland vorgestellt – gestartet wurde mit einem Pilotprojekt im Bereich Tourismus, wobei Köche/Köchinnen sowie Restaurantfachkräfte ausgebildet werden und entweder nach einer 17-wöchigen Ausbildung ihre Beschäftigung im Betrieb aufnehmen oder anschließend die Lehre bis zur Lehrabschlussprüfung absolvieren.

Wenn man das Magazin „*Schau*“ durchblättert (Heft 2-3/2022), so fällt auf, dass es sich um ein *Propagandamedium* handelt: Da wird ein ganzseitiges Inserat geschaltet, in der das Burgenland in Kleinschreibweise als „*die sonnenseite österreichs*“ bezeichnet wird und eine „*Praktikumsoffensive*“ von *Burgenland Tourismus* angekündigt wird. *Didi Tunkel*, der „*Tourismuschef*“, führt in einem Interview zur „*großen Radoffensive*“ aus (S. 38): Es gelte, „*markierte Radwege*“ zu erweitern, „*am Eisenberg am Ratschen werden inmitten der Weinberge neue Chalets gebaut*“ - beides geht nicht ohne weitere starke *Bodenversiegelung* ab, doch das ist nicht die Sorge des *Didi Tunkel*. Wichtig ist ihm das dümmlich klingende Motto „*Bordeaux war gestern, Burgenland ist heute*“. Ach ja, und eine „*Privatzimmer-Offensive*“ gibt es da auch noch im Tourismusbereich in der Verantwortung des Landeshauptmannes, der *Tourismusreferent* ist.

Die Fachhochschule Burgenland ist auch als GmbH organisiert, Alleingeschäftsführer ist *Mag. Georg Pehm*. Laut „*Schau*“ verfügt diese Bildungseinrichtung angeblich über ganz „*einzigartige Inhalte*“ (vgl. S. 46), woran sehr gezweifelt werden darf. Angeblich ist sie auch „*Pionierin*“, und zwar wegen einer „*Gemeinswohlbilanz*“, welche sie sich selbst seit 2013 erstellt. *Mag. Pehm* bildet laut Eigenangabe (S. 47) „*Expertinnen und Experten für die Zukunft*“ aus. Das Burgenland verfügt über keine einzige öffentlich-rechtlich organisierte staatliche Universität. Am 8. Oktober 1966

wurde in Linz die heutige *Johannes Kepler-Universität* eröffnet.

Quantencomputing, also das Rechnen auf der Grundlage von quantenmechanischen Zuständen, ist aufwendig: Solche Rechner benötigen ein Vakuum und eine Kühlung bis fast zum absoluten Nullpunkt. *Quantencomputer* ähneln eher Raketentriebwerken als klassischen Computern. So hat Googles Quantenrechner *Sycamore* mit 53 Qubit eine Aufgabe in rund 200 Sekunden gelöst, für die aktuelle Supercomputer 10.000 Jahre gebraucht hätten. Ein *Qubit* ist ein quantenmechanisches Zwei-Zustands-System, bei dem eine Messung entscheidet, mit welcher Wahrscheinlichkeit es gerade 0 oder 1 annimmt (c't 2022, Heft 7, S. 134).

„Eine neue Art von Denken ist notwendig, wenn die Menschheit weiterleben will.“

Albert EINSTEIN

Der Klimakrise kann nur durch ein **Bündel an Verboten** begegnet werden! Politikerinnen und Politiker, die glauben, mit irgendwelchen „Anreizen“ die Klimakatastrophe und das Artensterben abwenden zu können, gehören *raschestmöglich* abgewählt. Sie drücken sich nur um unpopuläre, aber dringend notwendige, Verbote herum, auf die nächsten Wahlen schielend und um ihre fetten Pfründe fürchtend. Ein signifikantes Beispiel: Vor etwa vier Jahrzehnten drohte der **Wanderfalke** bei uns auszusterben. Heute brüten in Mitteleuropa wieder etwa 15.000 Paare. Was war passiert, dass der Bestand dieses Vogels zwischen 1960 und 1980 in Deutschland auf nur etwa 40 Paare geschrumpft war? Grund war das damals fast flächendeckend auf die Felder gespritzte **Insektizid DDT**. Es führte bei den imposanten Vögeln – sie werden bis zu einem halben Meter groß und haben eine Flügelspannweite von über einem Meter – nicht nur zum qualvollen Tod durch Vergiftung, sondern auch zu einem gestörten Kalkstoffwechsel und damit zu dünnschaligeren Eiern: Sie wurden so porös, dass sie oftmals bereits beim Brüten zerbrachen. Die Politik hatte die Gefahr, die von **DDT** ausging, viel zu spät erkannt und viel zu langsam auf sie reagiert. Erst 1972 wurde **DDT** in Deutschland verboten, seit 2001 gehört es zudem zum „*dreckigen Dutzend*“, steht also auf der Liste weltweit geächteter Chemikalien. Für die in Deutschland lebenden Wanderfalken war das **DDT-Verbot** existenzrettend!

Die österreichischen Gletscher sind in der Messperiode 2020/2021 im Schnitt um elf Meter zurückgegangen. Das teilte der *Gletschermessdienst* des *Österreichischen Alpenvereins* (ÖAV) in

einer Aussendung mit. Der **Gletscherschwund** ist ein bewiesenes *Faktum*! Nicht nur die Politik ist gefordert, auch die Menschen müssen ihr Verhalten ändern, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Jeder und jede Einzelne kann und sollte sich selbst einschränken. Politikerinnen und Politiker haben als *Vorbild* dabei voranzugehen: Wollen sie dies nicht, können sie dies nicht, oder heucheln sie nur eine Verhaltensänderung vor, dann gehören sie *raschestmöglich* abgewählt.

Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine zerfällt die Weltwirtschaft wieder in einzelne Blöcke. Die Abhängigkeiten treten nun klar hervor. Wenige Leute aus Politik und Energiewirtschaft haben in Europa die falschen Entscheidungen getroffen. Das hohe Maß an Abhängigkeiten widerspricht allen ökonomischen Grundlehren.

Papst Franziskus beschreibt das „gute Leben“ in seiner Enzyklika „*Laudato si*“ als ein Leben in Dankbarkeit und Unentgeltlichkeit, mit Verzicht und Großzügigkeit, im liebevollen Bewusstsein, nicht von den anderen Geschöpfen getrennt zu sein, sondern mit den anderen Wesen des Universums eine wertvolle allumfassende Gemeinschaft zu bilden (LS 220).

Die Berichterstattung über die jeweiligen Aktionen und Befindlichkeiten von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil dominiert meist die österreichischen Medien, wenn es um das Burgenland geht. Man sieht in ihm den „*Provokateur aus Eisenstadt*“.⁵⁹ Der letzten Grundsatzrede der SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner blieb er fern – er hatte Wichtiges zu erledigen, nämlich den Geburtstag seiner Lebensgefährtin zu feiern.⁶⁰

Im Burgenland selbst kommt der *kritische Diskurs* viel zu kurz. Von oben herab formulierte Umfragen wie etwa die Umfrage „*G'sund im Burgenland*“ stellen keine echte Demokratie dar, bloße Umfrageergebnisse sind nicht bindend, eine effektive „*Einbindung*“ der Bevölkerung schaut anders aus! Es gibt den eigenartigen Drang der Politik, das Burgenland mithilfe von Superlativen zu kartografieren und Marketing nur auf der Basis der höchsten Steigerungsform zu betreiben. Superlative lassen sich aber nicht nur marketingtechnisch nutzen – sie sagen gleichzeitig immer auch einiges über ihre Schöpfer/innen aus.

Wer profitiert etwa von der Produktion von Lebensmitteln und ihrer Verteilung, wer nimmt dabei Schaden? Wie wird darüber medial berichtet, und warum gelangen manche Dinge gar nicht ans

59 DATUM 04/22, S. 50

60 KURIER, 26. März 2022, S. 2

Tageslicht? Papiertaschentücher sind zwar aus Zellstoff, also aus Holz, doch die Hersteller erzeugen diese immer reißfester – dafür braucht es aber Chemie, und zur Aufbleichung Chlorverbindungen. Mehr als 4.800 (!) verschiedene Schadstoffe – von Blausäure bis hin zu Kadmium, Teer, Blei und dazu noch Plastik – sind in nur einem weggeworfenen Zigarettenstummel konzentriert. Die Brennnessel trägt den Titel „*Heilpflanze des Jahres 2022*“. Sie wirkt leicht harntreibend, entzündungshemmend, schmerzstillend und wird bei rheumatischen Erkrankungen oder Harninfekten eingesetzt. Darüber hinaus ist sie für viele Schmetterlingsarten eine wichtige Nektarsquelle und somit ein wahrer Schatz für die Artenvielfalt. Vermeintlicher Biomüll wie eine Bananenschale verrottet in unseren Breiten quälend langsam, auch wenn sie nicht mit Pestiziden oder Chemie belastet ist. Tropenfrüchte wie Bananen sind von Natur aus an warmes, oft auch feuchtes Klima angepasst, in dem es vor Mikroben und Parasiten wimmelt, die bei jedem Grad Wärme die Zersetzung beschleunigen. Bei uns kommen diese Kleinstorganismen nicht vor. Gleiches gilt für Orangen und Kiwis in Wanderrucksäcken oder Proviant. Eine weggeworfene Bananenschale liegt als Müll ca. 3 Jahre im Wald, ein Papiertaschentuch ca. 5 Jahre und ein Zigarettenstummel sogar ca. 10 Jahre.

Energiebonus, Impflotterie, Kaufhaus Österreich – das sind nur ein paar Beispiele für ausgesprochenes *Politikversagen*. Es werden zunächst vollmundig Ankündigungen gemacht, denen man in der Folge dann nicht gerecht wird. Bei der *Impflotterie* etwa verkündete die Regierung, dass der ORF sie umsetzen werde – danach zog sich der ORF aufgrund rechtlicher Bedenken von diesem Vorhaben zurück.

Museen erheben heute den Anspruch, für alle da zu sein, dennoch werden sie nur von 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung regelmäßig besucht. Man muss das Museum radikal neu denken: Wie positionieren sich Museen zur Öffentlichkeit und wie werden sie von dieser wahrgenommen. Als erstes Bundesmuseum in Österreich hat das Belvedere im Jahr 2018 die Position der *Kuratorin für Community Outreach* am Standort Belvedere 21 geschaffen, weil sich das urbane Umfeld des Museums durch die Inbetriebnahme des Hauptbahnhofes (dieser hat 2015 den Südbahnhof abgelöst) und die umliegenden Stadtentwicklungsgebiete Quartier Belvedere und Sonnwendviertel stark verändert hat und weiterhin verändert. Bei *Community Outreach* geht es um die Frage: Wie schaffen wir ein Museum von allen für alle? Wie können Institutionen und Angebote diverser, niederschwelliger, zugänglicher werden, um Teilnahme und Teilhabe zu ermöglichen? *Community Outreach* hat ihren Ursprung in der Konzeptkunst der 1970-er Jahre und beschreibt eine künstlerische Praxis, mit der Künstler/innen in den USA in der Nachbarschaft und mit lokalen

Gruppen künstlerische Projekte gemeinschaftlich erarbeiteten.

Im Jahr 1981 hatten der Geiger *Gidon Kremer* und der damalige Pfarrer von Lockenhaus, *Josef Herowitsch*, die Idee, mit dem Kammermusikfestival Lockenhaus ein Gegenmodell zum überkommerzialisierten Musikbetrieb ins Leben zu rufen. Über 30 Jahre lang (bis 2012) leitete Kremer dieses Sommerfestival. Die besten Sachen im Burgenland gehen auf Privatinitiativen zurück!

Die *Energiewende* hat in Österreich Priorität, bis zum Jahr 2030 – so steht es im Regierungsprogramm – soll der Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern gedeckt werden. Wird sich das ausgehen? Der Umbau in erneuerbare Energien ist bis dato in Österreich nur zu einem Drittel geglückt⁶¹. Die *Energiewende* kann sich nicht nur auf öffentliche Finanzspritzen verlassen. Die Bundesländer sind nicht auf Zielkurs – es fehlen konkrete Zeitpläne, Ausweisung von Flächen etc. Etwa ein Drittel des österreichischen Stromverbrauches stammt nach Angaben von *Austrian Power Grid* (betreibt das österreichische Stromnetz seit 1999) aus Gaskraftwerken, ein Drittel aus Erneuerbaren und ein Drittel muss auf dem europäischen Markt zugekauft werden. Speziell in den Wintermonaten ist Österreich sehr vom Gas abhängig, weil die Erneuerbaren noch nicht genug Leistung bringen. Österreich muss eine leistungsstarke Netzinfrastuktur schaffen und 27 TWh an Erneuerbaren zubauen; das entspricht einem Zubau von jeder Woche drei Windräder und 20 Fußballfelder Photovoltaik nach Berechnungen von *Gerhard Christiner*, seit 2012 technischer Vorstand von *Austrian Power Grid*. Sollten die Gaslieferungen aus Russland wegfallen, wird das massive Eingriffe in die Wirtschaft bedeuten. Österreich hat sich seit 2014 in eine noch größere Abhängigkeit vom russischen Gas hineinmanövriert, als es sie zuvor schon gab: 80 Prozent des Gasbedarfs deckt Österreich heute aus Russland, so viel wie kein anderes Land in der EU⁶². Der österreichische Bundeskanzler *Karl Nehammer* war der erste EU-Regierungschef, der Wladimir Putin seit Beginn des Ukraine-Kriegs in Moskau besuchte, die österreichische Ex-Außenministerin *Karin Kneissl* knickste artig 2018 auf ihrer eigenen Hochzeit vor dem von ihr eingeladenen Gast Wladimir Putin.

Was *Windräder* anlangt, hinkt nach Angaben der *IG Windkraft* Oberösterreich den nationalen Ausbauplänen weit hinterher. Niederösterreich, wo sich derzeit die meisten *Windräder* in Österreich drehen, will keine neuen Zonen für die *Windenergie* ausweisen. In Vorarlberg, Tirol und Salzburg

61 DIE ZEIT, 13. April 2022, S. 18

62 DIE ZEIT, 13. April 2022, S. 19

befinden sich derzeit überhaupt keine *Windräder*. Salzburg will das nun ändern und hat elf Standorte für *Windkraft* ausgemacht. Gegen acht davon macht nun der *Alpenverein* mobil – er befürchtet negative Auswirkungen auf die Tierwelt und auf die Landschaft.

Das *neue Abfallwirtschaftsgesetz* sieht bis 2025 eine verpflichtende Einführung von Einwegpfand auf PET-Flaschen und Dosen vor. Sollte es damit allein gelingen, die EU-Sammelquoten zu erreichen? Bei Plastikflaschen liegt die Vorgabe ab 2029 bei 90 Prozent.

In Deutschland wurde der Begriff „*gesellschaftlicher Zusammenhalt*“ zunehmend politisch vereinnahmt und zum Bestandteil vieler Parteiprogramme, allerdings mit unterschiedlicher Deutung. Es gibt sogar einen fast 400 Seiten umfassenden Sammelband *Gesellschaftlicher Zusammenhalt* des jüngst gegründeten gleichnamigen Forschungsinstitutes.

Beitrag zur EU-Zukunftskonferenz, Teil I., Ostern 2022

Kausich-Institut Zillington/Celindof

A-7034 Zillington, Hirmerstraße 5

gegründet 2013 von Dr. Herbert GASSNER

Selbsthilfeorganisation der autochthonen kroatischen nationalen Minderheit im Burgenland (Österreich); gemeinnütziges wissenschaftliches Institut mit angeschlossener öffentlicher Bücherei, organisiert in der europäischen Rechtsform einer EWIV (Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung; European Economic Interest Grouping)

Burgenland wächst. Wohin?

Im Jahr 2020 war das Burgenland österreichweit die Nummer 1 in Sachen Bevölkerungswachstum. Mit Stichtag 1. Jänner 2021 lebten 296.000 Menschen im Land und damit um 1.600 mehr als 2019. 0,54 Prozent betrug das Wachstum des Burgenlandes 2020 im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt leben in Österreich 8,93 Millionen Menschen – auch hier gab es im Vergleich zu 2019 einen Anstieg um 0,36 Prozent. Zurückzuführen ist das Bevölkerungswachstum österreichweit vor allem auf den Zuzug nicht österreichischer Staatsbürger, hierbei bildet auch das Burgenland keine Ausnahme.

Die Bevölkerungsanzahl stieg in allen burgenländischen Bezirken. Den stärksten Zuwachs verzeichnete der Bezirk Eisenstadt-Umgebung mit rund 1,5 Prozent. In diesem Bezirk befinden sich die Gemeinden Klingenbach mit einem Plus von acht Prozent und Steinbrunn mit knapp sechs Prozent. Mehr als 28.500 Menschen, die im Burgenland leben, sind ausländische Staatsangehörige. Am höchsten ist der Anteil mit mehr als 13 Prozent im Bezirk Neusiedl am See. In Kittsee hat gut jede(r) Zweite der rund 3.400 Einwohner/innen eine ausländische Staatsangehörigkeit. In Edelstal ist de facto jeder Dritte und in Gemeinden wie Parndorf, Nickelsdorf, Pama circa jeder Fünfte eine Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Die kroatische nationale Minderheit in den oben angeführten Gemeinden Klingenbach, Steinbrunn, Kittsee, Parndorf und Pama wird durch diese Art der Bevölkerungsentwicklung noch mehr in den Hintergrund gedrängt – war in diesen Orten die kroatische Sprache einst absolut vorherrschend und dauernd auch in der Öffentlichkeit zu hören, ist sie immer mehr im Verklingen und Aussterben begriffen. Es besteht keine Notwendigkeit für die Zuzügler(innen), die kroatische Sprache zu erlernen und haben sie keinerlei Interesse an ihr, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen.

Das Burgenland hatte 1951 rund 276.000, im Jahr 2011 rund 285.000 und 2020 schon an die 295.000 Einwohner(innen).

Eisenstadt hat (Stand: 9/2021) 15.182 Einwohner(innen), bis 2030 wird die Landeshauptstadt laut Stadtentwicklungsplan 16.500 Einwohner haben. Aktuelle Bauprojekte tragen dem Rechnung. Die OSG (Oberwarther Siedlungsgenossenschaft) ist Burgenlands größter Wohnbauträger, im Sommer

1964 wurde das erste mehrgeschossige OSG-Wohnhaus in Eisenstadt übergeben. Immer wieder sieht man neue Wohnprojekte, auch von anderen Wohnbauträgern.

Im Jahr 2021 nahm die Bevölkerung Österreichs um 47.230 Personen zu, das sind 0,53 Prozent. Somit lebten innerhalb Österreichs Grenzen genau 8.979.894 Menschen (Stand: 1. Jänner 2022), so die Zählung der Statistik Austria. Noch 2022 – so die Prognose – wird Österreich die Marke von 9 Millionen Einwohnern überschreiten. Zum Vergleich: Erst im Jahr 2000 erreichte Österreich die 8-Millionen-Marke. Das Bevölkerungswachstum geht ausschließlich auf Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft zurück. Ohne sie wäre Österreich im Jahr 2021 geschrumpft.

Von den 216.789 in Österreich lebenden Deutschen (Stand: 1. 1. 2022, *Statistik Austria*) sind rund ein Viertel (54.111) in Wien ansässig. Sie sind die größte Ausländer/innen-Gruppe im Land. Während in Wien die serbischen Staatsbürger/innen den ersten Platz einnehmen, bilden die Deutschen mit einem Anteil von 6,3 Prozent (2020) die größte Gruppe in der Josefstadt. Rund ein Drittel der Josefstädter/innen hat keinen österreichischen Pass.

Flächenfraß im großen Stil

Laut *Greenpeace* werden in Österreich bis zu 13 Hektar (das sind etwa 20 Fußballfelder) täglich verbaut. Durch die Versiegelung der Böden gehen alle biologischen Funktionen dieser Flächen verloren. Dieser Prozess ist nicht mehr umkehrbar – die Neubildung von einem Zentimeter Humus dauert 200 Jahre! Durch den ungebremsten Straßenbau und die forciert betriebene Erschließung immer neuer Wohn- und Gewerbeflächen auf der grünen Wiese gehen wichtige Bollwerke gegen die Erderwärmung verloren. Auch die Naturkatastrophen nehmen zu, weil Wasser nicht mehr abfließen kann. Für die Bevölkerung bedeutet jedes Asphaltprojekt eine massive Verschlechterung ihrer Lebensqualität. Der Bodenverbrauch ist seit der Jahrtausendwende fast dreimal so stark gewachsen wie die Bevölkerung. Demnach ist schon knapp ein Fünftel der bewohnbaren oder landwirtschaftlich geeigneten Fläche Österreichs verbaut. Allein 2020 wurden 3900 Hektar Grünland neu beansprucht.

Das Burgenland liegt bei der pro Kopf versiegelten Fläche mit 510 Quadratmetern an vorderster Stelle in ganz Österreich. Das hohe Versiegelungstempo zeigt sich auch im Straßennetz, das bundesweit mehr als ein Drittel des gesamten Bodenverbrauchs verursacht und im Burgenland mit 31 Metern pro Kopf am dichtesten ist. Ein Ende ist nicht abzusehen, außer Lippenbekenntnissen passiert nicht viel. Wer mit offenen Augen über das Land oder durch die Städte fährt, sieht klar, wie überall hemmungslos versiegelt und verbaut wird. Österreich hat die höchste Supermarktfläche pro Kopf und das dichteste Straßennetz Europas.

In der Wochenzeitung „bvz“ (37/2021, S. 10) erschienen gleich drei Leserbriefe hintereinander, die gegen die 2021 laufenden Versiegelungen in der Gemeinde Müllendorf bei Eisenstadt protestierten. Originalzitat: *„Und wieder wird viel Grün zubetoniert. In Müllendorf steht eine riesige Halle von Lidl komplett leer, und nebenan baut man eine große neue Lagerhalle. Wo lassen sie das Denken, diese Politiker, die so etwas zulassen“?* Und: *„Anscheinend gibt es bei uns derzeit einen Zubetonier-Wettbewerb. Mit stolz geschwellter Brust wird ein Spatenstich nach dem anderen gefeiert. Als gäbe es kein Morgen“.*

Mit jedem Feld- und Wiesenverlust verschwinden auch wichtige Wasserspeicher und unentdeckte kostbare Quellen unter Asphalt, und zwar für immer. In flutgefährdeten Gebieten erhöht sich außerdem die Gefahr von Überschwemmungen. Ein Hektar Naturboden kann hingegen 2000 Kubikmeter Wasser speichern.

Im Burgenland wird gebaut, betoniert, asphaltiert und gepflastert, was das Zeug hält. *„Versiegeln“* nennt man es, wenn Felder, Wiesen, Wälder und Moore verschwinden. Genau das passiert überall im Land. Natur, meist in Fußballfeldern bemessen, geht so unwiederbringlich verloren. Wenn die Sommer noch heißer werden und die Wetter extremer, dann brauchen besonders die Städte mehr Natur und nicht weniger. Parks und Wälder kühlen die Luft, wenn die Temperaturen steigen, und sie nehmen Wasser auf, wenn es zu stark regnet. Das verheerende Hochwasser 2021 in Deutschland (Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen) hat die Folgen von zu starker *Versiegelung* drastisch demonstriert: Von 1992 bis 2019, also in weniger als drei Jahrzehnten, wuchs in Deutschland die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 11.184 Quadratkilometer. Das ist so, als ob etwa 14 Städte der Größe Hamburgs dazugekommen wären, mit Bürgersteigen, Straßen, Eigenheimen, Wohnblocks, Bürobauten und Fabriken.

Nähme die Politik die Klimakrise wirklich ernst, dürften Bebauungen nicht im gleichen Maße fortschreiten wie bisher, es dürften keine Grünflächen mehr zu Bauland umgewandelt werden, es müssten sogar „*Entsiegelungen*“ stattfinden, wo das möglich ist. Wer soll entscheiden, was noch gebaut werden darf – und wo? Auf keinen Fall diejenigen Stellen, die für den bisher betriebenen Flächenfraß und seine negativen Begleiterscheinungen verantwortlich sind! Die Raumordnungs- und Flächenwidmungskompetenz ist derzeit hoheitliches Recht der Gemeinden – und diese haben bisher eindeutig versagt.

Der Boden bildet die Grundlage für die Nahrungsproduktion und die Siedlungsentwicklung. Wegen seiner Begrenztheit gebietet sich ein vorausschauender und sorgsamer Umgang mit dieser Ressource – und diesen Umgang hat es bisher nicht gegeben, folgt man den Daten des Umweltbundesamtes. Österreich verfügt zwar über eine Fläche von rund 83.800 Quadratkilometer, von dieser sind aber aufgrund der naturräumlichen und topografischen Gegebenheiten nur rund 37 Prozent zum Siedeln, zum Verkehr und für die Landwirtschaft nutzbar. Jährlich werden in Österreich Böden im Ausmaß von rund 50 Quadratkilometern verbaut, also mit einer absolut wasserundurchlässigen Schicht aus Beton oder Asphalt überzogen. Wenn die Entwicklung so weitergeht wie bisher, ist auch die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln stark gefährdet. Wird der *Flächenfraß* mit seinen nicht rückgängig zu machenden Schäden im bisherigen Ausmaß fortgesetzt, wird es in Österreich in 200 Jahren keine Agrarflächen mehr geben. 1,33 Millionen Hektar – das entspricht rund 16 Prozent der Fläche Österreichs und der Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche – sind Ackerland bzw. Felder. Auf mehr als der Hälfte davon, rund 780.000 Hektar, wächst Getreide. Dieser Boden steckt voller Leben: Unzählige Organismen sorgen für Fruchtbarkeit und liefern wertvollen Humus. Bei intensiver Landwirtschaft wird der Acker als Lebensraum aber immer mehr monoton bebaut.

Die Öko-Analysen des *WWF (World Wide Fund for Nature)* zeigen ganz deutlich, dass alle neun Bundesländer in Österreich dramatisch und meilenweit von einer nachhaltigen Bodennutzung entfernt sind.

Die Nähe zu Wien und zum Wienerwald machen *Mödling* zu einer besonders attraktiven, aber teuren Stadt. Sie hat 24.000 Einwohner(innen), davon ist ein beträchtlicher Anteil über 65 Jahre alt.

Leistbares Wohnen für junge Menschen zu ermöglichen, ist ein großes Thema. In der Vergangenheit widmete *Mödling* konsequent kein zusätzliches Bauland, ging mit zu bebauenden Flächen sehr sorgsam um und blieb dem Gartenstadt-Konzept treu. Altes wird erhalten und Neues mit Bedacht und unter Einbindung der Bevölkerung und externer Experten entwickelt.

In den letzten 25 Jahren sind 150.000 Hektar Äcker und Wiesen durch Verbauung aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen worden. Das entspricht der gesamten Agrarfläche des Burgenlandes. Gerade in den „*Speckgürtelgemeinden*“ um Wien und Graz, begehrt für Logistikzentren und Fachmärkte, bleiben kaum noch Bauernhöfe übrig. So viel, wie ein Landwirt für den Verkauf der Grundstücke erhält, kann er mit Ackerbau im ganzen Leben kaum verdienen.

Die regelmäßigen *WWF-Berichte* zum „*Bodenfraß*“ in Österreich haben mittlerweile schon traurige Tradition. Rund elf Hektar Boden werden hierzulande pro Tag verbaut – eine Fläche so groß wie 16 Fußballfelder. Grundsätzlich haben die Länder die „*allgemeine Raumordnungskompetenz*“. Sie beschließen Raumordnungsgesetze, welche die Grundsätze der Flächenwidmung festlegen. Die konkrete örtliche Raumplanung liegt laut Verfassung aber in der Zuständigkeit der Gemeinden. Bisher haben die Länder ihre Planungsverpflichtungen teilweise einfach nicht wahrgenommen und praktisch alles genehmigt, was sich die Gemeinden gewünscht haben. Den Gemeinden gehört die Zuständigkeit zur Raumplanung entzogen.

Wie der Mensch den Boden nutzt, ist zentral für die Einhaltung der biologischen Vielfalt, die Eindämmung der Klimakrise, die Ernährungssicherheit und auch die Armutsbekämpfung. Ein internationales Forschungsteam mit österreichischer Beteiligung hat im Fachmagazin *Pnas* zehn Fakten zur Landnutzung als Grundlage für politische Maßnahmen vorgestellt.

Gegen fortschreitende Bodenversiegelung wird auch im Bezirk Oberpullendorf gekämpft. Dort soll zwischen Oberpullendorf und Steinberg-Dörfel im Jahr 2022 Ackerland einem großen Shopping-Center weichen. Werden statt vollasphaltierter Parkplätze Rasengittersteine eingesetzt, durch die Regen ins Grundwasser sickern kann? Erhalten alle Dächer Photovoltaik-Anlagen? Gibt es eine Anbindung an den öffentlichen Verkehr? Braucht man dieses geplante groß dimensionierte Shopping-Center überhaupt?

Jedes Jahr sterben 27.000 Arten aus, es ist fraglich, ob uns in 30 bis 40 Jahren die Erde noch nähren kann. Das *Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung* in Deutschland hat das Klima für die kommenden Jahre in Bezug auf die Fruchtbarkeit der Böden analysiert. Die trockenen Jahre, mit 2018 als Tiefpunkt, haben gezeigt, dass das Bodenleben unter der Trockenheit massiv leidet. In einem untersuchten Ackerboden konnte kein einziger Regenwurm mehr gefunden werden. In vielen Regionen der Welt steht man buchstäblich am Rande der Wüstenbildung, man steuert auf Sahara-Zustände zu. Österreich ist kein Vorbild. Geht es um die Versiegelung der Böden, hat Österreich dringenden Handlungsbedarf: Rund 13 Hektar werden täglich zubetoniert. Das Nachhaltigkeitsziel liegt jedoch bei maximal 2,5 Hektar Bodenverbrauch pro Tag. Wenn wir die weltweite Ausbeutung der Böden nicht stoppen, wird der Planet für den Menschen nicht mehr bewohnbar sein. Was ist gut für unsere Böden? Möglichst geringe, mechanische Bearbeitung, nicht zu tief pflügen, Reduktion von chemischem Stress, Anreicherung von Böden mit organischen Substanzen. Wir können die Ausbeutung der Böden noch umkehren, indem wir in den kommenden Jahren die richtigen politischen und wirtschaftlichen Schritte setzen.

Die Bauarbeiten für das riesige Vier-Sterne-Hotel im ungarischen *Fertőrákos* haben längst begonnen. Umweltschützer/innen sind gegen das rund 75 Millionen Euro teure Tourismusprojekt. Mit dem 100-Betten-Hotel samt Yachthafen für 850 Bootsplätze und 800 Parkplätze wird eine Naturfläche von 60 Hektar (entspricht 80 Fußballfeldern) direkt am Ufer des Neusiedler Sees verbaut. Dieses Projekt verstößt gegen die *Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie* sowie die *Vogelschutzrichtlinie* der EU. Auch die rechtlich vorgeschriebene grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung wurde nicht durchgeführt. *Greenpeace* hat bei der EU bereits Beschwerde gegen dieses Megaprojekt eingelegt, welches den Nationalpark gefährdet.

1950 standen in Österreich noch 2.400 Quadratmeter Ackerfläche zur Verfügung – heute sind es nur noch 1.600 Quadratmeter¹. Der Vorstandsvorsitzende der *Österreichischen Hagelversicherung* (HV) *Kurt Weinberger* sagte kürzlich in einem Interview²: „*Es gibt kein zweites Land in ganz Europa, das so sorglos die Böden durch Verbauung Tag für Tag zerstört wie Österreich*“. Im laufenden Jahr 2022 hat es in einigen Gegenden Österreichs, vor allem im Süden und im Weinviertel Niederösterreichs, um 60 Prozent weniger Regen gegeben als im Schnitt der vergangenen 10 Jahre. Die Überlegungen der *Österreichischen Hagelversicherung* umfassen bereits ein „*dystopisches*

1 UNSER LAND, Magazin für Land- und Forstwirte, Nr. 4/2022, S. 15

2 RAIFFEISENZEITUNG, 31. März 2022, S. 9

Szenario“ mit einem Ende der klassischen Landwirtschaft, die durch eine industrielle Produktion von Nährstoffen ersetzt werden müsste.

Der *Bodenfraß* ist ein globales Problem: Jedes Jahr landen in China rund 45 Milliarden Essstäbchen aus Holz oder Bambus im Abfall. Täglich wird dafür Wald in der Größe von 100 Fußballfeldern geopfert.

Da es in Österreich, entgegen den Forderungen des *WWF*, keine deutliche Reduktion des Flächenverbrauches und der damit zusammenhängenden Zersiedelung gibt, kommen auch immer mehr Wildtiere um. In Österreich werden pro Jahr mehr als 20.000 Hasen von Fahrzeugen niedergefahren und getötet. Niederösterreich führt die Statistik mit 8.644 überfahrenen Langohren deutlich vor Oberösterreich mit 5.329 an. Zusätzlich verlieren mehr als 50.000 andere Wildtiere wie Rehe, Fasane, Füchse durch den Straßenverkehr ihr Leben. Im vergleichsweise kleinen Burgenland ist die Zahl der Opfer nach Niederösterreich und Oberösterreich *am dritthöchsten*. 2.768 Hasen verloren ihr Leben im Straßenverkehr, berichten *VCÖ* und *WWF*. Zusätzlich zu den Feldhasen werden durch den Straßenverkehr im Burgenland weitere rund 5.000 Wildtiere pro Jahr getötet. Einen sorgsam Umgang mit der Natur gibt es somit nicht im Burgenland. Es ist auch eine Frage der *Generationengerechtigkeit*: Was heute verbaut wird, steht unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen nicht mehr als Naturraum zur Verfügung.

Statistik

Auch in der vierten Welle der Corona-Pandemie *fehlen* Wissenschaftlern/Wissenschaftlerinnen entscheidende Daten: Welche Bevölkerungsgruppen erkranken besonders oft? Wie hängt das Einkommen damit zusammen? Welche Rolle spielen Infektionen am Arbeitsplatz? Wer sind die Ungeimpften?

Das sind alles Fragestellungen, die man anhand bestehender Daten – etwa aus dem Impfreister, dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger, der AGES und dem Finanzamt – eruieren könnte. Wenn nur die Forscher/innen Zugang dazu hätten!

Noch liegen die Register aber in verschiedensten öffentlichen Institutionen verstreut, zumeist sowohl der Öffentlichkeit als auch der Forschung verschlossen. Das betrifft keineswegs nur die „Coronadaten“. Auch Fragestellungen wie die Integration von Flüchtlingen am Arbeitsmarkt oder die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen ließen sich mit verknüpften personenbezogenen Daten weit besser analysieren, lassen sich ursächliche Erkenntnisse doch meist nur durch das Kombinieren mehrerer Datensets gewinnen.

Um der Wissenschaft besseren Zugang zu Datenregistern der öffentlichen Hand zu ermöglichen, soll mit Anfang 2022 das neue *Austria Micro Data Center (AMDC)* starten. Dieses Zentrum wird in Wien-Simmering bei der *Statistik Austria* angesiedelt sein. In den skandinavischen Ländern ist man wesentlich weiter als Österreich beim Arbeiten mit *Big Data* und auch mit personenbezogenen Mikrodaten.

Vor dem Start des *AMDC* müssen noch das *Forschungsorganisationsgesetz* und das *Bundesstatistikgesetz* geändert werden: Kombination und Analyse von Datenbeständen, die zuvor für die Wissenschaft gesperrt waren; Anonymisierung, sodass ein Rückschluss auf Einzeldaten verunmöglicht wird; Beschränkung auf ausschließlich wissenschaftliche Zwecke.

Die Zahl der Einpersonenhaushalte hat sich, laut Landesstatistik Steiermark, in den letzten 30 Jahren verdreifacht. Diesen Trend gibt es auch im Burgenland und in den anderen Bundesländern – mit allen Gefahren verbunden wie mit zunehmender Vereinsamung und sozialer Isolation.

Die Statistik hat durch den Beitritt vieler Staaten zur EU an Bedeutung gewonnen, es lassen sich europaweite Vergleiche ziehen. In Bulgarien ist nicht einmal jeder/jede Dritte geimpft, damit ist das Land auf dem letzten Platz in der EU. Zum Vergleich: Österreich liegt mit 72 Prozent im Mittelfeld, Spitzenreiter ist Portugal mit über 90 Prozent, Stand: Ende Februar 2022. Wer sich in Bulgarien mit Corona ansteckt, stirbt besonders häufig, auch hier ist man trauriger Spitzenreiter in der EU. Im Jahr 2021 starben in Bulgarien wie seit 100 Jahren nicht mehr.

Menschen, die dazu bereit sind, ihre Heimat mit dem eigenen Leben zu verteidigen? Die Statistik kennt auch hier die Antwort: 60 Prozent der Ukrainer/innen sind dazu bereit, in Österreich sind es nur 21 Prozent.

Die burgenländische Wochenzeitung *BVZ* (vgl. Ausgabe 06/2022, S. 8) zitiert Weintourismus-Obmann *Herbert Oschep*, welcher behauptet hatte, der Weintourismus im Burgenland sei von sechs Prozent Anteil am Gesamttourismus im Jahr 2017 auf 20 Prozent im Jahr 2021 gestiegen – zitiert wird nur diese bloße Behauptung, die Leserinnen und Leser können sie nicht überprüfen, da kein nachprüfbares Zahlenwerk im Artikel aufscheint.

Das Totalverlagerungsziel des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene liegt in Österreich in weiter ferne. Ganze fünf Prozent verlor die Schiene seit 2010 gegenüber der Straße. Rund 7,2 Millionen Tonnen Kohlendioxid muss die österreichische Verkehrswirtschaft bis zum Jahr 2030 laut EU-Vorgabe unbedingt einsparen.

Schon heute haben 2,2 Milliarden Menschen keinen gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser – jeder vierte Mensch. Direkt zugänglich sind ohnehin nur 0,3 Prozent der Süßwasserreserven in Talsperren, Seen und Flüssen.

Wenn der Wasserspiegel weiter so sinkt, dann ist das *Tote Meer* spätestens 2050 verschwunden.

Es sind *neue soziale Gruppierungen* entstanden, die sich für den Klimaschutz einsetzen, darunter etwa *Fridays for Future* (FFF) und *Extinction Rebellion* (XR). Die 21-jährige *Lena Schilling* war das bekannteste Gesicht der „*Lobau-Bewegung*“. Seit zehn Jahren ernährt sie sich vegetarisch, nachdem sie eine Dokumentation über Massentierhaltung gesehen hatte. Das Wiener Rathaus will mit dem *Lobautunnel* durch ökologisch hochsensibles Gebiet den letzten Teil des Autobahnringes um die Hauptstadt schließen. Dagegen wurde ein *Protestcamp* gestellt. Der Wiener Bürgermeister *Michael Ludwig* (SPÖ) erklärte, er lasse sich nicht „*von einigen wenigen Personen*“ von seinem Projekt abbringen. Es wurden zunächst gleich 210 von 380 Bäumen gerodet, es wurde versucht, diese massive Rodung zu verhindern – vergeblich. Ein Kran hob die gefällten Bäume in eine riesige Häckselmaschine, in der sie geschreddert wurden. Diese *neuen sozialen Bewegungen* halten

Autobahnblockaden, Sabotageakte gegen Baugeräte für legitime Notwehr gegen die drohende Klimakatastrophe. Die Klimakrise eskaliert und stellt eine Bedrohung für das Überleben der Menschen auf diesem Planeten dar. Diese Klimakrise wird von den Regierenden noch verschärft. Das stellt einen Angriff auf das Leben, die Gesundheit und das Eigentum von Menschen dar. Die *neuen sozialen Bewegungen* berufen sich, etwa in Deutschland, auf das *Widerstandsrecht* nach Artikel 20 Grundgesetz und auf die Paragraphen des Strafrechts, welche Notwehr und rechtfertigenden Notstand erlauben. Die junge Generation wird das Jahr 2100 und die Auswirkungen der Klimakrise in ihrer vollen Härte erleben. Der Einzelne/Die Einzelne kann natürlich die Klimakrise nicht aufhalten, aber es zählt jede Handlung. Jede Tonne Kohlendioxid, die nicht freigesetzt wird, trägt nicht zur globalen Erwärmung bei.

Seit dem 1. Februar 2022 war *Martha Krumpeck* im Hungerstreik vor der SPÖ-Zentrale in der Wiener Löwelstraße – sie wollte ein öffentliches Gespräch mit dem Wiener Bürgermeister *Ludwig* zum Thema Stadtstraße und Lobautunnel. Sie nahm nur Wasser, Salz und einige Vitamine zu sich, bis sie schließlich nach 44 Tagen ohne feste Nahrung zusammenbrach. Die Rettung brachte sie ins Krankenhaus, der Wiener Bürgermeister *Ludwig* war zu keinem Gespräch mit ihr bereit.

Wir leben leider immer noch im Westen in einer Wegwerfgesellschaft, der Konsum ist überbordend. Was hilft, ist weniger zu kaufen, langlebigere Sachen zu kaufen und Dinge zu reparieren, anstatt sie wegzuworfen und neu zu kaufen. Bei der Ernährung auf ökologische Produkte setzen, weniger Fleischkonsum. Das sind alles kleine Schritte, aber die Summe dieser kleinen Schritte leistet einen großen Beitrag.

Österreich zählt zu den Ländern in der EU mit den höchsten Arbeitskosten. Laut EU-Statistikbehörde *Eurostat* betragen die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde 2021 in Österreich 37,5 Euro. Der EU-Schnitt lag bei 29,1 Euro und in der Eurozone kostete eine Arbeitsstunde im Durchschnitt 32,8 Euro. Am niedrigsten sind die Arbeitskosten in Bulgarien mit 7,0 Euro pro Stunde, am höchsten sind sie in Dänemark mit 46,9 Euro pro Stunde.

Es gibt heute so viele Statistiken wie noch nie, auf die politische Entscheidungen gestützt werden können. Im Jahr 2020 betrug etwa die *biologisch* bewirtschaftete Fläche in der gesamten EU 14,7 Millionen Hektar, das entspricht einem Anteil von 9,1 Prozent der gesamten in der EU

bewirtschafteten Fläche³ - das ist viel zu wenig, um schon gesetzte Klimaziele zu erreichen! In landwirtschaftlichen Betrieben ist man nicht mehr auf Schätzungen angewiesen. Durch die Implementierung von Sensoren, etwa an Futtermittelsilos direkt am Hof, können hilfreiche Informationen zum Füllstand des Futtermittels gewonnen werden. In der Vergangenheit war die Messtechnik teuer in der Anschaffung sowie kompliziert in der Montage und Inbetriebnahme, heute ist das nicht mehr der Fall: Neueste Entwicklungen ermöglichen die einfache Inbetriebnahme und die erschwingliche Anschaffung bei gleichzeitig ausreichender Qualität der erhobenen Messwerte.

Klimakrise ist überall

34 Prozent aller Fischbestände gelten bereits als überfischt. Nicht zuletzt, weil weniger als acht Prozent der Ozeane unter Schutz stehen. Experten fordern schon länger 30 Prozent. Dies ist überlebenswichtig, besonders für 800 Millionen Menschen, die von der Fischerei und Aquakultur leben – und überwiegend in Entwicklungsländern. Anlass zur Sorge bereitet neben der massiven Übernutzung der Meere auch deren Verschmutzung durch immer mehr Müll. Jedes Jahr gelangen bis zu 13 Millionen Tonnen Plastikabfälle, primär Einweg- und Getränkeverpackungen und Mikroplastik, in die marinen Ökosysteme – und über die Nahrungskette auch zum Menschen. Einigen Prognosen nach wird 2050 mehr Plastik als Fisch in den Weltmeeren schwimmen.

Unter Mikroplastik versteht man winzige Kunststoffteilchen, die kleiner als 5 mm sind. Enthalten sind solche Mikropartikel zum Beispiel in Wasch- und Reinigungsmitteln, Duschgel, Sonnencreme oder Peeling. Diese schädlichen Teilchen gelangen über das Abwasser in Flüsse, Seen und Meere, da diese Minipartikel von Kläranlagen nicht aus dem Abwasser gefiltert werden können. An den Plastikteilchen lagern sich gerne hochgiftige Schadstoffe ab. Muscheln, Würmer und Fische nehmen diese Mikroplastik mit der Nahrung auf und so landet die Mikroplastik dann wieder auf den Tellern der Menschen.

Der Algenschleim im türkischen Marmarameer hat 60 Prozent aller Lebewesen getötet, erklärten 2021 Hydrobiologen, welche es für – tot – erklärten. Der Schleim ist ein Ausscheidungsprodukt von

3 UNSER LAND, Magazin für Land-und Forstwirte, Nr. 4/2022, S. 3

Algen, entstanden durch jahrzehntelange Wasserverschmutzung. Der Versuch, den Algenschleim abzusaugen, scheiterte.

19 Prozent der Korallenriffe und 29 Prozent der Seegraswiesen sind schon zerstört. Auch wurden bereits 35 Prozent der Mangrovenwälder an den Küsten abgeholzt. Das ist besonders dramatisch, weil sie die Küsten vor Sturmschäden und Erosion schützen, wichtige Brutstätten für Jungfische sind und fünfmal so viel Kohlendioxid binden wie andere Waldarten. Auch die Weltmeere prägen in Wechselwirkung mit der Atmosphäre maßgeblich unser Klima: Sie nehmen ein Viertel der vom Menschen produzierten Kohlendioxid-Emissionen auf und sind für zwei Drittel des weltweit produzierten Sauerstoffs verantwortlich.

Die ersten großen Bleichen am *Great Barrier Reef* traten 1998 und 2002 auf. Im Zug der globalen Erwärmung kam die Hitze in immer kürzeren Abständen und brachte 2017 eine regional tödliche Bleiche über das Riff, das ohnehin geschwächt war. Dafür gibt es mehrere Ursachen, eine davon ist die Überdüngung aus der Landwirtschaft. Alles zusammengenommen hat nach mehreren Studien der *James Cook University* über die Hälfte der Korallen des 2300 Kilometer langen Riffs den Tod gefunden.

Mit steigender Erderwärmung wird Grundwasser und damit Trinkwasser knapp. Laut jüngstem Bericht des Weltklimarats nehmen Extremwetterphänomene wie Dürren oder Starkregen weltweit zu. Angesichts der wachsenden Weltbevölkerung wird eine stabile Trink- und Nutzwasserversorgung immer aufwendiger.

Klimaflüchtlinge

Die *Weltbank* prognostiziert bis zum Jahr 2050 bis zu 143 Millionen *Klimaflüchtlinge*, vor allem aus den Ländern südlich der Sahara, aus Südasien und auch aus Lateinamerika. In der *Genfer Flüchtlingskonvention* gibt es keine Klima- oder Umweltflüchtlinge. Es wird zu einer Massenflucht kommen, da die mutigen politischen Eingriffe, um sie (noch) zu verhindern, fehlen werden. Die ganze „*Asyldebatte*“ wird sehr oberflächlich und defizitär geführt. Der Klimawandel ist im Völkerrecht indirekt als Fluchtgrund anerkannt, und zwar insofern, als er zu sogenannten Klimakonflikten führen kann, etwa zu gewaltsamen Auseinandersetzungen um Wasser oder fruchtbaren Boden, wie zum Beispiel in Mali und dem Sudan.

Der globale Norden kauft vielfach dem Süden die Fischereirechte ab, sodass für die lokale Fischerei nur wenig übrig bleibt. So trägt unsere Nachfrage nach günstigen Fischstäbchen zum Hunger in Asien und Afrika bei.

Im Jemen breitete sich 2017 die größte Cholera-Epidemie der Menschheitsgeschichte aus. Im gleichen Jahr gab es in Ostafrika und der Tschadsee-Region eine Hungerkatastrophe, die 37 Millionen Menschen mit dem Tod bedrohte. Nach der Landzeitstudie „*Vergessene Welten und blinde Flecken*“ der Universität Frankfurt werden die elementaren Existenzprobleme in den Entwicklungsländern in den westlichen Medien massiv vernachlässigt, sie finden in ihnen kaum Niederschlag.

Südamerika leidet seit Jahren unter enormer Trockenheit, die Flüsse führen wenig Wasser – die Folgen wirken sich *weltweit* aus. Die westlichen Medien zeigen diese globalen Zusammenhänge nicht auf, was ihre Aufgabe wäre. Der Pegel des Rio Parana, das ist Südamerikas zweitlängster Strom, liegt drei Meter unter dem langjährigen Durchschnitt. Trockenzeiten haben Amerikas Süden ebenso oft heimgesucht wie ausgesprochen feuchte Jahre. Oft folgte auf ein Jahr mit wenig Niederschlag eines mit Unmengen an Wasser. Doch dieses natürliche Wechselspiel hat inzwischen

Aussetzer – und die sind immer häufiger, und dauern immer länger. Seit 2019 fielen am Oberlauf des Rio Parana nur 50 bis 70 Prozent der üblichen Regenmenge. Das ist zu einem Teil eine Konsequenz der globalen Erderwärmung, zum anderen eine Folge der verstärkten Abholzung tropischer Wälder, vor allem im Amazonasbecken. Schon 2013 und 2014 blieb in Brasiliens Süden der Regen aus, die Industriemetropole Sao Paulo entging nur haarscharf einer Katastrophe. Im August 2019 hat schwarzer Rauch aus dem Amazonasbecken den Bundesstaat Sao Paulo und vor allem dessen Metropole verdunkelt.

In Brasilien, das fast zwei Drittel seines Stromes aus Wasserkraft gewinnt, sind darum die Stromtarife explodiert. Diese treiben, wie auch die weltweit dramatisch gestiegenen Treibstoffkosten, die Preise generell in die Höhe. Die Ernten werfen weniger Erträge ab. Brasilien liefert vier Fünftel des weltweit konsumierten Orangensafts, mehr als die Hälfte allen Zuckers und ein Drittel des Kaffees. 2021 schoss der Preis für Arabica-Kaffeebohnen binnen sechs Tagen um 30 Prozent nach oben. Südamerikas Klimakrise ist daher auch in europäischen Kaffeehäusern zu spüren. Es haben sich verschiedene Teufelskreise herausgebildet: Weil in Südamerika immer öfter der Regen ausbleibt, verdorren Weiden und Wälder. Weil Viehzüchter, Holzhändler und Goldsucher trotz aller Trockenheit nicht auf Brandrodungen verzichten wollen, geraten viele Feuer außer Kontrolle. Weil der Rio Paraguay weniger Wasser führt als je zuvor, können Paraguays Sojaexporteure die Wasserwege nicht mehr nutzen. Paraguays Ernte muss auf Lkw in die Küstenhäfen gebracht werden, was zeitaufwendig, teuer und klimaschädlich ist.

Der *Weltklimarat* sagte, durch das Abschmelzen großer Eismassen könnte der Meeresspiegel bis 2100 um bis zu zwei Meter ansteigen. Für die meisten Küstengebiete wäre das eine Katastrophe. Mit dem aktuellen Anstieg des Meeresspiegels von 20 cm haben manche Regionen schon erhebliche Probleme mit plötzlichen Gezeitenfluten und erst recht mit Sturmfluten. In Europa gibt es außerdem einige Atomkraftwerke, die direkt an der Küste liegen, wie das beim japanischen AKW in Fukushima der Fall war.

1,7 Milliarden Menschen sind von *Tropenkrankheiten* betroffen, die viel zu wenig beachtet werden. Das größte Erkrankungsrisiko ist Armut. Eine halbe Million Menschen stirbt jedes Jahr direkt oder indirekt an diesen Erkrankungen, die durch Viren, Bakterien, Pilze oder Parasiten verursacht werden. Die Krankheitserreger sind oft leicht zu bekämpfen. Gegen bakterielle Infektionen wie

Lepra oder *Frambösie* gibt es wirksame Antibiotika. Gegen Fadenwürmer, die Menschen erblinden lassen (*Onchozerkose*) oder riesige Lymphödeme (*Elephantiasis*) hervorrufen, helfen Wurmmittel. 77 Tonnen Antibiotika werden in Österreich jährlich in der Humanmedizin verwendet, 44 Tonnen von Veterinären. Deren Einsatz soll weiter reduziert und die Resistenzsituation verbessert werden. Resistenzen gegen Wirkstoffe sollen Studien zufolge höhere Kosten nach sich ziehen, als durch den Klimawandel bei einer Erwärmung von zwei Grad zu erwarten ist. Schon heute sterben europaweit jedes Jahr 33.000 Patienten, weil sie nicht auf die Behandlung ansprechen. In Indien etwa sind 60 Prozent der Menschen von resistenten *E.coli*-Bakterien besiedelt, die zu schweren Erkrankungen führen können. In Europa liegt die Zahl zwar deutlich niedriger, viele Touristen nehmen die Stämme aber als „Reiseandenken“ mit. Es ist wissenschaftlich noch nicht geklärt, wie die Gefahr von Resistenzen sinken soll.

Laut offiziellen Statistiken sind 48 Prozent der Männer und 76 Prozent der Frauen in Afghanistan funktionale Analphabeten. Ein Lehrer in Afghanistan verdient nicht genug, um sich damit etwas zu essen zu kaufen.

In Vietnam verschwinden ganze Flussbetten. In seinem großflächigen Delta hat der Mekong über Jahrtausende große Lagerstätten von sehr hochwertigem Sand entstehen lassen. Der wird nun so massiv abgebaut, dass das Meer jedes Jahr weiter landeinwärts dringt.

Im Viktoriasee, der zu Uganda, Kenia und Tansania gehört, fördern Unternehmen, vor allem aus China, mit riesigen Saugpumpen Sand. Das wirbelt Sedimente auf, die das Wasser trüben und Fauna und Flora das Leben erschweren. In der Folge bleiben die Netze vieler Fischer leer. Der Sand wird zu den Baustellen der Großstädte transportiert.

Santiago ist die größte Insel der Kapverden. In nur 25 Jahren verschwanden hier zwei Drittel aller Strände, mit verheerenden Folgen. Die Plünderer wissen sehr wohl, welche Zerstörungen sie anrichten. In Indien ist die Sandmafia besonders brutal, hier sterben regelmäßig Journalisten/innen und Aktivisten/Aktivistinnen, die gegen sie ankämpfen.

„Wenn Menschheitskatastrophen, deren Ausmaße gegenwärtig nur als Albträume vorstellbar sind, verhindert oder wenigstens gemildert werden sollen, dann wird es nicht mehr genügen, jene Welt,

die auch nach der letzten Zählung immer noch die Dritte heißt, mit lächerlichen Almosen zu bedenken, sogenannten Entwicklungshilfen, die in Wahrheit über raffinierte Finanzierungsinstrumente zumeist doch wieder auf europäische Konten zurückfließen, sondern dann müsste der Reichtum dieser Welt endlich und tatsächlich gestreut werden, nicht in Form von Almosen, sondern von menschengerechteren Löhnen und gerechten Preisen.“ Dies sagte der Schriftsteller *Christoph Ransmayr* in seiner Rede zur Verleihung des *Würth-Preises für Europäische Literatur* 2018, in der er an die blutigen Verbrechen europäischer Kolonialmächte in Afrika sowie deren Fortwirken bis heute erinnerte.

Einige Beispiele zu Afrika: *Guinea* verfügt über ein Drittel der Bauxit-Reserven des Planeten, beim *Human Development Index* (HDI) liegt das Land jedoch an 182. Stelle von 188 Staaten. *Niger* rangiert gar an vorletzter Stelle von 188 Staaten, besitzt jedoch die zweitgrößten Uranvorkommen weltweit. Nutznießer sind also nur internationale Konzerne und die nationalen Eliten. *Nigeria* und *Angola* haben reiche Erdölvorkommen – die Erträge kommen aber nicht den breiten Massen dieser Länder zugute, sondern Ölmultis wie *Shell*, die auch ökologische Zerstörungen anrichten. Die bäuerliche Bevölkerung im *Senegal* bekommt für ihre Erdnüsse nur ein Achtel des durchschnittlichen Weltmarktpreises. Ein Drittel der Bevölkerung Afrikas hungert.

Nach einer Studie der NGO *Global Financial Integrity*, die sich um Korruption, Schmuggel, organisiertes Verbrechen und Steuerflucht kümmert, sind durch anonyme Scheinfirmen, undurchsichtige Steuerparadiese und kommerzielle Geldwäsche allein 2011 fast 1.000 Milliarden US-Dollar aus den ärmsten Ländern der Welt geflossen.

Klimaneutralität

Spätestens seit den 1950-er Jahren ist die Erderwärmung komplett vom Menschen verursacht, und damit auch der Gletscherrückgang. Die Kritik, dass Österreich nur für 0,2 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich ist, und es daher egal sei, ob das Land klimaneutral sei oder nicht, ist unberechtigt. Tatsache ist, dass die Pro-Kopf-Emissionen in Österreich und in Deutschland doppelt so hoch sind wie im weltweiten Schnitt, dazu kommen noch die historischen Emissionen, die sich in

der Atmosphäre angesammelt haben seit Beginn der industriellen Revolution. Die reichen Industrienationen gehören zu den Hauptverantwortlichen der globalen Erwärmung. Man muss sich an den wissenschaftlichen Fakten orientieren, welche etwa das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung ermittelt hat. Eine Kohlendioxid-Bepreisung ist vernünftig, weil der Ausstoß Schäden verursacht, nicht nur eine Klimaveränderung, sondern auch Luftverschmutzung. Das deutsche Umweltbundesamt schätzt, dass ein realistischer Kohlendioxid-Preis, der die verursachten Schäden abdeckt, bei 200 Euro pro Tonne liegen müsste. Solange auf Emissionen nicht dieser Preis gelegt wird, ist es nichts anderes als eine versteckte Subvention, und die Schäden bezahlt die Allgemeinheit, der Steuerzahler, und das ist nicht gerecht.

Mit dem Europäischen Klimagesetz haben die EU und somit auch die Mitgliedsstaaten sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, nämlich die Klimaneutralität im Jahr 2050. Als Etappenziel sieht das gemeinsam beschlossene Gesetz vor, die Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Österreich will schon 2040 klimaneutral sein, zehn Jahre vor dem Rest der EU, und schon ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Neuwagen zugelassen werden dürfen.

Ob wir Schuhe kaufen, mit dem Auto fahren oder im Internet surfen – unsere Lebensweise verursacht Kohlendioxid-Emissionen. Österreich hat beim Klimaschutz Aufholbedarf. Ein klimaneutrales Österreich ist nur mit einer radikalen Trendwende, einem Mosaik an Maßnahmen, erreichbar.

Schäden in Land- und Forstwirtschaft kommen uns in Österreich bereits jetzt teuer zu stehen. Auf rund 15 Milliarden € beziffert eine Studie des Klima- und Energiefonds die Kosten für Österreich, die durch die Klima-Situation schon jetzt entstehen. Schäden durch Dürre, Wolkenbrüche, Stürme, Hagel etc. machen davon mindestens zwei Milliarden € aus. Wenn die Klima-Politik weiter säumig ist, machen die Strafzahlungen bei Nichterreichen der internationalen Treibhausgas-Ziele Milliarden aus. Ein weiterer Faktor sind gesundheitliche Auswirkungen, etwa durch die signifikant gestiegene Zahl an Hitzetagen im Jahr. Kaum kalkulierbar ist das bereits spürbare Vordringen tropischer Stechmücken samt der von diesen übertragenen Krankheiten wie Malaria und Denguefieber.

Regierungen machen Versprechungen über die Klimaneutralität, ohne sich darüber im Klaren zu sein, wie sie erreicht werden kann. Die eine Wunderlösung für den Klimawandel gibt es nicht. Die österreichische Klimaschutzministerin *Leonore Gewessler* musste vor kurzem in einem Interview mit dem ÖAMTC zugeben, dass es sich „rechnerisch nicht ausgehen wird“, dass 2040 alle Autos elektrisch fahren. Derzeit sind in Österreich rund 5,1 Millionen PKW zugelassen, jedes Jahr kamen bisher rund 300.000 Neufahrzeuge hinzu. Rund ein Prozent dieser Bestandsflotte fährt rein elektrisch. An den Neuzulassungen beträgt der Anteil von Elektroautos derzeit etwa 10 Prozent. Wenn 2040 allein durch Austausch der Bestandsfahrzeuge alle Autos emissionsfrei fahren sollen, müsste bei einer durchschnittlichen PKW-Lebensdauer von 20 Jahren schon heute jedes neu zugelassene Auto ein E-Auto sein – und nicht nur jedes zehnte. Aber selbst wenn es Österreich schafft, dass 2040 nur noch Elektrofahrzeuge fahren, ist es nicht möglich, dadurch klimaneutral zu werden. Eine Umstellung auf Elektromobilität reicht bei Weitem nicht. Denn die Erzeugung von Strom ist nur mit Sonnenenergie, Wind- oder Wasserkraft klimaneutral. Kommt die Energie aus kalorischen Kraftwerken, ist das Ziel nicht erreichbar. Das Umweltministerium stellt klar, dass der zusätzliche Strom nicht aus Kohle, Gas, Öl oder Atomkraft gewonnen werden soll. Um 2040 die Klimaneutralität im Verkehr zu erreichen, wären laut Mobilitätsmasterplan jedoch 30 Terawattstunden an zusätzlichem erneuerbarem Strom vonnöten. Dies entspricht rund 6.000 zusätzlichen Windrädern oder 15 weiteren Laufkraftwerken in der Dimension des derzeit größten in Altenwörth. 2020 wurden bundesweit 16.000 Neuanmeldungen von E-Autos registriert, was zwar einer Steigerung entspricht, die aber nicht ausreichend ist. Die Maßnahmen für die Klimaneutralität erfordern zwar große Investitionen, es kommt aber auf lange Sicht noch teurer, diese Maßnahmen aufzuschieben.

Die Wiener Stadtregierung hat einen ambitionierten Plan ausgerufen: Bis 2040 soll Österreichs Hauptstadt klimaneutral sein. Die Auswirkungen der Klimakrise sind für uns alle bereits deutlich spürbar. Die Sommer werden heißer, die Wetterextreme nehmen zu. Es ist nicht nur wichtig, sich ein klares Ziel zu setzen, sondern der Bevölkerung vorzurechnen, wie dieses Ziel rechnerisch erreicht werden kann. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat in Europa die Angst vor Kälte, Hunger und Lebensmittelknappheit befeuert. Die Veröffentlichung eines Naturschutzpaketes hat die EU-Kommission verschoben, als Sofortmaßnahme wurden Brachflächen für den Anbau von Tierfutter freigegeben. Doch sind diese Maßnahmen wirklich geeignet, um die Lebensmittelsicherheit in der EU sicherzustellen? Das darf mit Grund bezweifelt werden!

Littering

Im Schnitt gelangen 40 Tonnen Plastik pro Jahr in Österreich in die Donau. Die Hälfte des Kunststoffabfalls stammt aus dem *Littering*, also aus Abfall, der achtlos an öffentlichen Plätzen oder in der Natur entsorgt wird. Die Leute haben oft keine Ahnung, was es in letzter Konsequenz bedeutet: Wer entlang der Donau Plastik wegwirft, verschmutzt damit das Gewässer bis hin zum Schwarzen Meer. Schon in Ungarn ist der Anteil an Plastikmüll rund sieben Mal höher als in Österreich.

Die erste Stadt in Europa mit einer *Zero-Waste-Strategie* war *Capannori* in der Toskana, hier setzt man – seit 2007 – auf öffentliche Trinkbrunnen, Zuschüsse für waschbare Windeln etc.

Das Burgenland hat, wie auch das übrige Österreich, sehr großen Nachholbedarf. Mehr als 10 Millionen Tonnen Plastik gelangen jährlich in die Weltmeere. Das befeuert die Klimakrise besonders. Sturmtage werden – auch in Österreich, auch im Burgenland – häufiger und schadbringender. Früher gab es nur rund fünf Stürme im Winter, jetzt sind es bereits an die neun. Von einem Sturm sprechen Klima-Experten ab einer Windgeschwindigkeit von 75 km/h. Die Klimakrise hat unser Land längst im Griff: Hitze, Stürme, Gewitter werden immer stärker.

Die Polkappen schmelzen im Rekordtempo, rund um den Globus mehren sich Dürren und Überschwemmungen. Obwohl Forscher vor dem Klimakollaps warnen, falls es nicht gelingt, die Erderwärmung zu begrenzen, folgt die Mehrzahl der Menschen weiterhin schädlichen alten Gewohnheiten. Sind wir darauf programmiert, bei Bedrohungen die Vogel-Strauß-Taktik anzuwenden und den Kopf in den Sand zu stecken?

Intensive Landwirtschaft

40 Prozent der Vögel sind seit 1998 von den heimischen Feldern und Wiesen verschwunden. Den Garaus macht unseren gefiederten Freunden die intensive Landwirtschaft: Dünger, Herbizide und Pestizide, großflächig betriebene Landwirtschaft, wo früher Hecken, Brachen, Magerwiesen und Raine waren. Neuntöter etwa benötigen Dornbüsche in Buschgruppen mit vielen Insekten, um dort zu nisten. Diese Voraussetzungen müssen netzartig über die Landschaft verteilt sein. Der Neuntöter ist deshalb ein guter Botschafter für die ökologische Infrastruktur. Seinen Namen hat er übrigens daher, dass er einen Teil seiner Beute auf Dornen aufspießt. In früheren Zeiten hieß es, erst ab dem neunten Insekt würde er fressen, daher der Name. Mit ähnlichen Überlebensproblemen kämpfen Grauammer, Girlitz, Schwarzkehlchen, Braunkehlchen, Kiebitz oder Wacholderdrossel. Die intensive Landwirtschaft trägt die Hauptschuld am Artensterben und hat eine schwere Biodiversitätskrise verursacht. Manche Fachleute meinen, dass die Klimakrise eher in den Griff zu bekommen sei als die Biodiversitätskrise. Je weniger Arten ein Ökosystem bevölkern, desto instabiler wird dieses.

BirdLife International veröffentlichte die Europäische Rote Liste der Vögel 2021, die das regionale Aussterberisiko von 544 Vogelarten in über 50 Ländern und Gebieten Europas überprüft. Sie zeigt, dass jede fünfte Vogelart in Europa bedroht oder gefährdet ist und der Bestand von jeder dritten Vogelart im Sinken ist. Seevögel, Wasservögel, Watvögel und Greifvögel sind die am stärksten bedrohten Vogelgruppen in Europa. Fünf Vogelarten sind regional ganz ausgestorben, etwa der Steppenadler und Weidenammer. Auch die Turteltaube ist gefährdet, da sie immer weniger Brutstätten findet: In Österreich sank der Bestand in 20 Jahren um zwei Drittel.

Etwa 20 Brutpaare zählt der Kaiseradler heute und rund 50 Seeadlerpaare brüten in ihren riesigen, bis zu 600 Kilogramm schweren Horsten in den March-Thaya-Auen und im Nationalpark Donau-Auen. Unter Verkehrsminister Norbert Hofer wurden 2019 drei Bereiche entlang der Donau festgelegt, in denen Wassermotorsport betrieben werden darf. Dadurch entsteht ein Unruhepol für die Tiere – es werden Jetskis betankt etc. Die monogam lebenden Seeadlerpaare brauchen aber ein großflächiges Revier und genug Nahrungsangebot. Störungen können schnell dazu führen, dass

Seeadler eine Brutstätte aufgeben oder gar nicht brüten. Bedroht sind Adler aber nicht nur, weil ihr Lebensraum knapper wird und sie mit Windrädern kollidieren. Sie werden vergiftet und abgeschossen. Adler ernähren sich gerade im Winter oft von Aas, und das dient laut WWF oft als illegaler Giftköder. Immer wieder werden tote Adler in deren Nähe oder aber mit typischen Schussverletzungen gefunden, wobei es auch noch eine hohe Dunkelziffer gibt. Illegale Verfolgung macht bei beiden Adlerarten 30 bis 40 Prozent der Mortalität aus. Gerade bei kleinen Populationen schmerzt der Tod jedes Vogels, zumal der Seeadler erst mit vier oder fünf Jahren zum ersten Mal brütet und nur ein bis zwei Junge bekommt. Den Schutz der Greifvögel regelt in vielen Bundesländern das Jagdrecht, obwohl eine Jagd der Tiere EU-rechtlich nicht mehr möglich ist. Noch dazu fällt ein toter Vogel in den Besitz des jeweiligen Jagsausübungsberechtigten. Sollte der Täter ein Jäger sein, kann er den Abschuss leicht verschleiern. Bei allen bekannten strafrechtlichen Verurteilungen von Greifvogelverfolgung waren die Täter aus der lokalen Jägerschaft.

Die verbliebenen Äcker in Österreich stehen unter Druck: Immer schwerere Landmaschinen verdichten die Böden. Der wertvolle Humusgehalt nimmt ab, die Felder können weniger Wasser speichern. Auf den Äckern ist es still und leer geworden. Insekten und Vögel machen sich genauso rar wie Feldhasen. Nicht einmal vier Prozent aller Ackerflächen liegen derzeit brach. Empfohlen wird wissenschaftlich ein Zehntel. Weniger Pestizide, mehr Blühstreifen und Hecken.

Am Ende der letzten Eiszeit starben weltweit Großtiere aus. Hat der Mensch sie ausgerottet? Wurden sie Opfer einer Klima-Erwärmung? Funde in Europa und Nordamerika legen nahe, dass es wohl die Kombination von Mensch und Klimaveränderung war, die viele Tiere an einen „*Kipp-Punkt*“ trieb: So bewiesen Mammuts zunächst Anpassungsfähigkeit bei Warmphasen, zählten aber dann immer mehr zu den bevorzugten Beutetieren der Menschen, die ihnen letzten Endes dann den Garaus machten.

Kann man die Zukunft vom All aus betrachten? Zumindest teilweise geht das heute, und zwar über Wettersatelliten, die wertvolle Daten für kurz- und langfristige Trends liefern. Europa verfügt seit 1977 über solche Satelliten. Diese produzieren auch Daten von Gebieten, in denen keine Messstationen existieren, wie in Ozeanen oder Wüstenregionen. Diese Informationen ermöglichen durch lückenlose Datenreihen einen globalen Blick auf den Zustand der Erdatmosphäre und die bevorstehende Klimakatastrophe. Europa hat mit *Copernicus* das weltbeste

Erdebeobachtungsprogramm. 16 ESA-Satelliten messen vom All aus permanent Daten rund um Klima, Meeresspiegel oder Regenwaldabholzung. Es ist möglich, Simulationen durchzuführen, die Auswirkungen wie die der Abholzung des Regenwaldes zeigen.

GAP (gemeinsame EU-Agrarpolitik)

80 % der gesamten EU-Förderungen für Landwirtschaft gehen an 20 % der größten Agrarunternehmen. Nur 3 % der Betriebe bewirtschaften 50 % der europäischen Landwirtschaftsflächen. Die durchschnittliche Betriebsgröße in Österreich sind 20 Hektar. Da läuft etwas massiv schief. Je mehr Hektar, desto mehr Geld bekommen Landwirte aus dem Agrartopf in Brüssel. 58 Milliarden Euro Steuergeld flossen 2020 in die Landwirtschaft, der größte Posten im EU-Haushalt. 80 Prozent dieser Summe gehen für Flächenzahlungen drauf. Wie auf den Böden gewirtschaftet und wie viel Chemie eingesetzt wird, war lange weitgehend egal. 6,4 Milliarden € der EU-Direktzahlungen fließen an nur 0,5 % der Landwirtschaftsbetriebe. Während viele Familienbetriebe aufgeben mussten, stopften sich Oligarchen die Taschen voll. Land wurde vielfach Spekulationsgut von wenigen Großinvestoren. In Ungarn haben Landwirtschaftsgelder die Kassen regierender Politiker und ihres Anhangs gefüllt, in der Slowakei einen mafiös anmutenden Ausverkauf von Grund und Boden gefördert.

Untersuchungen gehen davon aus, dass sich bis zum Jahr 2050 der Bedarf nach tierischen Proteinen um 70 % bis 80 % steigern wird. Forscher/innen suchen daher laufend nach neuen, günstigen Proteinquellen, die auch die Ernährung in Zukunft absichern. Insekten zählen unzweifelhaft dazu gibt es doch weit über 2000 essbare Insektenarten weltweit.

Der im Jahr 1994 von *Wackernagel* und *Rees* in Kanada entwickelte *ökologische Fußabdruck* summiert den Flächenbedarf, der nötig ist, um das emittierte Kohlendioxid durch Biomasse zu kompensieren. Dazu werden das erforderliche Weideland, Fischfang-, Ackerbau- und Waldflächen und bebautes Land hinzugezählt. Die Summe wird der im Land verfügbaren fruchtbaren Fläche (Biokapazität) gegenübergestellt. Würde alle Welt so konsumieren wie Österreich, bräuchten wir 3,7 Erden!

Landwirtschaft und Handel

„Wir haben leider eine extreme Konzentration im Handel, wo drei große Anbieter 120.000 Bauern gegenüberstehen. Der Handel bekommt nie genug, ist sich zu nichts zu schade und übt Druck aus, wo er nur kann. Der Anteil, den Bauern und Bäuerinnen vom Endverkaufspreis bekommen, wird ständig weniger. Die Landwirte müssen die steigenden Lebenshaltungskosten, die steigenden Betriebsmittelpreise und andere Ausgaben abdecken, obwohl sie für das Kilo Fleisch oder den Liter Milch oder für das Ei seit 20 Jahren den gleichen Preis bekommen. Das trifft sie mittlerweile in die Seele. Sie haben keine Luft mehr zum Atmen“.

Dies sagte Josef Moosbrugger (ÖVP), seit 1999 Präsident der Landwirtschaftskammer Vorarlberg und seit Mai 2018 Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, in einem Interview der Wiener Kirchenzeitung.

Laut „*Grünem Bericht*“ des Landwirtschaftsministeriums ging die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe seit 2010 um zehn Prozent auf 155.754 zurück. Die Einkünfte der Bergbauern verringerten sich 2020 im Vergleich zu 2019 um 3,7 Prozent. Während Subventionen sinken, stagnieren gleichzeitig die Produktpreise. Bei Fleisch gibt es Dumpingpreise, Kennzeichnungspflichten in Supermärkten und in Lokalen fehlen oder erweisen sich als unzureichend.

Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) erhob 2021 gleichfalls folgende schwere Vorwürfe gegen die drei großen Handelsketten Billa, Spar und Hofer. Die Bauern hätten keine Chance gegen deren Übermacht. *„Das sind zum Teil erpresserische Zustände. Wer sich wehrt, wird ausgelistet. Das ist kein fairer Wettbewerb, das sind unfaire Praktiken“*, sagte sie in der Zeitschrift *profil*. Und weiter erklärte sie: *„Steigen die Preise für Konsumenten, schöpft der Handel diese Marge ab und gibt sie nicht an die Bauern weiter. Zahlen die Konsumenten weniger, trägt das nicht der Handel, sondern der Bauer bekommt entsprechend weniger.“* Köstinger fortgesetzt: *„Der Handel lockt die Kunden mit billigen Eiern oder billiger Milch. Was die Ketten da verlieren, holen sie sich durch Aufschläge bei anderen Produkten wieder herein.“*

Liest man sich diese Statements der ÖVP-Landwirtschaftsministerin und des ÖVP-Präsidenten der Landwirtschaftskammer Österreich durch, welche an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, gewinnt man unweigerlich den Eindruck, die ÖVP als jahrzehntelange Regierungspartei habe bisher beim Schutz der Interessen ihrer Stammklientel völlig versagt und könne die Bauern auch in Zukunft nicht wirksam schützen.

In der Landwirtschaft gibt es immer weniger familiengeführte Betriebe, die überlebenden Betriebe werden immer größer. Bei automatischen Melksystemen („Melkroboter“) ist die Tendenz steigend, die erste derartige Anlage wurde im Jahr 2002 in Oberösterreich installiert.

Kanzlerdiktatur

Am 17. April 1945 wurde im Wiener Schottenstift die ÖVP gegründet. Eine Art „*Sammelpartei*“, aufgesetzt auf den Torso der alten Christlich-Sozialen Partei, die diskreditiert war durch die diktatorische Machtübernahme des *Engelbert Dollfuß*. Darüber, wie dessen Regierungszeit genannt werden sollte, herrschte lange Unklarheit: *Ständestaat*? *Austrofaschismus*? Bei der 70-Jahr-Feier der ÖVP im Schottenstift am 17. April 2015 sprach der damalige Parteiohmann *Reinhold Mitterlehner* von einer „*Kanzlerdiktatur*“.

Engelbert Dollfuß war der Zerstörer der demokratischen I. Republik. Er paktierte mit *Mussolini* und dem faschistischen Flügel der Heimwehren. Er nutzte im März 1933 eine Geschäftsordnungsdebatte des Nationalrates, um an die Stelle der demokratischen Republik eine Diktatur zu setzen. Dass es in Österreich bis 1938 keine rechtliche Diskriminierung von Jüdinnen und Juden gab, rechtfertigt den von *Karl Kraus* auf *Dollfuß* gemünzten Begriff vom „*kleineren Übel*“. Aber ein Übel war dieser von *Dollfuß* geschaffene Staat. *Dollfuß* setzte auf den italienischen Diktator und versuchte, dessen Faschismus zu imitieren. Er konnte sich dabei der Unterstützung der katholischen Kirche sicher

sein. Er ging den falschen Weg, mit den Mitteln der Diktatur eine noch schlimmere Diktatur abwenden zu wollen – eine verhängnisvolle Strategie, die erst recht *Hitler* nach Österreich brachte.

Leopold Figl wurde 1945 ÖVP-Chef, er war der erste Bundeskanzler und beliebteste Politiker des Landes, und doch wurde *Figl* hinterrücks durch einen parteiinternen Putsch entmacht, wobei man ihm vorwarf, der SPÖ gegenüber zu kompromissbereit zu sein. *Figl* wurde durch seinen „besten Freund“, nämlich *Julius Raab* 1952 als Parteichef und nach wilden Intrigen auch als Bundeskanzler abgelöst. *Raab* erging es später nicht besser. Auch er wurde brutal aus dem Amt gedrängt. *Alfons Gorbach*, Parteichef und Kanzler, musste 1963 gehen, an seinem Sessel sägten die „Parteifreunde“ fast vom ersten Tag an.

Die offizielle Hymne der Ersten Republik wurde 1929 der Text von Otto Kernstock „*Sei gesegnet ohne Ende*“ nach einer Melodie von Joseph Haydn. Im Burgenland wurde erst im Oktober 1935 von der austrofaschistischen Einheitspartei „*Vaterländische Front*“ in ihrem Parteiorgan „*Burgenländisches Volksblatt*“ ein Wettbewerb zur Komposition einer Landeshymne und eines Textes ausgeschrieben. Keine andere Landeshymne in Österreich ist durch eine öffentliche Ausschreibung entstanden. Im *Dollfuß/Schuschnigg-Regime* (1933 – 1938) wurde der eher anspruchslose Text von *Dr. Ernst Görlich*, einem burgenländischen Volksbildner und Lehrer, ausgewählt. Den musikalischen Wettbewerb gewann *Peter Zauner*, ein Bauer aus Pötttsching, der auch Kapellmeister und Volksmusiker war.

Abgehängtes Bundesland Burgenland?

„Die Pandemie hat zu einem regelrechten Digitalisierungsschub geführt. Der digitale Wandel führt zu weitreichenden Änderungen von Produktionsprozessen, was neue Technologien und entsprechende angewandte Forschung erfordert. **Die Steiermark als das Innovations- und Forschungsland Nummer eins in Österreich** hat hier die besten Voraussetzungen. Mit dem Joanneum Research verfügen die heimischen Betriebe über einen kompetenten Partner mit großer Expertise.“

Das sagte die steirische Wirtschafts- und Forschungslandesrätin *Barbara Eibinger-Miedl* bei der 10. Zukunftskonferenz der *Joanneum Research GmbH* 2021. Forschungsleistungen, welche die Produktion zukunftsfähig machen, standen im Mittelpunkt dieses Kongresses mit rund 800 Teilnehmer(innen). Die Wichtigkeit dieser Konferenz betonten auch Kärntens Landeshauptmannstellvertreterin und Technologiereferentin *Gaby Schaunig* sowie der Wirtschaftslandesrat des Burgenlandes *Leonhard Schneemann*, welche an ihr teilnahmen und das obige *Nummer-eins-Statement* ihrer Kollegin zur Kenntnis genommen haben.

Linz erlebte in den 1980er- und 90er-Jahren eine Blütezeit der Informatik. Die Kepler-Universität war bestens vernetzt mit der ETH Zürich und pflegte einen guten Austausch mit ihr. Leider wurde dann in ganz Europa Informatik bloß als Coding gesehen, das man getrost den Indern und den Amerikanern überlassen könne, was sich als verhängnisvoller Irrweg herausstellte. Von der Weltspitze wie bei der ETH Zürich oder der TU München ist man in Österreich sehr weit entfernt.

Das Linzer Softwareunternehmen *Fabasoft*, gegründet 1998, steht für Digitalisierung, Beschleunigung und Qualitätssteigerung von Geschäftsprozessen im Bereich Business-to-Business. Ein weiterer Schwerpunkt ist die strategische Beteiligung an jungen IT-Unternehmen. *Fabasoft* zählt zu den führenden europäischen Softwareherstellern und Cloud-Dienstleistern. Der Konzern mit Hauptsitz in Linz unterhält Tochtergesellschaften in Deutschland, der Schweiz und in den USA. Die neue *Digitaluniversität* wird am Standort Linz und nicht in Eisenstadt entstehen. Die Software-Schmiede *Dynatrace* wurde 2005 in Linz gegründet. Sie ist seit 2019 in New York börsennotiert. Es

handelt sich um ein Unternehmen mit einem Firmenwert von etwa 20 Milliarden US-Dollar und an die 3000 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen. Das globale Hauptquartier ist nach wie vor in Linz.

Der Mühlviertler Ort Hagenberg gilt als das (einzige) „*Silicon Valley*“ Österreichs. Bruno Buchberger, der 1974 als Professor für Computer-Informatik an die Linzer Kepler-Universität berufen wurde, entwickelte ab 1989 den Softwarepark Hagenberg, in dem seither mehr als 1000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Insgesamt arbeiten und studieren in Hagenberg heute mehr als 3000 Menschen im Bereich Software-Entwicklung – an zwölf Hochschulinstituten und in den rund 70 Firmen, die sich im Softwarepark angesiedelt haben.

Die Forschungsquote der Wiener Industrie beträgt mit 3,6 Prozent mehr als das Doppelte des EU-Durchschnitts. Vom interaktiven Stadtplan mit Echtzeit-Informationen bis hin zur Baueinreichung – die Stadt Wien präsentiert sich mit ihren Angeboten als digitaler Vorreiter. Der *WienBot* kennt Antworten auf mehr als 1.000 Fragen rund um die Stadt.

Besonders wichtig ist die Digitalisierung. Das Burgenland gehört, wie ganz Österreich, nicht zu den Vorreitern im Bereich der Nutzung digitaler Technologien. Es hat zum Beispiel die niedrigste Versorgung mit schnellem Festnetzinternet, mit nur drei Prozent der Verbindungen über 1000 Mbit in Österreich.

Die erste Bürgermeisterin in Österreich gab es 1948 in Gloggnitz in Niederösterreich. Der Frauenanteil in diesem Amt beträgt derzeit nur 9,5 Prozent. Im Bundesländervergleich gibt es die meisten Bürgermeisterinnen in Niederösterreich, gefolgt von Oberösterreich und der Steiermark, dann folgt Tirol. Im Burgenland gibt es nur 14 Bürgermeisterinnen.

Das Burgenland ist in den meisten Bereichen nicht Vorreiter, sondern eher Nachzügler, oft auch das Schlusslicht in Österreich. Davon wollen die politisch Verantwortlichen des Landes aber nichts hören. Dieses Verhalten erinnert, pointiert ausgedrückt, an eine Bürgermeisterin oder an einen Bürgermeister, die oder der in seinem Ort nur bei Hochzeiten erscheint, nicht aber bei traurigen Ereignissen wie Begräbnissen.

Oberösterreich hat mit 1.486.141 Einwohnern/Einwohnerinnen natürlich wesentlich größere Finanzmittel und Möglichkeiten zur Verfügung als das Burgenland. Betrachtet man die wirtschaftlichen Verflechtungen von Bayern und Oberösterreich, wird schnell klar, wie wichtig die beiden Regionen füreinander sind: Etwa die Hälfte der rund 15 Milliarden Euro Exportleistung Oberösterreichs geht nach Bayern. Das macht Bayern zum wichtigsten Absatzmarkt für Oberösterreich. Aber auch für Bayern ist Österreich ein wichtiger Absatzmarkt – nur in die USA und nach China wird mehr exportiert. Oberösterreich ist die Heimat der ältesten, der meisten und nach Meinung von Experten auch der besten Brauereien Österreichs. Es gibt mehr als 60 aktive Brauereien – die Betriebsgröße dieser Brauereien reicht von der winzigen Kreativschmiede bis zum Betrieb internationalen Ausmaßes.

Open Source

Software dieser Art fristet im Burgenland nicht einmal ein Nischendasein. Das *Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI)* wirkte federführend mit an einer Studie im Auftrag der EU-Kommission. Diese Studie errechnete bis zu 100 Milliarden Euro im Jahr an möglicher ökonomischer Wertschöpfung für Open-Source-Software in der EU. *GitHub*, die größte Open-Source-Entwicklungsplattform der Welt, stellte die Daten für diese Studie zur Verfügung. Ein Großteil des Open-Source-Potenzials in Europa ist nicht ausgeschöpft. Es liegt an der Politik, Open Source zu einer Priorität zu erklären und die nötigen Anreize zu schaffen. Die Plattform *GitHub* erlaubt Entwicklern und Entwicklerinnen, Quellcode-Datenbanken zu verwalten und an Softwareprojekten zu arbeiten. Mehr als 65 Millionen Developer und rund 3 Millionen Firmen verwenden *GitHub*, auf dem 200 Millionen Repositories lagern, also Verzeichnisse, welche die Codes enthalten.

Open-Source-Software folgt einem einfachen Grundsatz: Der Code ist öffentlich zugänglich und kann von allen verwendet und verändert werden. Das bekannteste Beispiel ist Linux. Es ist nicht nur das Herzstück der meisten Internetdienste, sondern auch die Basis von Android-Mobilgeräten.

Das Gegenteil ist Microsoft mit seinem geschlossenen Windows-Systemen, das fast ein Monopol bei PCs und Notebooks besitzt.

Der Begriff Open Source wurde von der US-Amerikanerin Christine Peterson 1998 aus der Taufe gehoben. Bald werden zwei Drittel der geschäftlich genutzten Software auf freiem Quellcode basieren. Der weltweite Markt für Open-Source-Services soll sich bis 2025 verdreifachen. Alle Internetunternehmen und Cloud-Anbieter bauen mittlerweile auf Open-Source-Software, mehr als 90 Prozent der Fortune-500-Unternehmen nutzen sie.

Microsoft und andere US-Monopole

Netscape hatte den Browsermarkt über Jahre dominiert, verlor aber ab Mitte der 1990-er Jahre rasant Marktanteile an Microsoft mit seinem *Internet Explorer*, weil wettbewerbswidrige Praktiken des Softwareriesen im Spiel waren. Um wieder für einen Aufschwung zu sorgen, stellte Netscape seinen Browser auf frei verfügbaren Quellcode um, was in weiterer Folge zur Entwicklung der Mozilla-Software führte.

„*Open-Source-Entwickler sind Kommunisten*“ lautete ein Zitat von Bill Gates aus dem Jahr 2005. Sein Nachfolger Steve Ballmer, Microsoft CEO von 2000 bis 2014, bezeichnete Linux einst gar als „*Krebs*“ der Softwarebranche.

Die Firma *Red Hat* stieg zu einem der wichtigsten Player für Services rund um die Betriebssysteme Linux und Unix auf. Im Jahr 1999 erfolgte der Börsengang, im Jahr 2012 machte Red hat als erstes Open-Source-Unternehmen mehr als eine Milliarde US-Dollar Umsatz. IBM kaufte Red Hat um rund 35 Milliarden US-Dollar.

Für mehr als 90 Prozent aller Closed-Source-Programme des IT-gestützten Arbeitslebens gibt es mehr als eine Open-Source-Alternative. Oft ist diese zuverlässiger, leichter bedienbar und in den meisten Fällen gratis oder zumindest deutlich preisgünstiger.

Die Amtsstuben im Burgenland sind fest in der Hand der Firma Microsoft mit ihren Produkten. Das Land scheffelt, wie auch die meisten übrigen Regionen in der EU, fleißig Steuergeld in die Taschen von Bill Gates und Co., innovative Ansätze auf den PCs im öffentlichen Bereich des Landes und der Gemeinden sind nicht zu erkennen.

In Deutschland gibt es eigene *Digitalsprecher* der Parteien, etwa Jens Zimmermann (SPD), der seit 2013 im Bundestag sitzt und seit 2018 *digitalpolitischer Sprecher* der SPD-Bundestagsfraktion ist. Die europäischen Staaten haben es verabsäumt, eine schärfere Kontrolle des Internet-Giganten Google und seines Mutterkonzerns Alphabet zu verankern. Google hat schon längst eine überragende marktübergreifende Bedeutung erlangt. Google hat mit Marktanteilen von mehr als 90 Prozent eine beherrschende Stellung auf dem Markt für Suchdienste und ist der wesentliche Anbieter für suchgebundene Werbung. Europäische Verbraucher/innen haben schon längst keine ausreichenden Wahlmöglichkeiten zur Nutzung ihrer Daten mehr, wenn sie Google-Dienste benutzen.

Bislang bestimmen Apple und Google, welche Apps auf Smartphones landen und welche nicht. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes *Gatekeeper*.

Von 2019 auf 2020 wuchsen Online-Werbeausgaben in Österreich um zwölf Prozent, Werbung in Print-Medien schrumpfte hingegen um etwa sieben Prozent. Der Druck auf Printmedien ist immens und wird immer stärker. Google hat eine durchgängige Kontrolle über die Wertschöpfungskette der Werbetechnologie erlangt und verfügt über Marktanteile von 90 bis 100 Prozent. Allein 2020 setzte Google mit Online-Anzeigen 147 Milliarden Dollar um – mehr als jedes andere Unternehmen auf der Welt.

Daten

Wer vorhandene Daten aus Objekten, Unternehmen und Umwelt analysiert, verknüpft und nutzt, hat über Jahre einen gewaltigen Wettbewerbsvorteil. Wie Öl liegen Daten aber nicht griffbereit an der Oberfläche, ihre Nutzbarmachung ist eine Herausforderung. Viele Daten sind fremdverwaltet oder durch fragmentierte Systemlandschaften nur manuell erhebbar. Die Risiken – mangelhafte Datenqualität oder betriebliche Ineffizienz durch hohen Personalaufwand – sind enorm. Oder die manuelle Überprüfung und Qualitätssicherung ist aufgrund der Datenmenge gar nicht möglich.

Laut einer Studie der *International Data Corporation* (IDC) wird sich das weltweite Datenvolumen bis zum Jahr 2025 verzehnfachen. Damit steigen die Anforderungen an die Sicherheit der Daten.

Digitales Grab

Immer mehr Menschen wünschen sich eine Naturbestattung oder organisieren eigens Nachrufsprecher, die zur Erinnerung an den verstorbenen Menschen individuelle Grabreden verfassen. Auch in die digitale Welt haben Friedhöfe Eingang gefunden. So kann man Beisetzungen online planen. Auch das Erinnern an Verstorbene wird multimedial. Seit 2020 erhalten alle Menschen, die ein Grab auf einem Wiener Friedhof besitzen, den Zugang zum „*Digitalen Grab*“. Dieses fungiert als Plattform für Erinnerungen und Fotos, aber auch Grabverlängerungen können online vorgenommen werden. Es gibt heute deutlich weniger Familiengräber als früher.

Künstliche Intelligenz

GPT steht für „*Generative Pre-Trained Transformer*“ und kann geistig anspruchsvolle Texte eigenständig verfassen bzw. vorliegende Texte sinnvoll zusammenfassen, vereinfachen oder ergänzen. Die Software ist nicht auf Themenbereiche festgelegt, sondern imstande, zu jedem Text aus jeglichem Fachgebiet passende Sätze zu erzeugen. Bereits existierende Textgeneratoren, welche

eher hölzern in der Sprache, Wetter-, Börsen-, Sport- oder Verkehrsberichte konstruieren, sind schon überholt. Das GPT-3 Modell basiert auf einem künstlichen neuronalen Netzwerk mit 175 Milliarden (!) Einflussfaktoren, also auf Algorithmen. Dahinter steht ein enormer Wissensschatz, bei dem die vollständige englischsprachige Wikipedia weniger als ein Prozent ausmacht. Dieses Fundament ermöglicht die automatisierte Erstellung von Content, ohne dass die Leser/innen dabei einen Unterschied zu von Menschen verfassten Texten bemerken bzw. bemerken können. Das Forschungsunternehmen *OpenAI* hat eine Variante des Textgenerators GPT-3 trainiert, die Zusammenfassungen für Bücher verfasst. Dabei nutzt die künstliche Intelligenz ein rekursives Verfahren, indem sie zuerst kürzere Abschnitte zusammenfasst und und danach immer längere Textteile, etwa Kapitel und dann den gesamten Buchtext. Die verarbeitbare Buchlänge ist bei diesem Verfahren prinzipiell unbegrenzt. Damit umgehen die Forscher/innen nicht nur die Längenbegrenzung für die Standard-GPT-3-Texterzeugung. Zudem erleichtern sie es menschlichen Lesern mit diesem Verfahren, Teile der Zusammenfassung zu bewerten. Mit diesem Feedback wird die schrittweise Verbesserung und das fortlaufende Training der GPT-3-Variante unterstützt.

Die 2009 gegründete *Xpublisher GmbH* in München ist seit 2019 Teil der *Fabasoft AG* mit Hauptsitz in Linz. Die Experten für „*Multichannel-Publishing*“ sind auf die semantische Anreicherung und Standardisierung von Texten spezialisiert und bieten intuitive Lösungen zur automatisierten Content-Erstellung,-Verwaltung und -Publikation.

KI-Systeme treffen immer wichtigere Entscheidungen und da ist es von großer Bedeutung zu wissen, warum Systeme diese Entscheidungen treffen. Es geht darum, Fehler möglichst gut auszuschließen und diesen Systemen nicht blind vertrauen zu müssen. Bei Open-Source-Systemen kann jeder, der Interesse hat, einsehen, wie das Programm Entscheidungen trifft, und Schwachstellen öffentlich aufzeigen. Das führt zu einem transparenten Diskurs. KI-Systeme quelloffen zu machen, ermöglicht einen fairen Zugang zu bisherigem Wissen und demokratisiert damit dieses.

Machine Learning ist ein Ansatz, um künstliche Intelligenz zu trainieren. Daten werden analysiert, Muster erkannt und auf dieser Basis Voraussagen über die Zukunft getroffen. Dieses Erkennen von Mustern ist der entscheidende Schritt: Computer können dann aufgrund des Lernerfolges Aufgaben ausführen, sie werden nicht mehr nur darauf programmiert. Zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten

erscheinen aus heutiger Sicht vorstellbar, zum Beispiel die Vorhersage von möglichen Fehlern in der industriellen Fertigung (*Predictive Maintenance*).

Deep Learning ist ein Teilbereich von *Machine Learning*. Diese Technik basiert auf Systemen mit künstlichen neuronalen Netzen, die den Gehirnzellen des Menschen nachempfunden sind. Den durch *Deep Learning* entwickelten Systemen geben Experten die besten Zukunftschancen, sich durchzusetzen. Die Technologie kann nicht nur sich selbst verbessern, sondern auch Anleitungen für den Bau einer neuartigen Intelligenz liefern. Ob daraus eine *Superintelligenz* wird, ist aber noch nicht erwiesen.

KI-Systeme und KI-Forschung sind im Burgenland bisher unbekannte Größen, obwohl sie die Zukunft maßgeblich bestimmen werden.

Auf der Basis unzähliger Netzhautscans entwickelte die Universität Wien ein mit selbstlernender künstlicher Intelligenz (KI) gestütztes Programm, das schwere Augenerkrankungen erkennen kann, noch bevor sie manifest werden. So wird wichtige Zeit für die Behandlung gewonnen. Dank KI und maschinellen Lernens kann die Medizin inzwischen schneller exakte Diagnosen stellen. Das betrifft etwa die Identifikation von bösartigen Tumoren der Haut.

Tourismus und Umwelt

Der heimische Tourismus steht vor großen Herausforderungen. Um die Klimaziele zu erreichen, muss er nachhaltiger werden und dem bereits spürbaren Klimawandel trotzen. Im Alpenraum ist der Klimawandel schon jetzt fühlbare Realität. Die Lufttemperatur ist hier seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bereits um knapp 2 Grad Celsius gestiegen und damit doppelt so stark wie im globalen Mittel. Winter- wie Sommertourismus sind mit Aktivitäten in der Natur verbunden und daher besonders sensitiv auf Klimaänderungen wie Niederschlagsmengen und Temperaturen. Die Schneesicherheit in den Alpen nimmt bei zunehmender Klimaerwärmung bis 2050 rapide ab. So werden die Schigebiete um 2030 noch zu 63 % schneesicher sein, ab 2050 allerdings nur mehr zu

33 %. Gipfel wegsprengen wie in Tirol oder bereits im Oktober mit dem Schistart auf dem weißen Band beginnen, wo rundherum noch alles grün ist, schadet dem Image Österreichs und kommt bei den Menschen nicht gut an. Der Tourismussektor trägt 6,4 % zur heimischen Gesamtwertschöpfung bei. Jahr für Jahr ist von den Gletschern ein bisschen weniger übrig. Schuttlandschaften machen sich breit. Um 15 Meter sind Österreichs Gletscher in der Messperiode 2019/2020 im Schnitt geschrumpft. Es gibt eine unangemessene Nutzung der Berge. Immer noch werden naturnahe Gebiete zerstört: einerseits für den Tourismus, für Chaletdörfer, Liftanlagen, Zufahrtsstraßen., aber auch für große Windparks. Die Windräder gefährden Arten, die wegen ihrer geringen Größe und unspektakulären Erscheinungsform noch keine politisch relevante Lobby haben. Die Energiepolitik setzt nach wie vor darauf, mehr Strom zu produzieren, anstatt radikal auf Sparmaßnahmen zu setzen.

In Thailand bietet der Tourismus 3,4 Millionen Arbeitsplätze, über 20 Prozent der Bevölkerung arbeiten in diesem Sektor. Der Ausfall der internationalen Reisenden während der Corona-Krise hatte fatale Folgen für das Land. Mofas, die Kleinunternehmer an Ausländer vermieteten, brachten nichts mehr ein und mussten zu Dumping-Preisen verkauft werden. 2019 kamen 34 Millionen Urlauber nach Griechenland, 2020 waren es nur noch 7,4 Millionen, also etwas mehr als ein Fünftel. Es schadet jedem Land, wenn es sich zu einem guten Teil vom Tourismus abhängig macht oder ihn zu stark forciert.

Tourismus ist ein Haupttreiber der Klimakrise. Mehr als 250.000 Tonnen Abfall von Kunststoffen treiben, insgesamt als Mikroplastik oft gar nicht sichtbar, in den Weltmeeren. Berüchtigt ist der „*Great Pacific Garbage Patch*“ zwischen Festland-Amerika und Hawaii, der sich über 1,6 Millionen Quadratkilometer erstreckt und damit die dreifache Fläche von Frankreich (!) erreicht. Auch das Mittelmeer ist bereits völlig geschädigt. Dies ergab eine Studie des griechischen Zentrums für Meeresforschung (HCMR). Allein an der Oberfläche des Mittelmeeres treiben 3.760 Tonnen Plastikmüll. Geschätzte 2.800 Tonnen sind bereits auf den Meeresboden gesunken und richten dort riesige Schäden an. Insgesamt landen 17.600 Tonnen Plastikmüll pro Jahr im Mittelmeer. Verpackungen von Proviant und Getränken, an Stränden meist von Touristen achtlos weggeworfen, sorgen für einen guten Teil der Verschmutzung. Dazu kommen die negativen Folgen des Kreuzfahrt-Tourismus. Massentourismus gehört gedrosselt und nicht gefördert!

Das „*Martiniloben*“ wurde 1989 vom damaligen Obmann des Golser Weinbauvereins erfunden. Mittlerweile versteht man darunter österreichweit die herbstlichen Tage der offenen Kellertür rund um den 11. November.

Martin von Tours wurde 316 n. Chr. in Steinamanger im heutigen Ungarn geboren. Als Sohn eines römischen Militärtribuns war er verpflichtet, die Militärlaufbahn einzuschlagen. Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst 361 gründete er das erste Kloster Galliens. 371 wurde er zum Bischof von Tours gewählt. Er festigte die Christianisierung der Landbevölkerung und gilt als Begründer des abendländischen Mönchtums. Er ist der erste Heilige, dem diese Würde nicht als Märtyrer, sondern als Bekenner zugesprochen wurde. Er starb 397 n. Chr. Er ist der Patron des Burgenlandes. Der hl. Martin war ein Asket, der sich vor seinem Tod nackt auf dem Boden in Asche wälzte, seinen Mönchen verbot er das Trinken von Wein. Heute dient er als „*Patron*“ für irgendwelche „*Genuss-Veranstaltungen*“ im Burgenland, bei denen meist zwangsweise gemästete Gänse aus dem Ausland verspeist werden und viel Wein konsumiert wird bzw. werden soll.

Die „*Erntekrone*“ wurde einst nach Beendigung des Kornschnitts von den Schnittern dem Gutsherrn mit der letzten Erntefuhre überbracht. Erste Nachweise dieser Tradition finden sich 1865.

Tourismus kann sehr schnell in einen medialen Teufelskreis kommen. Ende Juli 2020 wurde bekannt, dass es in St. Wolfgang am Wolfgangsee, einem der Top-Tourismusorte Oberösterreichs, mehrere Covid-19- Fälle gab. Die Berichterstattung darüber leerte die Betten, füllte international die Schlagzeilen („*Sommer-Ischgl*“, „*verseuchtes Eldorado*“ etc.).

Das Südburgenland wird als „*Erlebnisparadies*“ verhökert, es gibt sogar eine gleichnamige Webseite dazu. Natürlich auch als „*E-Bike-Paradies*“. Es wird mit religiösen Heilserwartungen jongliert und operiert.

Misswirtschaft und Profitgier bedrohen viele Ökosysteme. Griechenland, Spanien und Italien haben ihre Küsten teils massiv verbaut; Beton und Zement unterbrechen aber die natürliche Regeneration der Sandstrände, und sie beschleunigen die Erosion, wie auch der steigende Meeresspiegel und die Winterstürme.

Österreich lebt wesentlich vom Tourismus. 2019, im Jahr vor dem Corona-Knick, betrug die direkten Wertschöpfungseffekte 21,7 Milliarden Euro, 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Am 12. Juli 1983 erschien im Nachrichtenmagazin *Wochenpresse* eine Coverstory mit dem Titel „*Wer braucht die Piefkes?*“, der Untertitel lautete „*Österreich im Ausverkauf*“. Der Autor *Christoph Kotanko* löste damals mit dieser Attacke auf den Massentourismus fast eine Staatskrise aus.

Degradierete Lebensräume

Viele Menschen beobachten mit zunehmender Sorge den *Verfall der Biodiversität*. Die EU gab als Ziel der *Biodiversitätsstrategie 2020* vor, dass in jedem Mitgliedstaat mindestens 15 Prozent der Landschaften, die in keinem guten Zustand sind, restauriert werden müssen. In Österreich versucht ein interdisziplinäres Team herauszufinden, wo man beginnen soll, um degradierte Lebensräume wieder aufzuwerten.

Die Kulturlandschaftsgliederung unterteilt ganz Österreich in fast 14.000 abgrenzbare Einzellandschaften, die wiederum 42 Landschaftstypen zugeteilt werden. Es gibt den Trockenrasen- und den Moorschuttkatalog, das Auen-Inventar etc. Auch die Biotopkartierungsdaten der Bundesländer sind sehr genau.

10,7 Milliarden Euro kosten die Anstrengungen für Österreich schätzungsweise, um in den nächsten 30 Jahren 15 % der Ökosysteme Wald, Oberflächengewässer und Offenland in einen besseren Zustand zu versetzen. Das berechneten Teams der Universität Wien, des Umweltbundesamtes und des Bundesforschungszentrums für Wald.

Eine 20 Meter hohe Fichte gibt pro Tag rund 21.000 Liter Sauerstoff ab. Das entspricht dem täglichen Bedarf von 35 Menschen.

Österreichs größtes Klimaschutzproblem ist der Verkehr: Die Emissionen waren laut WIFO sogar im Coronajahr 2020 um 55 Prozent höher als im Jahr 1990. Im EU-Vergleich hat der Verkehr in Österreich pro Kopf den dritthöchsten Ausstoß an Treibhausgasen. Auch beim Güterverkehr ist Österreich laut VCÖ (Verkehrsclub Österreich) nicht sehr klimafreundlich. 2019 betrug das auf Österreichs Straßen erbrachte Transportaufkommen 598 Millionen Tonnen – eine Zunahme um vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Motto „*Schiene statt Straße*“ wird nicht befolgt.

Österreich brüstet sich stets mit dem hohen Anteil an erneuerbaren Energien. Beim gesamten Endverbrauch machen sie 33,4 Prozent aus, das ist Platz fünf in der EU. Österreich wird zu zwei Dritteln mit Energie aus Öl und Gas aus dem Ausland betrieben. Damit liegt die Abhängigkeit bei der Energieversorgung über dem EU-Schnitt.

Wer ein gebrauchtes Möbelhaus, einen Bürokomplex, eine Maschinenhalle oder alte Tankstellen kaufen möchte, wird in Österreich schnell fündig. Auch diese Gebäude und Anlagen sind meist „*degradierte Lebensräume*“. Allein in Niederösterreich listet das Anzeigenportal *willhaben.at* (Stand: September 2021) 473 freie Industrie- und Gewerbeimmobilien auf, Baugründe inklusive. In diese bröckelnden Ruinen, die meist niemand mehr kaufen will, kehrt langsam wieder die Natur zurück.

Bis zum Mittelalter hatte der Schwarzwald vor allem aus *Weißtannen* bestanden. Aber dann verbrauchten die Menschen mehr und immer mehr Holz, als Baumaterial oder als Brennholz für Erzgießereien. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war die Gegend fast kahl. Als die Hänge wieder aufgeforstet wurden, nahm man dafür keine *Tannen*, sondern *Fichten*: *Fichten* brauchen im Gegensatz zu *Tannen* keine schattenspendenden Altbäume, um zu gedeihen. Das ist der Grund, warum es im Schwarzwald bis heute mehr *Fichten* als *Tannen* gibt. Wenn die Menschen heutzutage *O Tannenbaum* singen und dabei vor *Fichten* stehen, dann ist das im Grunde eine Folge der Holzknappheit jener Zeit, der ersten Energiekrise in Mitteleuropa. Die *Nordmantanne* wird in „*Christbaumplantagen*“ gezüchtet.

Neusiedler See und Seewinkel

Geplant war eine 3,2 Kilometer lange Brücke mit 142 Pfeilern über den See von Mörbisch bis Illmitz. Erst 1995 wurde dieses Projekt offiziell aufgegeben. Klara Köttner-Benigni, Wahlburgenländerin aus Wien, organisierte seinerzeit Proteste, um dieses Wahnsinns-Projekt zu verhindern. Sie bekämpfte erfolgreich dieses vom damaligen Landeshauptmann Theodor Kery favorisierte Vorhaben.

Trockenheit ist ein immer stärkeres Problem am Neusiedler See. Wenig Grundwasser, ausgetrocknete und fast ausgetrocknete Lacken, keine großen Vogelschwärme mehr – die Lage im Seewinkel ist extrem besorgniserregend sagt der WWF. Laut seinen Experten gibt es für den niedrigen Wasserspiegel drei Gründe: die Trockenlegung der entsprechenden Gebiete für den Ackerbau, die Bewässerung der Felder mit Grundwasser und die Entwässerung im Zuge von Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung von Überschwemmungen. Wenn es zu viel regnet, dann wird überschüssiges Wasser durch Kanäle abgeleitet. Das fehlt in der Folge jedoch als Grundwasser.

Im Herbst 2021 sind – nicht weit vom Burgenland – die Myrafälle in Muggendorf in Niederösterreich komplett ausgetrocknet – das hat die dortige Bevölkerung noch nie gesehen, noch nie erlebt. Das Wasser ist immer weniger geworden – und dann waren sie komplett trocken, die Myrafälle. Ein derartiges Ereignis kann auch im Burgenland jederzeit vorkommen.

Es gibt markante Kennzahlen, die unser Umweltverhalten und die globale Erwärmung dokumentieren. Ein untrügliches Zeichen des Klimawandels ist der unaufhörliche Rückgang der Gletscher in Österreich. Die Pasterze hat zuletzt innerhalb eines Jahres mehr als 50 Meter an Länge verloren und ist um gut sechs Meter eingesunken. Bröckelnde Wände, unpassierbare Klettersteige, Steinschlag auf Wanderwegen: Die Erwärmung der Permafrostböden in den Alpen verwandelt so manches „Bergsteiger-Paradies“ in eine Gefahrenquelle. Durch den Klimawandel erweicht das Eis, das die aus Schutt bestehenden Blockgletscher wie Zement zusammenhält.

Rund 300 riesige Getreidesilos gibt es seit den 1950er-Jahren in Ostösterreich. Diese Türme sind bis zu 75 Meter hoch. Knapp 30 Türme sind nicht mehr in Verwendung und drohen zu verfallen.

Millionenzuwendungen an Boulevardmedien

Zahlreiche Studien zeigen, dass Hass und Hetze zugenommen haben. Es gibt immer mehr rassistische Anfeindungen und Bedrohungen. Migrantinnen und Migranten gehören zu einer Gruppe, die besonders häufig von Hass betroffen ist. Hassrede dominiert die Kommentarspalten, es gibt eine Verrohung der Gesellschaft nach einer Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft.

Neun Millionen Euro fließen direkt über die staatliche Presseförderung, fast 220 Millionen Euro indirekt über Inserate von Regierungen und staatlichen bzw. staatsnahen Unternehmen.

Die massive Förderung des Boulevards durch Inserate begann mit Werner Faymann. Zuerst auf Wiener Stadtebene als Wohnbaustadtrat, dann als Bundespolitiker. *Heute* ist im Umfeld der SPÖ als drittes Boulevardblatt gegründet worden. Primär wird in den drei großen Boulevardriesen inseriert. Die Boulevardblätter zielen mit ihren kürzeren Geschichten, großen Schlagzeilen und immer größerer Komplexitätsreduktion auf Menschen ab, die wenig Zeit haben, um Medien zu nutzen.

Die SPÖ hat im Nationalrat 2021 einen Antrag für ein Medienfreiheits- und Transparenzpaket gegen Inseratenkorruption und Message-Control eingebracht. Ihr Mediensprecher Jörg Leichtfried will einen „*Konvent zur Medienfreiheit*“ einberufen, um die „*demokratische Kraft der Medien zu stärken und Medienvielfalt und Unabhängigkeit zu garantieren*“.

Im ersten Halbjahr 2021 hat die Stadt Wien in *Österreich*, *Heute* und in die *Kronen-Zeitung* Anzeigen im Wert von 4,75 Millionen Euro gesteckt. Am 7. September 2004 lag *Heute* zum ersten Mal in den U-Bahn-Stationen Wiens auf. Der Geschäftsführer dieses Gratisblatts, Wolfgang Jansky, war früher langjähriger Pressesprecher von Werner Faymann, dann stieg ein Jahr später Eva

Dichand ein, Die Schwiegertochter von Hans Dichand. Die Fellner-Brüder antworteten 2006 mit ihrem Gratis-Blatt *Österreich*. Ein jeder Leser von *Österreich* war im Vorjahr den Regierenden 8,22 Euro wert, ein Leser des *Standard* hingegen nur 2,34 Euro.

„Inmitten des grauenhaften Drecks, den die Klatschblätter schleudern, und da auch noch viele Qualitätszeitungen um ihre Existenz bangen müssen, muss man um jede einzelne seriöse Zeitung mit fundierter und ausgewogener Berichterstattung kämpfen.“

(Elfriede Jelinek, österreichische Nobelpreisträgerin)

Geboren wurde Elfriede Jelinek 1946 in Mürzzuschlag, ihre aus Wien stammende Mutter wollte ein Wunderkind aus ihr machen. Ab dem 13. Lebensjahr studierte Jelinek in Wien Orgel, Klavier, Blockflöte und später auch Komposition. Sie schrieb bisher zwölf Romane und rund 40 Theaterstücke. 2004 erhielt sie den Literaturnobelpreis. Ihre Dramen wie *„Burgtheater“* (1985), *„Wolken.Heim“* (1988), *„Raststätte“* (1994), *„Bambiland“* (2003), *„Rechnitz (Der Würgeengel)“* (2008) und *„Schwarzwasser“* (2020) haben kontroverielle gesellschaftspolitische Diskussionen angeregt.

Inseratekorruption

„Die Leute wurden runtergeschrieben, dann wurden Inserate geschaltet, dann wurden sie raufgeschrieben.“

Das sagte der seit vielen Jahren im Burgenland wohnhafte *Thomas Schrems*, ehemaliger Chronik- und Politikressortleiter in Wien der Kronen-Zeitung in einem Interview mit dem Falter (44/21).

DER SPIEGEL (9. 10. 2021) sieht es so: Mit dem überbordenden Schalten von Inseraten hat das Ende der 1990-er Jahre während der Kanzlerschaft des Sozialdemokraten Viktor Klima begonnen. Der ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel hat diese Praxis übernommen. Das Prinzip funktioniert so: Die Regierung oder staatseigene Betriebe schalten vor allem in den auflagenstarken Boulevard- und Gratiszeitungen kostspielige Annoncen und erhoffen sich im Gegenzug günstige Berichterstattung.

Der SP Ex-Kanzler Werner Faymann hatte das System in seiner Amtszeit als Infrastrukturminister dermaßen entschlossen ausgenutzt, dass die Sttasanwälte mehr als zwei Jahre lang gegen ihn ermittelten. Was die Bundesregierung unter Sebastian Kurz angeht, sind die Ausgaben für Inserate vor allem während der Coronakrise 2020 explodiert. Den Rekordausgaben von 47,3 Millionen steht, Zufall oder nicht, ein Rekordpopularitätswert für Kurz gegenüber.

Die Hauptprofiteure sind die auflagenstärksten Blätter des Landes - „*Österreich*“, „*Heute*“ und die „*Kronen-Zeitung*“.

Die Pandemie und ihre Folgen

Die Pandemie hat die Ungleichheit verstärkt. Das Vermögen aller Milliardäre stieg in der Krise um 3,9 Billionen USD, während gleichzeitig 130 Millionen Menschen in Armut und Hunger zurückgefallen sind. 270 Millionen Arbeitsplätze sind weltweit betroffen. Nur 27 Prozent aller Beschäftigten sind durch Sozialversicherungssysteme geschützt. Weltweit müssen 160 Millionen Kinder arbeiten. Das reichste Prozent besitzt fast die Hälfte des weltweiten Vermögens. 93 % aller Beschäftigten in Entwicklungsländern arbeiten im informellen Sektor. In Afrika liegt das Durchschnittsalter bei 20 Jahren. Während der Pandemie sind die Reichen noch reicher geworden und die Armen noch ärmer. Das Vermögen der 100 reichsten Österreicher/innen ist seit Beginn der Pandemie deutlich gewachsen. Sie besitzen mehr als 200 Milliarden Euro und damit fast zehn Prozent des heimischen Gesamtvermögens. Die Debatte über Vermögenssteuern ist jetzt auch in Österreich neu entfacht worden.

Obwohl die klimaschädliche Fortbewegung mit Flugzeug und Auto im Jahr 2020 pandemiebedingt stark zurückgegangen ist, sind die Kohlendioxid-Emissionen trotzdem nur um magere 7 % gesunken. Denn es sind nicht nur auf der Verbrennung fossiler Brennstoffe beruhende Fortbewegungsmittel, welche die Treibhaus-Konzentration in der Atmosphäre ansteigen lassen. Der internationale Handel müsste als solcher eingeschränkt werden, um die Kohlendioxid-Emissionen der Containerschiffahrt zu reduzieren, überhaupt müsste viel weniger produziert werden. Die auf

Kunstdünger und großen Mengen Diesel basierende industrielle Landwirtschaft müsste sehr rasch durch ökologische Alternativen ersetzt werden, die Förderung für fossile Energie muss international gestoppt werden.

Laut der britischen Hilfsorganisation *Oxfam* gehört nur acht Menschen auf diesem Planeten gehört genauso viel wie 3,6 Milliarden – also der gesamten ärmeren Hälfte der Menschheit.

Esterhazy

Der Ursprung dieser ungarischen Adelsfamilie lässt sich bis in das 13. Jahrhundert zurückverfolgen. 1687 wurden sie in den Fürstenstand erhoben. 22.400 Hektar Wald und 5.600 Hektar landwirtschaftliche Fläche gehören zu diesem Bereich. 2018 wurden ca. 800.000 Flaschen Wein produziert.

Im Herbst 2022 wird das 4-Sterne-Hotel der Superior-Kategorie mit 120 Zimmern von Esterhazy in Eisenstadt eröffnet werden, und zwar in unmittelbarer Nähe zum Schloss. Eingebettet in die Parkanlage des Renaissanceschlusses Lackenbach im mittleren Burgenland betreibt Esterhazy das Boutique-Hotel „*Zum Oberjäger*“. Auf Burg Forchtenstein gibt es das Cafe Restaurant „*Grenadier*“. Im „*Kalandahaus*“ beim Weingut Esterhazy in Trausdorf gibt es eine teure „Hochzeits-Location“.

Landeshauptmann Doskozil überreichte am 6. Dezember 2019 das Komturkreuz mit Stern, den höchsten Orden des Landes, an Stefan Ottrubay, dies für seinen Einsatz für die Entwicklung des Burgenlandes, laut offizieller Begründung. Ab 1994 wird das Erbe dieser ungarischen Magnaten in Stiftungen verwaltet.

Graf Paul Esterhazy (ab 1687 Fürst Paul I.) ließ in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts den barocken „*Haydnssaal*“ errichten und mit Fresken versehen. Dort findet jetzt das sogenannte „*Herbstgold*“- Festival statt.

Die Landesbevölkerung empfindet das Esterhazy-Imperium heute überwiegend als modernisierte Wirtschaftsagentur, die völlig abgehoben von den Bedürfnissen der „*kleinen Leute*“, teure Tickets verhökert, um Leute unter großer Feinstaubbelastung aus anderen Bundesländern durch burgenländische Orte zu karren, um etwa zur Oper nach St. Margarethen zu gelangen und hochpreisige Weine und andere Produkte im Angebot hat, die sich der Durchschnittsbürger nicht leisten kann bzw. nicht leisten will. Das Esterhazy-Vermögen entstand zum Großteil durch völlige Unterwürfigkeit dieser Magnaten den Habsburgern gegenüber, die rigoros zur Zeit der Gegenreformation gegen ungarische Protestanten vorgingen und deren Besitzungen konfiszierten und ihren treuen Dienern zuschanzten. Am 1. April 1919 erschienen Mitglieder des Direktoriums der ungarischen Räterepublik auf Burg Forchtenstein und brachten rund 280 Gegenstände aus der „*Kunstkammer*“ nach Budapest, wo sie sich bis heute befinden. Sinnvoll wäre eine Art „*Schwarzbuch Esterhazy*“, welche die negativen Seiten der Herrschaft dieser ungarischen Magnaten auf Kosten der armen Fronbauern der pannonischen Region beleuchtet.

Regierungspropaganda statt echter Information

Im Amt der Burgenländischen Landesregierung gibt es eine „*Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit*“. Diese gibt das auf modern gestylte Magazin „*Burgenland KOMPAKT*“ heraus, das gratis an Haushalte im Postweg geschickt wird. Kaufen würde sich so ein Produkt wohl niemand. In sprachlich verhunzter Form („*die folgenden Seiten bieten wieder ganz viel Burgenland*“) und mit aufgeblähten, etwas wirr anmutenden Schachtelsätzen wie „*Das Spannende am Burgenland ist auch, dass dieses Selbstverständnis nicht geschichtsgefangen, sondern in seiner gängigen Lesart zukunftstauglich ist*“ wird plumpe Regierungspropaganda betrieben. In der Ausgabe 4/2021 wird Sympathiewerbung für die Bildungs- und Familienlandesrätin Daniela Winkler betrieben, die beim Backen einer Joghurttorte mit Fotos in Szene gesetzt wird, garniert mit Bemerkungen wie „*sie schaltet beim Kochen so richtig ab*“ und hat eine „*funkelnagelneue Küchenmaschine*“ und abgedrucktem Backrezept für eine Joghurttorte.

Herr Selmayr radelt durch das Burgenland

Martin Selmayr, geboren 1970 in Bonn, ist seit November 2019 Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich. Früher war er Wahlkämpfer – er leitete den Wahlkampf von *Jean Claude Juncker* als Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei bei der Europawahl 2014. Dass er nachfolgend dann Kabinettschef *Junckers* wurde und im März 2018 auch noch Generalsekretär der EU-Kommission wundert wohl niemand – so viel intensiver Wahlkampfeinsatz gehört ja fürstlich belohnt.

Der gute Mann unternahm im Sommer 2021 eine „*Zukunftsradtour*“ durch die Bundesländer, vom 27. September bis zum 1. Oktober radelte er im Burgenland herum, auch um den Neusiedler See. In einem Interview hielt er fest: *„... und habe festgestellt, dass auf der ungarischen Seite nur wenige Menschen Deutsch sprechen und auf der deutschen kaum jemand Ungarisch. Ich war etwas überrascht, dass im grenzüberschreitenden Raum die gegenseitige Verständigung offenbar noch nicht ganz so fortgeschritten ist“* (Burgenland KOMPAKT Ausgabe 4/2021, S. 22 f.).

Dieses Faktum verwundert niemand, der im grenzüberschreitenden Raum seit Jahrzehnten lebt. Es besteht nach wie vor eine große Kluft zwischen den Völkern, die sich durch den EU-Beitritt nicht wesentlich verringert hat. Man sieht auf beiden Seiten der Grenze in der EU primär eine in Brüssel angesiedelte Organisation, aus der es maximale Fördermittel *„herauszuquetschen“* gilt, dies zum eigenen Vorteil. Die Frage von Herrn *Selmayr* betreffend der Sprachkenntnisse ist berechtigt, zu richten ist sie von ihm an die politischen Eliten diesseits und jenseits der Grenze – warum lernen diese Personen, die eigentlich ein leuchtendes Vorbild abgeben sollten, nicht die Sprache des jeweiligen Nachbarlandes, wie die Europäische Kommission dies empfiehlt?

Tourismus mit seinen billigen Klischeevorstellungen oder Einkaufstourismus zur Schnäppchenjagd, keine Ahnung von der Literatur des Nachbarvolkes, gegenseitige Aversionen und längst überwunden geglaubte Vorurteile dominieren noch immer in den Herzen und Hirnen vieler Grenzbewohner/innen. Auch unter den Habsburgern gab es die *„Buntheit“*, die immer wieder als *„Atout“* der Grenzregion ins Treffen geführt wird. Ein Beispiel:

Freiherr von der Trenck, ein skrupelloser Abenteurer, erschien 1741 mit einem Regiment von Panduren in Wien bei *Maria Theresia*, um der jungen, bedrängten Herrscherin zur Hilfe zu kommen. Sein Regiment bestand aus Räubern, Wilderern und Pferdedieben, die durch Begnadigungen dem Galgen entkommen waren. *Trenck* hatte eine eigene Regimentsmusik mit völlig unbekanntem Instrumenten aus dem Orient, die mit ihren Melodien „*alla turca*“ allgemeines Staunen hervorriefen. *Maria Theresia* fand damals die bunt kostümierte, musizierende „*Banda*“ famos.

Der Adel hat in der Geschichte selten eine positive Rolle gespielt. Der letzte deutsche Kronprinz *Wilhelm von Preußen* war nicht der einzige Akteur auf der radikalen Rechten, der sich zu Beginn der 1930-er Jahre mit den aufstrebenden Nazis politisch arrangieren wollte.

Die Politiker(innen) werden vom Volk meist als *käufliches Pack* betrachtet, ob sie nun auf EU-Ebene in Aktion treten oder in den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT (10. Februar 2022, S. 18) schreibt zum österreichischen Schlag der Politikerkaste bezeichnend folgende Zeilen:

Dazu gehören auch zahlreiche hochrangige Ex-Politiker. Sie finden nichts dabei, sich nach ihrer Karriere von Kreml-nahen Unternehmen ankaufen zu lassen. Der ehemalige SPÖ-Kanzler Christian Kern sitzt im Aufsichtsrat der Russischen Eisenbahnen, der ehemalige ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüssel hat einen Job bei Lukoil, und die ehemalige FPÖ-Außenministerin Karin Kneissl, die auf ihrer Hochzeit mit Putin tanzte und vor ihm auf die Knie ging, ist heute Kolumnistin beim Propagandasender RT (vormals: Russia Today) und sitzt im Aufsichtsrat des staatlichen Ölkonzerns Rosneft. Mit diesem „Kapern der Eliten“, wie ein Bericht des EU-Parlaments dieses Vorgehen vor einigen Tagen nannte, versucht der Kreml die öffentliche Russland-Debatte in Europa zu verzerren.

Die irreführende Werbung mit der „gelebten Vielfalt“

„Manchen ist nicht bewusst, dass sie hier in einer Region leben, die in Europa einzigartig ist. Sprachliche, kulturelle und konfessionelle Vielfalt gibt es natürlich auch in vielen anderen Regionen. Aber in kaum einer anderen Region ist diese Vielfalt derart identitätsstiftend wie im jüngsten Teil Österreichs“ (vgl. Burgenland KOMPAKT, Ausgabe 4/2021, S.2). Dies steht gleich zu Beginn der angeführten Ausgabe dieses PR-Mediums, herausgegeben von der „Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit“ des Amtes der Burgenländischen Landesregierung. Christian Frasz, SPÖ-Mandatar und Sohn eines verstorbenen hochrangigen SPÖ-Politikers, begibt sich dann für seine „Stabsabteilung“ auf Spurensuche nach dieser Vielfalt. Die „sprachliche Vielfalt“ sei ein „Markenzeichen des Burgenlandes“, auf das man „stolz“ ist, kann man in diesem Artikel dann lesen. Im 16. Jahrhundert besiedelten Kroatinnen und Kroaten weite Teile Niederösterreichs und des heutigen Burgenlands. Die Zahl jener Orte, aus denen das kroatische Volkstum verdrängt wurde, übersteigt bei Weitem die Zahl der Orte, in denen es sich noch in Restbeständen erhalten hat.

Versager(innen) am Werk I: Klimapolitik

Österreich hat die größte Supermarktfläche pro Kopf in Europa und eines der dichtesten Verkehrsnetze. Pro Minute werden in Österreich mehr als 100 Quadratmeter Böden für immer verbaut und versiegelt. Dabei gibt es bereits unzählige ungenutzte Industriehallen, Wohn- und Geschäftsräume. Versiegelte Böden nehmen weder Wasser noch Staub auf. Den Gemeinden und Ländern, die dieses Fiasko verschuldet haben, gehört sofort die Raumordnungskompetenz entzogen und bundesweit neu geregelt, wobei Gerichte dafür zuständig sein sollen. Man stelle sich vor: Täglich (!) werden laut Umweltbundesamt 11,5 Hektar versiegelt – also 16 Fußballfelder!

Die *McGill-Universität* (Kanada) hat eine Vorausschau bis zum Jahr 2050 erstellt, wenn der Ausstoß an klimaschädlichen Schadstoffen nicht radikal reduziert wird. Es wird zu Horror-Szenarien kommen, wenn sich die Erderwärmung ungebremst fortsetzt. Das Amazonasgebiet, die grüne Lunge der ganzen Welt, würde vollkommen veröden. Das Amazonasbecken wäre aufgrund der Hitze und Trockenheit praktisch unbewohnbar. In vielen Weltregionen würde es unerträglich heiß werden, beispielsweise am indischen Subkontinent, in weiten Teilen Afrikas und im arabischen Raum. Die Hitzezonen würden sich bis zum Jahr 2500 bis in heute gemäßigte Zonen ausbreiten. Aufgrund der großen Hitze wäre der Aufenthalt im Freien nur mehr mit Schutzkleidung möglich. Unausweichlich würden die Migrationsströme weiter zunehmen, um Nahrungsmittel würden Kriege geführt werden. Ohne schnelle und wirklich signifikante Reduktion der Treibhausgas-Emissionen werden sich weite Gebiete so verändern, dass sie für eine menschliche Besiedlung nicht mehr geeignet sind. Im Meer versinken werden die vielen Städte in Küstennähe, weil der Meeresspiegel unaufhaltsam steigen wird.

Etwa 25.000 Eisbären gibt es laut aktuellen Schätzungen rund um den Nordpol – es werden aber jeden Tag weniger. Die Tiere brauchen das Packeis als Plattform für die Robbenjagd, doch der Klimawandel schmilzt es hinweg. Die Erderwärmung lässt die Temperaturen in der Arktis doppelt so schnell steigen wie im globalen Durchschnitt. Veränderungen rund um die Polkappen können das globale Klima weltweit zum Kippen bringen, denn die Gefahr lauert im Boden, was auf den Permafrost zurückzuführen ist. Rund ein Viertel der Landfläche der Nordhalbkugel hat einen mehr oder weniger gefrorenen Untergrund. Durch das Schmelzen des Bodens tauchen nicht nur Mammut-Stoßzähne auf, sondern auch Gifte und Viren im Untergrund. In Russland gab es 2016 schon Todesfälle wegen Anthrax, eine neue Pandemie aus dem dahinschmelzenden Permafrost wird von der Wissenschaft für durchaus möglich gehalten.

In ihren Meeres-Fischfarmen rund um den Globus produziert die Lachsindustrie pro Jahr 2,6 Millionen Tonnen der begehrten Speisefische. Das hat dramatische Folgen für die Natur. Auf abgeholzten Regenwaldflächen wird Soja als Futter für Zuchtlachse angebaut.

Die Erzählung von Österreichs angeblich unberührter Natur entspricht keinesfalls der Realität. Zwar ist die Hälfte Österreichs von Bäumen bedeckt, aber laut WWF ist nur ein Prozent (!) davon tatsächlich unberührt. Der Rest wird bewirtschaftet, Monokulturen werden aufgeforstet. Das macht den Wald anfälliger für Trockenheit und Insektenbefall, und es reduziert die Artenvielfalt. Letzterer stellt die Europäische Umweltagentur ein schlechtes Zeugnis aus: 83 Prozent der bewerteten heimischen Tier- und Pflanzenwelt sind in mangelhaftem oder schlechtem Zustand. Damit landet Österreich EU-weit auf dem vorletzten Platz (!). Den Flüssen geht es ähnlich, nur 14 Prozent sind in ökologisch gutem Zustand. Österreich liegt zwar, was die Zahl der „*Biobauern*“ anlangt, deutlich über dem EU-Schnitt, aber es ist auch hier der Gesamtzusammenhang in Betracht zu ziehen: Österreich ist laut Greenpeace kein Musterschüler. Im europäischen Vergleich hat der Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden zwischen 2011 und 2018 um 53 Prozent (!) zugenommen, nur in Zypern ist der Anstieg noch größer gewesen. Österreichs Haushalte produzieren überdurchschnittlich viel Mist. Sie lagen 2019 mit 588 Kilo Hausmüll pro Person deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 502 Kilo. Österreich hat 30 Jahre lang über den Klimaschutz geredet, aber ganz wenig getan. Österreich ist eines von sechs Ländern in der EU, das es nicht geschafft hat, seine Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Wer die anthropogene Klimakrise trotz aller Evidenz noch immer leugnet, sollte keine Beachtung bekommen. Es gibt viele Menschen, die zwar die Klimakrise als Fakt akzeptieren, aber die nötigen Handlungskonsequenzen ablehnen, um sie zu bekämpfen, also den Verzicht auf bisherige Konsumgewohnheiten. Welchen Beitrag ist man persönlich bereit zu leisten, um das Klima zu schützen? Auf vegetarische Ernährung umstellen? Das eigene Auto abschaffen? Keine Inlandsflüge mehr buchen? Auf Mähroboter verzichten? Wilde Blumenwiesen anlegen? Unnötige Schutzhüllen und entbehrliche Kartons belasten unsere Umwelt. Würden Hersteller auf Mogelverpackungen und Zusatzverpackungen verzichten, könnten alleine in Deutschland 44.000 Tonnen Müll pro Jahr eingespart werden. Der Verpackungsmüll ist eine eindeutige Gefahr für das Klima. Müssen Tomaten, Karotten, ja sogar Kartoffeln unbedingt in Plastik verpackt werden? Fertigprodukte sind oft besonders umweltschädlich verpackt.

Europa hat einen Anteil von ca. neun Prozent an der Weltbevölkerung. Kumuliert verursachte Europa seit Beginn der Industrialisierung jedoch über zwanzig Prozent der ausgestoßenen Treibhausgase. Europäer/innen haben daher keinen Anspruch darauf, ihren Lebensstil unverändert zu lassen. Es ist nicht möglich, den Treibhausgasausstoß allein durch den Ausbau erneuerbarer Energiequellen zu verringern, auch wenn das viele Politiker/innen suggerieren. Anpassungen des Lebensstils und Bewusstseinsbildung sind nötig. Verzicht dient aber auch dem Selbstschutz, weil niemand von den Folgen des Klimawandels verschont bleibt wird.

Der Energiesektor ist mit rund 35 Prozent der Treibhausgasemissionen der größte Verursacher des Klimawandels – und spürt dessen Folgen besonders stark: Steigende Temperaturen verringern den Wirkungsgrad thermischer Kraftwerke. Öl- und Gaspipelines sind vom steigendem Meeresspiegel bedroht. Erdbeben und Orkane beschädigen Überlandleitungen, Stromtrassen müssen verlagert werden. Viele Industriebetriebe müssen infolge von Dürren und Starkregen die Produktion drosseln oder einstellen: etwa weil kein Kühlwasser vorhanden ist oder Werke überflutet werden – wie 2018 bei BASF in Ludwigshafen.

Die Agrarbranche gehört laut Bericht des Weltklimarates (IPCC) zu den schlimmsten Umweltsündern. In Deutschland verursacht sie rund 13 Prozent der Treibhausgase, dies infolge von Massentierhaltung, Moornutzung und Überdüngung. Dabei beschert die Erderhitzung der Landwirtschaft viele Probleme: sinkende Erträge, Missernten und Verlust von Agrarflächen.

Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft lassen sich etwa mittels Ersatz fossiler durch Biobrennstoffe senken. Alternative Futtermethoden bei der Viehhaltung könnten zudem den Ausstoß von Methan verringern, Ernten durch angepasste Aussaat- und Anbauzeiten optimiert werden.

Der im Burgenland tätige römisch-katholische Pfarrer *Sebastian Edakarottu* aus dem indischen Bundesstaat Kerala schrieb 2021 an seine Freunde: „*Unerwartete Flutkatastrophe in meiner Heimat Kerala. Viele Menschen in meiner Heimatregion haben ihr Leben, mehrere Tausende ihr Hab und Gut in den Wassermassen verloren. Umweltkatastrophen, vor allem Überflutungen und Erdbeben kommen in Indien immer wieder vor, sind aber in den letzten Jahren stärker geworden*“.

Indien zählt zu den Top vier der größten Produzenten von Treibhausgasen nach China, den USA und der EU. Die indische Bevölkerung ist für ihren Lebensunterhalt von klimasensiblen Sektoren abhängig. Laut der Naturkatastrophen-Datenbank EM-DAT wurde Indien in den vergangenen 30 Jahren von 300 extremen Wetterereignissen heimgesucht, die meisten davon nach 2005. Die Sundarbans sind eine weitläufige Landschaft aus Sümpfen und Mangrovenwäldern, mit über 100 Inseln. Der Meeresspiegel in den Sundarbans ist in den vergangenen 25 Jahren doppelt so schnell angestiegen wie im weltweiten Durchschnitt. Bis 2050 könnte hier vieles im Wasser verschwunden sein, folgt man Prognosen wie der des US-Instituts *Climate Central*. Auch die indischen Megastädte Mumbai und Kalkutta liegen im Risikogebiet.

Bei der Hitzewelle 2021 in Kanada (49 Grad Celsius!) starben über 100 Menschen an Hitzeschlag, Kreislaufkollaps, Dehydrierung. Gluthitze verursacht nicht nur großflächige Waldbrände, sie führt auch zu akuter Lebensgefahr für viele, insbesondere ältere Menschen.

Die verseuchtesten Orte der Welt haben den *Blacksmith-Index* 10. Ihre Bevölkerung hat demnach das höchste Risiko, massive Gesundheitsschäden durch Umweltgifte davonzutragen. Dazu zählt zum Beispiel Sirsiya River in Nepal – acht Gerbereien leiten dort ihr unbehandeltes Abwasser in den Fluss und lagern chrombelasteten Müll an den Ufern.

Klimakrise und die *Gefahr von Kipppunkten* und ihnen folgende Extremwetterereignisse, Wasserknappheit und Meeresspiegelanstieg, Artensterben und Verlust von Biomasse – das sind Schlagworte, die täglich aus dem Medien auf uns einprasseln.[^]

Versager(innen) am Werk: Steuerpolitik

Er war einer der reichsten Männer Südkoreas: *Lee Kun-hee*, Eigentümer des Samsung-Konzerns. Als er im Herbst 2020 starb, hinterließ er seiner Familie eine Rekorderbschaft. 8,9 Milliarden Euro gingen dank Erbschaftssteuer an die Allgemeinheit. Mit einer Rate von 50 Prozent ist die Erbschaftssteuer in Südkorea nach Japan die höchste der Welt. In Österreich hätte die Familie keinen Cent gezahlt – hier wurde die Steuer 2008 abgeschafft.

Tesla-Chef *Elon Musk* hat laut Ranking der Agentur Bloomberg als erster Mensch der Welt die Hürde von 250 Milliarden US-Dollar an Vermögen im Jahr 2021 genommen. Eine Besteuerung nicht realisierter Gewinne bei wachsenden Vermögen gibt es nicht in den USA, es werden keine Steuern auf den Wertanstieg von Aktienpaketen bezahlt. Erst beim Verkauf der Anteile fallen Gewinne an, und erst dann wird die Steuer fällig.

Der Multimilliardär *Jeff Bezos* ist am 20. Juli 2021 in den Weltraum geflogen, und das nur für vier Minuten. Es war nur als Ausflug gedacht und er war nicht alleine. Der Ausstoß an Treibhausgasen für sein kurzfristiges Weltraumabenteuer beläuft sich auf rund 600 Transatlantikflüge. Es genügt schon, nicht mehr über Amazon einzukaufen, um dem Klima etwas Gutes zu tun.

Versager(innen) am Werk: Sozialpolitik

Prostitution ist keineswegs ein Beruf wie jeder andere. Sie ist demütigend, quälend, ausbeutend. Es ist von Seiten der Prostituierten sehr viel Entsetzen und Verachtung im Spiel, die sie wegdrücken müssen, damit sie das überhaupt durchhalten. Die Ausbeutung von Mädchen und Frauen ist ein großes Geschäft: 99 Milliarden US-Dollar Profit bringt Zwangsprostitution laut einer UN-Studie – und das pro Jahr. Der Mensch wird so immer mehr zu einem Wegwerfprodukt. Wenn Männer in ein Bordell oder ein Laufhaus gehen, so unterstützen sie dieses System. Mehr als 90 Prozent der Prostituierten kommen aus dem Ausland, besonders aus dem Osten Europas, aus Afrika und Asien. Es gibt letztlich keine, die das freiwillig macht. Das zeigen eine Vielzahl von Studien und empirischen Erhebungen, auch der Kirchen. Die Sozialdemokratie und die Feministinnen in ihr zeigten sich bisher unfähig und auch unwillig, mit einem rigorosen Verbot der Prostitution vorzugehen – betrifft sie doch fast ausschließlich Ausländerinnen, die als Klientel bei Wahlen keine Rolle spielen.

Österreichs Bevölkerung wird älter. Die Mehrheit der Österreicher/innen möchte zu Hause gepflegt werden. Die Nachfrage nach Betreuung steigt weit stärker als das Angebot. Die Aufregung war groß, als in der Corona-Krise während des Lockdowns keine *24-Stundenbetreuerinnen* aus Ost- und Südeuropa nach Österreich kommen konnten. Ungefähr 350 Betreuerinnen wurden schließlich medienwirksam eingeflogen. Eine minimale Erleichterung, denn insgesamt arbeiten ca. 60.000 Betreuerinnen vor allem aus Rumänien, Bulgarien und der Slowakei in Österreich. Ca. 33.000 Haushalte in Österreich sind auf „*Betreuungsarrangements*“ angewiesen. 2007 wurde die Personenbetreuung, die landläufig als „*24-Stunden-Pflege*“ bezeichnet wird, legalisiert. Die Betreuerinnen werden als „*selbständig Erwerbstätige*“ eingestuft. „*Agenturen*“ spielen in diesem System eine wichtige Rolle. Sie rekrutieren die Betreuerinnen und legen den Preis fest, die „*selbständigen*“ Betreuerinnen haben de facto keinen Verhandlungsspielraum. Pausenzeiten werden in vielen Haushalten nicht gern gesehen, suggeriert doch der Name „*24-Stunden-Betreuung*“ eine permanente Verfügbarkeit und Arbeitsbereitschaft. Nicht immer wird die Privatsphäre gewahrt. Möglich macht dieses Ausbeutungssystem das Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost. Arbeits-

und Perspektivlosigkeit führen diese Betreuerinnen nach Österreich und müssen sie auch völlig unwürdige Arbeitsbedingungen akzeptieren. In Österreich lebten laut Zahlen des Finanzministeriums 2020 rund 1,7 Millionen Menschen, die älter als 65 Jahre waren. Ihre Zahl wird sich bis 2035 deutlich auf 2,4 Millionen Menschen erhöhen und bis 2060 weiter auf 2,8 Millionen steigen. Die Zahl der 15-bis 64-Jährigen wird von 2020 bis 2060 schrumpfen. Auch hier werden erfolgreiche Aktivitäten der Sozialdemokratie und insbesondere der Feministinnen in ihr vermisst – handelt es sich doch wiederum „nur“ fast ausschließlich um Ausländerinnen, die kein Wahlrecht haben.

In der EU ist mehr als jeder fünfte Mensch von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Insgesamt geht es um mehr als 96 Millionen Bürgerinnen und Bürger, wie aus veröffentlichten Daten des EU-Statistikamtes *Eurostat* hervorgeht. Mit mehr als jedem dritten Einwohner sind in Rumänien im Schnitt am meisten Menschen von Armut bedroht. Die Sozialdemokratie, die das Wort „sozial“ wie eine Fahne vor sich herträgt, muss es sich gefallen lassen, dass ihr Vorhalte gemacht werden: Akademiker/innen leben im langjährigen statistischen Durchschnitt sechs Jahre länger als Pflichtschulabsolventen, höher Gebildete können 13,4 gesunde Lebensjahre mehr genießen als Pflichtschulabsolventen. Die schwächeren Schichten, davon viele Menschen mit Migrationshintergrund, sind benachteiligt. Trotz jahrzehntelanger Beteiligung an der Regierungsmacht hat sich die Sozialdemokratie als unfähig erwiesen, diese strukturellen Gegebenheiten des sozialen Unrechts zu beseitigen.

Im Jahr 2013 starben 1134 Menschen beim Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch. Trotz polizeilichen Verbots wurden sie gezwungen, in dem maroden Gebäude zu arbeiten. Im Sommer 2021 starben bei einem Fabrikbrand im gleichen Land 50 Menschen, darunter auch Kinder, die man zwischen ihren Arbeitsschichten eingesperrt hatte. Ob in Textilfabriken, auf Kaffeeplantagen oder in Bergwerken – Kinderarbeit ist nach wie vor in vielen Ländern gang und gäbe. Tuberkulose tötet jedes Jahr weltweit 1,5 Millionen Menschen. In Summe sterben zehn Millionen Menschen jährlich an leicht heilbaren Krankheiten. Wo bleibt das entwicklungspolitische Programm der SPÖ Burgenland, ihre internationale Solidarität, ihr Engagement für die Ärmsten der Armen, vor allem wenn sie, was niemand verwundert, als Flüchtlinge nach Europa kommen?

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Österreich ist 2021 so hoch wie noch selten zuvor. Von den rund 338.500 Arbeitslosen und Schulungsteilnehmern insgesamt sind 120.500 Langzeitbeschäftigungslose gemeldet. Trotz zahlreicher laufender Bewerbungen finden viele Langzeitarbeitslose seit Jahren keinen Arbeitsplatz, vor allem wenn sie über 50 Jahre alt sind.

Ein niedriger sozialer Status der Vorfahren wirkt wie eine Last, die den Aufstieg noch vier Generationen später bremst. Es gibt Studien, die besagen, dass von einer Generation zur nächsten im Schnitt 60 Prozent der für den sozialen Status maßgeblichen Faktoren weitergegeben werden, etwa gesellschaftliche Netzwerke. Städte sind schon längst gespalten und teilen sich zunehmend in Viertel für Arme und Viertel für Reiche.

Wird auf dem neoliberalen Weg Digitalisierung zu noch mehr prekärer Arbeit führen, die soziale Spaltung vertiefen? Werden digitale Überwachungstechnologien und wachsende Konzernmacht die Demokratie weiter aushöhlen? Dies ist offenbar zu befürchten!

289.000 Menschen in Österreich leben in Haushalten, in denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht, um die eigene Existenz – und die der Kinder – zu sichern. 146.000 dieser „*Working Poor*“ sind Haushalte mit Kindern. Aus prekären oder zu gering bezahlten Jobs folgen nicht existenzsicherndes Arbeitslosengeld und viel zu geringe Pensionen, mit denen kaum zu überleben ist.

Geringverdiener/innen und Arbeitslose pfeifen überdurchschnittlich oft auf ihr Wahlrecht – sie bezweifeln, dass ihre Stimmen etwas ändern können. Auch die Bezug habenden Statistiken sind den Parteien, die auf Stimmen bei Wahlen aus sind, bekannt. Im Juli 2021 erschienen Fotos in den Boulevardblättern, die Hans Peter Doskozil mit Ex-Kanzler Christian Kern im Vier-Hauben Lokal von Max Stiegl (Künstlernamen) zeigen beim Verzehr eines „*Rostbratens von der alten Kuh*“ (39 €). Arme Menschen im Burgenland wie alleinverdienende Frauen mit Kindern können sich Derartiges nicht leisten.

Die Mine in Rubaya in der Demokratischen Republik Kongo zählt zu den wichtigsten Coltan-Bergwerken weltweit. Viele Kinder und Jugendliche müssen dort arbeiten – ohne Schutzkleidung für lediglich ein paar Euro. Es gibt einen Teufelskreis aus Armut und Ausbeutung. Obwohl

Kinderarbeit im Kongo verboten ist, arbeiten auch viele Minderjährige in der Mine – unter katastrophalen Bedingungen. Die Arbeit in den Minen ist sehr gefährlich. Jedes Jahr gibt es Erdbeben, denen auch Kinder zum Opfer fallen. Trotz der wertvollen Bodenschätze zählt der Kongo zu den ärmsten Ländern der Welt. Der Großteil der Bevölkerung des zentralafrikanischen Landes lebt in extremer Armut.

Viele Familien können die Schulgebühren für ihre Kinder nicht bezahlen. Deshalb schicken sie die Kinder schon früh in die Minen. Der Lohn reicht gerade für die Kleidung und etwas zu essen.

Nach Angaben des internationalen Kinderhilfswerks UNICEF ist die Zahl an arbeitenden Kindern im Jahr 2021 weltweit auf 160 Millionen gestiegen. Während die Zahlen früher rückläufig waren, sind sie jetzt erstmalig durch die Corona-Pandemie angestiegen. Besonders drastisch ist die Situation in Afrika. Dort muss jedes fünfte Kind arbeiten gehen. Befürchtet wird, dass bis Ende 2022 weltweit bis zu 46 Millionen Kinder zusätzlich in Kinderarbeit gedrängt werden können. In vielen armen Ländern mussten Familien schon vor der Corona-Pandemie um ihr Überleben kämpfen. Viele Eltern können ihre Familie nicht mehr ernähren.

Die UNO hat 2021 zum Internationalen Jahr zur Abschaffung von Kinderarbeit ausgerufen. Bis 2025 soll Kinderarbeit in jeglicher Form beendet sein.

756 Einzelpositionen hat der österreichische Warenkorb. Seit 2003 liegt auch das Mobiltelefon im Warenkorb, dafür fiel 2010 die CD raus. 63 Euro im Monat haben einkommensschwache Haushalte 2021 durch die Inflation verloren, 2022 dürfte der Verlust noch weiter steigen.

Versager(innen) am Werk: IT-Politik

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) ist mit ihrem staatlich angetriebenen Digitalprojekt „*Kaufhaus Österreich*“ negativ aufgefallen, welches ebenso teuer wie weitgehend unbrauchbar war, sich also als ihr größter *Digital-Flop* erwies.

Weltweit steigt die Zahl wissenschaftlicher Publikationen kontinuierlich und sehr stark an. International erscheinen jährlich um die 3.000.000 Fachartikel und Fachaufsätze. Allein im Vorfeld der Erstellung des Weltklimaberichtes mussten bis zu 330.000 Veröffentlichungen berücksichtigt werden. Weil konventionelle Methoden angesichts solcher Datenmengen nicht greifen, bedarf die Auswertung wissenschaftlicher Daten einer KI-getriebenen Informationstechnologie. Bei der Sammlung, Bearbeitung, Speicherung und Nutzung von Big Data stellen sich die Fragen, nach welchen Relevanzkriterien künstliche Intelligenz Texte durcharbeiten und wie Daten optimal verfügbar gemacht werden können.

Die für das Wirtschaften notwendigen Daten stehen heute meist auf den Servern des Internetkonzerns Amazon und es ist nicht übertrieben zu sagen, ohne Amazon gäbe es keine Weltwirtschaft mehr, wie wir sie kennen. Internet-Riesen sitzen meist am längeren Hebel als Staaten. Amazon-Gründer Jeff Bezos verdiente während des ersten Covid-Lockdowns zeitweilig 200.000 US-Dollar – in der Minute. Das ist natürlich viel mehr, als jede erdenkliche Arbeitsleistung je wert sein könnte. Eine der markantesten Entwicklungen, welche die Corona-Pandemie gebracht hat, ist sicherlich die Verlagerung ins Digitale. Das gab es auch schon vor Corona, aber die Pandemie hat diese Entwicklung um zumindest fünf Jahre beschleunigt. Die Digitalisierung der Haushalte ist extrem vorangeschritten, auch technikferne Zielgruppen sind jetzt in der Lage, etwa Filme digital zu konsumieren, die Zuwächse der Streaming-Dienste zeigen das. Nur: Streaming ist auch extrem umweltschädlich!

Versager(innen) am Werk: Migrationspolitik

Im Jahr 1845 wurde Europa von einer verheerenden Hungersnot heimgesucht. In Irland waren die Auswirkungen besonders extrem. Eine Million Iren starben, zwei Millionen wanderten in den Folgejahren aus.

Die Situation an einigen EU-Außengrenzen ist äußerst prekär. Migrantinnen und Migranten versuchen, illegal in die EU zu gelangen. Es baut sich immer wieder Migrationsdruck auf. Polen

lässt im Grenzgebiet weder EU-Unterstützung noch Hilfsorganisationen oder Journalisten zu. Bisher sind in Polen bereits neun Migranten unter unbekanntem Umständen gestorben. Es werden an EU-Grenzen illegale „Pushbacks“ durchgeführt. Der Grenzschutz liegt in der Verantwortung der einzelnen Länder. Wenn Mitgliedstaaten an ihren Grenzen Zäune errichten, dürfen sie dies nach geltendem EU-Recht tun. Aber die Europäische Kommission finanziert sie nicht. Es gibt desolate Flüchtlingslager an Europas Grenzen, die trotz aller EU-Zahlungen zum Teil nicht einmal Elektrizität, Heizung oder Wasser haben. Die Griechen leeren ihre Asyl-Lager systematisch, indem sie den Schutzstatus massenhaft anerkennen, damit können die Flüchtlinge dann frei in der EU reisen. *Matteo Salvini*, Ex-Minister und Chef der rechten „*Lega Nord*“, hat im August 2019 dem privaten Seenotretter-Schiff „Open Arms“ 21 Tage lang das Einlaufen in einen sicheren Hafen verwehrt. Hollywood-Star Richard Gere war im August 2019 mit rund 150 Migranten an Bord des Schiffes und rief zur Unterstützung für die Seenotretter auf.

Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität im Bundeskriminalamt berichtet immer wieder, dass Migranten bei ihrer illegalen Einreise in Österreich aufgegriffen worden sind.

Bis heute ist Türkisch an keiner Schule in Deutschland und Österreich Unterrichtssprache. Seit mehr als 30 Jahren werden Kinder massenhaft eingeschult mit muttersprachlich Türkisch. Und es wird auch nicht als Stärke wahrgenommen, dass so viele Kinder mehrsprachig aufwachsen. Wenn überhaupt, wird es ihnen als Schwäche ausgelegt, dass sie Deutsch nicht muttersprachlich können. In Berlin leben rund 180.000 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Die ersten Gastarbeiter kamen 1961, vor allem in den Bezirk Kreuzberg, damals ein Sanierungsgebiet, weil Kreuzberg im Zweiten Weltkrieg stark zerstört worden ist. Sie haben diesen Bezirk mit ihren Händen wieder aufgebaut. In der Industrie wurden sie deshalb dringend gebraucht, weil mit dem Mauerbau war der Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR schlagartig abgerissen. Sie kamen auf der Grundlage des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens.

Dass die Sozialdemokratie nicht unbedingt und überall für Humanität und Menschenrechte steht, beweist das dänische Beispiel. 2021 hat das dänische Parlament beschlossen, keine Asylwerber/innen mehr direkt ins Land zu lassen, sondern Aufnahmezentren außerhalb der EU zu errichten, das Gesetz wurde von der SP-Politikerin Mette Frederiksen eingebracht. Nur: Es gibt

keine Verträge zur Errichtung dieser Zentren mit anderen Staaten, das Asylrecht in Dänemark wurde also durch die Hintertür abgeschafft.

Versager(innen) am Werk: Verteidigungspolitik

Es gibt heute autonome Waffensysteme, Kampfroboter etc. Im aserbaidisch-armenischen Konflikt um Berg-Karabach 2020 wurden Drohnenschwärme eingesetzt. Auch als im Mai 2020 Drohnenschwärme am Himmel von Libyen auftauchten, verbreiteten sie Angst und Schrecken. Sie wurden als „*Kamikaze-Drohnen*“ gegen aufständische Milizen von General Haftar eingesetzt. Nach ihrem Start kreisen die Drohnen in der Luft und scannen die Umgebung mit Kameras. Sie erfassen ihre Ziele automatisch anhand von Algorithmen. Drohnen-Schwärme sind in der Lage, auf Basis von maschinellem Lernen als Kollektiv zu agieren und gemeinsam Entscheidungen zu treffen, vergleichbar mit Vogelschwärmen in der Natur. Autonome Waffensysteme sind anfällig gegenüber digitalen Angriffen auf ihre künstlichen neuronalen Netze, die sie unter anderem zur Interpretation von Bilddaten nutzen. Ein völkerrechtliches Verbot vollständig autonomer Waffensysteme wird es nicht geben: Die Länder, welche autonome Waffensysteme (automatische Kampfroboter, Kamikaze-Drohnen etc.) produzieren, darunter die Vereinigten Staaten, Russland, Großbritannien, China, Israel, Türkei etc., heben sogar die Vorteile des Einsatzes von autonomen Waffensystemen in der Kriegsführung hervor, wie beispielsweise ihre angeblich größere Genauigkeit und Präzision, die eine differenziertere Anwendung von Gewalt ermöglichen würden. Chinas Robo-Shark, der für die U-Boot-Abwehr entwickelt wurde, das in den USA hergestellte unbemannte Kampfflugzeug X-47B und der in Russland hergestellte Roboterpanzer Uran-9 prägen die militärische Landschaft. Künstliche Intelligenz (KI) kann in praktisch alle Waffenplattformen integriert werden.

Österreich kann da nicht mithalten, eine militärische Landesverteidigung ist angesichts autonomer Waffensysteme, wie sie heute in Gebrauch sind und massenhaft entwickelt werden, ziemlich sinnlos – Österreichs Jugend wäre gegen Schwärme von Kamikaze-Drohnen und Kampfroboter nichts weiter als das sprichwörtliche „*Kanonenfutter*“! Der Kriegsausbruch am 24. Februar 2022 in der Ukraine hat schon bisher unvorstellbares Leid verursacht und Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Rund 200.000 Schutzsuchende aus der Ukraine werden in Österreich erwartet.

Beim Waldbrand im Rax-Gebiet war das Bundesheer an den Löscharbeiten beteiligt, musste aber Hilfe aus Italien und Deutschland in Anspruch nehmen, denn nur drei der neun Black-Hawk-Hubschrauber (mit ihnen können 3000 Liter Wasser transportiert werden) waren tatsächlich einsatzbereit. Nach dem Lawinenunglück in Galtür hat das Bundesheer im Jahr 2002 neun Black Hawks angeschafft.

Seit mehr als 60 Jahren sind Soldaten des österreichischen Bundesheeres auch im Ausland im Einsatz, um in Afrika, am Balkan oder im Nahostgebiet den Frieden zu sichern oder Hilfe nach Naturkatastrophen zu leisten. Österreich verfügt als kleines Land zwar nicht über eine große Streitkraft, dafür aber über viel Expertise in wichtigen Bereichen, zum Beispiel bei der Wasseraufbereitung. In Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen wurden Schulen gebaut, vergiftete Brunnen gereinigt etc. Beim Bundesheer müsste es zu einer völligen Schwerpunktverlagerung kommen.

Ein Blick auf die Erde aus dem All suggeriert ein enormes Überangebot an Wasser: Über 70 % der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt. Doch für den Menschen ist nur ein Bruchteil davon nutzbar: 97,5 % Salzwasser stehen 2,5 % Süßwasser gegenüber. Der Großteil des Süßwassers (68,9 %) ist zudem in Gletschern gebunden, 30,8 % sind Grundwasser und nur 0,3 % des Süßwassers finden sich in Flüssen und Seen, wo sie für den Menschen direkt nutzbar sind. Schon heute besteht in weiten Teilen der Welt Wasserknappheit. In den vergangenen 100 Jahren hat sich der weltweite Wasserverbrauch verzehnfacht. 70 % des Gesamtwasserverbrauchs entfallen auf die Landwirtschaft, 20 % auf die Industrie, 10 % auf private Haushalte.

Da eine militärische Verteidigung Österreichs heute ziemlich sinnlos und militärtechnisch gar nicht effizient möglich ist, wäre es besser, sich mit einer Berufsarmee zu begnügen, die Expertise hat bei der „Verteidigung“ des wichtigsten Nahrungsmittels, nämlich des Wassers, in Krisengebieten und bei Auslandseinsätzen.

Afrikanische Länder sind weit überproportional vom Klimawandel betroffen, während sie nur einen geringen Anteil an den weltweiten Treibhausemissionen haben. Seit dem Jahr 1970 starben einem Bericht der UN-Agentur *World Meteorological Organisation* (WMO) zufolge 700.000 Afrikaner und

Afrikanerinnen an den Folgen von Dürren. Wissenschaftler der Universität Oxford halten es für erwiesen, dass die ungewöhnlich hohe Intensität extremer Stürme mit der Erwärmung des Ozeanwassers vor der Küste von Mosambik zusammenhängt. Durch den steigenden Meeresspiegel haben Überflutungen schlimmere Auswirkungen. In Afrika gibt es schon jetzt Wetterextreme – ohne absehbares Ende.

Am 27. August 2021 sind die letzten deutschen Soldaten aus Afghanistan zurückgekehrt, erfolglos. Dass *neutrale Staaten* wie Österreich bei internationalen Krisen oft erfolgreich vermitteln, ist ein allzu gerne gepflegter *Mythos*, der eher der eigenen Eitelkeit dient als dem Weltfrieden. Der Wiener Historiker *Wolfgang Mueller* hat das genau untersucht (vgl. DIE ZEIT, 10. Februar 2022, S. 18).

Versager(innen) am Werk: Wohnungspolitik

Der Quadratmeterpreis für eine Neubauwohnung beträgt hierzulande durchschnittlich 4.457 Euro. Damit ist Österreich im Europavergleich an der Spitze, geht aus einer Untersuchung des Beratungsunternehmens *Deloitte* hervor (abgedruckt im *Immobilien Magazin* 9/2021).

Wer vor zehn Jahren Eigentum gekauft hat, wird es heute zum doppelten Preis hoch. In Wien ist der Boden von der Finanzkrise 2008 bis zum Jahr 2019 um mehr als das Doppelte teurer geworden, 1.153 Euro waren es zuletzt durchschnittlich pro Quadratmeter Nutzfläche. Nach Daten der *Österreichischen Nationalbank* und der Maklerkette *Remax* haben Wiener Eigentumswohnungen im ersten Halbjahr 2021 schon 4.499 Euro pro Quadratmeter gekostet, 2008 waren es noch etwa 2.075 Euro.

Wohneigentum hat sich in Österreich 2020 um 7 Prozent p.a. verteuert. Auch in der ersten Jahreshälfte 2021 ist die Nachfrage groß, was für das Gesamtjahr fortgesetzte Preissteigerungen erwarten lässt (vgl. *Raiffeisen Immobilien Magazin* 2/2021, S. 11).

In den letzten 20 Jahren sind die Mieten in Österreich doppelt so stark gestiegen wie die restliche Teuerung. Dieser Trend setzt sich weiter fort: Von 2016 bis 2020 sind die Mieten um 12,2 Prozent gestiegen, die allgemeine Teuerung um 7,3 Prozent.

Die im Schnitt höchste Wohnkostenbelastung haben Mieter im privaten Sektor mit rund 23 Prozent des Haushaltseinkommens. Ein Viertel aller Mieter-Haushalte muss sogar mehr als 35 Prozent des Einkommens für das Wohnen bezahlen.

Die durch die Befristungen immer wieder - „neu“ und teurer – vermieteten Wohnungen treiben die Kosten besonders stark in die Höhe. Gleichzeitig wird für Mieter der Druck, befristete Mietverhältnisse zu akzeptieren, immer größer. Eine fatale Entwicklung, denn jede Befristung kostet dem Mieter Rechte und steigert die Gesamtwohnkosten. Am Ende der Befristung zahlt der Mieter meist immer drauf: Entweder wird mit höherer Miete verlängert oder er muss wieder auf Wohnungssuche gehen.

Die österreichische Verfassung beauftragt den Bund und nur den Bund mit Gesetzen zum „Volkswohnungswesen“.

Fake News von Politikern und Politikerinnen – ein wachsendes Problem

Die weltberühmte Klimaschutzaktivisten *Greta Thunberg* hat recht, wenn sie sagt, dass Politiker und Politikerinnen jahrelang alles versprochen und sehr wenig gehalten haben. Am Rande der Klimakonferenz in Paris 2015 haben Barack Obama und einige andere Staatschefs die sogenannte „*Mission Innovation*“ ins Leben gerufen. Sie haben damals zugesagt, die Mittel für Forschung und Entwicklung für grüne Technologien bis 2020 zu verdoppeln. Tatsächlich haben sie aber das Budget dafür nur um 30 Prozent erhöht. Das ist besser als nichts, aber viel zu wenig.

Eine Lieblingsvokabel im Munde von Politikern und Politikerinnen ist „*Vorreiter*“. Da wird flugs behauptet, man nehme in diesem oder jenen Bereich eine „*Vorreiter-Rolle*“ ein.

Die Grazer Technische Universität feierte sich selbst in aller Öffentlichkeit als „*Klima-Vorreiter*“, bis ihr die Universität für Bodenkultur nachwies, dass sie schon länger „*auf dem grünen Pfad*“ unterwegs ist.

Es gibt *Vorreiter*, aber auch *Nachzügler* und *Schlusslichter*. Hier sollte immer mit konkreten Jahreszahlen operiert werden, die sofort nachprüfbar sind.

Seit dem „*PISA-Schock*“ werden die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern alle drei Jahre erhoben und international verglichen. In der aktuellen PISA-Studie von 2019 stellte sich heraus, dass Deutschland bei Mathematik und in den Naturwissenschaften hinter Ländern wie Estland, Polen oder Irland rangiert.

Hannes Androsch (83), der einst jüngste Finanzminister der Republik und Ex-Vizekanzler, schreibt in seinen Büchern, dass es in Österreich eine Bildungsmisere gibt, eine *intellektuelle Provinzialisierung*, dass Österreich die technologische Revolution zu einem guten Teil verpasst hat und seine Partei, die SPÖ, seit Jahren in Agonie liegt.

Europa Direct Wien und die *EU-Mythbusters* haben eine Initiative gegen Populismus und Fake News gestartet. Versucht wird, Falschinformationen während der Corona-Pandemie entgegenzuwirken und über die EU aufzuklären.

Fakten allein überzeugen leider nicht. Das sah man in den USA während der Regierungszeit von *Donald Trump*, der sich durch Faktenfeindlichkeit „auszeichnete“. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden vor allem von rechten Politikern und Politikerinnen oft der Lächerlichkeit preisgegeben. Die These, dass rund ein Drittel der Bevölkerung Gefahr läuft, den Narrativen der Wissenschaftsleugner und Demagogen über kurz oder lang auf den Leim zu gehen, hat sich leider oft genug bestätigt.

Peter Osborne, ein britischer Autor, schrieb ein Buch namens „*The Assault on Truth*“ (2021) über die Lügenmaschinerie von Boris Johnson. *Osborne* war bereits ein heftiger Kritiker *Tony Blairs*, weil dieser aufgrund frei erfundener Massenvernichtungswaffen die britische Armee in den Irakkrieg schickte. Der Aufstieg *Johnsons* ging mit dem Verfall der britischen Medienlandschaft einher. *Osbornes* vernichtendes Urteil: „*I have never encountered a senior British politician who lies and fabricates so regularly, so shamelessly and so systematically as Boris Johnson.*“

„*Das Coronavirus ist eine Schöpfung der Pharmaindustrie, die einen Impfstoff teuer verkaufen will*“, „*die Welt wird von einem Geheimbund regiert*“ und „*die Mondlandung im Jahr 1969 wurde in einem Filmstudio abgedreht*“ – drei Beispiele für Verschwörungstheorien.

Klima-Heuchler(innen)

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission und deutsche CDU-Politikerin, benutzte 2021 für die Ministrecke von Wien nach Bratislava ein Flugzeug, nämlich einen Privatjet. Auf der EU-Bühne wirbt sie aber für Nachhaltigkeit und will den Kontinent bis 2050 klimaneutral machen.

Wo gibt es im Burgenland sogenannte „*Ökoklos*“, also wasserlose Komposttoiletten, die geruchsneutral und nachhaltig sind, sowie ohne Chemie auskommen?

Politiker und Politikerinnen werden sich in Zukunft auf eine genaue Überprüfung ihres eigenen Konsumverhaltens gefasst machen müssen: Was haben sie angezogen, wenn sie sich als Läufer/innen inszenieren vor der Öffentlichkeit: Dünne Shirts und Leggings aus Merinowolle, die eine natürliche Alternative sind zu Funktionskleidung aus Polyester? Verwenden sie Mischgewebe, etwa Baumwolle und Polyester? Mischgewebe endet oft als Sondermüll, weil es Entsorgungsbetriebe oft nicht sauber trennen können.

Ein Rasierhobel aus rostfreiem Edelstahl hält ein Leben lang und macht Schluss mit dem Einwegrasierer-Plastikmüll. Filter- statt Kapselkaffee ist wesentlich umweltschonender.

Leitungswasser ist 100-mal günstiger und bis zu 600-mal klimaschonender als in Flaschen abgefülltes Wasser. Obwohl das längst wissenschaftlich erwiesen ist, wagt sich kein Politiker, keine Politikerin, etwa an ein Verbot von Mineralwasser aus Klimaschutzgründen. Auch Flug-Mangos aus Asien, die 10.000 km und mehr hinter sich haben, werden nicht aus den Regalen der Supermärkte verbannt.

Die Universität Oxford berechnete, dass eine weltweite vegetarische Ernährung die Treibhausgasemissionen um 63 % senken könnte, eine vegane um 70 %.

Es leiden heute mehr als 800 Millionen Menschen chronisch an Hunger, es sterben – jeden Tag – 24.000 Menschen an den Folgen von Hunger, drei Viertel davon sind Kinder unter fünf Jahren. Es werden aber 40 % der weltweit produzierten Nahrungsmittel nie gegessen. Diese Daten stammen von der Welternährungsorganisation (FAO) der UNO.

Klimakonferenzen

Bereits im Jahr 1979 fand in Genf die erste Welt-Klimakonferenz statt, geprägt damals nur von der Wissenschaft, nicht von der Politik. Auf dem Pariser UN-Klimagipfel im Jahr 2015 beschlossen die Teilnehmer das erste weltweite Klimaschutzabkommen. Die Treibhausgase, dazu verpflichtete man sich, sollten künftig so weit reduziert werden, dass die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius, am besten aber bei 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter gehalten werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, muss noch viel getan werden. Der jüngste UN-Bericht zu den *Nationally determined contributions* (NDC) ergibt leider, dass die bisherigen Klimaschutzbeiträge der knapp 200 Vertragspartnerstaaten zu einem Anstieg der Treibhausgasemissionen um 16 Prozent bis zum Jahr 2030 führen werden. Bleibt das so, dann erwärmt sich die Erde bis Ende des Jahrhunderts um 2,7 Grad Celsius.

China und die USA

68.720 – so viele Patentanmeldungen kamen 2020 aus China. Das Reich der Mitte hat sich damit zum weltweiten Spitzenreiter hoch geschwungen und den langjährigen Rekordhalter USA vom Sockel gestoßen.

Die USA, Russland und China entwickeln derzeit militärische „*Hyperschallraketen*“. Dieser Waffentyp ist schwer von Abwehrsystemen abzufangen, da diese Raketen relativ niedrig fliegen können. Ihre Geschwindigkeit kann das fünffache der Schallgeschwindigkeit betragen, also etwa 6200 Kilometer pro Stunde.

Die chinesische Regierung verbot 2021 Transaktionen mit Kryptowährungen, die von Spekulanten gerne genutzt werden. Der Kurs von Bitcoin fiel danach, auch die zweitgrößte Kryptowährung Ether sackte ab. Kryptomining mit Serverfarmen ist in China ebenfalls verboten worden. 2013 wurde chinesischen Banken verboten, Bitcoin zu verwenden, 2017 folgte dann das Verbot von Kryptobörsen. Die größte Kryptowährungsbörse Binance verlegte ihren Sitz daraufhin von China nach Malta. Mit Kryptowährungen erwirtschaftetes Vermögen geht laut der chinesischen Zentralbank zu einem großen Teil auf illegale Aktivitäten wie Glücksspiel, Betrug, Geldwäsche und Drogenhandel im Darknet.

Eine Lösung der globalen Klimakrise kann nur mit China erreicht werden. Das Reich der Mitte ist schließlich längst der mit Abstand größte Klimasünder weltweit. Mit Stand 2019 stößt das Land 27 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre – mehr als viele Industrienationen zusammen. Seit über einem Jahrzehnt konsumiert die Volksrepublik China so viel Kohle wie der Rest der Welt zusammen. Und Chinas Anteil am weltweiten Treibhausgasausstoß steigt: Das Land war 2020 für 31 Prozent der globalen Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich, wie sich aus den vorliegenden Daten des Forschungsverbundes *Global Carbon Projects* ergibt. Bis 2030 will Peking seinen Höchststand an Kohlendioxid-Emissionen erreicht haben und bis 2060 vollkommen Kohlendioxid-neutral sein. In den vielen Kohlenminen Chinas sind Hunderttausende Bergleute beschäftigt. Kohle ist nach wie vor stark mit der Energiesicherheit Chinas verbunden. China hat es

auf dem Weg zur Nachhaltigkeit besonders schwer, wenn es nicht sein ganzes Wirtschaftsmodell ändert. Fast 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden im Bausektor oder in Industriebranchen generiert. Das hat dem Land in der Coronakrise eine schnelle Erholung beschert.

Nach 30 Jahren Klimapolitik hat die Welt nur wenig vorzuweisen. Die Konzentration von schädlichen Treibhausgasen in der Atmosphäre ist so hoch wie noch nie. Und allen Versprechen der Regierungen zum Trotz steigen die Emissionen unbeirrt an. Das besagen Studien des Weltklimarates *IPCC*.

Allein in Asien leben Hunderte Millionen Menschen direkt an der Küste. Ein Anstieg des Meeresspiegels, aber auch eine Zunahme an Fluten, Hitzewellen und Stürmen träfe sie hart. Gleichzeitig sind es die wachstumsstarken Volkswirtschaften Asiens, die den Großteil der steigenden Kohlendioxid-Emissionen der nächsten Jahre beisteuern werden.

Bei der Weltklimakonferenz 2021 in Glasgow fehlten Xi Jinping, Chinas Präsident, ebenso wie Wladimir Putin und Jair Bolsonaro aus Brasilien.

Wie eine im Herbst 2018 erschienene Studie des Weltklimarates (*IPCC*) belegt, wäre schon eine Erderwärmung um 2 Grad Celsius eine Katastrophe und hätte selbst verglichen mit einer Erwärmung um eineinhalb Prozent Celsius ungleich dramatischere Auswirkungen in Bezug auf das Abschmelzen der Polkappen, die Wasser- und Nahrungsmittelknappheit sowie auf das Korallensterben und viele weitere Probleme.

China hat eine Bevölkerung von 1,4 Milliarden, pro Kopf ist der Energieverbrauch noch deutlich geringer als etwa in den USA. Zudem liegt das Wohlstandsniveau der Volksrepublik nur etwa bei einem Drittel im Vergleich zur EU.

Der offiziell eingenommene Standpunkt ist eben der, dass die „entwickelten Länder“ die „Vorteile der Industrialisierung“ auf Kosten der Umwelt bereits im Übermaß genossen haben und nun würden sie von den Entwicklungsländern verlangen, ihre industrielle Entwicklung zu stoppen, um die Klimaziele zu erreichen. Die Fehde zwischen den USA und China wird allem Anschein nach unvermindert weitergehen oder noch mehr zunehmen.

„Es gibt allgemeine und systematische Menschenrechtsverletzungen, Folter, Zwangssterilisation, sexuelle Gewalt“ in China, stellte der Menschenrechtsausschuss der UN-Vollversammlung fest. Es gibt in China ein Netzwerk von Lagern, in denen über eine Million Menschen inhaftiert ist. Hauptsächlich sind nationale Minderheiten wie die Uiguren, Tibeter, Mongolen betroffen.

Erstaunlich detailliert befasste sich das Europaparlament mit der Lage der Religionen in der Volksrepublik China: Es kritisierte die „systematische Verfolgung der Uiguren, der Tibeter, der Mongolen“, aber auch „der religiösen Gruppen“, insbesondere die neue Verordnung Nr. 15, „mit der religiöse Menschen und deren Religionsführer weiter eingeschränkt werden“. Tatsächlich verpflichtet diese am 1. Mai 2021 in Kraft getretene Verordnung, Gemeindeleiter aller Religionsgemeinschaften, die „nationale Einheit“ zu fördern und öffentlich ihre „Liebe zur Kommunistischen Partei“ zu bekunden. Sie müssen nicht nur sich, sondern ihre Gemeinden der Kontrolle des Staates unterwerfen. Das Europaparlament forderte, der *EU-Sonderbeauftragte für die Religions- und Weltanschauungsfreiheit* solle sich aktiv für die Unterstützung aller religiösen Gruppen, die auf dem chinesischen Festland und in Hongkong verfolgt werden, einsetzen. Namentlich genannt werden Muslime, Christen und Buddhisten.

2021 lebten in China geschätzt 1,4 Milliarden Menschen. Allerdings werden in China aber so wenig Kinder wie nie zuvor geboren. Und das, obwohl chinesische Familien seit dem Jahr 2016 wieder mehr als ein Kind haben dürfen. Davor waren mehr Kinder verboten. Der häufigste Familienname der Welt lautet *Wang*. Das heißt übersetzt „König“. Fast 93 Millionen Menschen heißen in China so. das heißt, einer von 15 Chinesen trägt diesen Nachnamen.

China duldet als *totalitärer Polizeistaat* keine Kritik: Die 1968 geborene tschechische Schriftstellerin *Radka Denemarková* schrieb einen monumentalen China-Roman mit dem Titel „*Stunden aus Blei*“ (auf Deutsch erschienen bei Hoffmann und Campe 2022, 880 Seiten). Sie selbst war mehrmals in China auf Literaturfestivals eingeladen. Seit sie sich 2017 aber kritisch über Menschenrechtsverletzungen in China äußerte, wurde sie mit einem *Einreiseverbot* belegt.

Indien

Im Jahr 1981 wurde vom ersten Bischof der Diözese Eisenstadt eine Partnerschaft mit der indischen Diözese Kanjirapally in Kerala begründet. Altbischof Josef Powathil, geboren am 14. August 1930, war der „*Partnerbischof*“ auf indischer Seite. Diese Partnerschaft besteht bis heute. Der derzeitige Diözesanbischof von Eisenstadt ist auch „*Europabischof*“ der Österreichischen Bischofskonferenz und in dieser seit dem Jahr 2015 für die Bereiche „*Flucht, Migration und Integration*“ zuständig. Internationale Schlagzeilen machte er, als er sich im April 2016 weigerte, einem bei Moschendorf im südlichen Burgenland geplanten Grenzzaun der Republik Österreich auf kirchlichem Grund zuzustimmen.

Im Burgenland sind etliche Pfarrer aus Indien, vor allem aus dem indischen Bundesstaat Kerala, tätig. Diese berichten auch über die Umweltkatastrophen, die sich in ihrer Heimat ereignen.

Indien betreibt, ebenso wie die Volksrepublik China, einen massiven Raubbau an der Natur, der sich zunehmend rächt. Wer in New Delhi oder in Peking aus dem Fenster blickt, kann oft vor lauter Smog kaum mehr die Sonne am ergrauten Himmel ausmachen. Die Hauptleidtragenden sind die vielen Kinder, die in diesen beiden Städten leben müssen.

Regionalismus

Der Begriff „*Regionalismus*“ ist sehr komplex. Es ist weder leicht, regionale Besonderheiten zu verstehen, noch sie zu erklären. Es gibt alte historische Bruchlinien, die seit jeher in Österreich existieren, trotz der Kleinstaatlichkeit des Landes. Bei den Covid-Impfungen etwa gibt es beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Der Anteil der „*Impfskeptiker*“ ist in den westlichen Bundesländern höher.

Insgesamt liegt die Quote der Feuer- gegenüber der Erdbestattung in Wien bei rund 34 Prozent, basierend auf den Zahlen der kommunalen Bestattung Wiens, die immer noch die absolute Mehrheit der Begräbnisse in der Stadt durchführt. Vorarlberg hatte schon vor der Pandemie einen Urnen-Anteil von 80 Prozent.

Dadurch, dass im Osten Österreichs viel mehr Gebiet für die Bestattungen zur Verfügung steht, sind die Erdbestattungen viel häufiger als im Westen. Die Gebirgslandschaften im Westen bedingen einen Platzmangel an Gräbern, weshalb die Särge dort bei der Erdbestattung teilweise senkrecht in die Erde gelassen werden.

Der Sonderweg des lang unabhängigen Fürsterzbistums Salzburg, das erst spät zu Österreich kam, ist historisch begründbar. Man stand mentalitätsmäßig München näher als Wien. Nach der Republikgründung stimmte man hier 1921 für den Anschluss an Deutschland. Ein genereller Trend damals in Westösterreich. Er wird meist dem grassierenden Deutschnationalismus zugeschrieben.

Im Burgenland wird ein „*Wir-Gefühl*“ als eine Art übergreifende Ideologie propagiert, gemeinsame Identifikationsmuster wurden aufgebaut, die hinterfragt gehören.

Kaum eine Gemeinde in Österreich hat einen höheren Anteil an evangelischer Bevölkerung als Gosau – es sind 71 Prozent. Die Protestanten waren vor der katholischen Gegenreformation, getragen von den Habsburgern, ins Innerste des Salzkammerguts geflüchtet und hatten sich im Hochtal im Schatten der Berge versteckt. Das Salzkammergut hat oberösterreichische, steirische und salzburgische Anteile. Ursprünglich war damit der habsburgische Privatbesitz in Oberösterreich

gemeint, der vom Salzoberamt Gmunden verwaltet wurde – also die Gegend von Bad Ischl bis Gosau und Hallstatt. Diese wird auch das Innere Salzkammergut genannt. Darüber hinaus reicht das Äußere Salzkammergut bis zum Traunsee, dem Wolfgangsee und dem steirischen Ausseerland.

Inflation der Vereine

1960 gab es laut Statistik Austria nur 42.269 Vereine in Österreich, 2010 waren es schon 116.556. Im Jahr 2019 waren in Österreich 124.943 Vereine registriert. Dieses rasche Wachstum der Vereine beruht, besonders im Burgenland, auch darauf, dass viele Vereine reine „Vorstandsvereine“ sind, bestehend im Wesentlichen nur aus den Vorstandsmitgliedern und einigen Verwandten und Bekannten dieser Vorstandsmitglieder. Gegründet wurden diese Vereine nur deshalb, um staatliche Förderungen zu kassieren.

Antisemitismus

Amos Vogel (1921–2012) war der Sohn Wiener Juden, geboren wurde er als *Amos Vogelbaum*. 1938 gelang ihm die Flucht vor den Nazis über Kuba in die USA. In seiner Wahlheimat New York City wurde er zu einem der einflussreichsten Filmkuratoren weltweit, zuerst mit dem von ihm gegründeten Filmclub *Cinema 16* (1947–63), dann als Mitbegründer des *New York Film Festival*. Mit seinem Buch *Film as a Subversive Art* (1974) beeinflusste er Generationen von Cinephilen.

In Wien gibt es 4249 personenbezogene Straßennamen, etwa die *Siegfried-Theiss-Gasse* in der Donaustadt, benannt nach dem Architekten des ersten Wiener Hochhauses in der Herrengasse, der sich in der Debatte um den „Anschluss“ Österreichs an Nazideutschland öffentlich als glühender Hitler-Verehrer hervorgetan hat.

Alle antisemitischen Maßnahmen, die in Deutschland innerhalb von fünf Jahren sukzessive erfolgt sind, wurden in Österreich sukzessive mit einem Schlag wirksam. Der neu ernannte Gauleiter *Baldur von Schirach* hatte das Ziel, Wien als erste Großstadt im Großdeutschen Reich „judenfrei“ zu machen. In Wien wurde unter der Leitung von *Alois Brunner* 1941 jenes Modell der Deportationstransporte erprobt und durchgeführt, das dann im ganzen NS-Staat zur Anwendung kam, nicht mehr mit dem Ziel der Vertreibung, sondern der Vernichtung.

Marko Feingold (1913 – 2019)

Der Dokumentarfilm „*Marko Feingold – Ein jüdisches Leben*“ lief am 1. Oktober 2021 in den österreichischen Kinos an. Geboren am 28. Mai 1913 in der heutigen Slowakei, wuchs er in Wien auf. 1939 fiel er in Prag mit seinem Bruder Ernst in Prag den Nazis in die Hände. Feingold kam erst nach Auschwitz, dann nach Neuengamme, nach Dachau und schließlich nach Buchenwald. Von den vier Feingold-Geschwistern war er der einzige Überlebende. Jahrzehntlang hielt er Vorträge als Zeitzeuge, unter anderem an Schulen. Der Dokumentarfilm hält diese Erinnerungen nun für die Nachwelt fest.

Feingold selbst erhielt jahrzehntlang Schmäh- und Drohbriefe. Als einer der wenigen verbliebenen Zeugen der Shoah beobachtete er bis zuletzt ein Wiedererstarken des Antisemitismus in Österreich. Im Jahr 2020 wurden bei der Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien insgesamt 585 antisemitische Vorfälle angezeigt. Das ist ein Anstieg um 6,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Integration und Verfolgung

Selbst beste Integration in die „*deutsche Kulturgemeinschaft*“ bot keinen Schutz vor Verfolgung. *Leo Blech*, 1871 in Aachen in eine jüdische Kaufmannsfamilie hineingeboren, wurde 1913 von

Kaiser Wilhelm II. noch als 32-Jähriger auf Lebenszeit zum „*Kaiserlichen Generalmusikdirektor*“ Berlins ernannt. Der Komponist *Richard Strauss* wollte sämtliche Berliner Premieren seiner Opern ausschließlich von *Leo Blech* musikalisch geleitet wissen. Dieser wirkte erfolgreich an der Berliner Hofoper (heutige Staatsoper Unter den Linden), bis ihn „*völkisch Orientierte*“ beruflich eliminierten. Es gelang ihm noch, mit seiner Frau der Verbringung ins Ghetto zuvorkommen und nach Stockholm zu flüchten.

Rechnitz

Das große Verbrechen Ende März 1945, die Erschießung von 180 jüdischen Zwangsarbeitern, ist bis heute – wir schreiben das Jubiläumsjahr 2021 des Burgenlandes – ungelöst, eigentlich eine Schande für das Land.

Dazu sagte der aus Rechnitz stammende Komponist und Musiker *Christian Kolonovits* folgende Sätze:

Es wurde viel zu spät begonnen, das Verbrechen aufzuarbeiten, und es ist bis heute nicht aufgearbeitet. Es gab nach dem Krieg in Rechnitz eine Art nationalsozialistisches Schweigegelübde. Das weiß ich von meinem Vater. Er war damals noch viel zu jung, um zu erfahren, wo die ermordeten Juden verscharrt worden waren. Er hat aber immer wieder versucht, das herauszufinden. Die Menschen, die nach dem Krieg reden wollten, wurden umgebracht. Als ich ein Kind war, habe ich darüber nichts erfahren. Rechnitz war in Schweigen gehüllt.

Christian Kolonovits führt noch aus, dass er persönlich gesehen hat, wie der in Rechnitz völlig unbehelligt lebende ehemalige Gauleiter des Burgenlandes und spätere stellvertretende Gauleiter

der Steiermark *Dr. Tobias Portschy* Besuche hochrangiger österreichischer Politiker erhielt, etwa des damaligen Landeshauptmannes von Kärnten *Dr. Jörg Haider*.

Dunkelblum

Eva Menasse, Jahrgang 1971, erzählte in ihrem Roman *Dunkelblum* die Geschichte von Rechnitz und seiner „(Un-)kultur umfassenden Schweigens“. Die Gräfin *Margit Batthyany-Thyssen* gab in der Nacht vom 24. auf den 25. März 1945 ein rauschendes Fest für die lokalen Nazigrößen, auf das eine Massenerschießung jüdischer Zwangsarbeiter folgte. Der Roman von *Eva Menasse* erschien 2021 im Verlag Kiepenheuer & Witsch und hat 528 Seiten. Es ist ihr dritter und bislang umfangreichster Roman. **Dunkelblum** ist ein fiktives Dorf, in dem ein „Endphasenverbrechen“ begangen wurde, und liegt im Burgenland. Das Massengrab wurde bis heute nicht gefunden, ein Volksgerichtshofverfahren blieb ohne Ergebnis. Auch die Nobelpreisträgerin *Elfriede Jelinek* beschäftigte sich in ihrem Drama „*Rechnitz (Der Würgeengel)*“ mit dem Burgenland.

In ihrem jüngsten Roman **Dunkelblum** schreibt die in Berlin lebende österreichische Autorin *Eva Menasse* über die „*Erinnerungskultur*“ in Österreich. Anhand eines burgenländischen Dorfes bezeichnet sie das *Schweigen*, das den heimischen Umgang mit der Nazizeit geprägt hat, als besonders schäbigen Teil der österreichischen Identität. Der Roman beschränkt sich nicht darauf, einen bestimmten burgenländischen Ort als lokalen Faktor isoliert zu betrachten.

Eva Menasse im Originalton: „... *Pardon, der Roman spielt im Burgenland, nicht in Rechnitz: Die Dunkelblumer Gruft stammt aus Güssing, die Pestsäule aus Deutschkreutz. Einige Massaker-Details kommen aus Jennersdorf und aus Deutsch-Schützen.*“

Eva Menasse beschreibt zutreffend die Zeit zwischen 1938 bis 1989. Ihr „*Burgenland-Roman*“ ist einer der großen Romane, die 2021 erschienen sind. Dieser Roman widerlegt die diversen Klischeestempel über die angeblich so „*urgemütliche*“ burgenländische Bevölkerung, wie sie immer wieder in den diversen Hochglanzmagazinen und Tourismusprospekten über das Burgenland zu finden sind.

Burgenland-Klischees

Die Publizistin und Volksbildnerin *Ilsa Barea* (1902 – 1973) wurde in Wien als *Ilse Pollak* geboren. Die Sozialdemokratin musste seit 1934 im Exil leben, ab 1939 in England. Erst 1965 kehrte sie endgültig nach Wien zurück. Sie verfasste ein hervorragendes Buch mit dem Titel *Vienna. Legend and Reality*, das später auf Deutsch erschien – *Wien. Legende & Wirklichkeit*. Sie stützte sich dabei auf zahlreiche wissenschaftliche und literarische Quellen.

Gemütlich, weinselig, gewitzt etc. seien die Wiener – Filmschnulzen, schmalzige Lieder. Kitsch und insbesondere die Tourismuswerbung befördern solche Klischees.

Dass es die „*gute alte Zeit*“ nie gab, der schöne Schein seine extrem dreckige Kehrseite hat und auch historische Größen keine eindimensionalen Menschen waren, liegt auf der Hand.

In Wien entwickelte die Zivilgesellschaft einen Spaziergang „*Spazierend der Novemberpogrome gedenken*“ - vorbei an zahlreichen Erinnerungs- und Gedenksteinen führt der Weg zu ehemaligen Plätzen, wo es einst Synagogen gab. 1938 wurde die jüdische Bevölkerung in den Bundesländern nach Wien zwangsumgesiedelt.

Ab dem 19. September 1941 mussten Jüdinnen und Juden einen gelben, von Mitarbeitern der Wiener Kultusgemeinde aus Stoffbahnen ausgeschnittenen Stern tragen. Ein drastischer, stigmatisierender Einschnitt in das Leben der Betroffenen, ein weiterer Schritt in der Skala der

Erniedrigungen. Zumeist in den Morgenstunden fuhren die offenen Lastwagen von den Sammellagern Wiens Richtung Bahnhof mit den Menschen mit dem gelben Stern, um dann in die Mordstätten des „Ostens“ gebracht zu werden. Überlebende berichteten von den hämischen und gehässigen Reaktionen vieler Passanten. Jede und jeder hat gewusst, was wirklich los ist und wo die Juden und Jüdinnen hingebracht werden. Das „goldene Wienerherz“ zeigte sich da einmal ohne Maske. Nach dem Ende des II. Weltkriegs wurde die sogar überproportionale Beteiligung der österreichischen Bevölkerung an den Naziverbrechen über Jahrzehnte hinweg einfach abgestritten, geleugnet und verdrängt.

Viele Haupttäter konnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs flüchten, die überlebenden Opfer zur Rückkehr einzuladen war den politischen Parteien (SPÖ, ÖVP) nicht opportun. KZ-Überlebende berichten von der feindlichen Stimmung, die ihnen entgegenschlug.

Das Burgenland wird gerne als Agrarland dargestellt, als völlig unterentwickelte Region, als es 1921 zu Österreich kam. Die *erste Zuckerfabrik ganz Ungarns* wurde 1850 im heute nordburgenländischen Hirm gebaut, einem Ort, in dem 1935 *der höchste Industriekamin des Landes* errichtet wurde. Das *Viadukt* ist das Wahrzeichen der Bezirkshauptstadt Mattersburg. Dieses mächtige Bauwerk ist 250 Meter lang und wurde 1846 für die Bahnlinie Mattersburg – Wiener Neustadt errichtet.

Atomkraft

Mitglieder der Umweltschutzorganisation Global 2000 fanden 2021 in Eierschwammerln aus Oberösterreich besorgniserregend hohe Werte des Radioisotops Cäsium 137 – ein Resultat des Reaktorunfalls in Tschernobyl (Ukraine). Vor 35 Jahren war nach einer schweren Reaktorexpllosion eine strahlende Wolke über Teile Österreichs gezogen und hatte die Böden verseucht – und das bis zum heutigen Tag.

Die Eierschwammerln aus Oberösterreich wiesen eine zwölfwache Überschreitung des in der EU geltenden Grenzwertes für den menschlichen Verzehr auf. Das festgestellte Cäsium 137 ist im Lauf

der Jahre tiefer in die Böden gesunken, wird dort aber noch immer von den Pilzen aufgenommen. Nimmt man das Cäsium 137 über die Eierschwammerln dann zu sich, lagert es sich in den menschlichen Muskeln ab und kann so zu Krebs führen.

Die Erdatmosphäre erhitzt sich immer schneller, die Menschheit braucht daher schnell Kohlendioxid-freie Stromquellen. Die neuen AKWs, an denen Bill Gates, die französische und die britische Rüstungsindustrie forschen und die Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Großbritanniens Premier Boris Johnson nun mit staatlichem Geld fördern wollen, werden frühestens ab 2030 auf den Markt kommen. Sie kämen damit, wenn überhaupt, viel zu spät, um die Welt vor einer Erderwärmung von über 1,5 Grad Celsius zu retten.

Die Stromerzeugung durch Wind, Wasser und Sonne ist besser, sicherer und auch viel billiger. Erneuerbare Energien lassen sich immer leichter gewinnen. Zum Vergleich: Eine Kilowattstunde Atomstrom kostet derzeit weltweit zwischen 13 und 20 Cent (ohne Versicherung und Entsorgung), eine aus Wind zwischen drei und acht Cent. Auch deswegen ist der Anteil des Atomstroms an der Stromerzeugung zuletzt nicht gewachsen, sondern nahm ab.

Am 11. März 2011 kam es im Kernkraftwerk *Fukushima* (Japan) zu einer Nuklearkatastrophe – 20.000 Menschen verloren ihr Leben.

Mit der *EU-Taxonomie* soll festgelegt werden, welche Finanzinvestitionen künftig als grün gelten, um so das im *Green Deal* formulierte Ziel zu erreichen, die EU bis 2050 klimaneutral aufzustellen. Die Empörung über die Einstufung von Atomenergie und Gas als „grün“ wird immer lauter.

Denkmäler

Von den 3.370 Denkmälern in Wien sind es gerade einmal 21, die an das Leben einer Frau erinnern. Wer alle Wiener Straßen, die nach Frauen benannt wurden, abwandern möchte, hat eine Strecke von 109 Kilometern vor sich. Wer dasselbe mit den „männlichen“ Straßen versuchen möchte, braucht deutlich mehr Ausdauer: 1.541 Kilometer sind es.

Im Burgenland gibt es kein einziges *Denkmal für Wehrmachtsdeserteure*, dies im Gegensatz zu Deutschland, wo *Olaf Nicolai*, Professor für Bildhauerei an der Akademie der bildenden Künste München, ein derartiges Denkmal errichtet hat.

Ungarnflüchtlinge 1956

Am 23. Oktober 2021 war es 65 Jahre her, dass in Ungarn der Aufstand gegen den Sowjetkommunismus ausbrach – nur zwölf Tage darauf wurde er niedergeschlagen. 180.000 Ungarn und Ungarinnen überquerten in den folgenden zwei Monaten die Grenze zu Österreich. Die freundliche Aufnahme der Flüchtlinge im Winter 1956 prägte Österreichs Bild von sich selbst.

Schon im Jänner 1957 hatten 70 Prozent der Ungarnflüchtlinge Österreich wieder verlassen. Nur rund 30.000 Ungarinnen und Ungarn blieben dauerhaft in Österreich. Anders als heute durften die Flüchtlinge vom ersten Tag an arbeiten, sie bekamen Universitätsstipendien, durften gratis öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Wer wollte, bekam relativ rasch die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen.

Die schwarz-rote Bundesregierung handelte nicht aus reiner Nächstenliebe, sie sah die Krise als Chance, das Ansehen Österreichs in der Welt aufzupolieren. Österreich hat vom ersten Moment an in großem Ausmaß internationale finanzielle Unterstützung eingefordert und auch bekommen, der eigene Beitrag war in diesem Gesamtzusammenhang betrachtet eher bescheiden.

Noch heute werden die Ungarnflüchtlinge des Jahres 1956 allesamt als „*Freiheitskämpfer*“ dargestellt, die Haltung insbesondere der Burgenländerinnen und Burgenländer als besonders opferbereit beschrieben.

„Die meisten Ungarn sind nicht vor Repressalien geflüchtet, sondern hofften einfach auf ein besseres Leben“, erklärte die Historikerin Ibolya Murber, die seit Jahren zu Österreichs Umgang mit dem „Ungarnaufstand“ publiziert. „Das alles so gut geklappt hat, war im Grunde eine Leistung von internationalen Organisationen und der Staatengemeinschaft“ - zu diesem Ergebnis kam Sarah Knoll, die am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien zum Thema „Österreichhilfe für Kommunisflüchtlinge“ ausgiebig geforscht hat (vgl. DIE ZEIT, 21. Oktober 2021).

Religionen

Religionen werden heute oft als *Identitätsmarker* angesehen und darauf reduziert. So werden Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund primär aus religiöser Sicht wahrgenommen. Es steigt aber die *religionsindifferente* Orientierung breiter Bevölkerungskreise, für die Religion kein Thema mehr ist. Kreuze an der Wand in Klassenzimmern bedeuten, dass der Staat als Bildungsträger das Symbol für eine bestimmte religiöse Orientierung positiv besetzt, obwohl man von einem säkularen Staat erwarten darf, dass er nicht punktuell eine bestimmte Religion bewertet. Es gilt die gesetzliche Regel, dass Kreuze nur dann aufgehängt werden dürfen, wenn die Mehrheit der Schüler/innen christlich ist. Im Nachbarland Deutschland gehören mittlerweile mehr als 40 Prozent der Bevölkerung keiner organisierten Religion mehr an.

Die türkis-blaue Regierung unter Sebastian Kurz beschloss 2019 ein Verbot religiös geprägter Kopfverhüllungen an Schulen für Kinder bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr. 2020 hob der Verfassungsgerichtshof das Verbot auf, mit der Begründung, dass zwar nicht explizit das islamische Kopftuch verboten worden wäre, das Gesetz aber de facto nur die islamische Tradition betreffe und damit gegen den Gleichheitsgrundsatz in Verbindung mit der Religionsfreiheit verstoße.

Letzten Endes wird auch in anderen EU-Staaten das französische Modell der absoluten Trennung zwischen Religion als Privatangelegenheit und einem säkularen öffentlichen Raum übernommen werden müssen.

Vielfalt der Religionen

Kirchengeläut? Gebetsrufe? In Köln darf nunmehr zum islamischen Freitagsgebet öffentlich gerufen werden. Der Gebetsruf gehört zur alltäglichen Glaubenspraxis, seit *Bilal*, ein aus der Sklaverei befreiter afrikanischer Muslim, ihn auf Anweisung des *Propheten Mohammed* zum ersten Mal anstimmte. *Bilal* wurde zum ersten Muezzin berufen. Wenn der Muezzin zum Freitagsgebet ruft, sollen alle Gläubigen ihre Geschäfte einstellen und zum Gebet in die Moschee kommen. So steht es im Koran.

Das deutsche Grundgesetz garantiert Religionsfreiheit, und der Ruf zum Gebet ist Teil der Religionsausübung. Die Oberbürgermeisterin von Köln Henriette Reker hat es durchgesetzt, dass zum Freitagsgebet nun öffentlich gerufen werden darf. Sie vertritt auch einen flüchtlingsfreundlichen Kurs und änderte ihn auch nicht, nachdem 2015 deswegen ein Messerattentat auf sie verübt wurde. Rechtsextreme Parteien werden immer stärker in Europa, auch Übergriffe auf Muslime und Moscheen.

Die Stadt Köln lässt es zu, dass der Muezzin in den 35 Moscheen der Stadt am Freitag die Botschaft „*Allah ist der Größte*“ über Lautsprecher sendet. Der Muezzin wird nur einmal pro Woche, freitags, rufen. Üblich sind im sunnitischen Islam fünfmal täglich.

Köln hat auch den Dom, rund 1700 Jahre jüdisches Leben in der Stadt, in Köln befindet sich der Hauptsitz der Aleviten. Ist der Ruf des Muezzin nun ein Recht nach Artikel 4 des deutschen Grundgesetzes, oder eher ein Verstoß gegen dessen Artikel 3, der auch besagt, dass niemand wegen seiner Religion bevorzugt werden darf? Noch dürfen Hindus, Buddhisten, Rastafaris und Atheisten nicht ihre Nachbarschaft mit weltanschaulichen Vorstellungen beschallen.

Die christlichen Kirchen sind als Körperschaften öffentlichen Rechts privilegiert, der Glockenklang hat Tradition, er transportiert zumindest keine direkte Botschaft.

Auch das Burgenland ist in religiöser Hinsicht vielfältiger geworden, stark im Steigen begriffen sind die Konfessionslosen, und die wollen keine Zwangsbeschallung hinnehmen, welcher Art auch immer. Es wird, was abzusehen ist, zu Diskursen kommen, welche derzeit wegen der vorwiegend kleindörflichen Struktur des Landes fehlen.

Seit dem Jahr 2001 hat sich der Anteil der Muslime, die in Österreich leben, verdoppelt und beträgt rund 700.000 Personen. Die evangelischen Kirchen liegen mit ungefähr 280.000 Mitgliedern bei knapp über drei Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung. Auf dem staatlichen Meldezettel muss das Religionsbekenntnis im Sinne einer Trennung von Staat und Kirche nicht mehr angegeben werden.

Bevor in Frankreich 2004 das Kopftuchverbot an Schulen eingeführt wurde, war es über Monate eines der meistdiskutierten Themen. Der Kampf zwischen Befürwortern und Gegnern hatte sich schon über fünfzehn Jahre hingezogen. 2009 klagte eine Familie den italienischen Staat wegen Verletzung der Religions- und Meinungsfreiheit ihrer beiden Söhne, das Verfahren wurde bis zur großen Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg geführt.

Grünes Band

Das „*Grüne Band*“ ist das größte Naturschutzprojekt Europas: Es handelt sich um eine Kette von Naturschutzgebieten, die sich von der norwegisch-russischen Grenze im Hohen Norden bis nach Griechenland ziehen – mit einer Gesamtlänge von 12.500 Kilometern. Ausgangsfläche waren die naturbelassenen Grenzstreifen des früheren Eisernen Vorhanges. Diese Grenzstreifen findet man auch in Österreich – 1.300 Kilometer in fünf Bundesländern. Ziel ist es, die Natur in diesem Bereich weitgehend unberührt zu lassen und so zu schützen. Und so auch den Vorschlag der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt umzusetzen, bis ins Jahr 2030 insgesamt 30 Prozent der weltweiten Fläche für die Natur zu bewahren. Welches Potenzial haben solche *biologischen*

Korridore, auch mit Blick auf die steigenden Temperaturen und die Klimakrise? Und welche Bemühungen gibt es in Österreich, in Zukunft weitere Schutzflächen auszuweisen?

Verfassung und Lebensrealität

Verfassungstexte und rechtliche Regelungen sind die eine Sache, der faktische Umgang mit ihnen ist eine ganz andere. Es gibt in Österreich eine sehr große Kluft zwischen der schriftlichen Verfassung, die man nachlesen kann, und der Verfassungswirklichkeit.

Privatsphäre

Die Digitalisierung hat zu einer Verarbeitung personenbezogener Daten und zu Eingriffen in die Privatsphäre in einem noch nie dagewesenen Ausmaß geführt. In der Europäischen Menschenrechtskonvention ist die Rede von einem Anspruch auf Achtung des Privat- und Familienlebens, der Wohnung sowie des Briefverkehrs. Empirische Studien zeigen, dass der Schutz der Privatsphäre in unserer Gesellschaft den Menschen wichtig ist.

Viele Menschen neigen dazu, auch intime Lebensbereiche bereitwillig in den sozialen Medien preiszugeben. Im internationalen Diskurs wird dieses Auseinanderfallen zwischen Einstellung und tatsächlichem Verhalten auch als „*Privacy Paradox*“ bezeichnet. Hat das Aufgeben der Privatsphäre mit Bequemlichkeit zu tun? Onlineeinkauf und Onlinebanking – die Digitalisierung hat viele Vorteile gebracht und so manches in unserem Alltag vereinfacht.

Gerade im Bereich der „*Allgemeinen Geschäftsbedingungen*“ ist die Situation schlicht unzumutbar geworden. Studien zeigen, dass man etwa sechs Wochen (!) benötigen würde, um alle Klauseln und Richtlinien zu lesen, mit denen man sich im Verlauf eines Jahres konfrontiert sieht. Davon ganz abgesehen, scheitern Laien an der juristischen Beurteilung des „*Kleingedruckten*“.

Ergebnisse der Erhebungen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Erhebungen kurz und pointiert zusammengefasst. Am 27. Februar 2020 hat Landeshauptmann Hans Peter Doskozil das Regierungsprogramm vorgestellt und dabei seine Absicht bekundet, „*Bürger verstärkt in Grundsatzentscheidungen einzubeziehen*“. Es bleibt abzuwarten, ob dies erfolgt und auch in welcher Form dies erfolgt. Diese Studie setzt sich jedenfalls mit *Grundsatzfragen*, die (auch) das Burgenland betreffen, kritisch auseinander.

Digitalisierung

„*Österreich ist ein digitales Entwicklungsland*“, sagte *Christina Wilfinger*, seit 1. Feber 2021 Chefin von SAP Österreich und gebürtige Steirerin, in einem Interview mit den Oberösterreichischen Nachrichten (15. Mai 2021, S. 15). Der deutsche Softwarekonzern hat in Wien und in Linz rund 450 Beschäftigte und betreut an die 1.900 Unternehmen in Österreich. Sie begründete diese Aussage auch mit Studien renommierter internationaler Beratungsunternehmen wie Arthur D. Little. Die knapp 20 Prozent der Betriebe, die man in Österreich grundsätzlich als digitalisiert bezeichnen kann, sind mit wenigen Ausnahmen Großbetriebe. Kleine Firmen profitierten weniger vom „*Corona-IT-Schub*“ als angenommen. Der *Digitalisierungsindex* für Österreich beträgt nur 35 von 100 Punkten. Dieser Index errechnet sich aus fünf wichtigen Einzelfaktoren wie der vorhandenen IT-Ausstattung, der Vernetzung, der Online-Präsenz etc.

Ein ernüchterndes Bild zeichnen auch internationale Vergleichsstudien. In einem aktuellen Ranking der Europäischen Kommission liegt Deutschland im Bereich „*digitale öffentliche Dienste*“ auf Rang 21 von 28, hinter Polen, Italien und Zypern (vgl. c't 2021, 19). Österreich ist bei der Digitalisierung jedenfalls nicht führend, wie immer wieder fälschlich behauptet wird.

Fachhochschule

Das offizielle Burgenland bejubelt seine einzige Fachhochschule als „*einzigartige Erfolgsstory*“. Tatsache ist, dass das Burgenland damals, als es zur Etablierung der Fachhochschul-Studiengänge zunächst auf bloßer Vereinsbasis kam, trotz Vorliegens konkreter Pläne und Überlegungen die einzigartige Chance versäumt hat, eine eigene, vollwertige „*Burgenland-Universität*“ zu gründen, womit nicht eine Privatuniversität gemeint war, sondern eine öffentlich-rechtliche Universität nach dem Vorbild der anderen Bundesländer. Man muss sich nur die Verteilung der renommiertesten Wissenschafts-Förderungen in der EU ansehen, etwa der *Consolidator Grants* des Europäischen Forschungsrates, um zu erkennen, dass vollwertige Universitäten bei den „*hard facts*“ wesentlich besser liegen als Fachhochschulen, die sich oft nur auf irgendwelche Befragungen und Umfragen stützen, über deren Qualität und Aussagekraft man geteilter Meinung sein kann.

Raiffeisen

Im Jahr 1866 veröffentlichte Friedrich Wilhelm Raiffeisen sein Buch „*Darlehnskassen-Vereine als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Handwerker und Arbeiter*“, ein Handbuch zur Genossenschaftsgründung, das sich weltweit verbreitete. Noch zu Lebzeiten von Raiffeisen entstand die erste Genossenschaft in Indien. „*Hilfe zur Selbsthilfe*“ - dieser Slogan stammt aus der Genossenschaftsbewegung. Genossenschaften können Abhilfe schaffen, wenn der Staat und seine Institutionen versagen, und auch der angeblich freie Markt.

Die Raiffeisen-Kassen gab es früher wesentlich häufiger in den burgenländischen Orten als heute. Die mittlerweile zugesperrten Raiffeisen-Filialen bieten oft einen eher verstörenden und trostlosen Eindruck – sie wurden in einer Fotodokumentation erfasst mit Begleittexten, die darüber zum Nachdenken anregen sollen, was Raiffeisen wohl heute dazu gesagt hätte, dass viele Menschen in seinem „*Geisteswerk*“ Banken „*wie alle anderen auch*“ sehen.

Klima

Um die Zunahme der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssten die Emissionen bis 2030 um 25 Prozent sinken. Bis dahin wird die Weltbevölkerung aber um 740 Millionen zugenommen haben, diese werden auch ihren Beitrag zum Schadstoffaustausch leisten. Der Beitrag Österreichs zum weltweiten Kohlendioxidausstoß beträgt ganze 0,2 Prozent. Gibt es eine Problemlösungskompetenz der Politik?

Dass *Streaming* wirklich schädlich ist für das Klima, ist bekannt. Es fließen riesige Datenmengen, die einen entsprechend hohen Stromverbrauch verursachen. Trotzdem wird *Streaming* als riesiger Erfolg dargestellt, obwohl die Umwelt dadurch sehr belastet wird.

Europa hat sich ein einheitliches Ziel gesetzt, dass nämlich ab 2035 keine neuen PKW mit Diesel- oder Benzinmotor mehr zugelassen werden.

400 Millionen Tonnen Plastik produzieren wir jährlich. Wenn es in kleinste Teile zerfällt, sogenannte Mikro- oder Nanoplastik, stellt es eine schwere Belastung für die Umwelt dar.

85 Prozent der weltweiten Feuchtgebiete, 68 Prozent der Waldgebiete und 50 Prozent der Korallenriffe wurden seit Beginn der Industrialisierung zerstört.

Weltall

Das erdnahe Weltall ist heute eine – *Mülldeponie*. 60 Jahre Raumfahrt haben jede Menge Weltraumschrott hinterlassen. Ein nur 1 cm kleines Schrottteil entfesselt bei einer Kollision die Explosivkraft einer Handgranate. Es gibt mehr als 6.000 Satelliten, davon sind 2.350 „außer Dienst“. Die Lebensdauer eines Satelliten beträgt 12 bis 15 Jahre. Im Jahr 1959 schlug als erstes irdisches Objekt die sowjetische Raumsonde Lunik 2 auf dem Mond auf. Seitdem brachten 66 Missionen Tonnen von Gerätschaften zum Erdrabanten. Vieles davon ist funktionslos geworden und liegt auf dem Mond als Schrott herum.

Methan

Die weltweiten Methan-Emissionen machen bereits einen Anteil von etwa 20 Prozent an den gesamten Treibhausgasemissionen aus. Mit rund 12 Jahren verweilt Methan zwar deutlich kürzer in der Atmosphäre als Kohlendioxid. Nach dem Weltklimarat (IPCC) heizt das farb- und geruchlose Gas die Erde aber viel stärker auf: 28-mal stärker über einen Zeitraum von 100 Jahren.

Die Hitzewelle in Sibirien im Sommer 2020 hat dazu geführt, dass die Permafrostböden viel Methan freigelassen haben. Hohe Temperaturen bringen aber das Eis zum Schmelzen, gespeichertes Methan wird freigesetzt, was den Treibhauseffekt verstärkt.

Die Arktis erwärmt sich laut Forschern noch schneller als gedacht. Die Zunahme der durchschnittlichen arktischen Oberflächentemperatur ist zwischen 1971 und 2019 mit 3,1 Grad Celsius rund dreimal höher als die Erwärmung im globalen Durchschnitt laut *Arctic Monitoring and Assessment Programme*. Es kommt zu negativen Veränderungen, die weit über die Arktis hinaus zu spüren sind. Der Rückgang von Gletschern und die verringerte Schneedecke setzen abgelagerte Schadstoffe frei. Auch Mikroplastik, die im Schnee, Eis und in Ozeansedimenten bisher „gelagert“ wurde, kommt frei und wird zum wachsenden Problem.

Methan ist, verglichen mit Kohlendioxid, das weitaus aggressivere Treibhausgas. Es ist unklar, ob die Regierungen dieser Welt überhaupt die Macht über die Methanmenge noch haben. Weil ja die Erhitzung der Atmosphäre die Permafrostböden auftauen lässt, die dann unter anderem ihre gewaltigen Methanvorräte entweichen lassen, welche die Atmosphäre weiter aufheizen, was noch mehr Böden tauen lässt.

Kohlendioxid-Emissionen

98,4 Prozent aller Kohlendioxid-Emissionen werden außerhalb Deutschlands verursacht. Am höchsten sind die Kohlendioxid-Emissionen pro Kopf in Katar mit 46 t, am niedrigsten in Äthiopien mit 0,14 t. Im Südsudan haben am wenigsten Menschen Zugang zu Strom – nur 7 %. Die USA sind

für 13,9 Prozent der Treibhausgase verantwortlich, China sogar für 29,7 Prozent. Weltweit wurden im Jahr 2018 nach amtlichen Angaben 37,9 Milliarden Tonnen Kohlendioxid emittiert. Davon entfallen 753 Millionen Tonnen auf Deutschland. Der Anteil erneuerbarer Energie am weltweiten Stromverbrauch beträgt rund 25 Prozent.

Globale Zusammenhänge erkennen

Neun von zehn Menschen leben laut WHO an Orten, wo die WHO-Grenzwerte für Luftqualität überschritten werden. Die WHO schätzt, dass die Luftverschmutzung im Freien jährlich 4,2 Millionen Menschen das Leben kostet, jene in Innenräumen noch einmal 3,8 Millionen. Zum Vergleich: An der Covid-19-Pandemie starben seit 2019 laut der John-Hopkins-Universität geschätzte 4,4 Millionen Menschen.

Schlaining

Die im 18. Jahrhundert gegründete ehemalige Synagoge und das ebenfalls denkmalgeschützte Rabbinerhaus werden heute hergezeigt. Die Synagoge in Schlaining gilt heute als die besterhaltene Synagoge des Burgenlandes. Stadtschlaining hatte einst eine große jüdische Gemeinde mit rund 650 Mitgliedern. Im Laufe der letzten 150 Jahre schrumpfte diese allerdings kontinuierlich und 1938 wurden schließlich alle im Ort verbliebenen Juden vertrieben und ihr Besitz arisiert.

Roma

Es wird geschätzt, dass mehr als 7.000 Roma aus dem Burgenland in der NS-Zeit ermordet worden sind. Derartige Mordattacken gegen Roma gab es 1749 auch in Spanien. Die Anerkennung der österreichischen Roma und Sinti als Volksgruppe erfolgte erst am 16. Dezember 1993.

Das „Zigeuner-Anhaltelager“ Lackenbach im Bezirk Oberpullendorf wurde im November 1940 als Lager für österreichische Roma und Sinti errichtet, die in den umliegenden Betrieben auch Zwangsarbeit verrichten mussten. Von den mehreren tausend Häftlingen erlebten nur 300 bis 400 Menschen die Befreiung im April 1945. Viele Insassinnen und Insassen wurden in das Ghetto Litzmannstadt (Lodsch) im besetzten Polen deportiert und später im Vernichtungslager Kulmhof ermordet. Im Vernichtungslager Kulmhof im besetzten Polen wurden von den Nationalsozialisten Menschen mittels Gaswagen – umgebaute Kleinlastwagen, in die Auspuffgase eingeleitet wurden, ermordet.

Da die katholische Kirche versuchte, unpolitisch zu bleiben und sich mit den NS-Machthabern zu arrangieren, beschränkte sich Widerstand aus katholischen Kreisen auf Einzelpersonen.

Spektakelkultur

Zu den Salzburger Festspielen zieht es die Society-Reporter, wo sie dann über das modische Schaulaufen vor Premieren berichten, über „atemberaubende“ Roben etc., und die „Promi-Dichte“ analysieren.

Am 14. Juli 2021 fand im Steinbruch von St. Margarethen die Premiere von Giacomo Puccinis Oper „Turandot“ statt. Ein Boulevardblatt zitierte den künstlerischen Direktor Daniel Serafin: Herauskommen soll ein „Game of Thrones-Spektakel“. Der Begriff „Spektakelkultur“ ist daher durchaus angebracht. Die Tageszeitung „Der Standard“ erwähnte auch die „Anflüge von Martial-Arts-Filmen“ (Schwerttänzerinnen, Ninja-Krieger etc.) und schrieb über die Gesangeskunst der Sängerin Martina Serafin (elf Jahre ältere Halbschwester von Daniel Serafin) folgende Kritik : „... hatte Martina Serafin als Turandot vor allem mit den Höhen zu kämpfen, mit dem Ergebnis, dass vieles ohrenbetäubend laut und schrill klang“ (16. Juli 2021, S. 12). Auch der „Kurier“ schrieb über die Premiere, bei der Hans Peter Doskozil mit seiner Verlobten Julia Jurtschak mit Stefan Ottrubay auf einem Foto posierte, dass diese „schlicht ein Spektakel“ war, mehr nicht (18. Juli 2021, S. 10).

SPÖ

Auf der Grundlage des 1933 geschaffenen „*Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses*“ wurden während der NS-Zeit etwa 400.000 Menschen zwangssterilisiert und etwa 250.000 Menschen ermordet. Der *Sozialdarwinismus* ist aber kein Ungeisteskind des Faschismus und des Nazismus, er kam bereits im 19. Jahrhundert auf. Während die frühen Sozialdarwinisten *Herbert Spencer* und *Francis Galton* den Armen der damaligen Zeit die staatlichen Zuwendungen nehmen wollten, um ihnen die letzte Überlebensgrundlage zu entziehen, riefen sie für die Oberschicht nach dem Staat. *Francis Galton* prägte den Begriff *Eugenik*. Er war der Erste, der – lange vor *Thilo Sarrazin* – das Horrorszenario von der angeblichen Degeneration der Nation durch die angeblich falsche gesellschaftliche Fortpflanzung entwarf. *Ernst Haeckel* war ein früher Impfgegner. Er trat gegen die Pockenimpfung auf, da nun Tausende weiterleben würden, die auf Grund ihrer schwachen Konstitution zuvor gestorben wären. Der erste internationale *Eugenikkongress* fand 1912 in London statt. Der Gesundheitsstadtrat im Roten Wien, *Julius Tandler*, forderte in Aufsätzen und Vorträgen die „*Vernichtung unwerten Lebens*“. Im sozialdemokratisch regierten Schweden wurden bis 1976, häufig unter Einsatz von Zwangsmitteln, Menschen sterilisiert.

Hans Suchard (1893 – 1963) trat am 1. Jänner 1919 der Sozialdemokratischen Partei bei. Er war 12 Jahre lang SP-Landtagsabgeordneter im Burgenland. Dann wurde er begeisterter Nazi – in der „*Grenzmark-Zeitung*“ vom 9. Oktober 1938 begründete er in einem Artikel diesen Wechsel ausführlich, wetterte gegen die „*Juden mit ihren Plattfüßen*“, lobte Hitlers Machwerk „*Mein Kampf*“ über den grünen Klee etc. Nach ihm ist in Mattersburg noch immer eine Straße benannt.

Landeshauptmann Doskozil sagte in einem Interview mit dem *Weekend-Magazin* folgenden Satz: „*Leser, Bögl, Kery, Sinowatz, Sipötz, Stix und Niessl – diese Burgenländer sind für den bemerkenswerten Aufstieg mitverantwortlich*“. Leser war bekanntlich – siehe dazu die vor einigen Jahren erschienene Monographie eines burgenländischen Historikers über ihn – NS-verstrickt bzw. NS-Konfident.

Norbert Hofer nannte 2016 Manfred „*Odin*“ Wiesinger seinen „*Lieblingmaler*“. Dieser Maler aus Andorf bei Schärding malt Wehrmachtssoldaten mit Stahlhelmen, Burschenschafter mit Säbeln, er hat für rechtsextreme Medien wie „*Info-Direkt*“ und „*Aula*“ illustriert. Das Aussehen der

ehemaligen Rektorin der Akademie der bildenden Künste in Wien Eva Blimlinger kommentierte er wie folgt: „selten so ein hässliches und dummes Stück Fleisch gesehen“. Wiesinger wurde – mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ – in den Oberösterreichischen Landeskulturbeirat gewählt.

Die SPÖ Burgenland feiert im Jahr 2021 ihr 100-jähriges Bestehen. Gegründet wurde die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei für das Burgenland“ am 9. Jänner 1921 in Wiener Neustadt, erster Parteivorsitzender war Johann Fiala. Hans Bögl wurde 1964 zum ersten roten Landeshauptmann des Burgenlandes gewählt, auch dank der Stimme des (damals einzigen) FPÖ-Mandatars im Burgenländischen Landtag. Von 1966 bis 1987 regierte Theodor Kery. Auf ihn folgten Hans Sipötz (1987 – 1991), Karl Stix (1991 – 2000), Hans Niessl (2000 – 2019) und seit 2019 Hans Peter Doskozil.

Die drei Landeshauptleute der ÖVP waren Lorenz Karall (1946 – 1956), Johann Wagner (1956 – 1961) und Josef Lentsch (1961 – 1964).

Das Jahr 1921 und die Gewalt

In Pötttsching stürmte in der Nacht vom 11. auf den 12. November 1918 eine aufgebrachte Menge zum Hause des Notärs Josef Kranitz und beschoss es. Im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung von Pötttsching hatte er stets die Magyarisierungsbestrebungen vorangetrieben und war deshalb verhasst. Kranitz gelang aber die Flucht, seine Familie blieb verschont.

(aus einem Artikel der Historikerin Dr. Susanna Steiger-Moser in den „Pötttschinger Nachrichten“, Juli 2021)

Vielfalt in Bedrängnis

Juden und Roma wurden im Burgenland ausgerottet, die Zahl der Kroatinnen und Kroaten ist dramatisch geschrumpft. Das Sterben einer Sprache kann unterschiedliche Ursachen haben. Meist spielen Macht und Hierarchien jedoch eine zentrale Rolle. Allein der Status als Minoritätensprache

kann bewirken, dass die Mehrheitssprache als „*nützlicher*“ wahrgenommen wird, weil man sie für Schule, Arbeit oder Behördengänge brauchen kann. Sie wird mit Modernität und wirtschaftlichem Wohlstand assoziiert. Die Sprachdokumentation, eine Disziplin der Linguistik, bemüht sich, viele der bedrohten Sprachen zumindest zu dokumentieren. An der Universität Köln etwa werden große Sammlungen von Audio- und Videomaterial angelegt, die möglichst viele der verschiedenen Kontexte beinhalten, in denen eine Sprache gebraucht wird. Bei Forschungen zeigte sich, dass das ethnobiologische Wissen, etwa über Vogelarten und Nutzpflanzen, eng mit der Kompetenz in lokalen und regionalen Sprachen zusammenhängt.

Geschätzte 12.000 Sprachen waren seit den Anfängen der Menschheit über den Globus verteilt – ein immenser Schatz unterschiedlicher Sichten auf die Welt und ihre Geschichte. Viele Sprachen sind verloren gegangen. Es bedarf intensiver Bemühungen, das noch vorhandene kulturelle Sprachgut zu bewahren. Noch gibt es etwa 7.000 verschiedene Sprachen.

Seit 1700 Jahren sind Juden Teil der Geschichte des deutschsprachigen Raumes. Der verbrieftete Beweis dafür ist das Edikt Kaiser Konstantins aus dem Jahr 321 nach Chr., welches die Berufung von Juden als Stadträte im gesamten damaligen Römischen Reich erlaubte.

Assimilationsverbrechen

Die eigene Sprache erhalten zu können, wurde 1996 von der UNESCO als Menschenrecht anerkannt. Doch nach wie vor wird Assimilationsdruck ausgeübt.

Franz Liszt hat sich immer ethnisch als Ungar gefühlt, obwohl er das Kind deutschsprachiger Eltern war und nie der ungarischen Sprache richtig mächtig war, aber Ungarn hat ihn fasziniert und die ungarische Volksmusik gleichfalls.

Geschätzte 200.000 Familiennamen in Österreich – dazu zählt auch Doskozil – haben keinen deutschen Ursprung. Jeder / Jede Fünfte in Österreich trägt einen Familiennamen, der aus einem anderen Teil der Monarchie stammt. Familiennamen sind etwa 400 bis 500 Jahre alt, erst um 1600 wurden Familiennamen von Amts wegen eingefordert. Mittelalterliche Wurzeln haben die Namen

Amon und Salomon. Sie gehen zurück auf den Ambetman (= Amtmann) und den Salmann, welcher eine Art früher Notar war. Tschechische Namen sind Slavik (Nachtigall), Kafka (Dohle), Strnadt (Goldammer) und Sokol (Falke) bzw. Kos (Amsel). Herr Klestil hat etwas abgeschnitten, die Frau Smejkal etwas geschleppt, der Herr Zawinul etwas eingewickelt, und Doskozil bedeutet „herbeigesprungen“. Tichy ist „der Stille“ etc. Slowenische Namen sind etwa Pototschnig (der am Bach Wohnende, die deutsche Entsprechung ist Bacher), Aspernigg (Espe), Breznig (Birke) und Jamnik (Grube).

New Braunfels ist eine Kleinstadt in den USA, in der die Einheimischen deutscher Abstammung bis heute versuchen, ihre Version deutscher Kultur zu erhalten, das „Event“ des Jahres ist das „Wurstfest“. Hatte die Stadt Anfang der 1970-er Jahre 17.000 Einwohner/innen, sind es jetzt mehr als 80.000. Die deutschen Wurzeln von *New Braunfels* reichen zurück bis in das Jahr 1844. *Carl Prinz zu Solms-Braunfels*, auch „Texas-Carl“ genannt, kaufte dort damals Land .

„Nun ist aber die Sprache das große Band, das die Gesellschaft zusammenhält; ja, sie stellt auch den Weg dar, auf dem die Fortschritte der Erkenntnis von einem Menschen zum andern und von einer Generation zur andern überliefert werden.“ (John Locke)

Medienwüste Burgenland

In Oberösterreich gibt es derzeit vier „freie Radios“ und dazu noch „Dorf-TV“ als den „Community-Sender“. In keinem anderen Bundesland gibt es ein derart vielfältiges Angebot. Mehr als 50 Prozent der oberösterreichischen Haushalte empfangen mindestens ein „freies Radio“. Seit 2010 werden vom Bund Mittel aus dem „Fonds zur Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks“ zur Verfügung gestellt. Seit 2012 sind jährlich unverändert drei Millionen Euro geflossen. Bei

„freien Radios“ sind nicht „Message Controller“ am Werk, es gibt keine „Spin-Doktoren“, es werden auch Themen abseits des Mainstreams aufgegriffen.

In Tirol gibt es die *Tiroler Tageszeitung*, in Salzburg die *Salzburger Nachrichten*, die *Kleine Zeitung* in der Steiermark und in Kärnten, in Oberösterreich die *Oberösterreichischen Nachrichten*. In Oberösterreich gibt es noch das *Oberösterreichische Volksblatt*, die letzte klassische Parteizeitung in Österreich, sie gehört der Landes-ÖVP. Im Burgenland gibt es nur eine einzige Wochenzeitung (vorher gab es deren drei), und die gehört Niederösterreich und wird von St. Pölten aus gesteuert. Früher wurden in der Landeshauptstadt Eisenstadt an Sonntagen noch Boxen aufgestellt mit *Presse*, *Standard*, *Wiener Zeitung* – verschwunden aus dem öffentlichen Raum.

Pflege

Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland auf mehr als fünf Millionen anwachsen. Mit dem heutigen Gesundheitssystem ist diese Herausforderung nicht zu bewältigen. Beim „*Deutschen Pfl egetag*“ 2021 wurde vorgerechnet, dass bereits heute in Deutschland 200.000 Pflegekräfte in Krankenhäusern, Altenheimen und der ambulanten Pflege fehlen. Pflegedienste mussten schon wegen Personalmangel ihre Arbeit einstellen, auch Abteilungen von Krankenhäusern mussten schon schließen – die Präsidentin des „*Deutschen Pfl egerates*“ Christina Vogler führte etliche derartige Fälle an.

Pflege ist eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung, für die Lösungen gefunden werden müssen. Pflege ist aber auch ein qualifizierter Heilberuf, der hohe Kompetenzanforderungen an das Personal stellt. Die Bezahlung im Pflegebereich ist hingegen keinesfalls adäquat.

Laut einer Studie der AGES steigt die Anzahl der über 85-Jährigen in Österreich bis zum Jahr 2030 um knapp 45 Prozent. Das bedeutet, dass zusätzlich rund 34.000 Personen in Spitälern und in der häuslichen Pflege gebraucht werden. Rechnet man die anstehenden Pensionierungen im Pflegewesen hinzu, sind bis 2030 mehr als 75.000 neue Pflegekräfte notwendig. Das ist ein Bedarf,

der sich mit den rund 5.000 Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschul-Lehrgängen etc. sicherlich nicht decken lässt.

2017 waren 4,9 % der Menschen in Österreich lt. Statistik Austria 80 Jahre alt oder älter. 2050 werden es 11,1 % sein – also mehr als 1 Million Menschen.

60.000 bis 80.000 Personen, meist aus Rumänien (48 %) und der Slowakei (30,2 %), arbeiten derzeit in Österreich in der 24-Stunden-Betreuung, nur 15 bis 20 % von ihnen haben auch eine Ausbildung in der Pflege. 700 bis 800 Euro netto ist das höchst bescheidene Monatsgehalt. In Deutschland gibt es mit 80 Millionen Einwohnern 350 Agenturen, die den Rahm dieser ausgebeuteten und viel zu niedrig entlohnten, meist weiblichen (90 %), Arbeitskräfte abschöpfen, in Österreich mit knapp neun Millionen Einwohnern sind 900 (!) profitorientierte Agenturen in der Vermittlung dieser armen Pflegekräfte tätig.

Im Zuge der Debatte um die „*Pflegereform*“ wird immer wieder die Idee ventilert, das Pflegegeld abzuschaffen, das einen Beitrag zur Erhöhung der Selbständigkeit behinderter Menschen leisten soll. In Zukunft soll es nur mehr Sachleistungen geben, also eine Art „Pflegescheck“ für Hilfe in der Wohnung oder beim Einkaufen, der aber nur bei den Hilfsorganisationen der Parteien und Kirchen eingelöst werden kann. Das Ziel ist, den behinderten Menschen das Geld wegzunehmen und zu den parteinahen Organisationen wie Volkshilfe und Hilfswerk umzuschichten. Dort könnten dann noch mehr parteiabhängige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Pflegeroboter

Roboter sind heute in der Lage, beim Essen zu unterstützen, Wundversorgungen vorzunehmen, Bettenmachen zu bewerkstelligen etc. Auch Anrufe bei Ärzten können sie tätigen, wenn bestimmte gesundheitliche Parameter einen Grenzwert über- oder unterschreiten. Neue Technologien und der Einsatz künstlicher Intelligenz haben längst auch den Pflegebereich erreicht, vor allem in Japan und Korea. Derzeit ist die Akzeptanz von Pflegerobotern in Europa nicht besonders groß. In Österreich

gibt es das *Center for Human-Computer Interaction* an der Paris-Lodron Universität Salzburg. In dem vom Wissenschaftsfonds FWF geförderten, auf fünf Jahre angelegten Projekt *Caring Robots / Robotic Care* arbeiten erstmals alle an der Pflege beteiligten Gruppen zusammen. Wie kann die Robotik die Arbeit in der Pflege sinnvoll unterstützen? Soll man digitale Lösungen im Pflegebereich nur unter dem Aspekt der Effizienzsteigerung und des Ersatzes für vorhandene menschliche Arbeitskräfte sehen?

Triage

Es handelt sich bei der *Triage* um ein Allokationsproblem, welches es auch in anderen Bereichen gibt, etwa bei der automatisierten Einteilung von Arbeitssuchenden als Basis für die Freigabe von Förderungen, auch bekannt als „AMS-Algorithmus“. *Triage* nennt man die Einschätzung der Überlebenschancen von Patienten und Patientinnen mit lebensbedrohlichen Verläufen von Covid-19 zur Zuteilung von Intensivbetten. Hier unterstützen Algorithmen Ärztinnen und Ärzte, damit diese fundierte Entscheidungen zur Verteilung von Ressourcen treffen können. Die Patientinnen und Patienten werden nach der klinischen Erfolgsaussicht einer Intensivtherapie priorisiert. Das ärztliche Fachpersonal ist angehalten, eine solche Einschätzung mittels nachvollziehbarer Kriterien vorzunehmen und dabei beispielsweise auf den 4C-Mortalitäts-Score zurückzugreifen. Unterschiedliche Ergebnisse sind eindeutig auf Eingabeparameter rückführbar und ermöglichen so eine vergleichbare Bewertung der Erfolgsaussichten von Patientinnen und Patienten einer Intensivtherapie.

Bei einer völligen Überlastung von Spitälern sollen „Triage-Teams“ über Leben und Tod der Patienten und Patientinnen entscheiden. In Salzburg etwa ist vorgesehen, dass ein sechsköpfiges „*Triage-Team*“ (bestehend aus fünf Ärzten und einem Juristen) entscheiden soll, wer auf die Intensivstation darf und wer nicht. So will es die Geschäftsführung der Salzburger Landeskrankenhäuser – die Ärzte und Ärztinnen weigern sich aber, mitzumachen; mit der *Triage* würde die Politik nur die Verantwortung auf Ärzte abschieben, die dann als Einzelpersonen haften.

Aushöhlung der Demokratie

Die Hülle der formalen Demokratie bleibt aufrecht. Doch die Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Justiz, die Medienfreiheit und die Zivilgesellschaft werden systematisch geschwächt. Ungarn ist ein Paradebeispiel für diese Art des „*sanften Autoritarismus*“. Die Demokratie wird von innen ausgehöhlt, und zwar mit formal-demokratischen Mitteln. Es handelt sich nicht um Staatsstriche, es sind keine Panzer auf den Straßen. Liberale und demokratische Prinzipien werden fast unbemerkt, aber systematisch Stück für Stück abgetragen. Der Abbau sozialstaatlicher Leistungen vergrößert dazu noch die Schere zwischen Armen und Reichen. Das ist Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten, wie man bei der Brexit-Debatte sehen konnte. Ressentiments gegen Migranten oder die EU fallen auf fruchtbaren Boden, weil viele Leute das Gefühl haben, abgehängt worden zu sein.

Wahlergebnisse kommen durch gezielte Desinformation und Manipulationen nach dem Muster von *Cambridge Analytica* zustande. Es hat Demokratien nie gutgetan, dass etablierte Parteien versuchen, Rechtspopulisten rechts zu überholen. In der EU begann die Erosion der liberalen Demokratie dort, wo man nicht damit gerechnet hatte, nämlich nach der Wende von 1989 ausgerechnet in Polen und Ungarn, also in zwei Ländern, die nach ihrem EU-Beitritt massiv von den europäischen Strukturfonds profitiert haben. Die Demokratie wird schleichend abgebaut.

Religion spielt in der neuen ungarischen Verfassung eine Rolle, die 2012 von der Regierung Orban ausgearbeitet wurde. In der Präambel wird die „*Heilige Krone*“ Stephans I. als Symbol der Wahrung der historischen Kontinuität der Nation verehrt, und auch der „*Segen Gottes*“ erfleht. Ungarn gehört damit zu jenen wenigen Ländern in Europa, die einen Gottesbezug in der Verfassung haben. Das festgeschriebene Bekenntnis zur Familie sorgt für Unmut, weil die neue Verfassung die Gleichstellung der Ehe mit gleichgeschlechtlichen Gemeinschaften ausschließt.

Am 30. Jänner 1933 wurde Hitler zum deutschen Reichskanzler ernannt, nachdem die NSDAP bei den Reichstagswahlen über 33 % der Stimmen erhalten hatte. Innerhalb kurzer Zeit errichtete Hitler ein diktatorisches Regime, das schließlich in den Zeiten Weltkrieg und den Holocaust mündete und für insgesamt rund 50 Millionen Tote verantwortlich war.

Buschenschank

Kaiser Joseph II., der Sohn von Maria Theresia, schuf 1784 mit der sogenannten *Zirkularverordnung* die rechtliche Grundlage für diese Betriebe. Jedermann, der Lebensmittel, Wein oder Most selbst erzeugte, erhielt die Erlaubnis, seine Erzeugnisse zu selbst erstellten Preisen zu verkaufen, aber auch auszuschenken. 1883 wurde diese Verordnung durch ein Hofkanzleidekret erneuert, um Kontrollen durch die Behörden zu vereinfachen, ab 1883 wurden die Ausschänke anzeigepflichtig. Heute hat jedes Bundesland ein eigenes Buschenschankgesetz.

Im Burgenland mussten in den letzten Jahrzehnten viele Buschenschank-Betreiber aufgeben. Es wird eine Foto-Dokumentation entwickelt, welche diese aufgelassenen Buschenschank-Betriebe zeigt, versehen mit Begleittexten und Interviews.

Topotheken

Eine Topothek ist ein regional-historisches Nachschlagewerk, dessen Schwerpunkt auf der Sichtbarmachung von privatem historischen Material liegt. Man könnte sie auch als eine auf Fotos aufgebaute digitale Ortschronik bezeichnen. Rund 400 Topotheken gibt es derzeit in Österreich. Die erste Topothek entstand vor mehr als zehn Jahren in der Semmering-Gemeinde Breitenstein.

Topotheken sind in das Archivnetzwerk Icarus eingebunden. Icarus umfasst Archive und wissenschaftliche Institutionen in 34 europäischen Ländern, in Kanada und in den USA.

Im Jänner 2017 ging bereits die 100. Topothek – jene der Weinviertler Gemeinde Großengersdorf - online. Rund die Hälfte der 400 digitalen Bildchroniken stammt aus Niederösterreich. Wichtig ist die Ausstattung einer Topothek mit einer biografischen und einer zeitlichen Suchmöglichkeit sowie einer Schlagwortabfrage. Jedes Foto erhält eine Datierung. Man kann mittels eines Zeitschiebers das Jahr oder eine Zeitspanne eingeben. Dann werden alle in diesem Zeitbereich eingegebenen Fotos aufgerufen.

Der Boom der Regionalforschung ist ungebrochen. Zu den bereits existierenden Plattformen wie Matricula und Monasterium, die Tauf-, Trauungs – und Sterbedaten online einsehbar machen, gesellte sich 2010 eine eigene Plattform für Bildmaterial: die Topothek. Es wurde bereits das einmillionste Dokument eingestellt – ein Heimatschein von 1924 aus der Weinviertler Gemeinde Poysbrunn.

In Breitenstein am Semmering wurde im Jahr 2010 die erste Orts-Topothek gegründet. Dank der Eingliederung in das Archivnetzwerk Icarus wurde aus den österreichischen Regional-Datenbanken rasch eine internationale Plattform. Eine Million Einträge aus einer Vielzahl von Ländern sind mittlerweile verfügbar.

Im Burgenland gibt es (Stand: Oktober 2021) demgegenüber gerade einmal vier Toptheken, nämlich in Bad Sauerbrunn, Bocksdorf, Neusiedl am See und Parndorf. In Gattendorf soll eine Topothek entstehen, die Kosten dafür übernimmt die Gemeinde. Alte Bilder werden digitalisiert und für die Zukunft gesichert, damit Ortsgeschichten gemeinsam in Erinnerung behalten werden können.

Burgenland-Fehldeutungen im Überblick : I

Die Redakteurin der „Presse“ Karin Schuh ließ für einen 2021 erschienenen Artikel über die Kroaten im Burgenland Angehörige der seit dem Jahr 1964 existierenden Tamburizza-Gruppe Hornstein für ein Foto in ihre Trachten schlüpfen und mit ihren Musikinstrumenten posieren. Im Artikel findet sich dann folgender Unsinn:

Dazu kommt, dass die Sprache sehr veraltet ist. Manche vergleichen das Kroatisch der Burgenlandkroaten mit dem Deutsch von Walther von der Vogelweide. Viele neuere Wörter wie Waschmaschine müssen deshalb aus dem Deutschen entlehnt werden.

Tatsache ist, dass sich die meisten Kroatinnen und Kroaten des Burgenlandes mit Kroatinnen und Kroaten aus der Republik Kroatien völlig problemlos verständigen können, was vielfach belegt wurde durch TV- und Videoaufnahmen, die in Archiven lagern und abgerufen werden können. Aus

dem Deutschen muss gar nichts entlehnt werden, es sei denn, man will das absichtlich tun oder schert sich nicht um den korrekten Gebrauch der eigenen Sprache. In deutschsprachigen Medien liest man auch zunehmend von den „Kids“ statt von Kindern – niemand zwingt die Verfasser(innen), das Wort für Kinder aus dem Englischen zu entlehnen. Sie müssen dies nicht tun. Im Computer- und IT-Bereich ist die kroatische Sprache wesentlich weniger vom Englischen beeinflusst als das Deutsche und hat eine Vielzahl eigener Begriffe für sehr komplexe technische Zusammenhänge geschaffen. Im Deutschen weiß man nicht auf Anhieb, ob es sich um einen mütterlichen oder väterlichen Verwandten handelt, wenn vom „Onkel“ die Rede ist, im Kroatischen sofort. Konstrukte wie „Handschuh“ für ein einfaches Produkt benötigt das Kroatische nicht.

Burgenland-Fehldeutungen im Überblick: II

In der deutschen Wochenzeitung „DIE ZEIT“ erschien 2021 ein Reisebericht von Robert Misik, der durch das Burgenland gefahren war. Richtig erfasst hat er die Ästhetik des Shopping-Outlet-Centers in Parndorf „... wurde eine eigene Shopping-Kleinstadt aufgebaut, die an Westernstädte aus Plastik in Themenparks erinnert“.

Zwar ist es richtig, dass das Burgenland 1921 als „Armenhaus“ zu Österreich gekommen ist, aber damals gab es genug Regionen in Österreich, die noch ärmer oder genauso arm waren wie das Burgenland, etwa Osttirol, das Waldviertel etc. Die Analphabetenquote war in den angrenzenden Bezirken der Steiermark 1921 und auch vorher größer als im heutigen Südburgenland. Es gab vor 1921 auch viele wohlhabende Personen, die Autobiographien verfasst haben, und auf dem Gebiet des heutigen Burgenlandes gelebt haben. Es gibt viele Gebiete der ehemaligen Habsburgermonarchie, die eine weit höhere Auswanderungsquote aufwiesen als das heutige Burgenland, etwa die dalmatinischen Inseln.

Für Robert Misik ist Neudörfl an der Leitha eine Stadt – sie ist es aber nicht und war es auch nie. Er schreibt: „Vor ein paar Jahren war Posch in allen Medien, weil das in Neudörfl mit der Flüchtlingsaufnahme so gut funktionierte.“ Gemeint ist der Bürgermeister dieser Marktgemeinde, der auch Landtagsabgeordneter der SPÖ ist, also Dieter Posch. Misik nimmt Bezug auf das

„*Flüchtlingsheim im Ort*“, wodurch der Eindruck erweckt wird, es handle sich dabei um eine Gemeindeeinrichtung. *Tatsächlich* ist es aber eine am äußersten Ortsrand von Neudörfel gelegene Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge, die der Caritas Wien gehört und von dieser auch finanziert und betrieben wird. Wenn Misik vermeint, auf den nationalen Minderheiten im Burgenland laste heute kein Assimilationsdruck mehr (gestützt wird diese Behauptung auf Gespräche mit nur zwei Personen!), so irrt er gewaltig – es gibt derzeit laufende Vertragsverletzungsverfahren deswegen in Brüssel mit einer Vielzahl an vorgelegten Beweisunterlagen.

Flüchtlinge

Im Jahr 2015 kamen allein über den Grenzübergang Nickelsdorf 300.000 Flüchtlinge nach Österreich. Das Rote Kreuz war bei der Bewältigung dieser Krisensituation eine wesentliche Stütze. Der Einsatz direkt an der Grenze, die Versorgung der Menschen in den Transitquartieren und die Betreuung in den Asylunterkünften beschäftigten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Roten Kreuzes über Wochen hinweg. Der „Flüchtlingsbrennpunkt“ an der Grenze war jedoch auch für die Gemeinde Nickelsdorf eine gewaltige Herausforderung.

2021: „*Der Spiegel*“ untersuchte „*Pushback-Spots*“ in Griechenland und Kroatien mit gesteuerten Drohnen über Grenzgebieten, Satellitenaufnahmen und Videoclips von Flüchtlingen wurden ausgewertet. Die Journalisten verfolgten die digitalen Spuren von verummten Männern, die dann mit ihren Schlagstöcken auf Instagram und Facebook posierten (vgl. Nr. 41/ 9. 10. 2021). Diese illegalen „*Pushbacks*“ von Flüchtlingen über die EU-Grenze hinaus wurden von Polizisten durchgeführt, die für diese von oben angeordneten „*Sondereinsätze*“ extra Geld bekommen haben. Hundebisse, Elektroschocks, verletzte, blutende, misshandelte Flüchtlinge, Schutzsuchende, die wieder auf dem Meer ausgesetzt wurden. Befehle wurden nur mündlich weitergegeben, schriftliche Dokumente gab es nicht, doch die Beweise waren nicht mehr zu unterdrücken, deutsche Investigativjournalisten verstehen ihr Handwerk.

In der EU wird eine sehr kontroverse Migrationsdebatte geführt, über die Streitfrage der „gerechten Flüchtlingsverteilung“ gab und gibt es keine Einigkeit. Polen errichtet wie Litauen einen Zaun an seiner Grenze zu Belarus. Österreichs neuer Bundeskanzler Alexander Schallenberg forderte die EU-Kommission dazu auf, derlei Vorhaben finanziell zu unterstützen. Diese hat aber schon mehrfach erklärt, *keine* physischen Barrikaden zu finanzieren.

Verfolgt werden und wurden etwa schiitische Afghanen, die der Volksgruppe der Hazara angehören, und zwar von den sunnitischen Taliban, die Paschtunen sind.

Europapolitik

Es gibt eine „Österreichische Gesellschaft für Europapolitik“, die im Jahr 2021 ihren 30. Gründungstag feiert. Inmitten des eskalierenden Streits mit Polen hat der Präsident des Europäischen Gerichtshofes der EU in Luxemburg, Koen Lenaerts, den Stellenwert der Rechtsstaatlichkeit hervorgehoben. „*Rechtsstaatlichkeit bedeutet sehr viel in der EU, eigentlich fast alles*“, sagte der Belgier. „*Die Mitgliedstaaten vertrauen einander, dass sie diese Werte teilen. Nur so kann der gemeinsame Rechtsraum funktionieren.*“ Dazu gehört auch der „Anwendungsvorrang“ des EU-Rechts. Das polnische Verfassungsgericht hatte jüngst nämlich erklärt, dass dieser „Anwendungsvorrang“ vor der Landesverfassung nicht gelte.

Österreich ist bei der nationalen Umsetzung von EU-Recht säumig: Insgesamt laufen nach einer *parlamentarischen Anfragebeantwortung* (Stand: 2021) gegen Österreich derzeit 81 Vertragsverletzungsverfahren, weit mehr als gegen die meisten anderen EU-Mitglieder. Gegen Dänemark sind nur 32 Verfahren anhängig, gegen das benachbarte Ungarn 58.

In Wien ist die *Agentur der EU für Grundrechte (FRA)* beheimatet. In ihrem zum Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 2021 veröffentlichten *Antisemitismus-Bericht* hält sie fest, dass 83 Jahre nach den Novemberpogromen des Jahres 1938 Antisemitismus noch immer ein im Alltag präsent Thema ist. Im Jahr 2020 wurde in Österreich ein Höchstwert an gemeldeten

antisemitischen Vorfällen (einschließlich antisemitischer Texte und Zeichnungen aus Österreich im Internet) erreicht, nämlich: 585.

Smart Schools

Bei *Smart Schools* geht es um keine 1:1-Übersetzung vom Analogen ins Digitale. Es werden vielmehr Schulen als *Smart Schools* in Deutschland ausgezeichnet, deren Konzepte auf drei Säulen fußen: erstens auf der IT-Infrastruktur mit WLAN, Cloud- oder Serverlösungen und digitalen Endgeräten. Zweitens dem pädagogischen Medienkonzept mit kollaborativen und interaktiven Lernformen. Und drittens regelmäßige Lehrkraftfortbildung mit dem Schwerpunkt Digitalisierung. Mit der Initiative möchte der IT-Verband *Bitkom* modellhaft im Praxisbetrieb zeigen, wie zeitgemäßer Unterricht funktionieren kann, und dadurch die Digitalisierung an deutschen Schulen voranzutreiben. Inzwischen hat der Verband *Bitkom* 81 Einrichtungen gekürt – darunter Grundschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Berufsschulen.

Die Rechtschreibkünste der Jugend werden immer schlechter. Anhand von Abituraufsätzen aus den Jahren 1948 bis 2018 haben zwei deutsche Erziehungswissenschaftler (Kristian Berg, Jonas Romstadt) nachgewiesen, dass die Kompetenz, etwa an den richtigen Stellen ein Zeichen zu setzen, zurückgegangen ist, und zwar konstant. Die Diskussion um den Stellenwert der Bildung wird in Deutschland intensiver und fokussierter geführt als in Österreich.

In Österreich gibt es, im Gegensatz zu Deutschland, auch keine ausgefeilten Konzepte, was unter einer *Smart School* zu verstehen ist und wie man sie konsequent fördert.

Schlussfolgerungen

Die US-Sicherheitsdienste haben 2021 erstmals einen eigenen Bericht zur Klimakrise erstellt, dies unter dem Namen „*Climate Change and International Responses – Increasing Challenges to US National Security Through 2040*“. Geopolitische Spannungen werden mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zunehmen. Weite Teile Afrikas und Asiens werden ein deutlich heißeres Klima als bisher haben. Die globalen Temperaturen sind seit vorindustrieller Zeit (Ausgangspunkt ist das Jahr 1850) um 1,1 Grad Celsius gestiegen und werden um das Jahr 2030 um weitere 0,4 Grad steigen. Damit wird das Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 verfehlt. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts werden sich die Treibhausgase in der Atmosphäre verdoppeln. Zwei Grad Celsius mehr bedeuten, dass 37 Prozent der Weltbevölkerung extremer Hitze (alle fünf Jahre) ausgesetzt wird. Heute sind dies „nur“ fünf Prozent der Weltbevölkerung alle 20 Jahre. Geht der Trend weiter, ist bis zum Ende dieses Jahrhunderts eine Erwärmung von sechs Grad wahrscheinlicher als eine um „nur“ drei Grad.

Zukunftsplan Burgenland – inhaltlich teilweise dürftig

Der „*Zukunftsplan Burgenland*“ umfasst 128 Seiten, ist als Broschüre veröffentlicht worden und wurde am 27. September 2020 von Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil und den übrigen vier Mitgliedern der Landesregierung eigenhändig unterfertigt; unter diesen Mitgliedern befand sich auch noch der wegen Annahme eines Goldgeschenkes der im Konkurs befindlichen Commerzialbank zurückgetretene Landesrat Christian Illedits unseligen Angedenkens. Als Herausgeberin dieses „*Zukunftsplans*“ fungiert die „*Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit*“ im Amt der Burgenländischen Landesregierung – er trägt den Untertitel „*Arbeitsprogramm der Burgenländischen Landesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode 2020 bis 2025 des Burgenländischen Landtages*“.

Bei der Landtagswahl am 26. Jänner 2020 erhielt die SPÖ im Burgenland 49,9 % der gültigen Stimmen und erzielte damit die absolute Mandatsmehrheit. Der „*Zukunftsplan*“ besteht im

Wesentlichen aus einer Aneinanderreihung von Schlagwörtern, Phrasen, Wunschvorstellungen und Allgemeinplätzen wie „um das Burgenland in noch mehr Bereichen ganz nach oben zu bringen“, jeder im Burgenland soll „gut und sicher leben können“ etc. Wer will das nicht, wer verspricht das nicht (auch)? Probleme wie der „Fachkräftemangel“ werden zwar als solche erkannt, aber nicht mit belastbaren Statistiken unterlegt. Hingewiesen wird zwar auf das „Thema leistbares Wohnen“, welches es in ganz Österreich (leider) nicht gibt (siehe die in dieser Schrift im Detail angeführten vielen Statistiken), ohne aber zu erwähnen, dass das Land Burgenland nach der Bundesverfassung gar keine Kompetenz hat, dieses „Thema“ zu lösen. Es ist zwar viel die Rede vom Burgenland als „europaweiter Modellregion“, vom Burgenland als „Bioland Nr. 1“ und von der „Vorreiterrolle des Burgenlandes beim Klimaschutz“ - auch hier fehlt, was bezeichnend ist, jeglicher sofort überprüfbarer Verweis auf europaweite bzw. nationale Rankings, etwa in Form von Fußnoten oder im Anhang. Würde es nämlich immer diesen Verweis in den Texten geben, wäre es nämlich den Leserinnen und Lesern schnell klar, dass viele dieser Selbstlob-Behauptungen gar nicht stimmen und/oder krass übertrieben sind.

Unter der Rubrik „Europa und internationale Beziehungen“ (S. 104 ff.) ist zwar davon die Rede, dass das Burgenland möglichst „weitere EU-Fördermittel lukrieren“ und „aktive Nachbarschaftspolitik“ betreiben will, es wird aber nicht über den Tellerrand der EU geblickt – es fehlen, entgegen dem plakativen Titel, Statements zu den „internationalen Beziehungen“ bzw. überhaupt zur „Entwicklungspolitik“, was einen wesentlichen Mangel dieses „Zukunftsplans“ darstellt, wenn man bedenkt, dass die größten Probleme der EU – etwa der *hohe Migrationsdruck* – nicht innerhalb der EU entstanden sind, sondern von außerhalb der EU kommen und auf diese massiv einwirken.

Burkina Faso ist ein afrikanischer Staat – bis 1984 wurde der Name *Republik Obervolta* verwendet, den es als französische Kolonie erhielt – mit rund 20,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Beim „*Human Development Index*“ rangiert das Land auf Platz 182 (von 189), Österreich auf Platz 18. Das jährliche *BIP pro Kopf* (2020) beträgt nur 830,9 US-Dollar (Österreich: 48.105,4 USD). Nach Informationen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen befinden sich in diesem ohnehin sehr armen Staat rund 1,2 Millionen (!) Binnenflüchtlinge, für die er Sorge zu tragen hat. Schulen stehen im Visier von islamistischen Terroristen, Schulgebäude werden abgebrannt, damit Mädchen dort nicht unterrichtet werden können – diese Terrorgruppen werden aus dem arabischen

Raum finanziert; in Afrika stehen heute moderne Moscheen (etwa in Malawi) in Landstrichen, wo es früher nie welche gab. Dazu kommt, dass in der Sahelzone, welche sich über elf Länder erstreckt, die Wüstenbildung erheblich fortschreitet. An den immer rarer und unergiebig werdenden Wasserstellen geraten zunehmend arme Fischer und arme Viehhirten aneinander.

Der Landeshauptmann wäre gut beraten, sich einmal länger mit Burgenländerinnen und Burgenländern zusammenzusetzen, die ihm aus eigenem Erleben über Länder wie Mali, Niger, Burkina Faso etc. berichten können - und die „Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit“ anzuweisen, diese Erfahrungsberichte dann zu verarbeiten und zu verbreiten.

Im „Zukunftsplan Burgenland“ findet sich *nichts* zum Thema „Entwicklungspolitik“, was eine Schande ist. Auch die gesamte bisher betriebene österreichische „Entwicklungspolitik“ ist eine große Schande.

Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen: Für unsere Schokolade müssen noch immer rund 1,5 Millionen Kinder (!) unter ausbeuterischen Verhältnissen auf westafrikanischen Kakaopflanzungen schuften, obwohl die Problematik seit mehr als 20 Jahren bekannt ist. Die Kinderarbeit auf dieser Welt hat nicht abgenommen, sondern nimmt laufend zu. In Frankreich wurde bereits 2017 mit dem „loi de vigilance“ das erste Lieferkettengesetz verabschiedet, der deutsche Bundestag zog im Juni 2021 nach. In Österreich tut sich auf diesem Gebiet – nichts.

Die „Konfliktmineralienverordnung“ soll sicherstellen, dass durch den Verkauf von Gold, Zinn, Tantal und Wolfram keine bewaffneten Konflikte finanziert werden. In Deutschland kann ein Verstoß gegen diese Verordnung bis zu 50.000 Euro kosten, in Österreich beträgt die Maximalstrafe lächerliche 726 Euro. So schützt man keine Kinder im globalen Süden vor Ausbeutung und Gesundheitsschädigung!

Die Gewinnung von Lithium und Kobalt, wichtige Grundstoffe für Akkus, ist aufgrund der Abbaumethoden in Verruf geraten. In Chile etwa wird Lithium in der Atacama-Wüste aus dem salzhaltigen Grundwasser gewonnen, das in großen Mengen in Verdunstungsbecken gepumpt wird. Dadurch sinkt der Grundwasserspiegel. Hauptlieferant von Kobalt ist die Republik Kongo, hier ist vor allem die Kinderarbeit im Kleinbergbau in der Kritik, aus dem rund 16 % des Kobalts stammen.

Auch Akkus für Handys und Laptops machen einen großen Teil des Bedarfs aus (2017: 36 % der Kobaltförderung).

Der „*Zukunftsplan Burgenland*“ versagt bei den Themen *Klimaschutz* (S. 37) und beim Thema *Bildung* (S. 61) – es geht nicht nur um den (nützlichen) „*Schüleraustausch*“ auf der Ebene der Europäischen Union, viel wichtiger ist die Verankerung des globalen Lernens im Sinne der richtigen Erfassung globaler Zusammenhänge. Da herrscht ein massives Defizit. Beim *Klimaschutz* setzt das Land auf eine Politik „*ohne Verbote*“ und auf „*positive Anreize*“. Diese Politik stellt letzten Endes eine gefährliche Fehlentwicklung dar, wer sie befolgt, befeuert nur die globale Klimaerwärmung, denn ohne zielgerichtete Verbote lässt sich diese nicht stoppen.

Stichwort globales Lernen: Europas Autoindustrie zerstört Wälder im globalen Süden. Was haben Kühe, die in Paraguay auf illegal gerodetem indigenen Land weiden, mit unseren Autositzen zu tun? Einiges! Schließlich gehen rund 60 Prozent der Kuhlederexporte aus zerstörten paraguayischen Wäldern nach Europa. Das zeigt die Studie „*Grand Theft Chaco*“ der britischen NGO *Earthsight*. Untersucht wurde, wie der Lederkonsum der europäischen Autoindustrie mit der Waldrodung im paraguayischen *Grand Chaco* zusammenhängt. Entlang der Leder-Lieferkette wird deutlich, dass es nicht reicht, nur die unmittelbaren Zulieferer im Blick zu haben! Derartige *globale Zusammenhänge* müssten im Unterricht dargestellt und erläutert werden, unser derzeitiges Bildungssystem versagt da komplett!

Wer vermeint, der globalen Klimaerwärmung „*ohne Verbote*“ beikommen zu können und ganz im neoliberalen Sinn nur oder hauptsächlich auf „*positive Anreize*“ setzt, der hat weder die Ursachen der Klimaerwärmung verstanden noch besitzt er die Fähigkeit, diese erfolgreich zu bekämpfen! Auch freiwillige „*Selbstverpflichtungen*“ von Unternehmen sind bisher fulminant gescheitert. Sonst wären wir nicht dort, wo wir jetzt sind!

Es bedarf dringend der Erlassung vieler Verbote, und wer auf klimaschädliche Angewohnheiten partout nicht verzichten will, gehört streng bestraft. Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Kohlendioxid gilt als das klimaschädliche Treibhausgas schlechthin. Mit einem einfachen Flug von Wien nach Berlin stößt eine Person bereits rund 130 Kilogramm Kohlendioxid aus, mit der Bahn

wäre es nur ein Zehntel. Fazit: *Kurzstreckenflüge* gehören verboten! Niemand braucht *klimaschädliches Plastikspielzeug* für Kinder aus Fernost – sein Verkauf in Österreich gehört sofort verboten. Es gibt genug heimische Hersteller, die pädagogisch wertvolle und ökologisch einwandfreie Spielwaren produzieren. Das traditionsreiche Holz-Konstruktionsspielzeug *Matador* etwa wird in Waidhofen an der Thaya gefertigt und in die ganze Welt verschickt – es hat einen garantiert 100 % Anteil an Hartholz (heimische Rotbuche, die in Österreich und Europa in Fülle vorhanden ist). Tetrapak punktet gegenüber Wegwerf-Flaschen durch geringeres Eigengewicht, das einen umweltfreundlicheren Transport ermöglicht, und einfacheres Recycling. Wegwerfartikel gehören verboten!

Die bunte Artenvielfalt unserer Natur hängt maßgeblich von der Biene ab: Rund ein Drittel unserer Lebensmittel – darunter zahlreiche Gemüsesorten und Früchte – ist auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Doch Monokulturen und der Einsatz von Pflanzen- und Insektengiften führen sukzessive zu einem Rückgang der Bienenpopulationen auch in Österreich. Die Biene leistet mit der Bestäubung eine unersetzliche Arbeit, Monokulturen und der Einsatz von giftigen Spritzmitteln bedrohen die Biene. Glyphosat etwa hat fatale Wirkungen. Hätte man die Anlegung von Monokulturen rechtzeitig unterbunden und verboten, stünden wir nicht vor einem Klimakollaps! Dasselbe gilt für giftige Vernichtungsmittel gegen Insekten! Die Landwirtschaft ist ein Haupttreiber der Biodiversitätskrise. Die Populationen an Feldvögeln und Wiesenschmetterlingen haben seit 1990 in Österreich drastisch abgenommen. Pestizide machen Insekten den Garaus, diese fehlen dann den Vögeln zum Fressen. Schmetterlinge finden auf eintönigen riesenfeldern ohne Hecken und Raine weder genug Futter noch Unterschlupf.

Wohin hat das Prinzip „ohne Verbote“ geführt? Hitzewellen, Dürren und Starkregen werden häufiger und heftiger, zeigt der neueste Weltklimabericht, an dem auch Experten und Expertinnen der Universität Graz mitgearbeitet haben. Eine rasche und drastische Reduktion der Treibhausgase ist unabdingbar, um katastrophale Folgen des Klimawandels einzudämmen, zeigen die Prognosemodelle des *Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel* der Universität Graz. Auf klimaschädliche Angewohnheiten verzichten? Soja, für das der Regenwald abgeholzt wird, oder Mandeln aus Monokulturen sind extrem problematisch. *Fleisch fasten* wäre bei uns dringend angesagt: Es ist nicht nur das Methan, das Rinder freisetzen, auch die Futtermittel-Produktion verursacht Unmengen an schädlichen Emissionen. Damit ist der Fleischkonsum – Österreich liegt

mit 5,9 Tonnen im Leben jeder Person auf Platz 15 weltweit – ein entscheidender Faktor für den Klimawandel.

Bisher werden nur zwei Prozent aller Dächer in Österreich für Solarstrom genutzt. Oft schrecken die hohen Investitionskosten ab.

2021 gab es einen Tornado, der knapp hinter der Grenze zu Niederösterreich in Südmähren mit einer Geschwindigkeit von gut 300 km/h eine 25 Kilometer lange und 4 Kilometer breite Spur der Verwüstung gezogen hat. Das sollte eigentlich aufrütteln. Sechs Tote, Hunderte Verletzte und fast ein Dutzend Dörfer, die teils bis auf die Grundmauern zerlegt wurden, ließ er zurück. Hagelkörner sind oft schon so groß wie Tennisbälle. Es prasselt Hagel vom Himmel, dass die Straßen weiß sind und Schneepflüge ausrücken müssen. Die eisigen Bälle durchlöchern Dächer und zerfetzen Schutznetze. All das wird künftig häufiger und stärker werden.

Compuritas ist ein österreichischer Pionier im Bereich *Re-Use* von Computern und Notebooks. Das 2009 gegründete Grazer Unternehmen profitiert davon, dass der Markt für gebrauchte und generalüberholte PCs und Laptops ständig im Wachsen ist - „*Computer-Refurbishing*“ ist das Schlagwort. Derartige Initiativen gibt es im Burgenland nicht.

Wien und das Burgenland

Wenig Erspartes und hohe Immobilienpreise machen jungen Menschen die Finanzierung einer Eigentumswohnung in Wien schwer. Die Preise für Eigentumswohnungen in Wien sind in den letzten Jahren regelrecht explodiert. Im Jahr 2008 lag der Quadratmeterpreis bei Neubauwohnungen bei 2800 Euro, heute liegt man bei 5100 Euro im Schnitt. Bei allem, was nicht Neubau ist, ging es von 2100 Euro auf 4000 Euro. Die Wohnungen schrumpfen, werden aber teurer. Das belegen Daten der Bauträgerdatenbank *Exploreal*. Demnach sind die Preise für Wohnungen direkt vom Bauträger in Wien seit Anfang 2021 noch einmal um fast zehn Prozent gestiegen. Für eine Wohnung sind in Wien im Schnitt 399.000 Euro nötig, in Niederösterreich sind es knapp 280.000. Nach einer Studie

des Instituts für Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität Wien haben sich die Bodenpreise in Wien in neun Jahren mehr als verdoppelt, zwischen 2010 und 2019 gab es einen Anstieg um 124 Prozent.

Derzeit leben 1.920. 949 Menschen in Wien, davon 51,2 % Frauen. Bis 2048 soll die Zahl auf 2,2 Millionen steigen. Es ist dadurch zu einem Bauboom gekommen. Wien ist seit 2011 um 218.094 Personen gewachsen, das ist ein Wachstum von + 12,8 %. Wien übt eine gewaltige Sogwirkung auf das Burgenland aus, insbesondere auf junge Familien. 94 % aller Kindergartenkinder besuchen Einrichtungen, die ganztägig geöffnet sind. Der Bio-Anteil an der Verpflegung in Wiener Kindergärten und Pflichtschulen liegt schon bei 50 %. Rund 50 % der Wiener Stadtfläche sind Grünland, es gibt 1.000 öffentliche Trinkbrunnen in Wien und 995 städtische Parks.

In Wien lebt es sich gut. Die internationale Beratungsagentur *Mercer* analysiert in ihrem Ranking die Lebensqualität von mehr als 450 Städten auf der ganzen Welt. Dabei rangierte Wien zehn Mal in Folge an der Spitze.

Das weltweit tätige Pharmaunternehmen *Boehringer Ingelheim* eröffnete am 6. Oktober 2021 an seinem Standort in Wien Meidling eine neue biopharmazeutische Produktionsanlage – das Werk schafft 500 neue Arbeitsplätze und stellt mit 700 Millionen Euro die größte Einzelinvestition in der Geschichte des Unternehmens dar. Im Jahr 2020 haben sich 218 ausländische Betriebe, 92 davon aus dem Industriebereich, in Wien angesiedelt. In Wien gibt es einen sehr gut ausgebildeten Sektor industrienaher Dienstleister wie Rechtsanwälte, Werbeagenturen, Projektmanager usw., der über eine sehr hohe Kompetenz in Sachen „*Expansion nach Osteuropa*“ verfügt. Von Wien aus lassen sich auch Arbeitskräfte aus osteuropäischen Städten leichter rekrutieren.

Es wäre spannend, die vielen Wechselbeziehungen zwischen Wien und dem Burgenland einmal eingehend zu untersuchen: Einerseits zieht die Bundeshauptstadt vor allem junge Menschen aus dem Burgenland wegen ihres großen Arbeitsplätzeangebots an, die dann aber im Burgenland fehlen und den burgenländischen Dörfern oft den Charakter von „*Senioreniedlungen*“ geben; andererseits ziehen viele Menschen aus Wien weg in das Burgenland, weil hier die Wohnbauförderung besser ist als in Wien und die Bodenpreise (noch) wesentlich günstiger sind als in der Großstadt „*vor der Haustür*“.

Burgenland und Kärnten

Die beiden Bundesländer wurden und werden seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie politisch beherrscht, in jedem dieser beiden Bundesländer ist seit Jahrhunderten eine slawische nationale Minderheit beheimatet. Das wären die zwei wesentlichen gemeinsamen Berührungspunkte. Hinzufügen kann man noch, dass auch die Protestanten in Kärnten, ebenso wie im Burgenland, im Bundesländervergleich relativ zahlreich und daher das Land prägend waren und auch sind.

Der emeritierte Universitätsprofessor (Wien) *Dr. Rudolf de Cillia* hat darauf hingewiesen, dass das einst so *vielsprachige* Österreich mittlerweile zu der „*Republik Deutschösterreich*“ geworden bzw. verkommen ist, welche die „*Gründungsväter*“ der Ersten Republik einst so gerne gehabt hätten – nur haben die Vertragspartner von St. Germain im Jahr 1919 dem Ansinnen damals aus guten Gründen nicht zugestimmt.

8.796 Einbürgerungen gab es 2020 in Österreich. Bis zum Jahr 1998 kam man ganz ohne Nachweis von Deutschkenntnissen aus, ohne dass die Zweite Republik implodiert oder explodiert wäre. Erst mit dem zunehmenden Ankommen des *Rechtspopulismus* in Österreich in der Mitte der Gesellschaft, dem sich sowohl die SPÖ als auch die ÖVP aus machttaktischen Überlegungen gänzlich ungeniert angebediert haben, kam es zu sukzessiven Verschärfungen: Zunächst 1998 noch in einer „*sanften*“ Bestimmung („*den Lebensumständen entsprechende Kenntnisse der deutschen Sprache*“ wurden verlangt), dann mussten ab 1. Jänner 2006 Kenntnisse der deutschen Sprache auf dem Niveau A2 des *Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen* (GER) nachgewiesen werden, ab 1. Juli 2011 auf dem Niveau B1. Dann wurden *Zwangsprüfungen* eingeführt, die nicht nur wenig literalisierte Menschen mit geringem Bildungsniveau und mit Testängsten von vornherein von der österreichischen Staatsbürgerschaft ausschlossen, sondern die für viele Staatsbürgerschaftsbewerber/innen auch eine große finanzielle Belastung darstellen.

Man gewinnt unweigerlich den Eindruck, dass de facto bzw. in der politischen Lebensrealität „*Deutschnationalismus*“ zum *ungeschriebenen* Parteiprogramm der österreichischen Parteien zählt. Wenn sich nur deutschsprachige Wiener/innen auf in Bauland umgewidmeten Äckern von ÖVP-Bauern mit Verwandten im Gemeinderat in kroatischen Gemeinden des Burgenlandes ansiedeln, zeigen sie, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, weder Interesse an der kroatischen Sprache und ihrer Erlernung (trotz vorhandener Angebote) noch scheren sie sich viel um „*Integration*“ in die ursprünglich vorhandene, alteingesessene kroatische Dorfgemeinschaft. Dafür gibt es eine Vielzahl empirischer Belege.

Der Kärntner Landeshauptmann *Peter Kaiser* wurde 1958 in Klagenfurt geboren. Mit elf Jahren verlor er seinen Vater, einen Polizisten, seine Mutter musste putzen gehen, um die Familie erhalten zu können. Mit 14 Jahren trat er der Sozialistischen Jugend bei. Mit 30 Jahren zog er 1989 als jüngster Abgeordneter in den Kärntner Landtag ein. In diesem Jahr verlor die SPÖ erstmals seit 1945 die absolute Mehrheit in Kärnten, *Jörg Haider* wurde Landeshauptmann. *Gerhard Dörfler* als *Haiders* Verkehrslandesrat montierte, auf Fotos zu sehen, zweisprachige Schilder ab.

Peter Kaiser bezeichnet sich selbst als „*Slawophilen*“, hat in seinem Büro abstrakte Gemälde von Kärntner Slowenen hängen und schrieb die Slowenen als autochthone Volksgruppe in der Verfassung fest. 2018 verpasste die SPÖ mit 47,8 Prozent nur knapp die absolute Mehrheit. Kärnten ist „*halb protestantisch, halb katholisch geprägt*“. So steht es im Porträt Peter Kaisers, welches in der deutschen Wochenzeitung DIE ZEIT erschienen ist (9. September 2021, S. 20).

Eine Passage aus diesem Porträt ist sehr interessant:

„*So mancher Genosse schlug verzweifelt die Hände über dem Kopf zusammen, wenn Kaiser bei einer Rede ein paar Brocken Slowenisch rezitierte.*“

Die politischen Eliten sowohl in Kärnten als auch im Burgenland bezeichnen sich sehr gerne selbst als „*weltoffen*“, sind es aber, bei Licht betrachtet, keinesfalls: Es gibt kein einziges Mitglied der derzeitigen Burgenländischen Landesregierung, das in der Lage wäre, eine Ansprache auf Kroatisch oder Ungarisch, von Roman (Romanes) ganz zu schweigen, zu halten. Die EU empfiehlt offiziell in

einer Vielzahl von kultur- und bildungspolitischen Dokumenten, dass man neben der Muttersprache eine Weltsprache (zumindest eine) erlernt, dazu noch die Sprache eines *Nachbarlandes*. Die Regierungsmitglieder sowohl im Burgenland als auch in Kärnten sind auf diesem Gebiet keine Vorbilder, die sie eigentlich sein sollten. Von „*Brockenslawophilen*“, die in Vorwahlzeiten mal da mal dort ein slowenisches oder kroatisches Wort fallen lassen, halten die Angehörigen der nationalen Minderheiten – nichts.

Zuwanderung

Um die Bevölkerung Österreichs konstant zu halten, braucht das Land nach dem Sozialforscher Bernd Marin 21.600 und um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren 44.000 Netto-Zuwanderer pro Jahr. Um langfristig die Pensionen zu sichern, bräuchte es laut Marin 225.000 Netto-Zuwanderer jährlich bis 2030.

Auch in Deutschland bedarf es der Migration, will man Erreichtes erhalten. Es handelt sich, genauso wie bei Österreich, eigentlich um nichts anderes als – schlichte Mathematik. Man tut einiges, um Menschen von Deutschland fernzuhalten. 2019 hatte Deutschland eine Netto-Zuwanderung von 320.000 Menschen, gebraucht würde aber eine von 500.000. In Deutschland fehlen derzeit zum Beispiel rund 60.000 LKW-Fahrer, die von der Wirtschaft dringend benötigt würden. Deutschland wirbt derzeit sogar Pflegefachkräfte aus Vietnam an.

Wer vor „*Neuzuwanderung*“ warnt und/oder diese unterbinden möchte, verlässt die – vorhandene – wissenschaftliche Grundlage. Es gibt in Deutschland das *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung*, welches klare Berechnungen angestellt hat: Will Deutschland seinen wirtschaftlichen Wohlstand erhalten und sein Pensionssystem stabilisieren, so benötigt es eine regelmäßige Einwanderung. Um den demografischen Schwund in Deutschlands Bevölkerung auszugleichen, ist – Jahr für Jahr – ein Überschuss von etwa 400.000 Zuwandern nötig – nur dann bleibt die Zahl der Menschen im Erwerbsalter konstant.

Habsburger

Hinrichtungen auf öffentlichen Plätzen waren unter Habsburgern bis zu Maria Theresia populäre Volksspektakel. Erst 1787 schaffte ihr Sohn, der „*Reformkaiser*“ Kaiser Joseph II. das ab. Die stattdessen verhängte lebenslange Zwangsarbeit war allerdings so grausam, dass man von einer „*verlängerten Todesstrafe*“ sprach – etwa wenn Sträflinge zum Schiffziehen entlang der Donau eingesetzt wurden. Franz Joseph wurde als „*blutjunger Monarch*“ bezeichnet, weil er so viele Exekutionen zuließ. Die kroatische nationale Minderheit im Burgenland hatte unter den Habsburgern besonders stark zu leiden, in Niederösterreich, wo einst mehr Kroatinnen und Kroaten (angesiedelt gleichfalls im 16. Jahrhundert) lebten als im heutigen Burgenland, wurde sie durch Zwangsassimilierung gänzlich ausgemerzt. Es besteht keinerlei Grund, irgendeine Form von „*Habsburger-Nostalgie*“ in Österreich zu betreiben.

Frauen und Kunst

Das Jahr 1871 war ein besonderes Jahr für Deutschland. Das Besondere für die Deutschen war die Proklamation des Deutschen Kaiserreiches im Schloss Versailles und die Ernennung von Wilhelm I. zum Kaiser. Zu jener Zeit hatten in Deutschland Frauen keinen Zugang zu Kunstakademien. In Russland hingegen ließ die Russische Kaiserliche Kunstakademie in St. Petersburg Frauen zum Kunststudium zu, eben in jenem Jahr 1871.

Es musste das Deutsche Kaiserreich überwunden werden, bis dann schließlich – 50 Jahre nach Russland – auch Deutschland Frauen den Zugang zu einem Kunststudium an einer Kunstakademie gestattete. Erst seit 1921 werden Frauen in Deutschland an Kunstakademien zum Studium zugelassen, zwei Jahre nachdem Frauen erstmals im Januar 1919 an der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung teilnehmen durften.

In der „*hinterwäldlerischen*“ Schweiz wurde das Frauenstimmrecht überhaupt erst 1971 eingeführt.

In Österreich gibt es nach wie vor erschreckend viele *Feminizide*. Statt solidarisch zu sein, werden Frauen dazu verführt, sich selbst über andere Frauen zu erhöhen, mit ihnen in Konkurrenz zu treten, um die eigenen Chancen zu verbessern und abwertende Muster mitzutragen. Seit 2011 (bis 2021) gab es in Österreich 563 Morde – davon 305 an Frauen und 258 an Männern.

Im Mittelalter schrieb der *hl. Thomas von Aquin* wortwörtlich: „*Das Weib verhält sich zum Mann wie das Unvollkommene und Defekte zum Vollkommenen*“. Diesen Unsinn klaubte er dreist, also ohne Quellenangabe, bei *Aristoteles*. Das angeführte Zitat fasst das katholische Frauenbild noch immer gut zusammen, auch wenn sich katholische Würdenträger heute nicht mehr trauen, das laut auszusprechen, was ihr großer Heiliger einst verkündet hat.

Die Engländerin *Lucy Walker* bestieg 1871, vor 150 Jahren, als erste Frau das 4478 hohe Matterhorn. Sie musste dabei einen bodenlangen Rock tragen, was die Tour für sie besonders gefährlich machte. Keine einzige Schweizer Zeitung nahm von ihr Notiz. Von den sieben Erstbesteigern 1865 kamen nur drei lebend zurück.

Österreich: kein „Musterland“!

Österreich ist vom Klimawandel besonders betroffen, Schäden von rund 1 Milliarde Euro pro Jahr inklusive – so steht es in einem aktuellen Bericht des Rechnungshofes. Österreich ist auch keineswegs ein „*Umweltmusterland*“, sondern EU-Klimaschutz-Nachzügler, dem milliardenhohe Strafzahlungen drohen. Es liegt beim Fleischkonsum an der Weltspitze, beim Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf auch – Letzteres auch wegen der dramatisch wachsenden Zersiedelung - immer weiter verstreute Einkaufszentren und Häuser erzeugen immer mehr Verkehr, dieser wiederum mehr Umweltschäden.

Mit ihrem zuckerreichen Nektar sind Rapsblüten bei den Honigbienen besonders beliebt. Und auch der Raps profitiert vom Besuch der Bienen, denn sie tragen zur Bestäubung der Pflanzen bei. Der Raps ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich Landwirtschaft und Imkerei gegenseitig stärken können. Durch den Einsatz von Honigbienen kann der Ertrag um bis zu 30 % gesteigert werden. Leider

kehren aber immer mehr Landwirte dem Raps den Rücken zu. Die Rapsflächen in Österreich wurden von 58.000 Hektar 2013 auf 31.000 Hektar 2020 fast halbiert. In Österreich betreuen 32.000 Imker/innen rund 420.000 Bienenvölker.

Es ist zu unterscheiden zwischen *Wildbienen* und *Honigbienen*. Wildbienen sind bedrohte Arten, die Honigbiene kann ihren Bestäubungsdienst nicht einfach übernehmen. Um sehr viele Kleinstpflanzen kümmern sich nur die wilden Arten, nicht jene, die der Mensch wegen des Honigs hält.

Der Klimawandel lässt die Temperaturen in den Alpen doppelt so stark ansteigen wie im weltweiten Durchschnitt.

Seit 1998 verschwanden 40 % der Feld- und Wiesenvögel aus Österreich. Es führen frühe Mahd, starke Düngung und fehlendes Aussamen der Wiesenblumen zu *Biodiversitätsverlust* und dann zum Aussterben der Blumen, Insekten und Vögel. Die Feldlerche etwa musste deshalb Grünlandflächen fast völlig verlassen. Diese Mechanismen und Zusammenhänge sind teilweise schon seit Jahrzehnten bekannt!

Jüdisches Leben im deutschsprachigen Raum

Ein Dekret Kaiser Konstantins vom 11. Dezember 321 n. Chr. dokumentiert, dass in der römischen Kolonie Köln Juden Mitglieder des dortigen Stadtrats werden durften. Der einzige deutsche Schachweltmeister *Emanuel Lasker* (1894 – 1921) war Jude. *Paul Ehrlich*, Nobelpreisträger von 1908, ist der Vater der Immunologie und Chemotherapie. In seinem Labor wurde das Medikament *Salvarsan* zur Bekämpfung der Syphilis entwickelt. *Paul Ehrlich* gehörte bis zum Jahr 1933 zu dem Drittel deutscher Nobelpreisträger, die jüdisch waren.

Rund 100.000 Juden kämpften im Ersten Weltkrieg für Kaiser und Vaterland. Viele wurden ausgezeichnet, rund 12.000 fielen. *Max Haller* war den gesamten Krieg über bei der Marine, und

zwar auf einem U-Boot. Neben dem Eisernen Kreuz bekam er auch zwei türkische Auszeichnungen. 1933 emigrierte er nach Palästina.

Am 28. September 1941 wurden die Juden von Kiew von der deutschen Besatzung durch einen Aushang aufgefordert, sich am folgenden Tag in der Nähe des Bahnhofes einzufinden. Sie sollten warme Kleidung mitbringen, dazu persönliche Dokumente, Geld und Wertgegenstände. Sie sollten glauben, dass es um eine Evakuierung aus der Stadt ginge, in der es in den Tagen zuvor immer wieder zu Explosionen gekommen war.

Tatsächlich wurden die Juden in Gruppen aus der Stadt geführt – in dem Tal *Babyn Jar* wurden innerhalb von 36 Stunden 33.771 Menschen erschossen.

Österreich war schon vor dem „Anschluss“ an Hitlerdeutschland tief nationalsozialistisch unterwandert und antisemitisch. Der ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky betonte 1993 bei einem Besuch Israels die kollektive Verantwortung Österreichs an NS-Verbrechen und bat um Vergebung, dies in Begleitung seiner Ehegattin.

Konkrete Vorhaben in den nächsten Jahren

Österreichs KI-Strategie

Erst 2021, also mit gehöriger Verspätung im Vergleich zu anderen Ländern, wurde beim *Forum Alpbach* Österreichs KI-Strategie vorgestellt, und zwar von Wirtschaftsministerin *Margarete Schramböck* (ÖVP). Diese KI-Strategie umfasst bescheidene 76 Seiten und beschreibt Initiativen, wie KI in Österreich bis 2030 eingesetzt werden soll. Wenig ambitioniert, enttäuschend! Eichen sind Tiefwurzler, Fichten Breitwurzler. Wenn der Wind bläst, kippen Fichten schnell um, dies im Gegensatz zu Eichen. Die KI-Strategie Österreichs ist eher ein Breitwurzler-Konzept!

Künstliche Intelligenz macht es möglich, dass Kundenanfragen und Fragen an die Personalabteilung immer öfter von Softwareprogrammen beantwortet werden. Längst im Einsatz sind simple Anwendungen wie FAQ-Chatbots, die relativ statische Antworten geben, und höher entwickelte, die mithilfe von KI dynamische Antworten errechnen. Österreich hinkt bei der Erforschung und Anwendung künstlicher Intelligenz nach.

3 -D-Druck

In Hausleiten (Bezirk Korneuburg) wurde das erste Haus Österreichs aus dem 3-D-Drucker errichtet. Schicht für Schicht trägt der 3-D-Drucker den speziell dafür entwickelten Beton auf. Der 3-D-Betondruck bringt einen wichtigen Innovationsimpuls für die Baubranche und ist eine spannende Ergänzung zu anderen Bauweisen. Die neue Technologie bietet mehrere Vorteile: Neben einer deutlich verkürzten Bauzeit hat man bei der Gestaltung wesentlich mehr Freiräume, etwa wenn es um architektonisch ansprechende abgerundete Formen geht. Das Haus wird zunächst am Computer entworfen, der 3-D-Drucker berücksichtigt dann automatisch Aussparungen für Leitungen und Anschlüsse.

In Neutal im Bezirk Oberpullendorf befindet sich das *Burgenländische Schulungszentrum* (BUZ). Hier gibt es auch 3-D-Drucker im Einsatz. Neben Schulungen für Erwerbslose werden auch Kurse für Betriebe, Gemeinden, Vereine und Privatpersonen angeboten. Es gibt insgesamt 290 Kursplätze, die jedoch während der Pandemie auf 255 reduziert wurden.

Im westfälischen Beckum wurde ein 160 Quadratmeter großes zweistöckiges Haus präsentiert, bei dem kein einziger Maurer Hand angelegt hat. Ein Quadratmeter Wand dauerte mit dem 3-D-Drucker ganze fünf Minuten. Auch beim Bauen wird mittlerweile auf 3-D-Drucker gesetzt, Schicht für Schicht werden Häuser aus der „Betondüse“ errichtet.

Das erste 3-D-gedruckte Gebäude Österreichs in Hausleiten errichtet die Strabag. In rund 45 Stunden Druckzeit entsteht ein 125 Quadratmeter großer Bürozubau bei der Strabag Asphaltmischanlage. Aufgetragen wird Trockenmörtel von Lafarge. Federführend ist der 3-D-Druck Baupionier Peri aus Deutschland. Die neue Bauweise wird noch evaluiert, und man wird sehen, wo

sie in Zukunft angewendet werden kann. Es gibt bereits ein Werk der Strabag für Fertigteile in Gerasdorf.

Das Burgenland, vor allem der mittlere Landesteil, war geprägt von vielen qualifizierten Maurern in den Orten, die nach Wien auspendeln mussten. Hier wäre eine breite Debatte wünschenswert, was die neue Technologie für soziale und gesellschaftliche Auswirkungen hat: Arbeitsplatzverluste im massiven Ausmaß? Entstehen neuer Monopole? Kostenersparnisse? Gibt es auch zu beachtende Nachteile? Überwiegen die Vorteile die Nachteile? Ästhetische Gesichtspunkte – wie werden die neuen Häuser und Siedlungen aussehen etc.?

Forschung

Die *Fraunhofer Gesellschaft* wurde schon 1949 gegründet und ist die weltweit führende Organisation für anwendungsorientierte Forschung. Durch die Fokussierung auf *zukunftsrelevante* Schlüsseltechnologien nimmt sie eine zentrale Rolle im Innovationsprozess ein. In Deutschland betreibt die *Fraunhofer Gesellschaft* 75 Institute und Forschungseinrichtungen. In der Zentrale der *Fraunhofer Gesellschaft* in München werden strategische Initiativen zur Weiterentwicklung des Forschungsportfolios entwickelt. Seit Dezember 2019 gibt es in München auch das *Fraunhofer-Institut für Kognitive Systeme* (IKS). Das IKS forscht an der Absicherung Künstlicher Intelligenz für sicherheitskritische Systeme. Im Februar 2021 hat das Institut vom Freistaat Bayern zusätzliche Fördermittel in der Höhe von 20,1 Millionen Euro erhalten, um die angewandte Forschung und Entwicklung in diesem Bereich weiter voranzutreiben.

Kohlendioxid kann man auf verschiedenen Wegen „*einfangen*“ - riesige Staubsauger, Gesteinsmehl oder Bäume – doch das Potenzial der Techniken ist derzeit noch unklar. Man nennt sie zusammenfassend „*Negative-Emissionen-Technologien*“. Längst ist nämlich zu viel Treibhausgas in die Atmosphäre gelangt, als dass eine reine Senkung des Ausstoßes für die in Paris vereinbarte Grenze ausreichen würde – so steht es im jüngsten Bericht des Weltklimarates IPCC. Weltweit werden jährlich über 40 Milliarden Tonnen freigesetzt, nach diversen Szenarien und Schätzungen müssten bis zu 1000 Milliarden Tonnen Kohlendioxid weltweit bis zum Jahr 2100 „*aus der Luft raus*“. Neue Wälder könnten jährlich maximal 3,6 Milliarden Tonnen binden. Es wären dann

ehemalige Wälder, die heute Weideflächen sind, in den Urzustand zu versetzen. Auch eine Wiederbepflanzung der Meere mit Seegras könnte ebenfalls Kohlendioxid binden. Häuser mit Holz an Stelle von Beton zu bauen würde ebenfalls dem Klima nützen, das Holz würde dann den – klimaschädlichen – Beton ersetzen. Der Fleischkonsum muss drastisch sinken. Ohne massive und rigide Eingriffe der Politik in das Leben der Bürger und Bürgerinnen – auch mit Verboten und strengen Strafen – lässt sich der Klimawandel nicht stoppen.

ORF

Roland Weißmann tritt am 1. Jänner 2022 die Nachfolge von *Alexander Wrabetz* als ORF-Generaldirektor an, er war der Wunschkandidat der Türkisen. Dass Parteien bestimmen, wer im ORF das Sagen hat, ist nicht neu. Doch selten wird die enge Verquickung so offensichtlich. Der ORF ist Österreichs größtes Medienhaus. Die ÖVP hat die Mehrheit im ORF-Stiftungsrat, die Grünen und einige weitere Vertreter haben *Weißmann* mit 24 von 35 Stimmen bestellt, ein Triumph für den zurückgetretenen Bundeskanzler Kurz.

Der ORF steht schon seit vielen Jahren in der Kritik, viele verzichten auf ihn gänzlich, was nicht verwundert. Der *Falter* (43/21) berichtete etwa darüber, dass es in Vorarlberg, wo seit langem *Markus Klement* (ÖVP) regiert, bei insgesamt rund 100 Beschäftigten über 40 Abgänge gegeben hat, was eine enorme Fluktuation ist. In Vorarlberg ist die Medienlandschaft äußerst überschaubar – es gibt den ORF und die *Russmedia-Gruppe* mit den *Vorarlberger Nachrichten*.

Im Burgenland sind die Wochenzeitungen von ÖVP und SPÖ von der Bildfläche verschwunden, starke Player im Land wie die *Russmedia-Gruppe* gibt es nicht. Es herrscht der Boulevard. Investigativ-Journalisten und kritische Recherchen sind absolute Mangelware.

Die Volksgruppen im Burgenland wären mit einem eigenen, unabhängigen, freien Volksgruppenradio wesentlich besser bedient als mit dem ORF Burgenland. Die sentimental klingende Schnulze „*Do bin i dahoam*“ des Duos „*Kiki und Reini*“, das mit Blick auf das abzufeiende Jubiläumsjahr „*100 Jahre Burgenland*“ entstanden ist, würde in einem

anspruchsvollen Volksgruppen-Privatradio wohl nicht gespielt werden – die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Landes lässt sich besser und vor allem hochwertiger zum Ausdruck bringen.

Am 11. Dezember 1957 wurde die „*Österreichische Rundfunk Gesellschaft*“ konstituiert. Mit dem Bundesverfassungsgesetz vom 10. Juli 1974 beschloss der Nationalrat, die Gesellschaft in eine Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln. Durch die gesetzliche Umgestaltung im Jahr 1974 entstand die Struktur des heutigen ORF.

Freie, werbefreie Radios erfüllen die Wünsche und Erwartungen der Bevölkerung weit besser als der ORF. Das sieht man besonders deutlich etwa im Salzkammergut. Seit 2014 machen Bibliotheken in dieser drei österreichische Bundesländer umfassenden Region mit der Sendung „*Aufblattet*“ auf sich aufmerksam. Alle Sendungen werden aufgezeichnet und sind online jederzeit abrufbar. Das *Freie Radio Salzkammergut* prägt die gesamte Region. Es kann auch ohne Politik sehr gut existieren und ist von dieser – im Gegensatz zum ORF – tatsächlich unabhängig. Das Programm ist wesentlich vielfältiger und bunter. Im Burgenland fehlt ein freies Radio in der Art des *Freien Radios Salzkammergut*, was nur bedauert werden kann.

Belastete Straßennamen im Burgenland

Historiker und Historikerinnen untersuchten 2013 die geschichtliche Bedeutung jener Persönlichkeiten, nach denen Wiener Straßen benannt sind. Die von der Stadt Wien beauftragte Kommission kam bisher zu dem Ergebnis, dass in Wien rund 200 Straßennamen bedenklich sind. Der Weg der Stadt Wien besteht darin, mit „*Zusatztafeln*“ über die Namensgeber und Namensgeberinnen zu informieren. Im Burgenland fehlt eine derartige Initiative und wird derzeit an einer Broschüre gearbeitet, in der aufgezeigt werden wird, wo im Burgenland Straßennamen nach NSDAP-Mitgliedern benannt wurden – verlangt wird die Umbenennung, „*Zusatztafeln*“ sind unnötig.

Künstlerische Kontextualisierung

Am Wiener Stubenring steht es – leider – noch, das Denkmal für den antisemitischen christlich-sozialen Bürgermeister *Karl Lueger*. Geschaffen hat es der später auch für die Nazis tätige Bildhauer *Josef Müllner*, enthüllt wurde es erst 1926 vom sozialdemokratischen Bürgermeister *Karl Seitz*. Es gab die Idee, dem Standbild von Lueger eine „*künstlerische Kontextualisierung*“ angeheißen zu lassen. Schon 2010 gab es den Vorschlag, es um 3,5 Grad nach rechts zu kippen. Geschehen ist bisher nichts.

Auch im Burgenland gibt es Denkmäler von Antisemiten. Eine Diskussion über sie gab und gibt es nicht. Die Shoah ist das größte Verbrechen in der Geschichte der Menschheit. Die „Shoah Namensmauer“ am Wiener Alsergrund besteht aus 160 Steinelementen. In diese wurden die Namen von 64.440 in der NS-Zeit ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden eingemeißelt. Der älteste Mensch, der auf der Namensmauer genannt wird, ist Abraham Mühlendorf, der 1843 geboren und an seinem 101. Geburtstag in Theresienstadt ermordet wurde. Der jüngste ist ein Kind, das gleich nach seiner Geburt vor den Augen seiner Mutter vom KZ-Arzt Mengele in Auschwitz umgebracht wurde.

Umgang mit Migranten und Migrantinnen

Es gibt einen starken Druck an gewissen EU-Außengrenzen, auch nach der großen Flüchtlingskrise des Jahres 2015. Staaten befürchten Grenzdurchbrüche größeren Ausmaßes. Bei illegalen Überschreitungen geht Polen etwa mit sofortiger Ausweisung ohne Asylverfahren samt Einreiseverbot in die EU vor, was einen Verstoß gegen internationales Recht darstellt.

In den Jahren 1956, 1989 und 2015 schaute ganz Europa auf die östliche Grenze des Burgenlandes. Am 2. Mai 1989 begann der Abriss des „*Eisernen Vorhangs*“ in Ungarn – ein internationales Medienereignis.

Die Zahl illegaler Übertritte führt meistens zu stark emotionalisierten Debatten über die Flüchtlingsströme. Der nunmehrige Landeshauptmann Doskozil wurde als seinerzeitiger

Landespolizeidirektor 2015 erst bekannt, seine Karriere als Politiker begann sozusagen an einer Grenze.

Tiere als Sensoren

Mollusken warnen vor Nahrungsnot, Wasserflöhe vor steigenden Temperaturen, Krebse vor sinkender Wasserqualität. Tiere werden in wissenschaftlichen Projekten oft als *Sensoren* herangezogen. Lebten früher viele Krebse unbehelligt in burgenländischen Bächen, sind sie heute verschwunden.

Wildbienen

Nur die wenigsten wissen, dass es bei uns fast 700 Wildbienenarten gibt, mehr als die Hälfte davon sind vom Aussterben bedroht. Als Wildbienen bezeichnet man jene Bienen, die ohne menschliches Zutun existieren. Der Nutzen dieser Bienen ist in ökologischer und ökonomischer Hinsicht mindestens so groß wie jener der Honigbienen. Denn viele Wildarten sind noch unterwegs, wenn es schon kalt und windig ist, wie etwa die Hummeln, die noch bei Temperaturen um den Gefrierpunkt fliegen. Für manche Blüten sind Honigbienen sogar zu schwer, oder ihr Rüssel ist zu kurz. Studien bestätigen, dass Obstplantagen ertragreicher sind, wenn es neben Honig- auch Wildbienen gibt. Viele Wildbienenarten haben sich auf ein paar wenige, oft aber auch nur eine Pflanzenart spezialisiert. Eintönige Wiesen, fehlende Futterpflanzen, zu wenig Brutmöglichkeiten und Schädlingsbekämpfungsmittel setzen vielen von ihnen sehr zu. *„Wenn die Biene von der Erde verschwindet, hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben. Keine Bienen, keine Pflanzen, keine Tiere, keine Menschen mehr.“* (Albert Einstein). Bienen können mit den meisten Zierpflanzen nichts anfangen – daher „bienenfreundliche“ Pflanzen säen oder setzen. Eine Wildbiene bestäubt bis zu 5.000 Blüten pro Tag und leistet so einen wichtigen Beitrag für ein funktionierendes Ökosystem. Negative Einflüsse wie Pestizide, mangelnde Nahrungsquellen und verschwindende Lebensräume gefährden die Wildbienen zunehmend.

Agrarlobby

Seit dem Kauf von Monsanto im Jahr 2016 ist der deutsche Konzern Bayer der zweitgrößte Saatgutanbieter und der größte Anbieter von Gentech-Saatgut der Welt. Dazubkommt eine Palette an Unkrautvernichtern und Mittel zur Schädlingsbekämpfung. Bayer macht 41 Milliarden Euro Umsatz im Jahr.

Der Unkrautvernichter Roundup ist Glyphosat-basiert. Roundup wurde 1967 von Monsanto patentiert. Glyphosat ist ein billiges Produkt für den Landwirt und ermöglicht eine extrem intensive Landwirtschaft. Nach jahrelanger Verwendung von Roundup bekamen Menschen dadurch Krebs. Bayer will in den USA künftig keine Glyphosat-Produkte mehr an private Anwender verkaufen. Auch in der EU wird die Verwendung von Glyphosat heiß diskutiert. Noch ist das Mittel bis Dezember 2022 zugelassen. In Österreich gibt es seit Mai 2021 ein Teilverbot.

Die neue EU-Strategie „*Farm to Fork*“ sieht vor, dass europäische Bauern bis 2030 den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln halbieren und ein Fünftel weniger Dünger einsetzen sollen. Dagegen wehrt sich die Agrarlobby mit von ihr finanzierten Studien.

Feinstaub

Feinstaub aus Stickstoff-Verbindungen kostete im Jahr 2013 weltweit 23,3 Millionen menschliche Lebensjahre. Das berechnete ein Team vom *Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA)* in Laxenburg. In *Science* schließen die Forscher, dass die *vorzeitigen Todesfälle* einen Wohlstandsverlust von 362 Milliarden Euro verursachen. Die Stickstoffverbindungen Ammoniak und Stickstoffoxide stammen aus Landwirtschaft und Verkehr. Während der Verkehr die Emissionen bereits senkt, sollte die Landwirtschaft einen größeren Beitrag leisten: In der Tierhaltung zersetzt sich Harnstoff im Urin der Tiere zu Ammoniak, der über Gülle und Dünger in die Luft gelangt.

Burgenland-Ideologie

Es hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Art „*Burgenland-Ideologie*“ herausgebildet, die um einige Lieblingsvokabeln kreist, die hier analysiert werden sollen. An erster Stelle steht das Wort „*Vorreiter*“, das landauf landab dauernd in den Mund genommen wird. Dieses Wort hat eine *zeitliche Komponente* und erfordert einen *Vergleich* mit anderen Akteuren, anderen „*Reiterinnen und Reitern*“. Wer sich fälschlich als „*Vorreiter*“ bezeichnet, läuft Gefahr, sich selbst der Lächerlichkeit preiszugeben und schlimmstenfalls als – Lügner – dazustehen.

Japons in Niederösterreich, mit seinen knapp 700 Einwohnerinnen und Einwohnern, ist *Vorreiter* auf dem Gebiet der *Bioenergie*: Schon im Jahr 2003 wurde ein Verein gegründet, um *Ökostrom aus Biogas* (Klee, Luzernen, Gras und Gülle) zu erzeugen; anfänglich mit einer Leistung von 625 kW (für rund 1.300 Haushalte). Der Strom wird ins Netz der EVN als *Ökostrom* eingespeist. Die Wärme wird in zwei Wärmenetzen verteilt. *Vorreiterbehauptungen* sind also nur dann erheben, wenn eine *konkrete Jahreszahl* dabeisteht, sonst nicht!

Zweites Beispiel: Dass Frauennamen im öffentlichen Raum fehlen, ist historisch begründet. Man redete sich früher gern und einfach darauf aus, dass es eben nicht genügend berühmte und erwähnenswerte Frauen gäbe. In der Salzburg gibt es nun 23 Bronzetafeln, die in der Stadt verteilt sind. Das Frauenbüro der Stadt Salzburg hat mit dem Projekt „*Frauenspuren*“ bedeutende Salzburgerinnen vorgestellt. Der Stadtrat von Wels hat einstimmig beschlossen, jede zweite neue Straße nach einer Frau zu benennen. Damit geht die Stadt mit gutem Beispiel voran – dieser einstimmige Beschluss trägt ein *Datum*, wenn er der erste dieser Art in Österreich ist, dann ist die Stadt Wels eine *Vorreiterin* auf diesem Gebiet. Das Frauenbüro des Landes Burgenland wurde im März 2001 gegründet.

Ein Teil der burgenländischen Identität soll angeblich in den diversen Weinsegnungen zu Martini liegen. Seit dem 11. November 1925 ist der Martinitag auch der offizielle Landesfeiertag des Burgenlandes. Das „*Gansl-Essen*“ zu Martini wurde erst in den 1970-er Jahren eingeführt. Die Martini-*“Laternenfeste“* in Kindergärten und Volksschulen kamen erst in den 1980-er Jahren auf. Die „*Genuss Burgenland*“ findet 2021 schon in 14. Auflage statt. Da gibt es dann Grammelschmalz etc.

In vielen Bereichen geht der österreichische Ressourcenverbrauch über die vertraglichen Grenzen hinaus. Vor allem der hohe Kohlendioxid-Fußabdruck sowie der Verbrauch von Phosphor und Stickstoff überschreiten die Belastungsgrenzen massiv. Ebenso überschreiten der Ökologische- und Materialfußabdruck die zulässigen Grenzen um das Drei- bzw. Vierfache.

(Quelle: BMLRT 2020)

Ihren letzten Höchststand hatten die österreichischen Gletscher um 1850. Seitdem haben sie mehr als die Hälfte ihrer Fläche verloren, wobei sich diese Entwicklung in den letzten Jahrzehnten merklich beschleunigt hat. Im selben Zeitraum hat sich die jährliche Durchschnittstemperatur in den österreichischen Bergen um fast zwei Grad erhöht. Modelle des Weltklimarates IPCC sagen voraus, dass es in den Alpen gegen Ende des 21. Jahrhunderts nur noch 13 bis 20 Prozent der Gletscherfläche geben wird, die noch von 1971 bis 1990 vorhanden war. Wenn Österreich also in 30 Jahren noch ein paar Reste der großen Gletscher hat, kann das Land froh sein. Die Gebirgslandschaft wird also ganz anders aussehen als heute.

Macht es Sinn, das Burgenland in einigen Bereichen *separat* zu betrachten, wie es die Vertreter/innen der „Burgenland-Ideologie“ gerne tun? Die Einordnung des Burgenlandes in gesamtösterreichische Zusammenhänge ist oft zielführender! Österreich ist im Klima-Ranking weit hinten, obwohl das gerne anders dargestellt wird. Dänemark hat beim aktuellen Klimaschutz-Index CCPI in Glasgow die beste Bewertung erhalten und sich vor Schweden und Norwegen platziert. Skandinavien zeigt der Welt, wie ambitionierter Klimaschutz funktioniert, nicht Österreich. Mit Rang 36 ist Österreich nur ein sogenannter „*low performer*“, weil das Land es in den vergangenen Jahrzehnten nicht geschafft hat, die Emissionen zu reduzieren. Es ist dreißig Jahre lang viel zu wenig für den Klimaschutz getan worden – die Verantwortung dafür tragen die damals Regierenden.

Österreich will bis 2040 klimaneutral sein, das sind zehn Jahre vor der Vorgabe, die sich die EU gegeben hat. Österreich bezieht bereits heute 70 Prozent der Stromversorgung aus erneuerbarer Energie. Bis 2030 will man auf 100 Prozent aufstocken. Im Klimaschutz geht aber auch in Österreich nach wie vor zu wenig weiter. Ein wirksames Klimaschutzgesetz fehlt. Die geplante Kohlendioxid-Bepreisung entfaltet kaum Lenkungswirkung.

China wird sehr oft kritisiert, liegt aber bei den erneuerbaren Energien mit Rang 23 noch vor Deutschland. Der zweitgrößte Emittent, die USA, bewegen sich hingegen im Schlusslichtbereich. Vorerst ist China noch auf lange Sicht von der Kohle abhängig mit zwei Dritteln seiner Energieversorgung. 2020 war China für 31 Prozent aller weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. China will erst 2060 klimaneutral werden. Indien ist nach China der zweitgrößte Produzent und Verbraucher von Kohle. Indien will erst 2070 klimaneutral sein.

Die Deutschen haben mehr Emissionen zu verantworten als alle afrikanischen Staaten zusammen.

Beim Weltklimagipfel in Glasgow (COP26, 31. 10. - 12. 11. 2021) ist auch eine Vatikan-Delegation vor Ort. Angeführt wird sie von Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin. Papst Franziskus hat schon 2015 seine Umwelt-Enzyklika „*Laudato si*“ veröffentlicht. Kürzlich dankte er den jungen Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten für ihren Einsatz. Der Vatikan veröffentlicht ein e-Book mit dem Titel „*Laudato si' Reader*“ aus Anlass des Weltklimagipfels in Glasgow. Dieses e-Book, zu dem Papst Franziskus das Vorwort beisteuerte, wird im Vatikanverlag LEV veröffentlicht und ab dem 12. November 2021 gratis auf der Webseite des Vatikans zum Herunterladen bereitgestellt.

Polen hat die Grenzregion zu Belarus zur Sperrzone erklärt. Dort haben Journalisten, Ärzte, Asyl-Anwälte sowie humanitäre Organisationen keinen Zutritt. Doch anders als 2015, als sich Hunderttausende auf den Weg machten, sind es auf der Fluchtroute über Belarus gerade mal ein paar Tausend, von einem wirklichen Massenansturm kann also keine Rede sein.

Die Mehrheit der Polen und Polinnen will aber keine Flüchtlinge aufnehmen. Polnische Truppen setzen Tränengas ein, um die Menschen vom Grenzzaun fernzuhalten. Weder die EU-Grenzschutzagentur Frontex noch die Polizeibehörde Europol haben Zugang zu Polens Grenzgebiet. Stattdessen hat das Parlament in Warschau den Bau einer 353 Millionen Euro teuren und 100 Kilometer langen Befestigung an der Grenze zu Belarus beschlossen.

Topotheiken sind Onlinearchive, die von Bewohnerinnen und Bewohnern eines Ortes, einer Region oder Stadt gemeinsam erstellt werden. Es handelt sich um Materialsammlungen, die keinen wissenschaftlichen Anspruch haben. Hier wird gesammelt und zusammengeführt, was sich in alten

Schuhkartons an Fotos, Bildern, Karten etc. findet. Topothekarinnen und Topthekare beschriften die Eingaben und verorten sie auf Google Maps. Es gibt etwa die Topothek Litschau im Waldviertel.

Marke Burgenland

Eine neue Marke soll in Zukunft für einen „*starken Auftritt*“ des Burgenlandes sorgen. Das „*Sonnenlogo*“ mit dem einfach gestrickten, eher hölzern klingenden Werbespruch „*Wo die Sonne drauf ist, ist das Burgenland drinnen*“ wurde überarbeitet. Das Logo mit der verwackelten bikoloren Landessonne soll angeblich „*für das stehen, was die Menschen des Landes ausmache*“. Ein weiterer Slogan, der auch aus der Waschmittelindustrie stammen könnte, ist „*mehr Horizont fürs Leben*“. Es wurde ein eigener *Verein Dachmarke Burgenland* gegründet. Neben dem Land Burgenland gehören dazu der Burgenland Tourismus, die Kulturbetriebe Burgenland, die Weinmarketing Burgenland und die Wirtschaftskammer Burgenland. Die neue Marke soll auf immer mehr burgenländischen Produkten und Dienstleistungen zu finden sein. Der eigens gegründete *Verein Dachmarke Burgenland* übernimmt die Vermarktung, es fallen keine Kosten an. Das Burgenland als komplexitätsreduziertes „*Genussland*“ und oberflächliche Marketing-Angelegenheit. Den Vogel an *provinzieller Enge* schoss die Wirtschaftskammer Burgenland ab mit ihren Tragetaschen „*Mei' Land Burgenland zieht mich an*“, auf der Weltstädte wie New York, Paris und Tokio mit kräftigem Rot durchgestrichen sind. In Lehrbüchern der Außenwirtschaftspolitik und Außenwirtschaftstheorie fällt dies unter die Rubrik „*Gefühlsprotektionismus*“, welcher abzulehnen ist, weil er im Endeffekt nicht das Geringste bringt, wie viele analysierte Beispiele aus anderen Ländern eindrucksvoll belegen, und weil er der Entwicklung des internationalen Handels nur Schaden zufügt.

Im Rahmen der Erstellung dieser Studie wurden vor Ort zahlreiche Recherchen durchgeführt, die an dieser Stelle überblicksartig dargestellt werden sollen.

Neusiedl am See

Die Stadt hat heute 8.585 Einwohner/innen (Stand: 1. Jänner 2020), im Jahr 1923 lag diese Zahl bei 2762. Die Stadterhebung durch den Landtag erfolgte 1926. Schon ein Jahr zuvor gab es den ersten Werbeprospekt und wurde damit begonnen, den Tourismus zu entwickeln – der Neusiedlersee als „*Meer der Wiener*“ lag vor der Haustür. Es entstanden erste Hotels und eine Kleinbahn zur Gästebeförderung an den See. Im Jahr 1930 wurde dann die Gemüsegenossenschaft Neusiedl am See vorwiegend zur Belieferung des Wiener Marktes mit frischen Salaten gegründet.

Neusiedl am See verfügt über ein hervorragendes Stadtarchiv, beruhend auf der engagierten Arbeit von Ehrenamtlichen. Am Beispiel dieser Stadt, welche bevölkerungsmäßig stark wuchs, möchten wir die Wohnungspolitik im Burgenland näher analysieren, verglichen auch mit der gesamtösterreichischen Situation, da im Burgenland wegen der räumlichen Nähe besonders der Einfluss Wiens bemerkbar ist. Bis 1985 hob Wien nach dem Wiener Abgabegesetz Gebühren für nicht vermietete Wohnungen ein. Der Verfassungsgerichtshof „*kippte*“ das Gesetz. Wien hat keine Gesetzgebungskompetenz, die Eigentümer/innen der unvermieteten Wohnungen zur Kassa zu bieten. Der Bund müsste die Grundlagen für eine österreichweite *Leerstandsabgabe* schaffen, hat das bisher aber nicht getan. Dadurch ließe sich die Spekulation zumindest teilweise eindämmen.

Seit Jahren wird über eine Wiedereinführung diskutiert, nach Schätzungen stehen in Wien bis zu 100.000 Objekte leer. Gleichzeitig suchen viele Wiener/innen ein neues Zuhause, viele wandern in das Burgenland ab. Eine Abgabe für nicht vermietete Wohnungen wurde in Wien im Jahr 1982 schon einmal eingeführt. Das Wiener Wohnungsabgabegesetz vom 30. Juni 1982 wurde allerdings drei Jahre später aufgehoben, weil das Land Wien nicht über die notwendige Gesetzgebungskompetenz verfügte.

Die Bekämpfung von Leerstand ist ein Punkt im wohnpolitischen Teil des türkis-grünen Regierungsprogramms. Hier wäre in erster Linie Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) gefragt und zum raschesten Handeln aufgerufen. Die Wohnbauratesräte kommen öfters zu gemeinsamen Sitzungen zusammen. Am Beispiel der *Leerstandsabgabe* ist klar zu erkennen: Das vorliegende Problem ist allen bekannt, es wird mehrfach analysiert, und es geschieht – einfach nichts oder viel zu spät.

Vom burgenländischen Wohnbaurat Mag. Heinrich Dorner wird erwartet, dass er sich nicht in Gratis-Blättern auf Umfragen von ihm geförderter Wohnbaugenossenschaften (zuletzt der B-Süd im WEEKEND MAGAZIN) beruft und stützt, sondern *ausschließlich* von unabhängigen wissenschaftlichen Studien ausgeht und intensive Gespräche mit von Spekulation persönlich Betroffenen sucht und führt.

Eine *Leerstandsabgabe* soll Wohnraum mobilisieren und einen Lenkungseffekt haben. Dafür muss sie aber auch eine gewisse Höhe haben. Niemand weiß aber genau, wie viele Wohnungen in Wien tatsächlich leerstehen, es gibt keine validen Daten dazu. Viele Menschen leben in Wohnungen, in denen sie nicht gemeldet sind, und natürlich auch umgekehrt. An der österreichischen Akademie der Wissenschaften geht man davon aus, dass eine *Leerstandsquote* zwischen zwei und drei Prozent wünschenswert ist. Eine *Leerstandsabgabe* wird die galoppierenden Mieten am frei finanzierten Wiener Wohnungsmarkt nicht spürbar drücken. Die Mieten steigen wegen der hohen Bodenpreise und Baukosten, dem starken Zuzug nach Wien, und weil privat zu viel im oberen Preissegment gebaut wird. Das sind die eigentlichen Probleme.

Der durchschnittliche Quadratmeter einer Mietwohnung kostete in Wien 2020 laut Statistik Austria warm 8,65 Euro (2010 bezahlte man noch 6,23 Euro).

Der seit dem Jahr 996 mit einem Markt-, Münz- und Mautrecht versehene Ort Salzburg hatte um 1550 rund 8000 Einwohner und Einwohnerinnen. Heute ist Salzburg mit 155.000 Menschen die viertgrößte Stadt Österreichs. Neue Eigentumswohnungen kosten in der Stadt Salzburg zwischen 3345,38 und 7371,55 Euro pro Quadratmeter, im Bezirk Salzburg/Umgebung zwischen 2984,50 und 4760 Euro pro Quadratmeter. Die Wohnproblematik in Österreich ist von den Grundzügen her eigentlich überall gleich – wachsende Ballungsräume, die preislich negativ ihr Umfeld beeinflussen.

Räterepublik. Deutscher Volksrat. Vierburgenland

Das „*Neusiedler Jahrbuch*“ umfasst mittlerweile 21 Bände. Der Neusiedler Apotheker *Adalbert Wolf* gründete im November 1918 einen „*deutschen Volksrat*“. Dieser entwarf einen Autonomieentwurf für die Region „*Deutschwestungarn*“. Darin legten Delegierte aus elf Gemeinden der Umgebung auch einen Namen für das zu schaffende autonome Gebiet fest: „*Vierburgenland*“. Auch der Neusiedler Rechtsanwalt *Dr. Karl Amon* war in dieser Sache sehr rühlig. Am 27. Jänner 1919 hat Ungarn die volle Autonomie für Deutschwestungarn anerkannt.

Es gab Polemiken zwischen Karl Renner in der „*Arbeiter-Zeitung*“ und der – deutschsprachigen – Budapester Zeitung „*Pester Lyod*“, in welchem Staat die Bevölkerung des heutigen Burgenlandes „*besser aufgehoben*“ sei.

Neusiedl am See wurde im Jahr 1209 unter dem Namen „*Sumbotheil*“ (dt. Samstagmarkt) erstmals urkundlich erwähnt. In der Mitte des 13. Jahrhunderts wurde die Ansiedlung durch die Mongolen zerstört, aber um 1282 unter dem Namen „*Niusidel*“ neu besiedelt.

In den Ämtern in Neusiedl am See arbeiteten bis zum Anschluss des Gebietes an Österreich „*glühende ungarische Nationalisten*“, das ist das offizielle Narrativ im Burgenland. Nach dem Anschluss zogen sie fort, sie wurden durch Beamte aus Wien ersetzt, für die eigene „*Beamtenhäuser*“ gebaut werden mussten.

Designer-Outletcenter in Parndorf

Mag. Dr. Wolfram Kramar, aufgewachsen in bescheidenen Verhältnissen in Steyr, transplantierte die Idee eines Outletcenters aus den USA nach Parndorf. Er war als Restaurantleiter in New York tätig, Hoteldirektor eines Fünfsterne-Hotels, Geschäftsführer im Leiner/Kika-Konzern etc. Der

Oberösterreicher entdeckte im Jahr 1990 bei einem USA-Urlaub in Kittery (US-Bundesstaat Maine) ein Outletcenter, in dem Markenartikel zu „Fabrikpreisen“ angeboten wurden. „Fabrikverkauf“ gab es auch in Europa seit über 100 Jahren. Die „US-Erfindung“ bestand aber darin, möglichst viele Marken an einem einzigen Ort konzentriert anzubieten, wobei die Markenartikler 10-Jahres-Mietverträge abschließen.

Parndorf wurde mit nur 30 Geschäften eröffnet. Es war vorher ein mehrjähriger Kampf bis zum Verwaltungsgerichtshof erforderlich, um die Raumordnungsgenehmigung zu erhalten. Einzelhändler fürchteten die Konkurrenz der Markenartikelerzeuger. Das US-Designer-Outletcenter-Unternehmen MacArthurGlen stieg als Partner ein.

„Ja, die eher kitschige Architektur in Form einer kleinen Stadt fand bei Liebhabern moderner Architektur keinen Zuspruch. Aber Kitsch sells, die Geschäftsidee Outletcenter war neu für Europa und daher wollte ich anfangs der 90-er Jahre keine Schachtelarchitektur wie die Shopping City Süd oder einen minimalistischen Stahl-Glas-Beton-Bau, sondern auch ein völlig neues Architekturkonzept..... inspiriert vom Stadtplatz in Steyr wollte ich eine hübsche Einkaufsstadt schaffen, in die man gerne shoppen fährt, und das ist schließlich auch gelungen.“

(aus: Oberösterreich Magazin, 3/2021)

Mattersburg

Mattersburg hat 3.667 Einwohner und Einwohnerinnen (Stand: 1. Jänner 2020), die ungarische Namensbezeichnung ist Nagymarton (Groß-Martin). Eine Stadt ist Mattersburg seit dem Jahr 1973.

Nach dem Anschluss an Österreich wurde 1924 die „Deutsche Mittelschule“ ins Leben gerufen, welche 1948 vom Bund als Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium übernommen wurde.

Felix Austria wurde 1959 als Tochterfirma der großen schwedischen Konservenfabrik Felix in Mattersburg gegründet.

Mit *Martin Pucher* begann 1988 der Aufstieg des *SV Mattersburg*, der seit 2000 in der obersten oder zweithöchsten Fußballliga endete.

Im Norden von Jerusalem gibt es die ultraorthodoxe Gemeinde „*Kirjat Mattersorf*“. Sie wurde 1948 von Samuel Ehrenfeldt, dem letzten Oberrabbiner Mattersdorfs, gegründet.

Friedensburg Schlaining. Jubiläumsausstellung

Seit dem 15. August 2021 sind die Tore der vor 750 Jahren erstmals urkundlich erwähnten Friedensburg Schlaining, die umfassend saniert wurde, wieder geöffnet. Die Jubiläumsschau trägt den Titel „*Wir sind 100. Burgenland schreibt Geschichte*“. Sie ist in zwölf Themenbereiche gegliedert, die rund 1.300 Quadratmeter große Ausstellungsfläche ist barrierefrei zugänglich. Man versucht, mit 850 Objekten in 160 Vitrinen sowie 30 Medienstationen die Geschichte des Burgenlandes zu erzählen. Es werden u.a. alte Ansichten der 171 Gemeinden gezeigt, die Landesfarben Rot/Gold dominieren. Die Ausstellung ist bis Ende 2022 ganzjährig geöffnet. Sie wurde von Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb kuratiert und von Mag. Christof Cremer gestaltet.

Es gibt im Ausstellungsraum „*Identitäten schaffen*“ eine Selfie-Station, die als große Innovation dargestellt wird. Jedes Land hat seine identitätsstiftenden Elemente wie Hymne, Fahne, Wappen und den Landespatron. Der Präsident des Nationalrats Mag. Wolfgang Sobotka hat – in einem anderen Zusammenhang – davon gesprochen, dass es „*unser gemeinsamer Auftrag sei, ein identitätsstiftendes Narrativ zu etablieren.*“

Es sollen „*Erfolgsgeschichten*“ vermittelt werden, die Entwicklung des Burgenlandes von einer „*rückständigen Region*“ hin zu einer „*Vorzeigeregion*“ nachgezeichnet werden und der Frage nachgegangen werden, was in der „*burgenländischen Identität*“ eine zentrale Rolle spielt. Alles soll „*ganz im Zeichen des Miteinanders*“ stehen.

Wo ist *Identitätspolitik* sinnvoll, wann bedroht *Identitätszwang* die offene Gesellschaft? Ist der Mensch nicht mehr als sein Etikett? Die viel diskutierte *Identitätspolitik* – kein anderes Thema wirft derzeit so große Fragen auf, und provoziert gleichzeitig dermaßen emotionale Antworten.

Nach der Vertreibung der jüdischen Gemeinden und der Ermordung ihrer Mitglieder blieben die jüdischen Friedhöfe in Österreich über viele Jahrzehnte dem Verfall preisgegeben. Ein Teil der österreichischen Identität! Der österreichische Arzt *Dr. Heinrich Gross* (1915 – 2005) war in der Kinderanstalt „*Am Spiegelgrund*“ auf der Baumgartner Höhe in Wien maßgeblich an der Ermordung von geistig oder körperlich beeinträchtigten Kindern beteiligt. Nach Kriegsende arbeitete das jahrzehntelange SPÖ-Mitglied wieder auf der Baumgartner Höhe, forschte an Gehirnen von während der NS-Zeit getöteten Kindern und war als vielbeschäftigter Gerichtsgutachter in ganz Österreich tätig. 1997 wurde ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet; zu einem Urteil kam es aber bis zu seinem Tod nicht mehr. Die Übertragung von Vermögenswerten der jüdischen Bevölkerung erfolgte an „*Arier*“ mittels Entziehung oder Zwangsverkauf. Die „*arischen*“ Erwerber wurden „*Ariseure*“ genannt.

Laut Mikrozensus-Erhebung der Statistik Austria gab es Zuwächse bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Waren es 1985 nur 4,1 %, die ohne Trauschein in einem gemeinsamen Haushalt zusammenlebten, so ist es heute schon fast jedes sechste Paar (18,8 %). Die Kirche mit ihren Sakramenten hat ihre Bedeutung als Identitätsfaktor teilweise eingebüßt.

Der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus wurde 1995 eingerichtet. Er fördert wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Projekte und Programme sowie Gedenkprojekte in Zusammenhang mit der NS-Zeit. Auch die finanzielle Unterstützung noch lebender NS-Opfer ist ein wichtiger Bereich der Projektförderung.

Seit dem Jahr 2000 publiziert der Nationalfonds *lebensgeschichtliche Erinnerungen* von Verfolgten des NS-Regimes und deren Familien. Die Möglichkeit des Erzählens ihrer Schicksale vor einer offiziellen österreichischen Institution nach so vielen Jahren haben viele der Betroffenen als einen wichtigen Akt individueller Anerkennung erlebt. Das Sprechen darüber hat die Bewältigung des Erlebten unterstützt. Die persönlichen Erfahrungsberichte haben trotz aller Vielfalt eines gemeinsam: Es sind Geschichten von Diskriminierung, Angst und Erniedrigung, von Verfolgung ,

Deportation und Mord, von Leben im Versteck, Flucht und Neubeginn in einem völlig fremden Land. Es gibt auch methodisch-didaktische Anregungen zur *Arbeit mit Lebensgeschichten*.

Elfriede Jelinek

Die 1946 geborene Elfriede Jelinek erhielt 2004 den Literaturnobelpreis. Den ersten Skandal beschwor 1985 die Uraufführung von „*Burgtheater*“, bei der Paula Wesselys NS-Vergangenheit im Mittelpunkt stand. Elfriede Jelinek verfasste bisher neben mehr als zehn Romanen rund 40 Theaterstücke.

Für das Burgenland besonders relevant ist ihr Stück „*Rechnitz (Der Würgeengel)*“. In diesem Stück geht es um die Ermordung von etwa 200 jüdisch-ungarischen Zwangsarbeitern in Rechnitz gegen Ende des Zweiten Weltkriegs. Ihre deutsche Regisseurin Anna Bergmann, geboren 1978 in der damaligen DDR, die dieses Stück auch schon in Wien inszenierte, sagte dazu wortwörtlich:

„Es wird vermutet, dass es kein Massengrab gibt, sondern die Opfer in Schützengräben den Tod fanden. Sie wurden erschossen und verscharrt. Nach dem Krieg wurde der Waffenmeister im Wald erschossen aufgefunden, ebenso Nikolaus Weiss, der einzige jüdische Zwangsarbeiter, der überlebt hat und beim Prozess aussagen sollte. Das waren Fememorde. Die Gräfin Margit von Batthyany wurde nach dem Krieg der Mittäterschaft an dem Massaker verdächtigt, aber nie angeklagt. Ihr gelang die Flucht in die Schweiz. Es sind nur wenige Namen von Opfern bekannt, hauptsächlich die Nummern. Die Nazis hielten diese Häftlinge nicht für Menschen, sie dachten offenbar, die sind nur mehr Haut und Knochen. Die Täter hielten die Opfer für Ungeziefer, das war Teil der NS-Ideologie.“

Anna Bergmann verweist darauf, dass Elfriede Jelineks Stück auf dem Film „*Totschweigen*“ aus den 1990-er-Jahren basiert. *Verschweigen, Vertuschen* – auch das gehört zur burgenländischen Identität! Anna Bergmann ist auch Schauspieldirektorin am Württembergischen Staatstheater in Karlsruhe.

Sonderausstellung auf der Burg Güssing

Auf der Burg Güssing wurde die Sonderausstellung „*Von Deutschwestungarn ins Burgenland – Geschichte einer Region von 1848-1921*“ eingerichtet. Ein Großteil der in dieser Sonderausstellung gezeigten Fotos und Ausstellungsstücke wurde im Zuge einer burgenlandweiten Sammelaktion zusammengetragen. Die Kuratoren Michael Achenbach und Dieter Szorger stützen sich auf Exponate von rund 80 Leihgebern und Leihgeberinnen. Bis 30. Oktober 2022 ist die Sonderschau noch geöffnet.

Unsere Amerikaner

Die Sonderausstellung „*Unsere Amerikaner*“ ist im Landesmuseum in Eisenstadt noch bis zum 11. November 2022 zu sehen. Die „*Amerikawanderung*“ der Burgenländerinnen und Burgenländer erfolgte fast ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen, um der Not und dem Elend zu entkommen, und ist wissenschaftlich sehr gut erforscht, auch die Kontakte mit den Nachfahren der einst Ausgewanderten sind hervorragend und werden regelmäßig gepflegt. Es gibt auch ein eigenes Museum, welches diese „*Amerikawanderung*“ dokumentiert und anschaulich vermittelt.

Pannonische Geschichten

„*Pannonische Geschichten*“ hieß die Sonderausstellung im Eisenstädter Diözesanmuseum vom 28. April 2021 bis 11. November 2021. Papst Johannes XXIII. hat am 15. August 1960 mit der Bulle „*Magna quae*“ die Diözese Eisenstadt gegründet. Die Mutterdiözesen waren Győr/Raab und Szombathely/Steinamanger.

Künstlerdorf Neumarkt an der Raab

Neumarkt an der Raab liegt im Bezirk Jennersdorf. Die beiden Gründer des „*Künstlerdorfs*“ waren Feri Zotter und Alfred Schmeller. Im Jahr 1968 fand die Eröffnung statt. Seit 1971 werden Sommerkurse durchgeführt – der spätere Bundeskanzler Fred Sinowatz kam 1972 mit seiner Gattin zu einem „Politikermalen“. Peter Handke schrieb im „Daxhaus“ seine Erzählung „Die Angst des Tormanns beim Elfmeter“, Wim Wenders drehte hier den Film dazu. Eine Verbindung zum „Künstlerdorf“ haben oder hatten der Bildhauer Walter Pichler, der Maler Christian Ludwig Attersee, die Fotografin Elfie Semotan, die Schriftsteller Peter Turrini und Ernst Jandl und viele andere. Die aus der Gegend stammende Kulturmanagerin Petra Werkovits veröffentlichte im Residenz-Verlag ihr Buch „*Das Künstlerdorf*“.

Künstlergruppe Burgenland

Im Jahr 1956 schlossen sich die Künstler Wolfgang Baminger, Rudolf Kedl, Karl Prantl, Feri Zotter und Rudolf Klodus mit dem Ziel, dem im Burgenland vorherrschenden *Provinzialismus* entgegenzuwirken, zur „*Künstlergruppe Burgenland*“ zusammen. Wolfgang Horwath ist derzeit

Obmann der 2012 in „*kgb polychrom*“ umbenannten Künstlergruppe. In der Landesgalerie Burgenland wurde 2021 die Ausstellung „*Zeichen der Zeit*“ mit ausgewählten Arbeiten organisiert. Diese Werke zeigen die Entwicklung der Gegenwartskunst im Burgenland nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Auch Bilder bereits verstorbener Mitglieder wie Elfriede Ettl, Otto Muehl sind zu sehen. Die Gruppe umfasst derzeit 14 Mitglieder.

Der Maler Franz Elek-Eiweck wurde 1883 in Eisenstadt als Sohn einer alteingesessenen Bauernfamilie geboren. Er war nicht nur Maler und Lehrer für bildnerische Erziehung an der Hauptschule in Eisenstadt, sondern wurde im April 1945 auch Bürgermeister von Eisenstadt. Dieses Amt übte er bis 1950 aus. Er verstarb im Jahr 1959. Viele seiner Bilder haben auch die Bedeutung historischer Dokumente erlangt. Von 1924 bis 1928 hatte er auch ein Studium an der Akademie der Bildenden Künste in Wien absolviert. Er betätigte sich auch als Bildhauer.

Cselley-Mühle

Das Kulturzentrum Cselley-Mühle in Oslip gehört nunmehr der M.Müller Privatstiftung des Unternehmers Mario Müller, der den „Family Park“ in St. Margarethen besessen und betrieben hat. 2019 verkaufte er diese Freizeitanlage. Die Mühle besteht als Gebäudekomplex mit Arkadengang schon seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts. Vor 45 Jahren gründeten der Maler Sepp Laubner (verstorben im September 2020) und der Keramiker Robert Schneider (verstorben im April 2019) dort ein Kulturzentrum. Ihre Erben entschieden sich für den Verkauf, über die Verkaufssumme wurde Stillschweigen vereinbart. Müller will, seinen Aussagen zufolge, die „Mühle“ als Veranstaltungszentrum erhalten – Kabarettabende und Konzerte sollen weiterhin stattfinden.

OHO

1989 wurde das ehemalige Jugendhaus in Oberwart als „Offenes Haus Oberwart“ neu gegründet. 2013 wurde es umfassend saniert. Seit 2004 ist der gebürtige Vorarlberger Alfred Masal Geschäftsführer des OHO.

Geschichte als Streitthema

Am 10. September 1919 wurde der Friedensvertrag in St. Germain mit Österreich unterzeichnet. Dieser Vertrag trat erst am 21. Juli 1920 in Kraft. Am 4. Juni 1920 wurde in Trianon bei Paris der Friedensvertrag mit Ungarn abgeschlossen. Am 26. Juli 1921 ratifizierte Frankreich als letzter Vertragspartner den Vertrag von Trianon. Am 13. November 1921 marschierte das österreichische Bundesheer im neuen Burgenland ein. Die österreichische Gendarmerie musste sich zurückziehen, dies wegen der Angriffe der Freischärler, von denen sich das offizielle Ungarn distanziert hatte.

Die „*Kleine Entente*“, bestehend aus der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen hatten durch den Vertrag von Trianon große Teile Ungarn zugesprochen bekommen. Sie unterstützten daher den Anschluss des Burgenlandes an Österreich. Zwischen der „Reichspost“ in Wien und dem „Pester Lloyd“ in Budapest tobte ein erbitterter Propagandakrieg.

Mittels Briefen, Dokumenten etc. wurde von verschiedenen Historikern versucht, „*individuelle Alltagsgeschichten*“ aufzuzeigen und in Kontexte zu stellen. Gratisblätter bettelten bei ihrer Leserschaft um „historische Fotos“.

Durch Schüsse aus dem *Gasthaus Tscharmann* in Schattendorf gab es nicht nur Verletzte, der siebenjährige *Josef Grössing* wurde tödlich getroffen, auch der 40-jährige Klingenberg Schutzbündler *Matthias Csmarits* starb durch eine Schrotladung in den Kopf. Bei der Trauerfeier für das erschossene Kind sollen an die 10.000 Menschen und zehn Musikkapellen teilgenommen haben.

Die „*Frontkämpfer*“ *Josef* und *Hieronymus Tscharmann* sowie *Johann Pinter* bestritten beim Strafverfahren im Wiener Landesgericht die Abgabe der Schüsse nicht, gaben aber vor, dass sie niemanden verletzen oder gar töten wollten. Die Angeklagten wurden von einem Geschworenengericht freigesprochen. Dieser Freispruch führte in weiterer Folge zu 89 Toten und dem Brand des Justizpalastes.

In der Gemeinde Schattendorf wurde 2018 zum Gedenken an dieses Ereignis, das dem Ort eine Eintragung in die Geschichtsbücher einbrachte, ein Museum zum Thema „*Schüsse von Schattendorf*“ eingerichtet.

Rot-goldene Spaghetti

Der Familienbetrieb Bischof Nudeln aus Ollersdorf (Bezirk Güssing) hat Spaghetti in den Farben der Landesflagge in sein Sortiment aufgenommen. Die rot-goldenen Spaghetti sind eine Sonderedition. Rot wurden die Spaghetti durch Tomaten und Paprika, der goldene Farbton rührt von Knoblauchpulver her. Seit 1974 stellt der Betrieb Teigwaren her und verarbeitet rund 60 Tonnen im Jahr. Es gibt auch eine handgeschöpfte „*Jubiläumsschokolade*“ aus Eberau (Bezirk Güssing) , „*Jubiläumspralinen*“ und auch eine „*Jubiläumstorte*“ aus Bad Tatzmannsdorf.

Prognosen

Wie wird sich das Burgenland in den nächsten Jahrzehnten weiter entwickeln? Einige Prognosen seien hier kurz aufgelistet. Die zwei Hauptprobleme unserer Zeit sind die *Klimakatastrophe* und das *Artensterben*. Ob wir als Menschheit überleben, hängt eng damit zusammen, ob diese beiden Probleme gelöst werden. Das Thema *Biodiversität* kommt viel zu kurz im öffentlichen Diskurs. Täglich sterben 150 Arten für immer aus. 75 Prozent der Insekten sind bereits verschwunden. Die Zeit drängt. Alles, was wir an Arten verlieren, ist unwiederbringlich. *Artenschutz* ist gleichwertig mit *Klimaschutz* zu behandeln. Die Fachleute haben errechnet, dass die Fleischproduktion mindestens um die Hälfte reduziert werden müsste, und zwar dringendst, im Sinne der Erhaltung der *Biodiversität* müssten schädliche Pestizide sofort verboten werden. Politiker und Politikerinnen, welche diese beiden Hauptprobleme der Menschheit nicht erkennen (wollen), sich gegen notwendige Verbote aussprechen, gehören mit aller Entschiedenheit bekämpft und raschest abgewählt! „*Vorreiter-Behauptungen*“ gehören *sofort* überprüft, Politiker und Politikerinnen sind anzuhalten, sofort überprüfbare Zahlen, Fakten und sonstiges Vergleichsmaterial zu liefern!

Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer hat in einem Interview, das man nachlesen kann (Oberösterreich-Magazin 3, 2021, S. 41) , folgende Behauptung aufgestellt:

„Jedes Jahr werden in Oberösterreich rund 2,3 Milliarden Euro in die Energiewende investiert. Daher ist Oberösterreich schon jetzt bei fast allen erneuerbaren Energieträgern wie Biomasse, Wasserkraft und Sonnenkraft die Nummer Eins unter allen Bundesländern.“

Die *Wikipedia* ist die letzte verbliebene Enzyklopädie von globaler Bedeutung. Sie ist eine Gemeinschaft, die auf Freiwilligkeit beruht und dem neutralen Standpunkt verpflichtet ist. Wikipedianer(innen) sind meinungsstark und diskussionsfreudig. Alle Wikipedia-Artikel haben eine eigene Diskussionsseite, um über Formulierungen zu diskutieren und Unklarheiten zu beseitigen.

Über die Aufnahme in die *Wikipedia* entscheidet die Relevanz. Günstig ist es dabei, eines der vielen Relevanzkriterien zu erfüllen. Die aktuelle Fassung kennt 123 Abschnitte mit zahlreichen Klauseln, davon 33 für Personen. Es gibt auch viele an Zahlen gebundene Relevanzkriterien.

Das Land Burgenland richtet seine *„Informationspolitik“* an eigenen kleinen Medienprodukten aus, vernachlässigte bisher sträflich den Aufbau einer schlagkräftigen burgenländischen *Wikipedia*-Community und ist demnach das Burgenland *„global unterbelichtet“*.

Jugend als Minderheit, um ihre Zukunft betrogen

Nur 10,3 % der deutschen Gesamtbevölkerung sind zwischen 15 und 24 Jahre alt. Der Politik vertrauen die meisten jungen Menschen nicht mehr. Im April 2021 hatte eine Klage gegen das (deutsche) Klimagesetz vor dem (deutschen) Bundesverfassungsgericht Erfolg. Es forderte die (deutsche) Bundesregierung zu Nachbesserungen auf. Die Fridays-for-Future-Aktivistin Luisa Neubauer, 24 Jahre jung, war eine der Klägerinnen. Sie sagte, die Regierungsparteien hätten *„de facto versagt, uns zu schützen“*. Junge Menschen sind in Deutschland eine Minderheit, die oft übersehen wird. In Österreich und natürlich auch im Burgenland ist es genauso! Dass vor allem junge Menschen keine Hoffnungen mehr in die politischen Eliten setzen, ist nachvollziehbar, wenn es um die Rettung des Klimas geht. Die Schwedin Greta Thunberg hat mit der Schulstreikbewegung

„Fridays for Future“ das Feuer entfacht. In Österreich hat die 27-jährige Biologin Katharina Roggenhofer, die in Oxford studiert hat, Fridays for Future in Österreich mitbegründet.

Zur Klimakonferenz in Glasgow reisten rund 400 Teilnehmer/innen in Privatjets an, Prinz Charles kam im Militärflieger – keine Vorbilder!

Pragmatischer Opportunismus

Weder *Olaf Scholz* noch *Armin Laschet* oder *Annalena Baerbock* hatten sich im letzten deutschen Wahlkampf 2021 für Zwangsmaßnahmen zur Anhebung der Impfquote ausgesprochen. Sie fürchteten vor allem, dass diese die Wähler verschrecken bzw. der AfD in die Arme treiben könnte. Die Impfgegner sind eine zwar lautstarke, aber doch kleine Gruppe. Weit mehr als die Hälfte der Deutschen sind in Umfragen *für* eine Impfpflicht. Seit Beginn der Corona-Pandemie sind weltweit mehr als fünf Millionen Menschen nach einer Infektion mit dem Virus gestorben. Das geht aus Daten der John-Hopkins-Universität in Baltimore hervor, die veröffentlicht wurden. Die Schwelle von vier Millionen Corona-Toten weltweit war Anfang Juli 2021 überschritten worden. Nach den Daten der US-Forscher liegt die Zahl der bestätigten Infektionen inzwischen bei mehr als 246 Millionen Fällen.

Das Virus hat besonders in Oberösterreich zugeschlagen: Dieses Bundesland hat die höchste Ansteckungs- und die niedrigste Impfquote und seit 2021 sogar eine „*Maßnahmengegnerpartei*“, die *MFG*, im Landtag sitzen. Das Beispiel Oberösterreich zeigt deutlich, wohin es führt, wenn eine Mainstream-Partei wie die ÖVP vor dem Rechtspopulismus einknickt und mit der FPÖ koalitiert.

60,5 % der Oberösterreicher sind geimpft – der niedrigste Wert Österreichs. Beim *Contact-Tracing* ist das oberösterreichische System zweimal zusammengebrochen, schrieben die Gesundheitsökonominnen Maria Hofmarcher und Christopher Singhuber von der *Austrian Health Academy* in ihrer Studie „*Föderalismus im Gesundheitswesen – Schwächen des Covid-19-Krisenmanagements*“.

1999 gab es in Österreich 64.594 Spitalsbetten, davon 1780 Intensivbetten. 2020 waren es 62.873 Spitalsbetten, davon 2635 Intensivbetten.

Die Modeindustrie ist für den Ausstoß von mehr Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich als Luft- und Schifffahrt gemeinsam. Für die Modeindustrie leiden und sterben jährlich weltweit rund zwei Milliarden Tiere. Organisationen wie Vier Pfoten machen auf die Probleme hinter „tierischen Materialien“ aufmerksam und kämpfen für verbindliche Tierschutzstandards.

Lebensstil und Konsumverhalten beeinflussen unseren ökologischen Fußabdruck. Rund ein Drittel der Umweltbelastungen ist auf unsere Ernährung zurückzuführen. Für den Anbau von Soja als Futtermittel in der Massentierhaltung werden Tropenwälder abgeholzt, Kinder müssen auf Kakaoplantagen in Westafrika schufteln, der Wasserverbrauch für Erdbeeren aus Südspanien hat bereits einen Nationalpark zerstört.

Klima-Risiko-Index

2,5 Milliarden Menschen könnten ihren Lebensraum und ihre Nahrungsgrundlagen verlieren, wenn die globale Temperatur um nur zwei Grad steigt. Laut Klima-Risiko-Index waren 2021 Puerto Rico, Myanmar und Haiti weltweit am stärksten von Extremwetter wie Stürmen betroffen. In Afrika schlägt wiederum die Dürre immer unbarmherziger zu, Hungersnöte sind bereits traurige Realität. Die Erwartung, dass die Welt nach Glasgow auf Kurs in Richtung 1,5-Grad-Ziel ist, wird sich nicht erfüllen.

Es gab bis 2021 insgesamt 26 Klimakonferenzen. Die erste fand 1995 in Berlin statt, die Umweltministerin war damals Angela Merkel. In Bangladesch leben fast 170 Millionen Menschen. Es gibt unterschiedliche Untersuchungen darüber, welches Land von der Klimakrise am heftigsten betroffen ist – aber in jeder davon ist Bangladesch auf einem der ersten Plätze. Und obwohl dieses Land die siebtgrößte Bevölkerung der Welt hat, stößt es nur 0,4 Prozent (!) der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen aus.

Wisente und Elefanten

Anfang des 20. Jahrhunderts waren Wisente in freier Wildbahn ausgestorben. In Gehegen überlebten ein paar von ihnen. Um Europas größten Landsäuger in die Natur zurückzuholen, begann Anfang der Fünfzigerjahre ein Auswilderungsprojekt in einem Nationalpark an der Grenze zwischen Polen und Belarus. Nach Südwestfalen holte sie 2013 ein Verein, der extra dafür gegründet wurde. Acht Wisente ließ der Verein 2013 frei. Heute ist die Herde auf 25 Tiere angewachsen. Kolosse sind die Tiere, bis zu drei Meter lang und zwei Meter hoch. Auch die Kühe tragen Hörner.

Elefanten sind Opfer der Kriege von Menschen. Beim Bürgerkrieg in Mozambique (1977 – 1992) wurden über 90 Prozent der Elefanten von Wilderern getötet, mit dem Elfenbein ihrer Stoßzähne wurde der Krieg finanziert.

Die afrikanischen Völker haben ihre Tierwelt im Vergleich zu Europa und Nordamerika jedenfalls über viele Jahrhunderte hinweg besser geschützt und erhalten.

Neue Wörter in der Corona-Zeit

Eine Forscherin des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim kommt bis jetzt auf mehr als 1200 neue Wörter, die in der Corona-Zeit entstanden sind. Dazu zählen Begriffe wie *Impfdrängler*, *Covidiot* oder *Abflachen der Kurve*. In der Liste (noch) nicht enthalten ist der Begriff *Lebensbedroher*. Damit sind Personen gemeint, die sich nicht an die Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Krankheitserregers halten.

Globaler Drohnenkrieg

Mitte September 2021 gab das US-Verteidigungsministerium zu, in Afghanistan kurz vor dem endgültigen Abzug durch einen Drohnenangriff zehn Zivilisten getötet zu haben, darunter sieben Kinder – das jüngste Mädchen war erst zwei Jahre alt. Die USA hatten die Opfer zunächst als „*islamistische Kämpfer*“ bezeichnet. Den USA wird vorgeworfen, im „*Krieg gegen den Terror*“ seit 2001 weltweit durch gezielte Drohnenangriffe mindestens 22.000 Zivilpersonen getötet zu haben.

Mit einer Drohne, welche mit Sprengstoff beladen war, sollte der Premier des Irak, *Mustafa al-Kadhimi*, in seiner Residenz getötet werden, welche in einer besonders geschützten Zone lag. Wie durch ein Wunder blieb er unversehrt.

Zukünftige Kriege werden „*Drohnen-Kriege*“ sein. Die berechtigte Frage ist, ob angesichts des neuen Schreckensszenarios eine militärische Landesverteidigung Österreichs noch überhaupt sinnvoll ist. „*Kanonenfutter*“ aus jungen Menschen gegen Drohnenschwärme?

Rechts und Links

Die 43-jährige *Mette Frederiksen* ist seit 2019 Ministerpräsidentin von Dänemark, die Sozialdemokratin steht für eine „*linke*“ Arbeits- und Sozialpolitik und besteuert die Reichen. Hart ist sie beim Thema Migration: Sie verfolgt eine restriktive Einwanderungspolitik, in der Kriminalitätsbekämpfung und „*Ausländerpolitik*“ orientiert sie sich an den Rechtspopulisten. Das Burgenland wird seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie beherrscht, wie soll sie sich positionieren, was sind die Herausforderungen der Zukunft? Der derzeitige burgenländische Landeshauptmann *Hans Peter Doskozil* hat einen Bekanntheitsgrad erreicht, der weit über das Burgenland hinausreicht, ist Streitbar und auch umstritten. Was hätte er schon für das Wohl der Bevölkerung tun können, was könnte er noch tun? Eine kurze Auflistung:

Sozialpolitik

Michael Landau, geboren 1960 in Wien, ist katholischer Geistlicher, er wurde 1992 in Rom zum Priester geweiht. 1995 wurde er Caritasdirektor der Erzdiözese Wien, seit 2013 ist er Präsident der Caritas Österreich, seit 2020 auch Präsident der Caritas Europa. Er sagte in einem Interview:

Österreich wird zu Recht als eines der wohlhabendsten Länder der Welt bezeichnet. Auf der anderen Seite belegen die EU-SILC-Zahlen (European Union Statistics on Income and Living Conditions) das, was wir in den 1.600 Caritas-Einrichtungen in ganz Österreich Tag für Tag sehen: Zunehmend mehr Menschen können von Wohlstand und Reichtum nicht mehr profitieren. Im Gegenteil, für sie wird es immer schwieriger, dem Druck des Alltags standhalten zu können. In Österreich erfrieren oder verhungern Menschen nicht, wenn sie von Armut betroffen sind. Aber: Gehungert und gefroren wird auch bei uns. Dieser Umstand hat sich durch die Pandemie nochmal deutlich verschärft. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedeuten für viele immense finanzielle Nöte. Sie stehen vor der Frage, ob sie die Wohnung heizen oder etwas zu essen kaufen können. Weil es uns insgesamt gut geht, dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass es auch bei uns Menschen schlecht geht. Kinderarmut wirksam zu bekämpfen ist nicht eine Frage des Könnens, sondern des Wollens.

Wolfgang Pucher, ein Pfarrer aus Graz, wurde 1939 bei Graz geboren, wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf und wurde 1973 zum Pfarrer der Pfarre St. Vinzenz in Graz berufen. Er setzt sich seit Jahrzehnten für Bedürftige ein und gründete die *VinziWerke*, wo rund 400 obdachlose Menschen in Graz und Wien betreut werden.

Er ging erfolgreich gegen generelle Bettelverbote in Österreich vor. In Graz gibt es – bei rund 300.000 Einwohnern – an die 150 Bettler/innen. Die *Kronen-Zeitung* warnte vor angeblich operierenden „osteuropäischen Banden“, die nach Graz kommen würden. 2011 wurde ein generelles Bettelverbot im ganzen Bundesland Steiermark eingeführt.

Pfarrer Wolfgang Pucher im Originalton:

Wir haben es beim österreichischen Verfassungsgerichtshof geschafft, die Verbote in zwei Bundesländern, in Salzburg und in der Steiermark zu kippen. In Tirol haben sie, aus Angst vor einer

Klage, ihr Verbot freiwillig aufgehoben. Am meisten freut mich, dass es zur Stunde in ganz Österreich kein einziges generelles Bettelverbot mehr gibt.

Ein Bettelverbot verstößt gegen zwei Paragraphen der Europäischen Menschenrechtskonvention: Zum einen steht es jedem frei, seine Lebensführung frei zu gestalten, also sich den Unterhalt mit Betteln zu verdienen. Der zweite Punkt: Wenn ich mich hinstelle und zeige, dass ich arm bin, dann ist das die Präsentation einer Not und durch das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt.

Die meisten Grazer Bettler kommen nur aus dem Ort Hostice in der Ostslowakei, wo die Arbeitslosenquote extrem hoch ist und die Roma ausgegrenzt und diskriminiert werden. Ohne das in Graz erbettelte Geld müssten ihre Familien hungern.

Es wäre „cool“ gewesen, wenn der Landeshauptmann 100 arme Menschen aus ganz Österreich und aus den Nachbarländern im Jubiläumsjahr ins Burgenland eingeladen hätte, denn die Sozialdemokratie leitet sich vom Wort „sozial“ ab. Damit wäre ein klares sozialpolitisches Zeichen gesetzt worden.

Persönliche Einkommenspolitik

Elke Kahr, geboren 1962, absolvierte nebenberuflich zur Arbeit als Sekretärin die Abend-HAK, sie ist Mutter eines Sohnes. Sie wird die neue Bürgermeisterin von Graz und hat die Wahlen überzeugend gewonnen. Sie sagte im Interview:

Ich bekomme ein Gehalt wie jeder andere auch auf ein Girokonto. Davon habe ich mir bisher 1.950 Euro netto behalten, die Differenz auf die 6.100 Euro Nettobezug als Stadträtin habe ich seit 2005 an Menschen in Notlagen weitergegeben. Das ist alles genau belegt mit Rechnungen und Buchungen.

In Graz schnitt die SPÖ bei der Gemeinderatswahl 2021 nur noch im einstelligen Prozentbereich ab. Früher stellte sie in Graz noch den Bürgermeister Alfred Stingl – von 1985 bis 2003 – doch das ist

schon lange her. Die Wählerschaft honoriert, unabhängig von der persönlichen Ideenwelt von Kandidaten, deren Glaubwürdigkeit, die sich in Taten manifestiert.

Konsum und Klima

Österreich gehört zu jenen Ländern, die über den Handel eine große Menge an Treibhausgasen importieren – von der Avocado bis zur Kiwi. Etwa acht Prozent der globalen Treibhausgasemissionen werden durch die Zementherstellung verursacht, bei der Eisen- und Stahlproduktion sind es sogar elf Prozent.

Drei Tonnen Kohlendioxid entstehen in der westlichen Welt durchschnittlich pro Jahr und Person beim Wohnen, zwei Tonnen bei der Mobilität, knapp eine Tonne durch die Ernährung und etwas mehr als zwei Tonnen durch den Kauf von Produkten und Dienstleistungen. Das hat das deutsche Umweltbundesamt berechnet.

40 Prozent der Treibhausgase kann man global mit der Kreislaufwirtschaft einsparen. Es führt kein Weg daran vorbei, es muss nur schnell getan werden. In zunehmendem Maß wird der persönliche Lebens- und Konsumstil der politischen Eliten hinterfragt werden.

Kurzstreckenflüge gehören verboten, viele Trips sind durch Videokonferenzen ersetzbar. Das Burgenland kann in der von 2021 bis 2027 laufenden Finanzperiode der Europäischen Union mit knapp 50 Millionen Euro aus der Regionalförderung rechnen. Dazu kommen voraussichtlich 17 Millionen Euro aus dem EU-Resilienzfonds zur Unterstützung der Klima- und Energiewende. Diese Wende lässt sich aber nur bewerkstelligen, wenn die breiten Massen ihre derzeitige Lebensweise fundamental und radikal ändern. Das wird der Bevölkerung aber nicht deutlich genug vermittelt.

Wir können mit unserem Klima nicht experimentieren, weil wir kein zweites haben – ein schlichter Satz. Die drei Klimaforscher *Klaus Hasselmann*, *Syukuro Manabe* und *Giorgio Parisi* erhielten am 10. Dezember den *Physik-Nobelpreis 2021*. *Klaus Hasselmann* gründete 1987 das *Deutsche Klimarechenzentrum*, das seither mit modernsten Superrechnern globale Klimaszenarien simuliert. Komplexe Berechnungen bilden heute die Folgen der Erderwärmung auch auf lokaler (!) Ebene ab

und spielen politische Entscheidungen durch. Am Hamburger *Deutschen Klimarechenzentrum* wurde etwa nachgewiesen, dass man ausschließen kann, dass die Erderwärmung natürliche Ursachen wie etwa eine Steigerung der Sonnenaktivität haben könnte.

Strukturbereinigungen

Das Burgenland hat 171 Gemeinden bei rund 300.000 Einwohnern, Vorarlberg bei einer Bevölkerung von 400.000 nur 96. Vorarlberg hat mit der *Bibliothek Dornbirn* ein Gebäude, das auf drei Ebenen ca. 300 Veranstaltungen ermöglicht. Die Energie wird über Erdwärmesonden mittels Wärmepumpen eingebracht. Das Zusammenspiel von thermischer Bauteilaktivierung, Erdwärme, großflächiger Verglasung und fixem Sonnenschutz ermöglicht eine innovative Energieversorgung. Eichenholz und Glas dominieren das Gesamtbild der Bibliothek. Eine Gitterstruktur aus ca. 8000 vorgefertigten Keramikelementen, die Bücher symbolisieren, ist mit einem Abstand von 70 Zentimetern vor die Glasfassade gesetzt. Diese vorgehängte Fassade ist einerseits eine attraktive Hülle, andererseits bietet sie einen belegten bauphysikalischen Mehrwert. Derartige neue Bauten sucht man im Burgenland vergeblich.

Burgenland-Universität

79 % der Akademiker-Kinder starten ein Studium. Ohne diesen Hintergrund sind es nur 27 %. Mit einer Fachhochschule allein lässt sich der Rückstand des Burgenlandes auf die anderen Bundesländer mit „echten“ Universitäten nicht ausgleichen. Eine neue „*Burgenland-Universität*“ wäre die wesentlich bessere Lösung.

Die wirklich wichtigen Innovationen erfolgen in Österreich fast ausschließlich an den Universitäten. Leistungsfähige Algorithmen werden die Autos steuern und bei der Entwicklung von Medikamenten helfen. In der Medizin macht man sich schon künstliche Intelligenz zur Mustererkennung zunutze, und zwar in der Qualitätskontrolle bzw. in der Diagnostik mittels

bildgebender Verfahren. Künstliche Intelligenz kann heute krankhafte Veränderungen auf Röntgen-, CT- oder MR-Bildern gleich gut oder besser erkennen als Radiologen. Die *Johannes Kepler Universität Linz* betreibt ein eigenes *KI-Labor*. Sie hat auch ein eigenes *Institut für Machine Learning*. Mit künstlicher Intelligenz bezeichnet die Wissenschaft die Fähigkeit von Maschinen, aus Erfahrungen zu lernen und Aufgaben zu meistern, die menschenähnliches Denkvermögen erfordern.

In Linz wurde die 3G-Hochfrequenztechnik für das erste iPhone und das Samsung Galaxy S entwickelt. Sepp Hochreiter, Leiter des Instituts für Machine Learning an der JKU, hat die LSTM-Methode entwickelt, die mittlerweile Grundlage für Spracherkennung und Suchfunktionen ist. In den nächsten Jahren werden die Absolventen des neuen Artificial-Intelligence-Studiums in das Berufsleben eintreten. In Linz wurde ein echter Hotspot für Hochfrequenztechnik und KI entwickelt. Im nahen *Software Competence Center Hagenberg* wird vielfältig zu künstlicher Intelligenz geforscht und entwickelt.

Oberösterreich unterscheidet sich von anderen Regionen auch im Bereich Innovationen: Während die Zahl der Patentanmeldungen in Österreich 2020 um knapp zwei Prozent zurückging, konnte Oberösterreich um 8,6 Prozent zulegen.

In der Steiermark sind die Montanuniversität Leoben, die Technische Universität Graz und die Medizinische Universität Graz federführend bei Innovationen. Die Joanneum Research Forschungsgesellschaft betreibt seit mehr als 50 Jahren Spitzenforschung, auch in zahlreichen KI-Bereichen. In einem Open-Source-Projekt (!) wird Robotern in einer Deep-Learning-Simulation beigebracht, was sie in verschiedenen Situationen zu tun haben. Das Erfassen einer Rechnung mit allen Identifikationsmerkmalen und dem Ablegen des Belegs dauert normalerweise etwa drei bis fünf Minuten; künstliche Intelligenz schafft diesen Vorgang im Bruchteil einer Sekunde.

Ein Problem in Österreich sind fehlende Rechenressourcen, die für komplexe KI-Entwicklungen nötig sind. Bei Google und Amazon gibt es mehr Rechenressourcen als in ganz Österreich. Ohne Erhöhung der Rechenressourcen ist Österreich nicht konkurrenzfähig.

Sicherheit

Weil die Autos immer sicherer werden, geht die Zahl der Diebstähle insgesamt stark zurück – sie beträgt heute nur noch ein Zehntel des Wertes von 1994. Im Jahr 2020 wurden nach Daten des deutschen Bundeskriminalamtes 15 Prozent weniger Autos geknackt als im Vorjahr.

Elektroautos bringen einen Schub an zusätzlicher Sicherheit. Die meisten von ihnen verfügen über eine sehr raffinierte Bordtechnik. Viele haben gar keine sichtbaren Türgriffe mehr, auch keine Knöpfe zur Verriegelung von innen, die man mit einer Drahtschlinge hochziehen könnte. Zudem haben viele Elektrofahrzeuge eine eingebaute Videoüberwachung. Tesla-Fahrer können ihr Fahrzeug mit einem PIN-Code sichern. Das permanent eingeschaltete und mit dem Internet verbundene Navigationssystem macht die Ortung leicht. Laut einer US-Statistik kommen 97 Prozent der gestohlenen Teslas zu ihrem Besitzer zurück – bei Autos mit Verbrennungsmotor sind es nur 58 Prozent. Viele Elektroautos hängen nachts an der Ladestation – und die ist meistens in der abgeschlossenen Garage. Öffentliche Ladestationen sind hell beleuchtet und werden von Kameras überwacht.

Laut deutschem Bundeskriminalamt ist die Zahl der Banküberfälle in den vergangenen drei Jahrzehnten deutschlandweit um 95 Prozent gesunken. 1993 wurden noch 1623 Überfälle auf Banken und Sparkassen verübt, 2020 aber nur 80. Die Kreditinstitute haben seit 1993 mehr als jede zweite Filiale geschlossen. Bankgeschäfte werden zunehmend digital erledigt.

Dass die Sicherheit gestiegen ist, hat also mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu tun – siehe oben – und ist nicht auf die „gute Sicherheitspolitik“ von irgendwelchen Politikerinnen und Politikern zurückzuführen.

E-Government

„Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger“, versprach der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder schon anno 2000 auf der Expo in Hannover. Zwei Jahrzehnte später laufen die Bürger immer noch.

Österreich wurde beim E-Government längst überholt (die Daten sind aus dem Jahr 2021) – von Spanien, Dänemark, Finnland, den Niederlanden, aber auch von den ehemaligen „Ostblockstaaten“ Estland, Lettland und Litauen. Die öffentlichen Verwaltungen sollten nicht wie bisher Monopole wie Microsoft anfüttern, deren Gründer Bill Gates mit Helikoptern und einer Luxus-Yacht zur Klimakatastrophe beiträgt, sondern auf Open-Source-Lösungen setzen.

Bundesheer

Somalia hat eine Bevölkerung von etwas über 15 Millionen Menschen. Das BIP pro Kopf 2020 lag bei nur 309 US-Dollar – in Österreich waren es 48.105 US-Dollar. Es gibt keine anerkannte nationale Regierung in diesem Land.

Die USA führen in Somalia Krieg mit bewaffneten Drohnen. Es gibt sehr viele zivile Opfer. Die Piloten der Drohnen sitzen in den USA, die Daten für die Steuerung der Drohnen werden mittels einer Relaisstation auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Deutschland verstärkt. Ohne diese Relaisstation wäre der US-Drohnenkrieg in etlichen Ländern dieser Welt nicht möglich. Seit 2002 setzen die USA auf gezielte Drohnenangriffe, um Personen zu töten.

Das Bundesheer kann angesichts des neuen Szenarios – Krieg mit Drohnen und Killerrobotern – seine Aufgabe nicht mehr erfüllen und müsste grundlegend umgestaltet werden.

Flüchtlinge

Hierzulande kommt fast jeder zweite Flüchtling über das Burgenland nach Österreich. 2015 wurden von einem Asfinag-Mitarbeiter im Burgenland 71 tote Flüchtlinge gefunden, in einem abgestellten Kleintransporter, wie Sardinen eingepfercht. 2015 waren Politik und Öffentlichkeit noch lange nicht so verroht und abgestumpft wie heute. Ohne diese 71 Toten hätte es die sogenannte Grenzöffnung von 2015 nicht in dieser Form gegeben. Denn nur acht Tage nach dem grausigen Fund marschierten Flüchtlinge vom Budapester Bahnhof Keleti Richtung Österreich los, und man ließ sie gewähren. Schlepper bilden kriminelle Banden, die das Leid der Verzweifelten ausnützen, aber die Flüchtlinge bezahlen 5000 Euro aufwärts, dass sie sich in so einen Transporter zwängen dürfen.

Polen und Belarus

Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki warnte im Herbst 2021 vor einer „*Mega-Flüchtlingswelle*“ von „*bis zu 50 Millionen Migranten*“. An der polnisch-weissrussischen Grenze sitzen rund 20.000 Flüchtlinge fest. Boulevardmedien bringen in der Regel nur verkürzte Aussagen von Regierenden, es sollen offenbar massive Ängste in der Bevölkerung ausgelöst werden, die genauen Hintergründe werden nicht genannt.

Zwei Originalzitate von seriösen Qualitätszeitungen zeigen auf, dass diese Art des Schürens von diffusen fremdenfeindlichen Emotionen verfehlt ist:

Immerhin hatten die polnischen Metropolen bereits 2015 Flüchtlinge aufnehmen wollen und entsprechende Appelle an den Staat gerichtet. Und jüngst erklärte der Vorstand einer der größten polnischen Hotelketten in einem offenen Brief an die Regierung, sein Unternehmen könne ohne Weiteres hundert Flüchtlingsfamilien aufnehmen und ihnen Ausbildungs- oder Arbeitsplätze anbieten. Dass die Aufnahme von Flüchtlingen aus wirtschaftlicher Sicht mehr Vor- als Nachteile mit sich bringt, hat sich also durchaus herumgesprochen. Wie Deutschland leidet Polen an einem Mangel an Arbeitskräften, der sich durch die demografische Entwicklung noch verschärfen wird.

Man weiß in Polen auch, dass eine multikulturelle Bevölkerung Innovationen und Wachstum begünstigt. Und doch möchte das Land die homogenste Gesellschaft in Europa bleiben.

Quelle: DIE ZEIT, 18. November 2011, S. 55

Die Wochenzeitung DIE ZEIT weist noch darauf hin, dass sich paradoxerweise die heftigste Ablehnung von Flüchtlingen ausgerechnet unter jenen Stammwählern/Stammwählerinnen der rechtsnationalen Regierungspartei findet, die selbst noch nie mit Flüchtlingen in Berührung gekommen sind und auch nicht in Berührung kämen.

Die katholische Wochenzeitung DIE FURCHE schreibt über die berüchtigte „Pushback-Praxis“ in Polen wie folgt (Ausgabe vom 11. November 2021, S. 5):

Bislang liegt es meist an den Grenzbeamten, was mit den aufgegriffenen Flüchtlingen geschieht. Trotz der Erklärung der Flüchtlinge, dass sie in Polen bleiben und internationalen Schutz gemäß EU-Recht beantragen wollen, werden viele umgehend außer Landes gebracht. Es ist jedes Mal eine Art Lotterie, was passieren wird. Das Ende Oktober vom polnischen Parlament verabschiedete, umstrittene Asylgesetz legalisiert die schon zuvor praktizierten Pushbacks, deren Brutalität trotz Ausnahmezustandes in die Öffentlichkeit drang: Schwangere Frauen wurden über Grenzzäune geworfen, weinende Kinder gewaltsam weggeschafft, den durstenden und hungernden Menschen an der Grenze Nahrung und Getränke verweigert. Die Novelle nun erlaubt dem zuständigen Grenzbeamten offiziell, den Antrag auf internationalen Schutz unbearbeitet zu lassen.

China und Indien

China ist etwa bei Wein – vor Neuseeland – inzwischen der fünftgrößte Produzent der Welt. Die *Geopolitik* hat einen neuen Stellenwert erlangt. China und Indien sind Atommächte und bestimmen zunehmend die Weltwirtschaft. Das *Denken in globalen Zusammenhängen* müsste wesentlich stärker als bisher gefördert werden. Die weltweit führende PKW-Elektro-Nation ist China, dort

wendet man sich immer mehr von der batteriebetriebenen Elektrifizierung ab und steigt um auf wasserstoffbetriebene Elektrifizierung.

Das Jahr 2021 war wirtschaftlich eine Premiere: Erstmals sind nicht mehr die USA der wichtigste Handelspartner der EU – es ist China. Gleichzeitig werden die politischen Beziehungen zwischen Brüssel und Peking immer schwieriger. Der ungarische Premier Viktor Orbán will eine staatliche chinesische Universität in Budapest ansiedeln. Gemeinsam mit Griechenland hat Ungarn immer wieder chinakritische Entscheidungen in der EU blockiert. Als Litauen ein Verbindungsbüro mit Taiwan eröffnete, zog Peking deshalb sofort seinen Botschafter aus Litauen ab.

Am Golf von Kutch im indischen Bundesstaat Gujarat liegen große Mangrovenwälder, deren Zustand sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechterte. Einzelne Dörfer haben hier neue Wälder angelegt und schützen die verbliebenen nun strenger. Langsam wächst die Küste hier jetzt wieder zu: mit deutlichen Vorteilen für die Bewohner und Bewohnerinnen. Die Schäden durch Zyklone und Überflutungen wurden gemindert, weil die Pflanzen die Wucht der Extremereignisse abfedern.

Der Baum *Afrormosia* in Afrika ist ein begnadeter Überlebenskünstler: Er übersteht Waldbrände und Trockenperioden. Wie kann man ihn und damit ein ganzes Ökosystem schützen?

Nach der Fachzeitschrift *Nature* könnte die Renaturierung von 15 Prozent der weltweit arten- und kohlenstoffreichsten Flächen rund 60 Prozent der vom Aussterben bedrohten Arten retten. Gleichzeitig würde das die Menge von 300 Gigatonnen Kohlendioxid binden – knapp ein Drittel der Kohlenstoffdioxid-Menge, welche die Menschheit seit der Industrialisierung ausgestoßen hat.

Über 130 Länder haben sich verpflichtet, bis 2030 die Entwaldung zu stoppen und umzukehren, selbst Länder wie Brasilien und Indonesien. Auch bei der Ankündigung von Staaten, klimaneutral zu werden – Russland bis 2060, Indien bis 2070 –, spielen „naturbasierte“ Lösungen eine zentrale Rolle: Es sind meist Wälder, die Emissionen aus fossilem Kohlenstoff ausgleichen sollen.

Die Taiga, von der Wissenschaft „*boreale Wälder*“ genannt, ist eine Vegetationszone, die sich zwischen dem 50. und 70. Breitengrad rund um den Globus spannt. Die Wälder dieser Zone

speichern Kohlenstoff in großen Mengen, etwa 30 Prozent der gesamten Biomasse der Erde. Für die weitere Erwärmung oder die Stabilisierung des Klimas ist die Taiga bedeutsamer als die Wälder am Amazonas. Die Feuer in der russischen Taiga waren 2021 größer als in Europa und Nordamerika zusammen, in Russland brannten Flächen von der Größe Italiens ab. Man hat sich bisher leider zu wenig mit den Ursachen und dem Verlauf dieser verheerenden Brände beschäftigt.

Volksgruppen/Vielfalt

Bruno Kreisky hat seinerzeit – 1960 und 1961 – zwei UN-Resolutionen zugunsten der Südtiroler erkämpft. Die deutsche Sprache ist in Italien wesentlich besser geschützt als die Sprachen der nationalen Minderheiten in Österreich, die von Jahr zu Jahr schrumpfen. Gezielte und aufeinander abgestimmte Maßnahmen zum Schutz der Vielfalt gibt es nicht in Österreich.

Politiker denken an die nächste Wahl, Staatsmänner an die nächste Generation. (Winston Churchill). Wir haben in Österreich Politiker und Politikerinnen.

Es ist eine Bevölkerungsexplosion im Gang: Im Jahr 2100 werden laut Prognosen elf Milliarden Menschen auf der Erde leben. Wenn man den europäischen Lebensstandard her nimmt, verträgt der Planet aber nur knapp zwei Milliarden Menschen. Genau diesen Lebensstandard wollen aber Menschen in allen Teilen der Welt. Die Versorgung mit ausreichend Energie bei einer ständig zunehmenden Weltbevölkerung wird eine enorme Herausforderung.

In Afrika leben 1,4 Milliarden Menschen, die Nahrung brauchen und Strom. Bis heute sind beispielsweise nur 19 Prozent der Kongolesen an ein Stromnetz angeschlossen, in den ländlichen Gebieten fast niemand. Wer sich keinen Dieselgenerator leisten kann, ist auf Holzkohle angewiesen. Ohne Holzkohle gibt es kein heißes Wasser, keine Wärme, kein Kochen. So verschwinden seit Jahren Hektar um Hektar Regenwald unter den Kochöfen des Landes.

Gut 600.000 Haushalte heizen österreichweit noch mit Öl – 2035 sollen es laut Regierung keine mehr sein.

Emotionale Inhalte, die etwa Wut auslösen, werden online stärker geteilt – und viele Falschmeldungen lösen gekonnt Wut aus. Falschmeldungen werden oft von Bekannten weiterverbreitet.

Mit Fakten allein erreicht man nicht viel.

Es kann auch zu groben Vereinfachungen von wissenschaftlichen Ergebnissen kommen. Musik kann dabei helfen, sich besser zu konzentrieren, Musik kann durchaus einen Einfluss auf kognitive Fähigkeiten haben. Einen „*Mozart-Effekt*“ aber gibt es nicht. Es erwuchs der Irrglaube, man könne die Intelligenz von Kindern steigern, indem man ihnen schon im Mutterleib klassische Musik vorspielt. Dieser „*Mozart-Effekt*“ wurde vermarktet und mit CDs zu Geld gemacht.

Keine digitale Neuerung hat die Welt des Reisens stärker verändert als Social Media. Egal, wohin die Reise geht, irgendjemand war schon dort und hat eindrucksvolle Schnappschüsse ins Netz gestellt. Auch Hotelaufenthalte werden immer mehr zu Bühnen der Selbstoptimierung. Es gibt eine Lust an Instagram-tauglichen Inszenierungen. Meinungsbildner, sogenannte *Influencer*, nutzen die sozialen Medienplattformen, um sich makellos in Szene zu setzen. Alles soll bis ins Kleinste durchchoreografiert werden.

Im offiziellen Digital Ranking der EU, dem *Digital Economy and Society Index* (DESI) sind die Dänen seit Jahren an der Spitze. 2018 hat die EU-Kommission im Rahmen des ersten europäischen Wettbewerbs „*Capital of Smart Tourism*“ Kopenhagen zum besten Reiseziel in der Kategorie *Digitalisierung* gekürt. Die *Königliche Bibliothek* wurde in einen kubischen Bau verwandelt. 2010 machte die Stadt bepflanzte Dächer für Neubauten zur Pflicht. Zwischen vielen Häusern wurden sogenannte *Pocketparks* angelegt: kleine begrünte Flächen mit einer großen Wirkung. Biodiversität und Luftqualität verbessern sich dadurch nachweislich.

Digital Humanities

Das *Münchener Digitalisierungszentrum* (MDZ) widmet sich bereits seit 1998 dem Unterfangen, die reichhaltigen Bestände der *Bayrischen Staatsbibliothek* online zur Verfügung zu stellen. Damit sind die Bayern Vorreiter der *Digital Humanities*, deren Ziel es ist, wichtige Geistes- und Kulturgüter digital zu sichern und zugänglich zu machen.

Zum Schatz der Münchener Archivare zählt die vollständig digitalisierte Fassung der *Gutenberg-Bibel*. Das Exemplar gilt als eine der 49 erhaltenen Ausgaben der zwischen 1452 und 1454 entstandenen Meisterleistung der Druckkunst. Aufgrund der 42 Zeilen pro Seite als „*zweiundvierzigzeilige Bibel*“ bekannt, enthält die Münchener Fassung neben farbigen Initialen die „*tabula rubicarum*“, eine Liste an roten Überschriften, die nach Druckabschluss händisch eingetragen werden sollten.

Das *Book of Kells* ist eine um 800 nach Chr. entstandene religiöse Handschrift und gilt als überragendes Beispiel der Buchmalerei. Die Bibliothek des *Trinity College Dublin* hat diesen Schatz digital erfahrbar gemacht. Die illuminierten Buchseiten sind mit typisch keltischen Tier- und Menschenornamenten verziert.

Virtuelle Rundgänge

Die Klassik-Stiftung in Weimar bietet eine Mehrzahl an interaktiven Programmen. Die legendäre Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek ist nur einen Mausklick entfernt. Die Stiftung bietet auf ihrer Homepage einen 360-Grad-Rundgang durch dem wunderschönen Rokokosaal der 1691gegründeten Bibliothek, die nach ihrer größten Förderin benannt wurde.

Im Jahr 2018 fand mit „*Du bist Faust. Goethes Drama in der Kunst*“ eine faszinierende Ausstellung in Weimar statt, die Goethes Werk in den Mittelpunkt der europäischen Kulturgeschichte rückte. Auch hier wird ein 360-Grad-Rundgang geboten, anhand dessen wir die Nachwirkungen des Faust in den Werken von Charles Gounod, Käthe Kollwitz bis hin zu Martin Scorsese erkunden können. Dabei zeigt sich: Die großen Themen des Faust – Jugendwahn, Egoismus, Zerstörungswut – wirken bis in die Gegenwart nach und halten auch unserer heutigen Gesellschaft den Spiegel vor.

Auf eine Entdeckungsreise lädt die *Klassik Stiftung* auch zum Philosophen *Friedrich Wilhelm Nietzsche* ein, der 1900 in Weimar verstorben ist. Unter dem Titel „digitaler *Parcours der Moderne*“ erhält man Einblick in sein Schaffen. Es gibt auch ein Online-Spiel „*DENK MIT! Nietzsche*“, wo man aufgerufen ist, eine Reise durch seine Schriften anzutreten und ihm beim Sortieren seiner Gedanken behilflich zu sein.

Die *Klassik Stiftung Weimar* gibt auch wunderschöne Bücher heraus, etwa den Band *Die andere Seite*. In diesem Band werden *Mehrfachbegabungen* von Künstlerinnen und Künstlern dargestellt. *Goethe*, das Universalgenie, war nicht nur Literat, sondern auch ein brillanter Zeichner und systematischer Naturforscher. Auch *Victor Hugo* und *Arnold Schönberg* etwa waren ausgezeichnete Maler und Zeichner.

Mediatheken

Das *Tagebucharchiv* in Emmendingen sammelt seit 1998 private Lebenszeugnisse – dazu gehören etwa Tagebücher und Briefverkehr – aus der Zeit des späten 18. Jahrhunderts bis in die unmittelbare Gegenwart. Dabei geht es explizit nicht darum, die Gedanken großer Denker und Autoren zu sammeln. Ziel ist es vielmehr, einen Eindruck der Alltagsgeschichten zu vermitteln.

Die *Mediathek* des Archivs bietet mittels Audiobeiträgen die Möglichkeit, faszinierenden Lebensgeschichten beizuwohnen. Darunter eine Tagebuchlesung von Martin Welser, Doyen der deutschen Gegenwartsliteratur. Man erhält anhand von Bild- und Videoserien einen Einblick in manche der schönsten Exponate. Unter den Highlights ist ein „*Album Amicorum*“ (Freundschaftsbuch) aus dem Jahr 1791.

New Deal

Als *Franklin D. Roosevelt* im US-Präsidentschaftswahlkampf 1932 den Slogan vom „*New Deal*“ geprägt hat, wusste er zunächst selbst noch gar nicht so genau, was er konkret darunter versteht. Aber es klang gut und kam in der noch unter dem Schock des Börsencrashes von 1929 stehenden Bevölkerung gut an. Nach gewonnener Wahl musste Roosevelt diesem „*New Deal*“ auch mit Inhalt füllen. Ein großes Infrastrukturinvestitionsprogramm zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit wurde in Gang gesetzt.

Heute stehen wir in ähnlich schockstarrer Ratlosigkeit vor den bereits überdeutlich sichtbar gewordenen Folgen des Klimawandels und der unklaren Zukunft, die den Menschen in einer immer mehr von künstlicher Intelligenz beherrschten Welt beschieden ist.

Hanf

Textilien aus Hanffaser versprechen Sommer wie Winter ein angenehmes Tragegefühl. Gerade in Zeiten, in denen unser Planet von Plastik und Mikroplastik überschwemmt wird, Ressourcen knapp sind und die meisten Textilien aus synthetischen Fasergemischen bestehen, die nicht recycelt werden können und der Umwelt schaden, sind nachhaltige und ökologische Textilalternativen gefragt. Jeans aus Hanf sind nichts Neues, denn die Urform der heutigen Blue Jeans aus Baumwolle waren Jeans aus Hanfsegeltuch. Levi Strauss fertigte sie für die Goldgräber seiner Zeit an. Sie bestachen durch eine legendäre Festigkeit und Haltbarkeit und wurden bald zum Verkaufsschlager. Heute reicht die Palette der Hanftextilien vom Langarm-Shirt für Herren bis zum modischen Kleid für Damen. Hanf wird auch in der Medizin und im Baugewerbe verwendet.

Hanf ist eine uralte Kulturpflanze, die schon seit Tausenden von Jahren in der ganzen Welt angebaut wird. Das größte Multi-Talent in der Pflanzenwelt kann noch mehr als für Nahrung, Öl, Arzneimittel, Kleidung, Papier und Baustoff verarbeitet werden. In den letzten Jahren ist es zu einer regelrechten Wiederentdeckung der Hanfpflanze gekommen, und zwar weltweit.

Die Baumwolle ist erst um das Jahr 1000 nach Chr. nach Europa gelangt. Hier blieb sie zunächst lange Zeit nur ein exotisches Luxusgut. Erst im 14. Jahrhundert nahm die Baumwollverarbeitung nördlich der Alpen stark zu. Augsburg und weitere deutsche Städte wurden zu führenden Zentren der Herstellung von *Barchent* – einem Mischgewebe aus Baumwolle und Leinen.

Windenergie

Eigentlich genießt das Windrad Sympathie – je nach Umfrage sind 75 bis 80 Prozent der Bevölkerung für den Ausbau dieser Energiequelle. Es gibt aber auch Bürgerinnen und Bürger, die um ihre Gesundheit fürchten, und Leute, denen hohe Masten das Landschaftsbild verstellen. Man will schon Windenergie haben, aber keine Windräder in der Nähe des Wohnortes.

Laut einer Statistik der *Fachagentur Windenergie* in Deutschland gibt es 2021 Klagen gegen rund 325 geplante Anlagen in Deutschland. Wenn schon jetzt so viele Bürgerinnen und Bürger Windkraftanlagen vor ihrer Haustür verhindern wollen, ist dann eine Verdoppelung der Flächen nicht aussichtslos?

Soziale Dienste Burgenland GmbH

2021 wurde im Oktober der erste „*Sozialmarkt*“ des Burgenlandes in Oberwart eröffnet. Dieses „*einzigartige Modell*“ soll der Armutsbekämpfung dienen, für mehr Nachhaltigkeit sorgen und sich gegen soziale Ausgrenzung richten.

Im Fachmarktzentrum in Mattersburg wurde der zweite Standort eröffnet, und zwar von Soziallandesrat Leonhard Schneemann (SPÖ). Finanziell weniger gut gestellten Personen sollen preiswerte Angebote unterbreitet werden. Etwa 49.000 Menschen im Burgenland sind armutsgefährdet, 14.000 Menschen beziehen eine Mindestpension. Preise und Lebenshaltungskosten steigen.

Waren zu günstigen Preisen werden nur an registrierte Kunden verkauft. Alleinverdiener dürfen nicht mehr als 1.230 Euro netto verdienen, Ehepaare 1.640 Euro, dazu kommt noch ein Zuschlag von 300 Euro pro Kind, um die Registrierung zu erlangen.

Weitere Zentren sind 2022 in Oberpullendorf, Neusiedl am See und Eisenstadt sowie 2023 in Jennersdorf und Güssing geplant.

In Europa beginnt sich eine neue „*asoziale Kälte*“ auszubreiten. Die Energiepreise explodieren, die Politik schaut dem entgeistert zu und kann nichts oder nur ganz wenig ändern. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* hat errechnet, dass die ärmsten zehn Prozent der Haushalte für Heizkosten schon das Doppelte zahlen müssen.

Identität

Ein bekanntes Zitat von Max Frisch: „*Jeder Mensch erfindet eine Geschichte, die er für sein Leben hält.*“ Wir Menschen erzählen uns Geschichten, weil sie wichtig für unsere Identität sind. Sie machen es einfacher für uns, mit dem Leben zurechtzukommen. Und wir liefern uns damit selbst Erklärungen, warum bestimmte Dinge funktionieren oder eben nicht. Wenn wir uns Geschichten erzählen, ist es für uns oft einfacher, schnell Entscheidungen zu treffen – weil man komplexe Zusammenhänge herunterbricht. Doch das Geschichtenerzählen kann auch problematisch sein, gerade wenn man in seinen Erzählungen immer das Opfer ist.

Es hat etwa lange gedauert, bis sich Österreich – und die österreichische Wissenschaft – der Mitverantwortung für die Taten in der Zeit des Nationalsozialismus stellte. Die dunklen Kapitel unserer Geschichte wurden von den verantwortlichen Politikern lange verschwiegen, ja geradezu vertuscht.

Die Landesausstellung ist in einigen Punkten leider nicht bzw. zumindest nicht genug in die Tiefe gegangen, was die Diskussion um die „*Landesidentität(en)*“ anlangt.

Veränderung beginnt im Kleinen

Veränderung beginnt im Kleinen, auch wenn sie das große Ganze im Blick hat. Es geht um innovative Ideen, um Knowhowtransfer, Generationendialog und internationalen Austausch. Die Corona-Krise hat uns das Ausmaß der weltweiten Abhängigkeit und Vernetzung deutlich gemacht, als jüngstes Zeichen umfassender Globalisierung, die in unzählbaren Facetten sichtbar und spürbar wird. Was schafft Orte des gemeinsamen Lernens und Experimentierens, was fördert den Austausch von Ideen, was führt zu neuen Kooperationen?

Im ORF wurden 2021 Menschen aus dem Burgenland gezeigt, die lapidar erklärten, dass sie „stolz“ sind auf ihr Land. Es wäre wesentlich besser gewesen, 100 Menschen aus dem Burgenland mit 100 Ideen zu zeigen, wie man konkret die Zukunft verbessern kann, dies in einer Welt, die leider nicht viel Anlass zum Optimismus bietet.

Vorschlag 1

Im Hochglanzmagazin „*Burgenländerin*“ (Ausgabe Dezember 2021/Jänner 2022) findet sich folgender Satz der Herausgeberin Uschi FELLNER: *„Nennen Sie mich Klimakiller, weil ich momentan in jedes Flugzeug steigen möchte, das mich mitnimmt. Falls jemand Lust hat, mir unbürokratisch den Privatjet vorbeizuschicken – kennt man ja von der Klima-Konferenz-, danke, nehm ich! Auch wenn mein ökologischer Fußabdruck dann nicht mehr ganz bescheiden ist.“* Medienprodukte mit derartigen skurrilen Aussagen sind so entbehrlich wie ein Kropf! *„Beauty-Tipps“*, ein Horoskop, aufgemotzte Werbung, viele, viele Fotos – alles unnötig! Inserate, noch dazu ganzseitige, vom Landesunternehmen (!) FH Burgenland, gehören nicht mehr geschaltet.

Vorschlag 2

Die Klimakonferenz COP26 ist Geschichte. In Glasgow wurde das Ziel bekräftigt, die Erwärmung der Erde auf 1,5 Grad zu begrenzen. Jetzt gilt es, dies in nationalen Klimaschutzplänen abzubilden. Doch selbst wenn alle Staaten ihre Bekenntnisse umsetzen, steuern wir auf plus 2,4 Grad zu. In Österreich fehlt ein wirksames Klimaschutzgesetz, es gibt immer noch Subventionen für fossile

Energie und nach wie vor Mega-Straßenbauprojekte. Die Klimakonferenz *COP27* wird vom 7. bis zum 18. November 2022 in Sharm El Sheik (Ägypten) stattfinden. Der *Club of Rome* hat schon 1972 – vor einem halben Jahrhundert! - die Grenzen des Wachstums erreicht gesehen. Der Mensch erwies sich als parasitärer Nutznießer der Natur, der Raubbau an ihr geht weiter. Lässt sich das Unausweichliche noch abwenden? Wir brauchen eine Umkehr! Das Burgenland benötigt keine „*Genussmessen*“ wie die in Oberwart und muffigen Regionalismus, sondern „*Verzichtsmessen*“, wo Initiativen vorgestellt werden, die *zukunftsfähige Genügsamkeit* vorführen, wo es für Klimagerechtigkeit und gegen das Artensterben geht!

17,4 Tonnen Gänse- und Entenfettleber hat Österreich 2020 importiert, vor allem aus Frankreich und Ungarn. Österreich erweist sich als Heuchler par excellence – hierzulande ist es verboten, Stopfleber herzustellen, ein Importverbot aber erlässt man nicht. In kleine Käfige gezwängt, werden Enten und Gänse wochenlang mehrmals täglich mit bis zu über einem Kilo Futter pro Tag gestopft. Das Stopfrohr wird in die Speiseröhre eingeführt und der Futterbrei in den Magen gepresst. Während eine gesunde Gänseleber etwa 100 Gramm wiegt, wächst die Stopfleber auf bis über ein Kilo heran. Das krankhafte Organ – eine Delikatesse? Stopfleber – das ist schwerste Tierquälerei! Der „Verein gegen Tierfabriken“ recherchiert jeden Herbst, wer noch Stopfleber in Österreich anbietet – 2020 verteidigte lt. Wochenzeitung *Falter* der Haubenkoch Max STIEGL vom Gut Purbach diese Prozedur: „*Die Praxis des Stopfens, so sie auf ein Qualitätsprodukt abzielt, wird von Bauern gemacht, denen das Wohl ihrer Tiere am Herzen liegt*“, erklärte er.

Vorschlag 3

Dass Monopole welcher Art auch immer schlecht sind, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Wer kennt sie nicht – Saatgutmonopolisten im Renditewahn, Technikkonzerne, die kein Recht auf Selbstreparatur einräumen, keinen Zugang zu Ersatzteilen direkt vom Hersteller bieten, deren Produkte verschlossen und wartungsresistent sind? Wozu ein defektes Handy reparieren, wenn schon ein neues lockt? Die Produktion elektronischer Geräte verschlingt viel Energie und benötigt viele problematische Rohstoffe. Monopole gehören gebrochen und nicht gefördert! Die Bildungslandesrätin Daniela WINKLER und die Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid EISENKOPF haben diese Notwendigkeit nicht erkannt: 2021 wurde ein „*Hauptvertrag*“ für alle

221 öffentlichen Schulen im Burgenland abgeschlossen, nur mit Microsoft. Das burgenländische Pflichtschulwesen wurde, was Software anlangt, zur Gänze einem US-Monopol ausgeliefert, die Lizenzkosten allein machen 141.000 € pro Jahr aus (Kronen-Zeitung, 28. 11. 2021, S. 39).

In Deutschland wird an einem „*souveränen Arbeitsplatz*“ mit quelloffenen Anwendungen gearbeitet, um die Abhängigkeit der Verwaltung von Microsoft zu reduzieren. Schleswig-Holstein hat angekündigt, von Microsoft auf Open Source umzusteigen. 2006 hatte die Stadt München schon ihre Behörden auf Open Source umgestellt. Es gibt genug freie Alternativen zu Microsoft Office und anderen teuren Microsoft-Produkten!

Es gibt immer mehr Windows-Malware: 2020 registrierte das Security-Test-Institut AV-Test erstmals mehr als 90 Millionen Windows-Schädlinge. Für Microsoft 11 nennt Microsoft wieder überraschend hohe Hardware-Anforderungen.

Vorschlag 4

2016 zeigte die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (kurz Iglu), dass 19 Prozent der Zehnjährigen einen Text nicht so lesen können, dass sie ihn wirklich verstehen, sechs Prozent nicht einmal einzelne Wörter. Die Pisa-Studie kam 2018 für die 15-Jährigen zu ähnlichen Ergebnissen: 21 Prozent können nicht richtig lesen – jeder fünfte. Was können diese jungen Menschen lernen, wenn sie in jedem Fach Probleme mit den Texten haben? 2021 sind laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung knapp 40 Prozent der Ausbildungsplätze unbesetzt. Zudem gehen die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand, im Laufe der nächsten 15 Jahre beziffert das Institut der Deutschen Wirtschaft den Mangel an Arbeitskräften auf mehr als fünf Millionen: Arbeitskräftemangel gilt als Deutschlands Konjunkturrisiko Nummer eins.

Ohne „*Multi-Kulti*“ wird es zu einer Wirtschaftskrise kommen. *Benny Goodman* (1909 – 1986) etwa, Jazzklarinettist und Bandleader, gilt als einer der bekanntesten Vertreter des Swing. Er wuchs in einer armen kinderreichen Familie jüdischer *Immigranten* auf. Von der Stadt Luxemburg aus sind es in drei Richtungen gerade einmal 20 Minuten Autofahrt, bis man an eine Grenze kommt. 70 Prozent der Bevölkerung der Stadt Luxemburg haben keinen luxemburgischen Pass. Deutschlands bekannteste Wissenschaftsjournalistin heißt *Mai Thi Nguyen-Kim* (34 Jahre). Sie studierte Chemie

an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und forschte danach unter anderem am Massachusetts Institute of Technology. Während eines Aufenthalts an der Harvard Universität 2015 startete sie mit ihrem ersten Youtube-Kanal. Ihre Fernsehshow „*maithinkx*“ ist hervorragend. Der gebürtige Wiener Jude *Amos Vogel* (1921 – 2012) wurde nach der Emigration in die USA eine der wichtigsten Gestalten der internationalen Filmkultur. Er rief das *New York Film Festival* ins Leben.

Vorschlag 5

„*Ich würde gern mehr über die Entwicklungen in der Wissenschaft lernen.*“ 35 Prozent der Menschen in Österreich sagen, dass sie dieser Aussage nicht zustimmen. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung hat also nicht nur kein Interesse an Wissenschaft, sondern macht sich sogar die Mühe, das Desinteresse in einer Umfrage explizit zu bekunden. Das steht im aktuellen „*Eurobarometer*“ zum Thema Wissenschaft. Österreich ist europaweit Spitzenreiter, was Wissenschaftsignoranz angeht. Die „*Eurobarometer*“-Umfrage hat noch viel mehr Daten erhoben, Österreich schneidet so gut wie überall schlecht ab. Angesichts der Coronapandemie und der Klimakrise ist diese Ignoranz bzw. diese tiefsitzende Abneigung gegenüber der Wissenschaft gefährlich.

Die Alge mit dem Namen *Spirulina* wird gerne als „*Superfood*“ beworben, weil ihr Konsum so viele gesundheitliche Vorteile haben soll. So soll sie bei Asthma, Allergien, Diabetes oder chronischen Schmerzen helfen, das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen senken oder beim Abnehmen unterstützen. Für all diese Behauptungen fehlen wissenschaftlich eindeutige Beweise sagt die *evidenzbasierte Medizin*. Da der Begriff „*Superfood*“ aber nicht geschützt ist, dürfen auch weiterhin Lebensmittel damit beworben werden.

Wir brauchen auch dringend eine *evidenzbasierte Politik*: Wer nicht wissenschaftlich argumentieren kann und/oder argumentieren will, gehört aus der Politik entfernt, und zwar raschest!

Vorschlag 6

Ein paar Zahlen, um das große Sterben zu illustrieren: Vier von zehn Feld- und Wiesenvögeln sind laut *Birdlife* in Österreich seit 1998 verschwunden, laut dem *Umweltbundesamt* sind etwa die Hälfte der rund 500 heimischen Biotoptypen bedroht, mehr als die Hälfte aller Amphibien und Reptilien

sind hierzulande stark gefährdet, knapp die Hälfte aller Fische und ein Drittel aller Säugetiere ebenso. Es gibt seit zwei Jahren in Österreich den *Biodiversitätsrat*. Dieser hat die Aufgabe, auf den Verlust der biologischen Vielfalt in Österreich aufmerksam zu machen, dessen Folgen abzuschätzen und wissenschaftlich fundierte Lösungen aufzuzeigen, um eine Trendumkehr einzuleiten. 19 konkrete politische Maßnahmen hat der Rat formuliert, die notwendig sind, um die biologische Vielfalt im Land zu bewahren. Statt Verbesserungen hat der *Biodiversitätsrat* in Österreich weitere Verschlechterungen festgestellt. Es fehlen ein nationales Artenschutzprogramm, Großschutzgebiete bekommen noch immer zu wenig Geld von der Politik. Zudem hat der Flächenverbrauch durch Verbauungen weiter zugenommen, anstatt abzunehmen – der Trend hat sich im Punkt Bodenversiegelung noch verschlechtert, obwohl die Ampel bereits auf Rot steht.

Vorschlag 7

Mit dem „*Digital Services Act*“ will die EU einen neuen Regulierungsrahmen für Internetplattformen schaffen. Das *Verbot personalisierter Werbung* muss darin verankert werden! Die IT-Konzerne betreiben massivstes Lobbying, um das zu verhindern. Fehleranfällige Uploadfilter erlauben der Unterhaltungsindustrie die Sperrung von Inhalten auf Knopfdruck und leisten der Desinformation durch Boulevardmedien auf Social Media Vorschub. Der jüngst in *Meta* umbenannte *Facebook-Konzern* kontrolliert mit seinen Diensten von *Facebook* über *Instagram* bis hin zu *WhatsApp* einen Großteil der Social-Media-Aktivitäten weltweit. Durch unbemerkt ablaufende Desinformationskampagnen, feingranular ausgespielte politische Werbung (*Microtargeting*) und von den Algorithmen bevorzugte Inhalte, die Klischees und Rollenbilder zementieren, wird die Bevölkerung manipuliert. Facebook hat eine Gesichtserkennung schon 2010 eingeführt. Anhand von Bildern, auf denen Personen getaggt sind, legt *Facebook* biometrische Profile an, um Personen auch auf anderen Bildern erkennen und markieren zu können. Die Enthüllungen der Facebook-Whistleblowerin *Frances Haugen* haben die Glaubwürdigkeit von Facebook erschüttert.

Vorschlag 8

An der *Ruhr-Universität Bochum* wird eine Drohne erprobt, die im Katastrophenfall aus der Luft Puls und Atmung von Verletzten am Boden misst. Auf diese Weise soll sie die Einsatzkräfte dabei unterstützen, alle Opfer rasch zu sichten und anhand ihrer Verletzungen zu priorisieren.

Medizinischer 3-D-Druck ist das Gebot der Zeit. Es gibt schon 3-D-Druckverfahren von Knochen mit lebendigen Zellen an der *Universität Sydney*. 2019 wurde an der *Medizinischen Universität Graz* das Forschungslabor CAMed eingerichtet, das erste seiner Art in Österreich. Von Beginn an war das Ziel, die vorhandenen Technologien des 3-D-Drucks für Patienten nutzbar zu machen.

Das *Center for Vision, Automation & Control* des *Austrian Institute of Technology (AIT)* entwickelte einen autonomen Roboter, der zukünftig als Zugfahrzeug und Geräteträger selbständig auf Flughäfen arbeiten soll. Getestet wurde er auf dem Verladebereich des Flughafens Linz. Mit kombinierten Sensordaten und Methoden der künstlichen Intelligenz „*versteht*“ der Roboter sein Umfeld und navigiert sich selbst.

Die Intensität zukünftiger *Niederschlagsextreme* abzubilden ist schwierig. Die meisten Klimamodelle unterschätzen *Starkregen*, da sie wegen großer räumlicher Auflösung Gewitter nicht erfassen können. Das Institut für Atmosphären- und Kryosphärenwissenschaften der *Universität Innsbruck* hat am Beispiel der Sahelzone eine Methode erarbeitet, die Simulationen möglich macht, die Gewitter sichtbar machen. Damit kann man die durch den Klimawandel heftigeren Extreme besser abschätzen.

Die obigen Beispiele zeigen, dass die wirklich für die Zukunft der Menschheit wichtigen Gebiete – *Biodiversitätsforschung, Klimawandelforschung, Quantenforschung* etc. – an Universitäten stattfinden und nirgendwo sonst! Fachhochschulen sind strukturell darauf nicht ausgerichtet, es fehlen ihnen die erforderlichen hohen Rechenkapazitäten etc. Das Burgenland sollte alles unternehmen, um eine „*echte*“ Universität zu erlangen! Eine von einem Ex-Politiker geführte Fachhochschule ist kein Ersatz für sie und wird auch nie ein solcher sein! Unter den Preisträgern und Preisträgerinnen der Wissenschaftspreise des Landes Niederösterreich 2021 scheinen beispielsweise nur Universitätsangehörige auf.

Vorschlag 9

Jedes zweite (!) Supermarktprodukt enthält heute Palmöl. Die hergestellten Mengen haben sich seit 2003 auf rund 75 Millionen fast verdreifacht. Die monotonen Ölpalmenplantagen schlagen tiefe Schneisen in die Landschaften der Hauptanbauländer Indonesien und Malaysia: Regenwälder werden niedergebrannt und Menschen vertrieben. Ohnehin bedrohten Tierarten wie dem Orang-Utan, dem Sumatra-Tiger und dem Elefanten wird der Lebensraum weggerodet. Die Ölpalme ist unschlagbar ergiebig. Palmöl ist nicht nur besonders effizient, sondern auch geruchs- und geschmacksneutral, hält lange und ist bei Zimmertemperatur weder zu fest noch zu flüssig, sondern schön cremig. Deshalb wird Palmöl sehr gerne verwendet – es ist aber versteckt, etwa in Keksmischungen, Nikoläusen, Vanillekipferln etc. Für Nachzeug geht viel Palmöl drauf, für Palmöl fallen Regenwälder. Was tun? Den Einsatz von Palmöl in Lebensmitteln verbieten! Es führt kein Weg daran vorbei, wenn man es mit dem Klimaschutz ernst meint. Schokoladenaufstriche, Chips, aber auch Duschgels und Waschmittel – die gesättigte Fettsäure Palmöl ist in vielen unterschiedlichen Produkten zu finden. Palmöl fördert aber leider Krebswachstum – eine im renommierten Wissenschaftsblatt „*Nature*“ veröffentlichte Studie warnt jetzt eindringlich: Palmöl kann das Wachstum von bösartigen Tumoren anregen und die Bildung von Krebsmetastasen verursachen.

Vorschlag 10

Die Wiener Wochenzeitung „*Falter*“ stellt in jeder Ausgabe einen „*Dolm der Woche*“ vor. In der Ausgabe 48/21 wurde dieser Titel dem aus dem Burgenland stammenden Ex-Gendarmen Pius STROBL verliehen. Der hat als Stiftungsrat der Grünen seinerzeit kräftig mitgeholfen, dass Alexander WRABETZ zum Generaldirektor gemacht wurde. STROBL ist jetzt „*Sicherheitsverantwortlicher*“ des ORF. Er lud 2021 – mitten im Lockdown von Restösterreich – die gesamte Politprominenz zu „*Licht ins Dunkel*“ ein, nach der Show gab es noch einen „*Umtrunk*“. Pius STROBL meinte, er wolle dem Publikum „*ein Stück Normalität*“ bieten. Wer mitten im Lockdown Party mit Politikern macht, gehört zu Recht auf die *Dolmenliste* gesetzt. Es wäre wünschenswert, wenn ein *Verzeichnis burgenländischer Dolme* erstellt würde, mit Pius STROBL an der Spitze! Das „*Weihnachtshaus*“ der Frau Sabine GOLLNHUBER in Bad

Tatzmannsdorf mit seinen rund 700.000 Lichtern ist eine besonders ekelhafte Form der Energieverschwendung – diese Frau gehört gleichfalls in das *burgenländische Dolmenverzeichnis* aufgenommen.

Vorschlag 11

Weltweit haben sich bisher mehr als 256 Millionen Menschen nachweislich mit dem Coronavirus angesteckt. Über 5,39 Millionen Menschen starben mit oder an dem Virus. Die meisten Infektions- und Totenzahlen weisen die USA auf.

Am 16. März 2020 wurde Österreich erstmals wegen Corona zugesperrt. Im ersten Lockdown gab es ein massives Bemühen um Zusammenhalt.

In den USA gibt es an die 800.000 Corona-Tote. In den großen EU-Staaten sind es jeweils mehr als 100.000 Opfer. China weist 4600 an Corona Verstorbene aus, weniger als die Hälfte der knapp 12.000 Toten in Österreich. Zu Beginn der Pandemie hat die chinesische Zentralregierung die Elf-Millionen-Stadt Wuhan abgeriegelt. Man setzte auf strenge Quarantäne, wiederholte Lockdowns und eine weitgehende Abschottung nach außen.

Vorschlag 12

Kein anderes Bundesland investiert pro Kopf mehr in die Förderung von Menschen mit Beeinträchtigungen als Oberösterreich. Mit knapp 4.500 Betreuungsplätzen stellt Oberösterreich die meisten zur Verfügung.

Vorschlag 13

Citizen Science lautet heute die Devise. Früher nannte man so etwas „*Laienforschung*“. Im Jahre 2018 erkannte das neue Rektorat an der BOKU Wien das Potenzial von *Citizen Science*. Globale Landschaftsdatensätze verbessern zur Erfassung von Klimawandelschäden, Entwaldung etc. geht mit *Citizen Science* schneller und besser. Das aktuelle Projekt *Roadkill* der BOKU dokumentiert, wo welche Tiere im Straßenverkehr überfahren werden und auch warum. Man erstellt sich ein

Konto, dann kann ein totes Tier fotografiert werden. Um welche Tierart es sich handelt, wird ebenso vermerkt wie Funddatum und Standort. Mit *Citizen-Science-Tools* wurde etwa untersucht, wie Facebook mit unterschwelliger politischer Werbung umgeht und Desinformation zulässt.

Vorschlag 14

Greenpeace führte in einer Studie aus, dass bereits jetzt so gut wie alle *Kurzstreckenflüge* in Österreich durch die Bahn ersetzt werden können und dadurch 23,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid wegfallen würden. *Kurzstreckenflüge* machen 24,1 Prozent aller Flüge in Europa aus, für rund 30 Prozent aller *Kurzstreckenflüge* gibt es sogar Zugverbindungen unter sechs Stunden, für 18 Prozent gibt es direkte Nachtzugverbindungen. Der Flughafen Wien und seine Lobbyisten sind natürlich gegen ein *Verbot von Kurzstreckenflügen* in unserem Land, verdienen sie doch an ihnen. Einzig richtige Lösung, einzig richtiges Signal zum Schutz des Klimas: *Kurzstreckenflüge* konsequent und rasch verbieten!

Vorschlag 15

Kommerz und Tourismus versuchen, von ihnen selbst initiierte verkaufsfördernde Maßnahmen als „*alte Bräuche*“ hinzustellen. Der Wiener Rathausplatz wurde zum ersten Mal 1959 mit einem Christbaum dekoriert, der erste Baum war nur 16 Meter hoch, heute sind die Bäume meist um die 30 Meter hoch. Der Christbaum am Rathausplatz bekam erst ab 1975 die Gesellschaft von Marktständen. Den Leuten soll eine Art kitschiger „*Weihnachtstraum*“ geboten werden. Ausgesetzt wurde die „*Baum-Tradition*“ beim Rathaus nur einmal – 1986: Man wollte auf das *Waldsterben* hinweisen.

Adventkranz und *Adventkalender* wurden 1839 erfunden, und zwar vom Pfarrer und Lehrer Johann Hinrich Wichern in Hamburg. Das heute übliche *Erntedankfest* wurde erst im Jahr 1973 von den Bischofskonferenzen auf den zweiten Sonntag im Oktober festgelegt.

Vorschlag 16

Der aus Österreich stammende Bischof Erwin KRÄUTLER kämpft um den Regenwald am Amazonas: Immer größere Waldflächen gehen zugunsten der Agroindustrie verloren. Im Jahr 2020 war es eine Fläche so groß wie die Bundesländer Salzburg und Burgenland zusammen – das sind 600 Millionen Bäume. Das hat dramatische Auswirkungen – die Klimaforschung geht inzwischen schon davon aus, dass Amazonien bereits „gekippt“ ist: Durch die Rodungen gibt Amazonien mehr Kohlendioxid ab, als es aufnehmen kann. Zu groß ist die Profitgier von Bergbaukonzernen, Agrobusiness und der rechten brasilianischen Regierung, die Existenzinteressen der rund 300 indigenen Völker Brasiliens sind ihnen völlig egal.

Die *Entwaldung des Amazonas-Gebietes* hat 2021 den höchsten Level seit dem Jahr 2006 erreicht – das geht aus verlässlichen Daten des *National Institute for Space Research* hervor, denn Satellitenbildern bleibt diese massive Entwaldung natürlich nicht verborgen!

Mehr als 20.000 Delegierte vor Ort und online hatten vom 31. Oktober bis zum 13. November 2021 in Glasgow über die weitere Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 diskutiert. Die Ergebnisse blieben enttäuschend. Das – wissenschaftlich notwendige – komplette Aus für Kohle, Öl und Gas wurde in Glasgow eindeutig verfehlt. In letzter Minute wurde in Glasgow die Formulierung zu einer Abkehr von der Kohle auf Betreiben Chinas und Indiens deutlich abgeschwächt. Eigentlich wollte die Konferenz ein klares Zeichen für das Ende von fossiler Energie, der Hauptursache der Erderhitzung, setzen. Aus dem geplanten Ausstieg aus der Kohle wurde kurz vor Schluss nur ein Reduzieren der Kohlekraft.

Vorschlag 17

Es gibt einen stark um sich greifenden Abbau des Rechtsstaates, an dem die Politik schuld ist. Was tun, wenn in Krankenhäusern die Intensivbetten knapp werden? Es kommt dann zur *Triage*, vom französischen Verb *trier*, „sortieren“. Es bedürfte eines eigenen Gesetzes, um für Ärzte und

Patienten Rechtssicherheit zu schaffen, welche Triage-Regeln gelten. Es wird in der Praxis ein Menschenleben wertvoller gehalten als ein anderes. Der Staat überlässt die Verteilung knapper medizinischer Ressourcen Ärzten oder dem Markt. Ist auf die Überlebenschance abzustellen? Das Intensivbett bekommt dann derjenige, der die größte Chance hat zu überleben. Ärzte berechnen diese Chance mit einem Punktesystem, das für bestimmte Risikofaktoren Negativpunkte vergibt, etwa für Vorerkrankungen und hohes Alter. Immer mehr Operationen müssen verschoben werden. Rund 80 Prozent der Kranken in den Intensivstationen sind nicht gegen Corona geimpft. Am 16. März 2020 wurde Österreich erstmals wegen Corona zugesperrt.

Vorschlag 18

Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, das Symbol des Kalten Krieges und der Teilung Europas. Als der ehemalige US-Präsident Trump ankündigte, an der Grenze zu Mexiko eine Mauer zu errichten, um Migration aus Lateinamerika zu stoppen, war die Empörung groß. „*Das Errichten von Mauern und Abschottung wird das Problem nicht lösen*“, sagte damals die deutsche Kanzlerin Angela Merkel. An der EU-Außengrenze zwischen Polen und Belarus ist wieder ein Mauerbau im Gange. Polen plant eine fünfeinhalb Meter hohe und 180 Kilometer lange Mauer entlang der Grenze. Angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen über Belarus hat auch Litauen mit dem Bau einer Grenzmauer zu dem Nachbarland begonnen. Die Europäische Kommission finanziert derlei Vorhaben nicht.

Vorschlag 19

In Ostafrika wütet seit Jahren ein Streit darüber, ob der Import von Secondhand-Kleidung verboten werden soll. Die Befürworter des Importverbotes möchten damit den regionalen Textilmarkt unterstützen und unabhängiger vom Westen werden. Fest steht, dass in Kenia etwa vor 40 Jahren noch eine halbe Million Menschen in der Bekleidungsindustrie beschäftigt waren. Heute sind es noch knapp 40.000 (DIE ZEIT, 2. 12. 2021, S. 30).

Vorschlag 20

Etwa jede fünfte Person in Deutschland ist Umfragen zufolge tätowiert. Tattoostudios florieren, Klassiker sind Anker, Blumen und Raubkatzen. Bereits jetzt sind viele Chemikalien in der EU verboten, es kommen immer wieder neue dazu. Viele der enthaltenen Stoffe sind gefährlich oder nicht ausreichend erforscht, sie können zu Hautallergien, Genmutationen oder Krebs führen.

Vorschlag 21

Bitcoins und andere *Kryptowährungen* wie etwa *Ethereum* sind vom Handel an klassischen Börsen in den USA ausgeschlossen. Es können erhebliche Kursverluste in sehr kurzen Zeitspannen erfolgen.

Vorschlag 22

Das Fahrzeug der Zukunft wird elektrisch sein und autonom fahren. In Deutschland gibt es 580 Fahrzeuge auf 1000 Einwohner. Rund die Hälfte der Autobesitzer kauft ihr Auto gebraucht, das Durchschnittsalter der zugelassenen PKW beträgt 10 Jahre, rund 70 Prozent der Fahrzeuge in Österreich sind weniger als 10.000 Euro wert. Die USA, China und Deutschland sind die drei wichtigsten Autoabsatzmärkte weltweit. Ein chinesischer Mischkonzern ist weltgrößter Batterieproduzent, Jaguar LandRover ist im Besitz der indischen Tata-Gruppe, Volvo ist das schwedische Tochterunternehmen des chinesischen Geely-Konzerns.

Vorschlag 23

Facebooks Algorithmen befördern Hass, seine Fake-News-Bekämpfung ist mangelhaft, für Promis gelten eigene Regeln, Instagram ist schädlich für Jugendliche. Diese Probleme sind Facebook seit Jahren bekannt, der Konzern hat kaum etwas dagegen unternommen. Die Whistleblowerin *Frances Haugen* hat Tausende Seiten interner Dokumente von Facebook öffentlich gemacht.

Facebook legt die Algorithmen nicht offen, sie werden von keiner unabhängigen Stelle kontrolliert. Nur Facebook weiß, wie es den Newsfeed personalisiert. Facebooks KI hilft kaum, schädliche

Inhalte zu erkennen. Man kennt von einer Erkennungsrate von unter 5 Prozent aus. Facebook beschäftigt zu wenige seiner Angestellten mit Fake-News-Bekämpfung.

Vorschlag 24

Die Militärszene hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert. China ist in der Entwicklung seiner Nuklearwaffen sehr fortgeschritten – chinesische Flugkörper können bei fünffacher Schallgeschwindigkeit Raketen abfeuern. Weder die USA noch Russland haben derzeit diese Technologie.

Vorschlag 25

Russmedia, der mächtigste Verlag in Vorarlberg, und der Wirtschaftsbund, eine Teilorganisation der ÖVP Vorarlberg, sind über eine Medienagentur engstens miteinander verbunden. Diese Agentur heißt „*Media Team*“.

Die Stadt Wien gab 170.720 Euro Inseratengeld für ein nichtssagendes Hochglanzmagazin namens *Preview* aus. Herausgegeben wurde es von der *Dietrich Medien Holding GmbH* (vormals *Bohmann-Verlag*). Die Stadt Wien verweigerte zunächst jede Auskunft dazu. Sie wollte nicht bekanntgeben, wie viel Geld in das Heftchen geflossen sind. Die investigative Rechercheplattform *Dossier* brachte die Sache bis zum Verwaltungsgerichtshof – die Stadt Wien verlor und musste die Summe nennen.

Vorschlag 26

Ob Grillkohle aus den Urwäldern Paraguays oder Gemüse aus Spanien: Unsere Regale wären ziemlich leer, würden wir auf all die günstigen Importprodukte verzichten müssen. Ohne sie ist unser komfortables Leben kaum vorstellbar. Doch zu oft wird unser Komfort durch umweltschädliche Produktion und fragwürdige Arbeitsverhältnisse, oft pure Ausbeutung, erkaufte.

Wer glaubt, dass Sklaverei eine Sache für Geschichtsbücher ist, der irrt: Laut *Global Slavery Index* werden weltweit rund 40 Millionen Menschen ausgebeutet und zum Teil wie Ware gehandelt.

Weltweit sind rund 2 Milliarden Menschen von „Wasserstress“ betroffen. Der „Wasser-Fußabdruck“ in Österreich beträgt 4.377 Liter pro Kopf und Tag.

Am 11. Dezember 2019 erfolgte die Vorstellung des europäischen *Green Deals* mit einem Fahrplan, um Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Europa ist zwar nur für rund 10 Prozent der weltweiten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich, aber es ist auch die Vergangenheit der europäischen Industrialisierung mit ihren Schäden einzubeziehen.

Die *EU-Biodiversitätsstrategie für 2030* bezeichnet die fünf Hauptursachen des Verlustes an biologischer Vielfalt und sieht Maßnahmen vor, um diese zu erhalten.

Vorschlag 27

Unter dem Schlagwort „*Digital Humanities*“ wird etwa der Einsatz von IT-gestützten Recherchemethoden, Datenbanken etc. forciert, weil diese den Vorteil quantifizierbarer, per Mausklick nachprüfbarer Ergebnisse bieten.

Vorschlag 28

Im Burgenland herrscht die „*Spektakelkultur*“ vor. „Generalintendant“ Alfons Haider in Mörbisch, der Operettenbühne, in der nun auch Musicals aufgeführt werden, bezeichnete sie auch als solche.

Vorschlag 29

Beim burgenländischen Wein haben die Sprücheklopfer derzeit das Sagen, mit dem Motto „*Bordeaux war gestern, Burgenland ist heute*“. Die Preise für große Weine sind in den vergangenen drei Jahrzehnten massiv gestiegen. Die Ergebnisse der wichtigsten Auktionshäuser zeigen, dass sich die Preise in diesem Zeitraum in etwa verzehnfacht haben. Es gibt Facebook-Gruppen, in denen es um Auktionsergebnisse und Preisrekorde von Weinen geht. Im Lebensmitteleinzelhandel bezahlten die Deutschen 2020 durchschnittlich 2,73 Euro für die gängige 0,75-Liter-Flasche. Die burgenländischen Weine sind einerseits durchschnittlich zu teuer, andererseits können sie mit französischen Spitzenweinen keinesfalls mithalten: Vor drei Jahren versteigerte *Sotheby's* eine

Flasche französischen Weins um 495.000 Euro, der rare 2001-er *Musigny* von der *Domaine Leroy* wurde in China für umgerechnet 52.000 Euro angeboten – für eine einzige Flasche!

Vorschlag 30

Estland, das kleine 1,3-Millionen-Einwohner-Land im Baltikum, hat weltweit die höchste Startup-Dichte. In der PISA-Studie, die alle drei Jahre die Leistungen der Schulen vergleicht, liegen die Esten auf dem ersten Platz. Dabei wenden sie für diese Top-Position, in Relation zur Bevölkerung, nur halb so viel Geld auf wie Österreich. Schon die OECD hat festgestellt, dass Österreich über ein sehr teures, aber wenig effektives Bildungssystem verfügt. Bereits vor Corona hatten 33 Prozent der Schulabsolventen Probleme mit sinnerfassendem Lesen, Schreiben und Rechnen.

Die beste österreichische Universität liegt im internationalen Vergleich nur auf Rang 164. Keine österreichische Hochschule kann mit den Weltbesten mithalten. Die ETH Zürich ist Nummer 8 weltweit. Google hat sein größtes Büro außerhalb den USA mit 1100 hoch qualifizierten Mitarbeitern in Zürich angesiedelt.

Vorschlag 31

Boris Johnson hat es geschafft, der *Brexit* wurde Wirklichkeit. Großbritannien exportiert 45 Prozent seiner Güter in die EU, nur 13 Prozent in die USA.

2014 waren es europaweit nur 29 Prozent der Jugendlichen , die zur Europawahl gingen.

Vorschlag 32

Laut *WWF* verschwindet in Österreich täglich ein Lebensraum von über elf Millionen Regenwürmern unter einer Betonschicht. Die österreichische Umweltberatung hat 2016 errechnet, dass es in unserem Land zu einem Flächenverbrauch von zwanzig Fußballfeldern pro Tag (!) kam. Die Betonierung und Asphaltierung der Güterwege ist ein Klimaerwärmungsfaktor.

Das Argument der Landwirte, Straßen ohne Asphalt- und Betonverfestigung seien dauernd reparaturbedürftig, weil sie dem Gewicht der neuen Generation landwirtschaftlicher Geräte nicht standhalten, ist nicht überzeugend. Das Übergewicht des bäuerlichen Fuhrparks ist ein Skandal. Man glaubt es kaum: Moderne Güllegespanne erreichen heute ein Gesamtgewicht von 40 Tonnen. Zum Vergleich: Der deutsche Kampfpanzer Leopard 1 wiegt 42,5 Tonnen. Zugmaschinen, Anhänger und Mähdrescher sind breiter als erlaubt, sie zerstören den Grenzbereich zwischen Asphaltdecke und Grünstreifen. Die Reparaturen zahlen in der Regel die Anlieger/Anliegerinnen und die Allgemeinheit und nicht die, welche die massiven Schäden verursachen.

Für Landwirte hat dieses „Staubfreimachen“ vordergründig einen großen Nutzen: Sie kommen schneller voran und bei Schlechtwetter werden ihre Fahrzeuge nicht so stark verschmutzt. Doch es gibt auch viele unerwünschte Nebenwirkungen für Mensch und Umwelt. Wenn immer mehr Güterwege asphaltiert oder zubetoniert werden – man spricht von versiegeln – kann das Regenwasser nicht so gut im Boden versickern. Als Folge davon steigt die Gefahr von Hochwasser.

Vorschlag 33

Bewaffnete Drohnen werden immer häufiger zur entscheidenden Kriegswaffe. Im Bürgerkrieg in Libyen kommen Modelle aus der Türkei und aus China zum Einsatz, im Kampf um die Region Bergkarabach gelang Aserbaidzhan im Herbst 2020 mithilfe sogenannter Kamikaze-Drohnen innerhalb weniger Wochen der Sieg über Armenien. Im Konflikt um die Ostukraine nutzen beide Seiten, Regierungstruppen wie prorussische Separatisten, Kampfdrohnen für Angriffe auf feindliche Stellungen. Das Heulen der vom Himmel herabschießenden Drohnen und das Gefühl, nirgends mehr sicher zu sein, hatten einen zermürbenden Effekt auf die armenischen Truppen. Aserbaidzhan nutzte die Videos von weglaufenden armenischen Soldaten für Propagandazwecke und zur Erniedrigung des Gegners.

Die Chinesen verfügen bereits über Drohnen, die autonom feindliche Ziele ausmachen können. Die US-Rüstungsforschungsagentur DARPA ließ einen Pilot in einem F-16-Kampfflugzeug gegen eine von KI gesteuerte Drohne antreten. Rasch stellte sich heraus: Gegen die Maschine hat der Mensch keine Chance. Die Drohne beantwortete die Manöver des Piloten präzise und mit rasender

Geschwindigkeit – selbstverständlich ohne zu ermüden. Das Duell endete mit der klaren Niederlage für den Menschen.

Kamikaze-Drohnen und autonome Killer-Roboter werden militärische Auseinandersetzungen in der Zukunft bestimmen.

Vorschlag 34

Immer wieder bringen griechische Grenzbeamte Schutzsuchende zurück in die Türkei, ohne dass diese einen Asylantrag stellen konnten. „Pushbacks“ nennt man solche illegale Rückführungen. Die Praxis verstößt gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und die EU-Grundrechte-Charta. Hunderte Fälle wurden mittlerweile dokumentiert. Frauen und Kinder werden auf Schlauchboote gedrängt und über den griechisch-türkischen Grenzfluss Evros in die Türkei „geschickt“.

Polen betreibt einen unmenschlichen Umgang mit Migranten an der Grenze zu Belarus. Die polnische Polizei nimmt Flüchtlinge fest, zerstört ihre Handys und schickt sie gewaltsam und schutzlos wieder zurück.

Es gibt nur gegenseitige Schuldzuweisungen, aber keine Hilfe, auch nicht für Frauen und Kinder. 2021 ist zum Beispiel ein Boot mit Migranten, die illegal nach Großbritannien einreisen wollten, im Ärmelkanal gekentert. Mindestens 27 Todesopfer, darunter fünf Frauen und ein Mädchen.

Seine erste Reise als Papst machte Franziskus im Juli 2013 nach Lampedusa. Das ist die kleine Insel zwischen Italien und Afrika, die Ziel so vieler Flüchtlinge war und ist. In der Hand trug er ein Kreuz, aus Treibholz geschnitzt. Er fuhr mit einem Boot auf das Meer hinaus, um einen Kranz für die ertrunkenen Flüchtlinge ins Wasser zu werden. Jeden Tag ertrinken im Mittelmeer vier Flüchtlinge bei ihrem Versuch, Europa zu erreichen.

„Niemand darf sagen, dass er sich von den Armen fernhält, weil seine Lebensentscheidungen es mit sich bringen, anderen Aufgaben mehr Achtung zu schenken.“ So hat das Papst Franziskus in seinem ersten Lehrschreiben formuliert. „Der Fortschritt unserer Völker bemisst sich vor allem an der

Fähigkeit, sich von den Schicksalen derer berühren und bewegen zu lassen, die an die Tür klopfen“
- sagt Papst Franziskus.

Flüchtlinge gelten als bedrohliche Masse, von „*Menschenfleisch*“ hat vor etlichen Jahren der damalige italienische Innenminister *Salvini* von der rechtsextremen Partei *Lega* verächtlich gesprochen.

Der Papst war, als er in Griechenland war, auch auf der Insel Lesbos, hat die Flüchtlingslager besucht. Er hat dort die Messe gefeiert mit Flüchtlingen. Er hat die Staaten aufgefordert, nicht Zäune und Mauern zu bauen, sondern die Menschenrechte zu wahren und die Flüchtlinge als Menschen zu behandeln.

Das überwiegend katholische Polen baut gerade hundert Kilometer Stacheldrahtverhau, zwei Meter und fünfzig hoch, an der Grenze zu Belarus. Die Europäische Union schaut zu. Der Papst hat gegen die „*Globalisierung der Gleichgültigkeit*“ gepredigt. Aber man mag ihn offenbar damit immer weniger hören.

Vorschlag 35

Das Wachstum beim Plastik ist schwindelerregend: Seit 1950 hat sich die jährlich produzierte Menge von 1,5 Millionen Tonnen auf fast 370 Millionen Tonnen gesteigert, und noch immer wächst die Produktionsmenge!

4,5 Prozent der globalen Treibhausgas-Emissionen gehen auf die Plastikindustrie zurück, das ist ähnlich viel wie der Beitrag der Luftfahrt. Kürzlich hat eine Studie der ETH Zürich ergeben, dass der weitaus größte Teil dieser Emissionen auf die Herstellung von Plastik entfällt. Die Plastikindustrie befeuert die Vermüllung der Ozeane.

Mehr als 20.000 Delegierte – vor Ort und online – hatten vom 31. Oktober bis 13. November 2021 in Glasgow über die weitere Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 diskutiert.

Mehrfach hatte sich auch Papst Franziskus in die Debatte eingebracht – er hatte vor einer „*unbewohnbaren Welt*“ und der „*davonlaufenden Zeit*“ gewarnt. Mit Nachdruck rief er zum sofortigen handeln auf. Politisch und wirtschaftlich Verantwortliche müssten jetzt endlich mutig die Beschlüsse umsetzen. Zugleich forderte er auch jeden Einzelnen auf, sich um den Klimaschutz und das „*gemeinsame Haus*“ zu kümmern – insbesondere mit Blick auf die Armen und Bedürftigsten.

Vorschlag 36

Es ist beklopft, mit viel Strom *Bitcoins* zu „schürfen“ und dadurch die Umwelt zu schädigen. Man muss dauerhaft leistungsfähige Rechner laufen lassen und erhält als Ausgleich digitales Geld. Mit jeder neu „geschürften“ digitalen Münze wird für die nächste mehr Rechenleistung benötigt. Wegen dieses Prinzips zahlt sich das „Schürfen“ heutzutage nur noch an Orten aus, wo Strom außergewöhnlich günstig ist. Im Kosovo wurde ein „*Schürfverbot*“ für das ganze Land ausgesprochen. Der Stromverbrauch war zur Belastung für die Infrastruktur geworden und verschärfte die Energiekrise.

Vorschlag 37

Die Summe von 580 Milliarden US-Dollar wird 2021 voraussichtlich weltweit an Risikokapital investiert. Sie steigt rasant: Allein gegenüber dem Jahr 2020 hat sie sich um 50 Prozent erhöht, gegenüber 2002 gar verzwanzigfacht.

In Österreich ist der Risikokapitalsektor immer noch sehr unterentwickelt. Wenn Österreich zu einem echten „*Innovationsland*“ aufsteigen will, braucht es mehr Risikokapital.

Vorschlag 38

Kaum zu glauben, aber es gab tatsächlich in Deutschland den Paragraphen 175, in Österreich den Paragraphen 129, die besagten, dass Homosexualität unter Männern illegal ist. Dieser Paragraf wurde in Österreich erst 1988 abgeschafft, in der Nachkriegszeit wurden mehr als 100.000 Menschen deswegen vor Gericht gestellt.

Die Nazis deportierten Homosexuelle in KZs, von den Alliierten wurden sie nach dem Krieg erneut inhaftiert, um ihre Reststrafen abzusitzen.

Ende März 2021 flatterten Regenbogenflaggen vor deutschen Kirchen. Der Vatikan hatte hochhoffiziell festgehalten, dass katholische Priester keine homosexuellen Paare segnen dürfen. Eine ganze Reihe von Pfarren stellte sich gegen diese Entscheidung und sendete mit den bunten Fahnen ein starkes Signal: Hier seid ihr willkommen, so wie ihr seid!

Vorschlag 39

Dr. Harald Mahrer ist Präsident der Wirtschaftskammer Österreich und auch Präsident der Julius Raab Stiftung. Er studierte Betriebswirtschaft und promovierte an der Wirtschaftsuniversität Wien. Mahrer gründete den Thinktank *demokratie.morgen* und das *METIS Institut für ökonomische und politische Forschung*. Mag Lukas Mandl war Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag und ist nun EU-Abgeordneter der ÖVP. Mandl hat an der Universität Wien ein Studium der Kommunikationswissenschaften mit Fächerkombination abgeschlossen. Er führt den Thinktank „*Initiative Christdemokratie*“.

Barbara Blaha, Jahrgang 1983, wurde als zweites von sieben Kindern in eine Arbeiterfamilie geboren. Sie studierte Germanistik und engagierte sich in der Studentenpolitik. Aus der SPÖ trat sie 2007 aus Protest gegen die Studiengebühren aus. 2019 gründete sie den Thinktank *Momentum Institut*, mitten in Wien-Rudolfsheim, in der Märzstraße 42.

Vorschlag 40

17,5 Prozent der Österreicher/innen leben an oder unter der Armutsgrenze, darunter rund 350.000 Kinder. Eine ORF-Reportage 2021 zeigte ein paar dieser Menschen, die in einem so reichen Land wie Österreich teilweise auf das Essen verzichten müssen, damit es ihrem Kind nicht daran fehlt.

Wie schwierig es heute ist, aus ärmeren Schichten aufzusteigen, zeigt eine neue Studie der OECD und der Bertelsmann-Stiftung. Der Anteil der 18- bis 20-Jährigen mit mittlerem Einkommen sank

seit den 90ern in Deutschland um mehr als zehn Prozent. Die Mitte schrumpft überall in den Industriestaaten sagen die Ökonomen.

3,6 Billionen Euro – um so viel ist das Vermögen der Milliardäre weltweit in den vergangenen 18 Monaten während der Corona-Pandemie gewachsen, während hundert Millionen Menschen in die Armut abgerutscht sind. Das geht aus dem vergangene Woche in Paris veröffentlichten *weltweiten Ungleichheitsbericht (World Inequality Report)* hervor. Diesem zufolge erzielten die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung aktuell rund 52 Prozent des globalen Einkommens, während die ärmste Hälfte nur auf acht Prozent komme (*profil*, 12. Dezember 2021, S. 35).

Es gibt Menschen, die mit unglaublichem Vermögen auch unglaubliche Lebenschancen und Macht vererbt bekommen, und dafür überhaupt nichts geleistet haben. Spenden nach eigenem Belieben sind nicht die Lösung, haben nie die eigentlichen Problemursachen gelöst. Mit einer Vermögenssteuer könnten Millionen von Menschen aus der Armut geholt werden, man könnte genügend Impfstoffe für die gesamte Weltbevölkerung herstellen und allen Menschen eine allgemeine Grundversorgung und sozialen Schutz finanzieren.

Der britischen Entwicklungshilfeorganisation *Oxfam* zufolge haben sich die Vermögen der zehn reichsten Männer der Welt seit Beginn der Pandemie mehr als verdoppelt.

Vorschlag 41

Die Idee von *Open Source* bleibt richtig. Sie steht im Gegensatz zu geschlossenen Systemen für offene, dezentrale Technologie, bei der niemand das alleinige Sagen hat – weder einzelne Programmierer noch Konzerne. Dass die neue deutsche Ampelregierung bei öffentlichen IT-Projekten auf *Open Source* setzen will, wurde zu Recht von der Netzcommunity gefeiert (*DIE ZEIT*, 16. Dezember 2021, S. 25).

Vorschlag 42

Bitcoin und viele andere *Kryptowährungen* werden mit sehr hohem Energieaufwand geschaffen und gehandelt und schaden so dem Klima. *Kryptowährungen* sind am Ende Zockerei. Anders als Aktien, Immobilien oder auch klassische Währungen dienen sie bisher im Wesentlichen der Spekulation – ihren aktuellen Kursen steht kein Gegenwert gegenüber, und ob die steigen oder fallen, ist am Ende Glückssache. In der Vergangenheit konnte man mit Investitionen in *Kryptowährungen* viel Geld verdienen, ein *Bitcoin* ist Ende Dezember 2021 mehr als doppelt so viel wert wie noch vor einem Jahr und sechsmal so viel wie Ende 2019. In den USA ermöglicht der US-Bezahldienst *Paypal* bereits den Handel mit *Kryptowährungen*. Von steigenden *Bitcoin-Kursen* profitierten viele Kriminelle, aber auch Neonazis in den USA, die dank *Bitcoin* ein Vermögen gemacht haben, wie eine Studie der US-Bürgerrechtsorganisation *Southern Poverty Law Center* gezeigt hat. Eine *Krypto-Wallet* ist eine Art digitaler Briefkasten für *Kryptowährungen*. So eine *Krypto-Wallet* braucht man, um *Bitcoin*, *Ethereum* und Co. zu verwahren (DIE ZEIT, 16. Dezember 2021, S. 25). *Bitcoin* ist die älteste und bekannteste *Kryptowährung* der Welt – das bisherige Allzeithoch erreichte die 2008 gegründete *Kryptowährung* im November 2021 bei rund 68.530 US-Dollar.

Vorschlag 43

Die westliche Modebranche lässt wegen der für sie vorteilhaften Arbeitsbedingungen Kleidung heute überwiegend in Schwellen- und Entwicklungsländern produzieren. Nach dem Zusammenbruch der Fabrik *Rana Plaza* in Bangladesch vor acht Jahren, bei dem 1134 Menschen ums Leben kamen, gelobten die Hersteller Besserung. Grundlegend hat sich wenig verändert. Nicht einmal jedes zweite Modeunternehmen ist bereit, wenigstens die direkten Zulieferer seiner Waren offenzulegen, so die Vereinigung *Fashion Revolution*, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Was in Spinnereien, Webereien oder Färbereien passiert, bleibt oft nach wie vor im Dunkeln.

Die britische Luxusmarke *Burberry* räumte 2018 in ihrem Jahresbericht sogar ein, unverkaufte Produkte im Wert von 37 Millionen US-Dollar verbrannt zu haben. Laut *Fashion Revolution* landet weltweit jede Sekunde eine LKW-Ladung verkaufsfertiger Kleidung im Müll (DIE ZEIT, 16. Dezember 2021, S. 26).

Anhand eines QR-Codes auf der Kleidung kann eine Käuferin oder ein Käufer nicht nur ablesen, wie viel Wasser, Strom oder Stoff verbraucht wurden. Er oder sie erfährt auch, von wem und wo diese hergestellt wurde. Man kann technisch jederzeit die Stufen der Wertschöpfungskette für die Kundinnen und Kunden transparent machen.

Vorschlag 44

Wie kaum ein anderer Konzern kämpft *Amazon* um die Kontrolle von Infrastrukturen. Nicht nur online, wie mit dem Cloud-Dienst *Amazon Web Services*. Sondern auch offline über die Transportwege. *Amazon* ist ein Riese auf dem Logistikmarkt, betreibt mit *Amazon Air* eine eigene Frachtfluggesellschaft und ist in die Containerschiffahrt eingestiegen. Prognosen zufolge wird das Unternehmen Anfang 2022 der größte Versanddienstleister der USA sein, noch vor dem *U.S. Postal Service* und *UPS*.

In Deutschland betreibt *Amazon* inzwischen rund 70 riesige Lagerhallen und dürfte mindestens ein Drittel aller Paketsendungen von Unternehmen zu Kunden transportieren, Tendenz steigend. Das Ziel ist Unabhängigkeit – vom Lager bis zur Haustür. *Amazon* hat bereits eine massive Übermacht erzielt. *Amazon* brachte im Jahr 2010 weltweit für den Versand, die Lagerung und die Sortierung von Waren 3 Milliarden US-Dollar auf, im Jahr 2020 betrug diese Zahl bereits 61 Milliarden US-Dollar (DIE ZEIT, 16. Dezember 2021, S. 26).

Vorschlag 45

Am 5. Oktober 2021 hat Microsoft *Windows 11* veröffentlicht. PCs und Notebooks mit Baujahr 2017 und älter erfüllen die Hardwarevoraussetzungen für *Windows 11* in der Regel nicht und müssen daher bei *Windows 10* bleiben, das bis zum 14. Oktober 2025 mit Updates versorgt wird. Danach muss man die Geräte ausmustern oder auf Linux umsteigen – was natürlich auch schon jetzt möglich ist.

Microsoft argumentiert, dass nur die jetzt angehobenen Hardwarevoraussetzungen Stabilität, Sicherheit und Leistung des Systems gewährleisten – auf welche Bereiche sich das auswirkt, erklärt Microsoft jedoch nicht mit der gebotenen Ausführlichkeit. Es wird auch nicht technisch begründet,

warum ein bestimmter Prozessor unterstützt wird, ein etwas älteres, offenbar baugleiches und nur niedriger getaktetes Modell jedoch nicht.

Linux stellt an die Hardware keine besonderen Ansprüche. Das System lässt sich auch auf Geräten installieren, die zehn Jahre und älter sind (LINUXWELT 1/2022, S. 28).

Im Extremfall verweigert sich das *Windows-11-Upgrade* auf Rechnern und CPUs, die noch 2020 verkauft wurden! Wenn mehr oder weniger neuwertige Rechner in solcher Weise als Entsorgungsfall disqualifiziert werden, ist das für die davon negativ Betroffenen frustrierend. Früher oder später entsteht aber erheblicher Handlungsdruck, denn 2025 läuft *Windows 10* ab.

Linux bietet mit seiner Palette an Distributionen einen skalierbaren Gegenentwurf zum rigorosen Microsoft-System, Inkompatibilität mit zentraler Rechnerhardware ist praktisch auszuschließen. Was haben alle Supercomputer dieser Welt, mehr als 75 Prozent der Internet-Server und sogar ein Großteil der Systeme in Microsofts Azure-Cloud gemeinsam? Sie alle nutzen Linux. Das offene Betriebssystem hält die IT-Welt zusammen und ist eine wichtige Grundlage in jedem IT-Beruf und im Informatikstudium.

Microsoft hat eine neue Windows-Version herausgebracht und verlangt nunmehr von Millionen seiner PC-Nutzer/innen, dass sie sich für das Upgrade einen neuen Rechner kaufen. Denn ohne topaktuelle CPU versagt *Windows 11* den regulären Betrieb. Bei *Linux* ist das natürlich nicht der Fall.

Windows 11 stellt sehr hohe Hardwareansprüche. Für ältere Geräte ist ein Upgrade von Version 10 auf 11 nicht möglich oder nicht ratsam.

Die Volksrepublik China wird 2022 einen Prozess abschließen: Alle in Behörden und öffentlichen Einrichtungen laufenden Rechner müssen ab diesem Zeitpunkt dann in China produzierte Hardware mit einem chinesischen Betriebssystem verwenden. Diese ebenso richtige wie ambitionierte Migration wird Millionen von Geräten betreffen – hardwareseitig werden *Lenovo* und *Huawei* die maßgeblichen Nutznießer sein. Softwareseitig wird das in China entwickelte *Neokylin* bisheriges *Windows* völlig ersetzen. *Neokylin* basiert auf der Linux-Distribution *Fedora*.

Vorschlag 46

Selbst bei einem unmittelbaren, globalen und vollständigen Stopp aller Kohlendioxid-Emissionen, würde ein großer Kohlendioxid-Anteil für Jahrhunderte und länger in der Atmosphäre verbleiben und so das Temperaturniveau mit all seinen Auswirkungen hoch halten. Deshalb sprechen wir auch vom *Kohlendioxid-Vermächtnis*. Allen Menschen sollten die Auswirkungen von ungebremsten Emissionen klargemacht werden und möglichst rasche, drastische und globale Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden. Großflächige Aufforstung ist in bestimmten Regionen der Erde prinzipiell sinnvoll, weil dadurch tatsächlich mehr Kohlendioxid aus der Atmosphäre in Biomasse gebunden wird. In der EU fließen jedes Jahr 17 Milliarden Euro an Subventionen in die Verbrennung von Biomasse. Kohlendioxid entsteht bei jeder Art von Verbrennung von Kohlenstoff, also auch wenn man Holz verfeuert. Bis der nachwachsende Wald diese Emissionen dann aber wieder aufgenommen hat, dauert es Jahre. Die Verbrennung von Biomasse ist also weder klimaneutral noch emissionsfrei. Wälder sind wichtige Verbündete gegen die Klimakrise. Sie speichern große Mengen an Kohlendioxid. Sie abzuholzen und industriell zu verbrennen, ist der falsche Weg. Der Biomasse-Boom verstärkt den Abholzungsdruck in Europa. Besonders tragisch wirkt sich das in Rumänien aus, wo die letzten großen Urwälder Mitteleuropas schon jetzt massiv bedroht sind.

Vorschlag 47

Erst Jahrzehnte nach seinem traurigen Tod in einer Nervenheilanstalt kam er zu seinem Recht, wurde für seine bahnbrechenden Erkenntnisse gefeiert und zum Namensgeber von Universitäten und Kliniken. Zu Lebzeiten wurde *Ignaz Semmelweis* für seine Forschungserkenntnisse als Assistenzarzt in Wien um 1848 – dass bakterielle Verunreinigungen das tödliche Kindbettfieber auslösen können – von den damaligen medizinischen Autoritäten öffentlich verhöhnt und beruflich geschnitten. Heute nennen Wissenschaftshistoriker die unreflektierte Ablehnung neuer Tatsachen und Informationen „*Semmelweis-Reflex*“ - ein bis heute weit verbreitetes Leiden, gegen das Handdesinfektion leider überhaupt nicht hilft.

Vorschlag 48

Der Präsident der Volkshilfe Kärnten, Ewald Wiedenbauer, erklärte, dass es geradezu unglaublich sei, dass in Österreich, in einem der reichsten Länder Europas, jedes fünfte Kind armutsgefährdet ist (Volkshilfe, Magazin für Menschen, Burgenland, Kärnten, 4/2021). Im Jahr 2019 gab es in Österreich bei Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft eine Armutsquote von 10 %. Bei nicht österreichischen Staatsbürgern lag sie bei 35 %. Überproportional betroffen sind auch Eltern-Haushalte und Großfamilien mit drei oder mehr Kindern. Die Armutsquote liegt hier bei über 30 %. Sie ist mehr als doppelt so hoch wie bei der durchschnittlichen Bevölkerung (14 %). Aus der Perspektive von Kindern betrachtet sind das alles Charakteristika, für die das Kind nichts kann: Das Geburtsland sucht es sich nicht aus, auch die Staatsbürgerschaft nicht und auch nicht, ob es in einer Familienform mit einem, zwei oder drei Kindern wohnt. Die Armutsgefährdungsquote bei den Alleinerziehenden liegt bei 31 %. Es ist eine Gruppe, die seit Jahrzehnten stark betroffen ist. Das liegt schlicht daran, dass ein zweiter Erwerbseinkommensbezieher fehlt und die Ersatzraten, die man über den „Sozialstaat“ bekommt und die privaten Alimentationszahlungen im Schnitt nicht ausreichen (a.a.O., S. 6). Aus Forschungsprojekten zu Kindern und zu Kinderarmut weiß man, wie umfassend Kinder durch ein Aufwachsen in Armut geschädigt werden.

Vorschlag 49

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* kündigte an, das Jahr 2022 zum „*Europäischen Jahr der Jugend*“ zu machen. Denn zur Umsetzung einer „*Next Generation EU*“ braucht die Union vor allem engagierte junge Menschen. Es gibt verschiedene Faktoren, die Jugendliche an den Rand der Gesellschaft bringen können: Nicht wenige leben auf der Straße oder sind vereinsamt, haben Schulden oder Probleme mit Drogen und dem Gesetz. Unter den 15- bis 29-Jährigen sind laut dem Statistikamt der EU *Eurostat* in Deutschland etwa 6,4 Prozent und in Österreich ca. 7,1 Prozent nicht in der Schule, in einer Ausbildung oder einer Anstellung. Man spricht von „*schwer erreichbaren jungen Menschen*“, doch oft sind auch die Behörden und Hilfsangebote schwer zu erreichen. *Eurostat*, die *OECD* und *Destatis* nutzen den Begriff *NEETS* (*Young people not in employment, education and training*). Im Jahr 2020 lag die *NEETS-Rate* in Deutschland in der Altersspanne der 15- bis 29-jährigen laut *Eurostat* bei 6,4 Prozent, in Österreich bei 7,1 Prozent. Damit liegen beide Länder – wie auch all die Jahre zuvor – deutlich unterhalb des EU-

Durchschnitts. Der im selben Jahr 12,8 Prozent betrug. Die *NEETS-Rate* erfasst den prozentualen Anteil von jungen Menschen, die nicht in Arbeit, Schule oder Ausbildung sind, gemessen an der Gesamtbevölkerung in derselben Altersklasse.

Vorschlag 50

Im Winterlockdown 2021 kamen so viele depressive und suizidale Jugendliche in Wien in die Kinderpsychiatrie, dass die Ärztinnen und Ärzte dort *triagieren* mussten. Einsamkeit und Schlaflosigkeit unter Kindern und Jugendlichen haben in einem erschreckenden Maß zugenommen. In den Tiefen der *Echokammern im Web*, welche nur die eigene Meinung bestätigen, wurde zu unüblichen Therapien geraten. Lügen wird geglaubt, wenn diese nur in das eigene Weltbild passen.

Wenn Leben gegen Leben steht, gibt es nur schlechte Entscheidungen. *Triage* heißt: nur ein Intensivbett für zwei Todkranke. *Triage* heißt: nicht genug Beatmungsgeräte für alle, die eines brauchen. *Triage* heißt: eine Ärztin oder ein Arzt muss entscheiden, wer behandelt wird und wer nicht. Wer leben kann, wer sterben wird. Die Mediziner müssen die tragische Auswahl treffen, unter extremem Stress, in Zeitnot, allein mit ihrem Gewissen. Es gibt kein *Triage-Gesetz*, nur unverbindliche Leitlinien. Man bemüht sich zwar, *Triage-Situationen* zu vermeiden.

Vorschlag 51

Laut *Deutschem Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters* ist die Spiel- und Social-Media-Sucht bei Kindern und Jugendlichen im Jahr 2020 gestiegen – in Bezug auf krankhaftes Computerspielen im Vergleich zu 2019 um etwa 52 Prozent, bezüglich Social-Media-Sucht um etwa 44 Prozent.

Vorschlag 52

Sebastian Kurz hat beim US-Oligarchen *Peter Thiel* angeheuert. Dessen extrem liberales Weltbild lässt ein Bildungssystem zu, das zu einem riesigen Geschäft verkommen ist (siehe *Thiels* Biografie von *Max Chafkin*). *Thiel* will die Bürger „aus der Gewalt des Staates befreien“ - durch Kryptowährungen und Onlinezahlssysteme, an denen er dann selbst verdient, siehe seine Firma

Paypal. Peter *Thiel* war erster Investor bei Facebook, gründete dann die Spionagesoftwarefirma *Palantir* – Mitarbeiterin: Ex-SPÖ-Geschäftsführerin *Laura Rudas*, Auftraggeber die US-Armee, die CIA etc. (Falter 1-2/22, S. 23).

Vorschlag 53

Die zwölfjährige *Tina aus Georgien* wurde 2021 vom damaligen Innenminister *Karl Nehammer* mit Polizeihunden und mit der Hilfe der Anti-Terror-Einheit *Wega* abgeschoben. Tina ist ein in Wien aufgewachsenes Mädchen. 2022 reiste sie – völlig legal – als Touristin in Wien ein und stellte einen Antrag auf ein Schülervisum, was ihr nicht verwehrt wurde. Ihr österreichischer Anwalt *Wilfried Embacher* hat auf allen medialen Kanälen überzeugend erklärt, wie ihr Fall 2021 auch anders hätte entschieden werden können, nur wollte man eben nicht. Das österreichische Fremdenrecht ist voller Schikanen, Fußangeln und Fallstricke.

Vorschlag 54

Der 4. Jänner 2022 war ein bedeutsamer Tag – seither verbietet eine EU-Verordnung fast alle Tätowierfarben wegen Gesundheitsbedenken, in der EU sind derzeit nur schwarze, graue und weiße Tattoos legal. Am 6. Oktober 2020 wurde die Petition Nr. 1072/2020 „*Save the Pigments*“ an das Europäische Parlament gerichtet – mit 177.000 Unterschriften die erste große EU-Petition der Geschichte. Seit 2003 ist in Österreich das Gewerbe reglementiert – Tätowierer müssen gegen Hepatitis geimpft sein, einmal im Jahr kommt der Amtsarzt. Das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung hat in seiner Stellungnahme zur Verordnung festgehalten, dass Pigmente seit über zehn Jahren in Tätowiermitteln eingesetzt werden, ohne dass Auffälligkeiten bekannt sind, Untersuchungen hätten keine unzumutbaren Risiken gezeigt. 77 Millionen Euro setzen die 1.400 österreichischen Tattoounternehmer laut Wirtschaftskammer jedes Jahr um. Durch die neue EU-Verordnung werden auch Brustwarzenrekonstruktionen unmöglich.

Vorschlag 55

Migranten nützen immer öfter den internationalen Güterverkehr, um versteckt in Lastkraftwägen illegal in ihr Zielland zu gelangen, was für sie gefährlich werden kann. Sie gelangen in den

Frachtraum oder in Zwischenräume von LKWs, wenn diese unbeaufsichtigt auf einem Parkplatz abgestellt sind. Zollschnüre werden durchgeschnitten und wieder zusammengestüekelt etc. Es gibt auch Migrantinnen und Migranten, die ohne Schlepper reisen, die Fahrzeuglenker wissen in der Regel nichts von ihren Passagieren.

Vorschlag 56

Die Stadt Wien schaltete ausgerechnet im Gratis-Blatt „*heute*“ ein Inserat mit dem Titel: Gib Fake News keine Chance. Fake News oder Falschmeldungen haben nichts mit der Wahrheit zu tun. Sie werden bewusst verbreitet, um Menschen zu manipulieren und zu verunsichern. Pass deshalb besonders in Sozialen Medien auf, hinterfrage Inhalte kritisch und prüfe die Quelle. Informiere dich, wie du sicher im Internet surfen kannst.

Diese Medienpolitik ist grundfalsch! Statt teure Inserate in Boulevardmedien zu schalten täte die Stadt Wien besser daran, Investigativjournalismus und neue werbefreie digitale Medien und freie Radios zu fördern.

Vorschlag 57

Die *Statistik Austria* veröffentlichte eine neue Studie über die Kosten, die den Eltern durch ihre Kinder entstehen. Die letzte Studie war im Jahr 1964 (!) veröffentlicht worden. Schätzungen über die Kinderkosten stützten sich seither auf diese Studie. Während die Schätzungen die Inflation zwar einberechneten, berücksichtigten sie nicht, dass sich die Lebensumstände seit 1964 geändert haben. Der Unterschied zwischen den tatsächlichen Kinderkosten und den staatlichen Familienleistungen ist inzwischen dramatisch hoch. Insbesondere Alleinerziehende und Familien mit niedrigen Einkommen schaffen es nicht, diese Lücke jeden Monat aus eigener Kraft zu schließen. Eine *Kindergrundsicherung* würde *Kinderarmut* wirksam bekämpfen. In Österreich sind 350.000 (!) Kinder von Armut betroffen oder bedroht. Eine *Kindergrundsicherung*, die österreichweit einheitlich geregelt ist, weil kein Kind in Armut leben soll, ist dringend notwendig! Vignetten, Pensionen und Parteiförderungen werden regelmäßig an die Inflation angepasst und erhöht – es ist absolut nicht nachvollziehbar, warum das nicht auch für die Familienbeihilfe gelten soll.

Vorschlag 58

Nach den letzten Schätzungen der *Internationalen Arbeitsorganisation* sind weltweit nicht weniger als 160 Millionen Mädchen und Buben *KinderarbeiterInnen*. Sie müssen also unter Bedingungen arbeiten, die eindeutig gegen ihre Rechte verstoßen. 79 Millionen dieser Kinder leiden unter Arbeitsbedingungen, die besonders gefährlich oder ausbeuterisch sind. In Nord- und Südamerika sind nicht weniger als 8,2 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von 5 bis 17 Jahren von *Kinderarbeit* betroffen. Davon verrichten 69 Prozent (5,7 Millionen) gefährliche und ausbeuterische Arbeiten, die ihre Gesundheit und Sicherheit gefährden. Bittere Armut, zerrüttete Familien und der oft fehlende Zugang zum Bildungssystem führen dazu, dass diese Kinder auf der Straße landen. Schuhe fremder Menschen putzen, Autos händisch waschen, Kleinigkeiten wie Süßigkeiten verkaufen, Lasten schleppen – *Straßenkinder* müssen zum mageren Familieneinkommen beitragen oder sind überhaupt ganz auf sich alleine gestellt. *Straßenkinder* haben keinen geschützten Rückzugsbereich und sind ständig in Gefahr – sie werden weggejagt, verprügelt oder gar missbraucht. Aufgrund mangelnder Ernährung und fehlender medizinischer Versorgung tragen die meisten von ihnen auch bleibende gesundheitliche Schäden davon.

Vorschlag 59

Mindestens jedes zehnte EPU in Österreich wird die Pandemie-Krise nicht überleben. Das sind immerhin mehr als 30.000 Unternehmen. Die Diversität der Wirtschaft – durch kleine Läden, Anbieter und Lokale – steht in den Städten bereits durch die hohen Mieten unter Druck. Durch die Pandemie werden wir noch weniger Vielfalt haben. Politiker(innen) tätigen zwar vollmundige Ansagen, Gelder für bedürftige Kleinunternehmen auszuschütten, geholfen wird ihnen aber nicht, zumindest nicht effektiv und ausreichend (vgl. Beispiele für Wien in DIE ZEIT, 2. 12. 2021, S. 22).

Vorschlag 60

Nach dem illegalen Drogen-, Menschen- und Waffenhandel befindet sich der Artenhandel an vierter Stelle der lukrativsten kriminellen Geschäfte. Es werden geschätzte acht bis 20 Milliarden Euro an Jahresprofit auf Kosten bedrohter Tier- und Pflanzenarten lukriert und dadurch ohnehin bereits gefährdete Arten an den Rand des Aussterbens getrieben.

Das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen – kurz CITES – wurde im Jahr 1973 in Washington D.C. unterzeichnet und wird deshalb auch Washingtoner Artenschutzübereinkommen genannt. Österreich ist diesem 1982 beigetreten. Insgesamt unterliegen rund 5.800 Tier- und 30.000 Pflanzenarten den Bestimmungen des CITES.

Vorschlag 61

In den USA gibt es schon 3D-gedruckte Häuser für Familien mit niedrigem Einkommen mit rund 110 Quadratmeter Wohnfläche. Es wird auch ein 3D-Drucker für Ersatzteile wie Türknäufe etc. mitgeliefert. Sie sparen Baukosten, bieten bessere Isolierung und dadurch bedingt auch niedrigere Energiekosten. Auch für die beste Finanzierung ist gesorgt – es wird eine zinslose Hypothek geboten, die über bis zu 30 Jahre abbezahlt werden kann. Der Druck von Mauern für ein Haus durch den 3D-Gebäudedruck-Spezialisten *Alquist 3D* dauert im Schnitt nur zwölf Stunden.

Vorschlag 62

Es gibt gegenwärtig eine „*Kapitalisierung des Zwischenmenschlichen*“. Digitale Konzerne wie Facebook arbeiten derzeit emsig an einer „*neuen Form des mobilen Internets*“. Ihr Name: **Metaversum**. In diesem **Metaversum** sollen sich Menschen künftig nur mehr virtuell begegnen. Digitale Ersatzkörper, **Avatare** genannt, sollen die Szene beherrschen. Bis 2030 sollen eine Milliarde Menschen zu **Avataren** werden, zwischenmenschliche Kontakte werden dann immer mehr zu Ratings verkommen.

Vorschlag 63

Die Besetzung der *Hainburger Au* im Jahr 1984 gilt als Meilenstein der österreichischen Umweltbewegung. In Hainburg kämpften Aktivisten und Aktivistinnen gegen den Bau eines Wasserkraftwerks.

Vorschlag 64

2022 durfte ein unter Protest abgeschobenes Mädchen wieder nach Wien einreisen. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde die 12-jährige Tina – bestens integrierte Gymnasiastin – gemeinsam mit ihrer Familie abgeholt, in ein Flugzeug gesetzt und nach Georgien abgeschoben. In das Heimatland ihrer Eltern, wo sie niemanden kannte und die Sprache nicht verstand. Ein Schülervisum ermöglichte die Rückkehr für das Mädchen, Tina wird bei einer Gastfamilie unterkommen und wieder in ihr Gymnasium gehen. Ihre Familie muss aber in Tiflis bleiben, auch ihre kleine Schwester (5 Jahre), die sie schon sehr vermisst.

Vorschlag 65

Der natürliche Lebensraum des *Tigers* ist in den letzten 150 Jahren um 95 % geschrumpft. Sein Bestand gilt daher als äußerst gefährdet. Es handelt sich also nicht um „*Alarmismus*“, wenn diese Zahl angeführt wird, die deutlich das Ausmaß des Artensterbens belegt. Der *Tiger* ist ein prominentes großes Tier, der im Gegensatz zu kleineren, „unansehnlicheren“ Geschöpfen Besorgnis erregt.

Vorschlag 66

Seit Jahren versucht die EU-Kommission vergeblich, die Macht der Tech-Konzerne zu begrenzen. Diese sind in Brüssel außergewöhnlich aktiv, wie die Organisation *Lobbycontrol* erhob. Fast 23 Millionen Dollar – mehr als jede andere Industrie – geben Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft laut einer Studie von *Lobbycontrol* jedes Jahr aus, um ihre Ziele in Brüssel durchzusetzen. Sie residieren in prächtigen Gebäuden an den besten Adressen. Sie „kaufen“ sich Politiker wie den ehemaligen britischen Vizepremierminister Nick Klegg, der heute als „*Chefkommunikator*“ bei Meta arbeitet, wie sich Facebook mittlerweile nennt. Die EU hat keine „*digitale Souveränität*“: Sie versucht, mit Gesetzen wie dem *Digital Markets Act* und dem *Digital Services Act* die monopolartige Marktmacht der Tech-Konzerne zu begrenzen. Das wird nicht funktionieren, sondern „*kreativ umgangen*“ werden. Die EU müsste „*Targeted Advertising*“ verbieten, wo die Werbung so treffsicher ausgestaltet wird wie der Schuss eines Scharfschützen. Darum sammeln die Tech-Konzerne so viele Daten, um ihr Wissen dann an ihre Anzeigenkunden

teuer zu verkaufen. Anders als herkömmliche Software, die nach fest definierten Regeln funktioniert, versucht Software mit künstlicher Intelligenz (KI) das menschliche Denken in seiner Komplexität nachzuahmen. Zum Beispiel, indem sie – ähnlich wie das Gehirn – aus einer Flut von Informationen Muster zu erkennen lernt. Oder indem sie sich durch Versuch und Irrtum selbst neue Fähigkeiten beibringt. Damit ist KI nicht nur in der Lage, komplexe Geschehnisse zu erfassen. Ihre Analysen werden umso besser, je mehr Daten ihr zur Verfügung stehen.

Vorschlag 67

Rund 90 Prozent aller österreichischen Haushalte verfügen laut der *Statistik Austria* über einen Internetzugang. Achtzig Prozent von ihnen nutzen das Internet sogar täglich. Was passiert bei einem großflächigen *Blackout*? Im Falle eines großflächigen Blackouts können Betroffene auch Internet via Satelliten empfangen und so lokale Stromnetze umgehen. Über Satellitenschüsseln am eigenen Haus kann Internet aus dem Erdorbit empfangen werden. Unternehmen wie der französische Anbieter *Eutelsat Konnect* bieten einen solchen Service bereits in Österreich an. Der Netzzugang via Satellit ist krisensicher, man muss dafür aber tief in die Tasche greifen.

Vorschlag 68

Von den einst 150 Gletschern im *Glacier-Nationalpark* in Montana (USA) gibt es heute nur noch 25 Exemplare. Forscher(innen) gehen davon aus, dass bis 2030 der letzte Gletscher verschwunden sein wird. Die *Everglades*, das größte Sumpfgebiet der USA und Heimat von mehr als 2.000 Tier- und Pflanzenarten, könnten durch steigende Meeresspiegel versalzen. Daneben bedrohen Trockenperioden das Gebiet. Der gigantische *Thwaites-Gletscher* in der Antarktis droht zu bersten. Der Eisblock – so groß wie Großbritannien – wird aufgrund der Erderhitzung immer weniger. Er schmilzt schneller als erwartet und bekommt gefährliche Risse. Der *Thwaites-Gletscher* trägt den Beinamen „*Doomsday Glacier*“ (Gletscher des jüngsten Gerichts) – strömt das geschmolzene Eis ins Meer, wird der Meeresspiegel empfindlich ansteigen, sogar um mehrere Meter. Das *Zentrum für Angewandte Glaziologie* an der *Academia Engiadina* in der Schweiz geht davon aus, dass weltweit die Zukunft von über 200 Millionen Menschen massiv bedroht ist, wenn es nicht gelingt, die *Gletscherschmelze* deutlich abzubremsen. Die Alpengletscher schmelzen abnormal schnell – der Masseverlust ist höher als der Durchschnitt der letzten 6.000 Jahre! Das zeigen Analysen von

Eisbohrkernen des *Instituts für Interdisziplinäre Gebirgsforschung* der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften* (ÖAW), anhand derer man in die Klimavergangenheit zurückblicken konnte. Die Eiskappe der 3.498 Meter hohen *Weißseespitze* (an der Grenze zwischen Tirol und Südtirol gelegen) wird in etwa zehn Jahren verschwunden sein.

Vorschlag 69

Erderhitzung, Flächenfraß, Überfischung und Wilderei gefährden viele Arten. Weltweit sind über 40.000 von etwa 142.500 erfassten Tier- und Pflanzenarten auf der *Roten Liste* als bedroht eingestuft – mehr als je zuvor. Der *Biodiversitätsverlust* schreitet mit der Erderhitzung dramatisch voran. Mit der *Biodiversitätsstrategie 2030* der EU ist das Problem auch in der Politik angekommen – jährlich werden 20 Milliarden Euro für die biologische Vielfalt bereitgestellt, während ein Minimum von je 30 Prozent der europäischen Land- sowie Meeresflächen in Schutzgebiete umgewandelt werden soll.

Vorschlag 70

Innerhalb der letzten 60 Jahre ist die Anzahl an Raketentests und Satellitenstarts um ein Vielfaches gestiegen. Satelliten sind irgendwann *Weltraumschrott* – und die Müllmengen wachsen unaufhörlich. Die längst außer Kontrolle geratene Verbreitung stellt eine akute Gefahr für Raketentests und Raumstationen dar. Seit 2003 ist die chinesische Raumfahrt in der Lage, aus eigener Kraft Menschen ins All zu fliegen. China ist dabei, hier weltweit die Führung zu übernehmen. Bis 2030 will das Land eine bemannte Mondmission durchführen.

Vorschlag 71

Schätzungen zufolge gibt es weltweit inzwischen mehr als 1,7 Millionen *Roboter mit sozialen Eigenschaften*. Sie pflegen, bilden, helfen und unterhalten uns. Längst gibt es auch hochtechnisierte Sexroboter.

Vorschlag 72

In den 1980-er Jahren wurden in *Costa Rica* drei Viertel des Urwalds abgeholzt. Es ist eines der wenigen Länder, dessen Waldfläche wieder zunimmt – dank weitsichtiger Umweltpolitik. 1872 wurde *Yellowstone* unter Naturschutz gestellt – der erste Nationalpark der Geschichte.

Vorschlag 73

In Österreich werden jährlich fast 70.000 Füchse getötet, ein grausames Hobby der Jägerschaft mit ihren seltsamen Ritualen wie der „*Streckenlegung*“ der getöteten Füchse. Genau 68.477 Rotfüchse wurden laut Statistik Austria im Jagdjahr 2020/2021 in Österreich erlegt – durch Kugeln oder durch Fallen, Tendenz steigend. **In Luxemburg ist die Fuchsjagd seit 2015 verboten.** Wissenschaftliche Studien bescheinigten bereits, dass die Fuchspopulationen nicht explodiert sind, sondern sich mittlerweile selbst reguliert haben. In Österreich gibt es eine Schonzeit zwar für Hirsche und Rehe, nicht aber für Füchse. Die Tollwut ist beim Fuchs ausgerottet worden. Es gibt Schätzungen, wonach jeder dritte Fuchs in Österreich vom Fuchsbandwurm befallen ist, der auch für den Menschen tödlich sein kann. Füchse fressen auch die Eier von Tierarten, die vom Aussterben bedroht sind, wie die der Großtrappe oder des Auerhahns. Aber diese „*Argumente*“ überzeugen nicht wirklich – von den rund 70.000 abgeknallten oder auf elende Art in Fallen umgekommenen Füchsen sind nur die allerwenigsten krank oder unmittelbare Gefährder seltener Vogelarten. Die Lebensräume seltener Vögel wurden nicht durch den Fuchs immer weiter eingeengt, sondern nur durch den Menschen (vgl. DIE ZEIT, 27. Januar 2022, S. 16). **Jagdverbot für Füchse im Burgenland, zunächst auf fünf Jahre beschränkt, dem Luxemburger Beispiel folgend, mit begleitender Forschung durch das Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Ökologie der Veterinärmedizinischen Universität Wien.** Die Jägerlobby, einflussreich und gut vernetzt, angeblich immer und überall im „*Dienste der Menschheit*“ wird wohl dagegen sein, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung wird das **Jagdverbot** begrüßen. **Da könnte das Burgenland wirklich einmal sinnvoll „Vorreiter“ sein, nämlich beim Schutz von Wildtieren.**

Vorschlag 74

Quantenrechner sind um ein Vielfaches leistungsfähiger als ein klassischer Supercomputer. Während ein herkömmliches Bit nur den Schaltzustand 0 oder 1 annehmen kann, kann ein quantenmechanischer Schalter gleichzeitig an und aus sein – und alles dazwischen. So gibt es bei einem einzigen Quantenbit unendlich viele mögliche Zustände. Mit jedem weiteren Quantenbit wächst dieser Zustandsraum exponentiell. Zudem lassen sich Quantenbits miteinander „*verschränken*“: Egal, wie weit man sie voneinander entfernt – sie sind immer im gleichen korrespondierenden Zustand. All das macht *Quantencomputer* so schnell. Für die Forschung an Quantentechnologien braucht man viel Geld, sehr viel Geld. **Österreich und damit auch das Burgenland ist auf diesem Zukunftsgebiet schon längst abgehängt.** Die Politik nimmt das nicht wahr. **Es wäre sinnvoll, eine Liste zu erstellen, in welchen Bereichen das Burgenland eine abgehängte Region ist. Die Liste wäre wohl sehr lang.**

Vorschlag 75

In Österreich weiß man nicht, wie lange Impfstoffe schützen, wo Ansteckungen stattgefunden haben etc. Der Politik stehen derzeit weder zeitnah erhobene noch vollständige Daten zur Verfügung. Es bedürfte einer umfassenden Auswertung und Veröffentlichung von korrekt anonymisierten Gesundheitsdaten in Echtzeit. Ein **Gesundheitsdatennutzungsgesetz** würde hier Abhilfe schaffen. **Die Krebstherapie beruht beispielsweise auf der molekular-genetischen Entschlüsselung des Tumors. Um die im Einzelfall beste Therapie zu finden, sind große, standardisierte Datenmengen nötig, die KI-gestützt ausgewertet werden bzw. ausgewertet werden können.**

Vorschlag 76

Umweltbewusste Bürger/innen wollen ihren Kohlendioxid-Ausstoß verringern, und da kann man in vielen Lebensbereichen ansetzen: weniger Auto fahren, keine Wegwerfartikel kaufen, weniger Fleisch essen, auf Streaming-Serien verzichten etc. **Das offizielle Burgenland sollte offensiv sinnvolle Verzichtsstrategien propagieren und Anleitungen für sie geben als dauernd von „Genusswelten“ zu schwadronieren, die nur zur Vergrößerung des Kohlendioxid-Fußabdruckes beitragen.**

Vorschlag 77

Es entstehen immer mehr Gruppen, vor allem unter Jugendlichen, die energisch und kreativ versuchen, mit Straßen- und Sitzblockaden und anderen demokratisch legitimen Demonstrationen und Aktionen die **Klimakatastrophe** noch abzuwenden. Wenn bestimmte *Kipppunkte* erreicht werden, wird das zu Abermillionen zusätzlichen *Klimaflüchtlingen* führen. Gruppen wie **Die Letzte Generation** oder **Extinction Rebellion** gehören von staatlichen Stellen im rechtsstaatlichen Rahmen unterstützt und gefördert und nicht als „*Verkehrsbehinderer*“ auch noch bekämpft – es kommen ganz andere „*Verkehrsbehinderungen*“ auf die Menschheit zu! Aktivisten der Bewegung **Fridays for Future** legten sich im Zeichen des Protestes vor das Bundeskanzleramt als „*verpackte Leichen*“ hin – Erderhitzung tötet, täglich werden in Österreich 200.000 Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen. Österreich hat viel zu spät begonnen, ernsthafte Klimapolitik zu betreiben.

Vorschlag 78

Perfluorooctansäure (PFOA) ist nur eine von unzähligen chemischen Verbindungen, welche die Menschheit in den vergangenen 150 Jahren entwickelt und hergestellt hat und die in die Natur gelangt sind. PFOA kann man nicht sehen, diese Chemikalie ist fast überall in der Natur zu finden – im Meerwasser, im Blut von Menschen, in den Böden etc. Diese Substanz sollte nirgendwo in der Natur sein, auf keinen Fall aber in Körpern von Lebewesen. Bei Menschen löst sie wahrscheinlich Nieren- und Hodenkrebs aus, auch Schilddrüsenerkrankungen, sie führt zu schlechterer Spermienqualität bei Männern, Unfruchtbarkeit bei Frauen und ADHS bei Kindern. Die EU führt *Perfluorooctansäure* unter besonders besorgniserregend, weil fortpflanzungsgefährdend, persistent, bioakkumulativ und toxisch. Die massive chemische Verschmutzung der Umwelt – PFOA reist als Feinstaub durch die Luft, gelangt aus Deponien ins Wasser etc. - ist ein Riesenproblem für Ökosysteme. Die Wissenschaftler empfehlen der Politik, dringend zu handeln, diese tut aber nichts oder zu wenig. Man müsste viele, sehr viele Verbote erlassen und davor schrecken die Politiker/innen zurück, weil sie das Wählerstimmen kosten könnte.

Vorschlag 79

Insektenvernichtungsmittel schädigen das menschliche Gehirn! *Neonikotinoide* sind synthetisch hergestellte Wirkstoffe, die zur Bekämpfung von Insekten eingesetzt werden. Eine bislang unterschätzte Problematik der *Pestizide* ist, dass neben der Originalsubstanz auch deren Abbauprodukte eine schädliche Wirkung haben können. Das deutsche *Naturwissenschaftliche und Medizinische Institut (NMI)* konnte belegen, dass *Neonikotinoide* auch menschliche Nervenzellen funktionell beeinflussen.

Vorschlag 80

Akzeptanz bei erneuerbaren Energieträgern? Vielerorts wird das *Windkraftwerk* als inakzeptabel empfunden. Protest wird laut, sobald ein solches gebaut werden soll. So steht im Westen Österreichs bisher kein einziges *Windrad*. Gleichzeitig ist das Potenzial für weitere Wasserkraftwerke in Österreich nahezu ausgeschöpft, und auch Holz kann nur in dem Ausmaß als Energieträger verwendet werden, in dem es wieder in den heimischen Wäldern nachwächst. Die *Energiewende* ist technisch möglich, finanziell herausfordernd und gesellschaftlich umstritten. Neben einem umfassenden Infrastrukturausbau braucht es auch massive Kraftanstrengung auf Nachfrageseite. Damit Energie *grün* werden kann, muss der Verbrauch zurückgehen. Häuser müssen gut gedämmt, der Individualverkehr reduziert und industrielle Prozesse neu aufgesetzt werden. Die *umweltschonendste* Energie ist nämlich jene, die gar nicht erst verbraucht wird (vgl. *gehört*, Jänner 2022, S. 3).

Vorschlag 81

Namibia war einst eine deutsche Kolonie. Dieser Einfluss ist bis heute überall spürbar. 70 Prozent (!) des landwirtschaftlich genutzten Landes gehören noch immer deutschstämmigen Farmern. Sie sind weiß, sprechen deutsch, haben deutsche Namen und halten inmitten der weiten namibischen Savanne große Rinderherden.

Vorschlag 82

Schiffsmotoren, Echolote, Bohrinseln und Bagger machen permanent Lärm. Der verbreitet sich im Wasser *viermal* besser als in der Luft. Im Mittelmeer etwa gibt es kaum noch ruhige Flecken. Neuste Studien zeigen, dass *Unterwasserlärm* nicht nur bei Walen, sondern auch bei Fischen, Wirbellosen und sogar bei Plankton großen Schaden anrichtet: Verlust der Orientierung, Missbildungen, Fehlgeburten, Verhaltensänderungen, Massensterben. Energiekonzerne suchen den Meeresboden mit *Schallkanonen* (!) nach Bodenschätzen ab. Die Meere werden immer lauter.

Vorschlag 83

Internetfähige Technik soll unser Leben erleichtern – rund 3,5 Millionen Menschen nutzen in Deutschland laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2020 *smarte Haushaltsgeräte* wie internetfähige Kühlschränke, Kaffeemaschinen oder Saugroboter, teils gesteuert von Künstlicher Intelligenz (KI). Die *Rundumvernetzung* ist aber teuer, energieaufwendig und schafft Unmengen an Elektroschrott.

Vorschlag 84

Die Gründung der „*Kommunistischen Internationale*“ (*Komintern*) war eine Initiative *Lenins*. Die Bolschewiki waren der Überzeugung, dass sie ihre Macht nur dann auf Dauer erhalten könnten, wenn Deutschland kommunistisch würde und nach ihm andere Länder. Die Komintern-Funktionäre, von allen Kontinenten stammend, waren polyglott. Die Reden auf dem Moskauer Gründungskongress 1919 wurden überwiegend auf Deutsch und Französisch gehalten, erst später kamen Englisch und Russisch hinzu. Spätestens im Jahr 1924 waren sämtliche Aufstandsversuche in Deutschland gescheitert. Nur 24 Jahre lang existierte die Kommunistische Internationale, und dennoch beeinflusste diese weltweit operierende Organisation den Geschichtsverlauf fast eines ganzen Jahrhunderts. Ihre Auflösung erfolgte im Jahr 1943.

Vorschlag 85

Elektronische Geräte sind heute so kurzlebig, dass es sich oft nicht lohnt, sie reparieren zu lassen. Obendrein ist eine Reparatur auch nur selten möglich, weil Ersatzteile bereits nach wenigen Jahren kaum zu bekommen sind. 86 Prozent der Menschen haben ihr Smartphone noch nie zur Reparatur gebracht, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts zeigte. Gegen diese geplante *Obsoleszenz* wird von der Politik eigentlich nichts Wirksames unternommen.

Vorschlag 86

Es gibt einen Rückzug in die häusliche Vereinzelung und eine Fokussierung auf digitale (Über-)Angebote namhafter Streaming-Dienste. Gemeinschaftsstiftende Elemente fallen weg. Veraltete Narrative und Strukturen werden fortwährend reproduziert.

Vorschlag 87

Österreich hat beim *Tierschutz* komplett versagt! In diesem Land müssen noch immer Rinder permanent angekettet „leben“, die wenigen Schritte, die ihnen erlaubt werden, sind die zum Schlachthof. Obwohl die *permanente Anbindehaltung* seit 2005 verboten ist, gibt es sie noch immer, da es etliche Ausnahmeregelungen gibt. Auch die Haltung von Schweinen ist extrem tierquälerisch, es gibt zu wenig Liegefläche für jedes einzelne Tier. Schweine sind sehr intelligent, sozial und haben einen exzellenten Geruchssinn. Die Mehrheit von ihnen muss ihr Leben aber auf Vollspaltböden fristen. Harte, kahle Betonböden, durch deren Spalten Urin und Kot fallen. Über den ätzenden Ausdünstungen müssen die Schweine fressen und schlafen. Stroheinstreu ist unmöglich, sie würde die Spalten verstopfen. So bekommen die Tiere oft Gelenksentzündungen und von den Ammoniakdämpfen Atemwegsprobleme.

Vorschlag 88

Auf Vergleichsportalen wimmelt es vor Ökostrom-Siegeln, die klimafreundliche Energie versprechen. Oft wirkt es so, als könne man mit der Wahl eines „Ökotarifs“ das Klima schützen und

dabei gleichzeitig auch noch Geld sparen. Allerdings handelt es sich bei günstigen Ökotarifen in der Regel um Etikettenschwindel.

Vorschlag 89

Wasserspender statt Cola-Automaten, mehr vegetarisches Angebot, Hochbeete anschaffen, um selbst Essen anzubauen – Vorschläge gibt es viele, oft hapert es aber beim Umsetzen dieser Vorschläge. Topf-Pflanzen statt Schnittblumen kaufen – letztere bereiten nur kurze Zeit Freude. Schnittblumen haben außerdem meist einen weiten und Kohlendioxid-intensiven Transportweg hinter sich (Südamerika, Afrika) und wurden unter Umständen mit gefährlichen Pestiziden behandelt.

Vorschlag 90

Insgesamt 62.873 Betten sind in den österreichischen Krankenanstalten aufgestellt (Quelle: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Stand 31. 12. 2020). In Deutschland wurde die erste Infektion mit dem Corona-Virus am 27. Jänner 2020 in Bayern festgestellt. Seitdem gibt es eine neue Geschichtsschreibung: Das Leben vor dem Virus – und das Leben mit dem Virus. Die Pandemie ist in vielerlei Hinsicht gefährlich, denn sie legt den Zustand unserer Gesellschaft schonungslos offen. Was wird mit uns geschehen? Werden wir durchhalten, aushalten? Zwei Drittel aller HIV-Infizierten leben in Afrika. Mancherorts sind Behandlungsfortschritte in Gefahr – durch Corona. Auf dem afrikanischen Kontinent leben rund 26 Millionen Menschen mit HIV. Allein in Südafrika sind mehr als sieben Millionen betroffen. Südafrika hat das größte staatliche HIV-Programm der Welt aufgebaut. 90 Prozent der Infizierten kennen ihren Status, 68 Prozent von ihnen werden behandelt.

Vorschlag 91

In 7343 Neutal gibt es einen „*Hans Niessl-Platz*“, benannt nach einem noch lebenden Politiker. In der Marktgemeinde Rohrbach bei Mattersburg einen „*Karl-Stix-Platz*“.

Vorschlag 92

Die Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf setzt sich gerne selbst in Szene als „Belohnerin“ von Ideen für Naturschutz (vgl. KURIER, 23. Jänner 2022, S. 4). Seit 1991 vergibt die Burgenländische Landesregierung alle drei Jahre (!) einen Umweltpreis für Projekte, die einen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt im Burgenland leisten. Sie „erhofft sich viele preiswürdige Projekte“, irgendeine Jury beurteilt dann die Einreichungen, Würdigungpreise sind mit 2.000 Euro dotiert. Mit dieser traditionalistischen „Umweltpolitik“ erreicht man heute nichts.

Wer den globalen Müllberg wachsen lässt, verrät der „*Plastic Waste Makers Index*“, ein Bericht der philanthropischen Stiftung *Minderoo*. Ihm zufolge verursachten im Jahr 2019 nur 20 Firmen 55 Prozent des weltweiten Plastikmülls. Die österreichische Firma *Borealis* liegt dabei auf Platz elf. Der Kunststoffkonzern stellt laut dem Report 2,2 Prozent des globalen Einwegkunststoff-Mülls her.

Dass die Konzentration an Plastik in den Meeren weiter steigen wird, gilt als sicher. Nach Schätzungen wird sich die Kunststoffproduktion bis 2040 verdoppeln und der Plastikmüll in den Meeren um das Dreifache steigen. Dies könnte bis 2050 zu einer Vervierfachung der Makroplastikkonzentration in den Ozeanen und bis 2100 zu einem alarmierenden Anstieg des Mikroplastiks in den Ozeanen um das 50-fache führen, sagt der WWF in einer Studie.

Wir schneiden uns langsam, aber sicher, selbst die Nahrungskette ab. Eine Laborstudie zeigte, wie sich Nanoplastik – also winzigste Plastikteilchen – auf *Wasserflöhe* auswirkt. Je höher die Konzentration an *Nanoplastik*, desto eher starben die Tiere. Ab einer gewissen Konzentration gingen alle *Wasserflöhe* zugrunde. Damit nicht genug: Fische, welche die *Wasserflöhe* fraßen, hatten Plastik im Blut und im Hirn und verhielten sich sonderbar – sie fraßen und bewegten sich weniger. *Flohkrebse* sind Teil des Planktons, das die Grundlage des Lebens im Meer ist. Stirbt das Plankton, gibt es einen *Kaskadeneffekt*, der dazu führt, dass am oberen Ende nichts mehr ankommt. Es gibt dann kein Leben mehr im Meer!

Vorschlag 93

In einigen US-Fastfood-Ketten arbeiten schon *Industrieroboter*. Ein derartiger Roboter des US-Robotikherstellers *Miso Robotics* kann am Tag bis zu 300 Burger zubereiten. Der Roboter wird weder müde noch krank, er fordert keine Lohnerhöhung und streikt auch nicht. Dafür ist er umso produktiver, und zwar rund um die Uhr. Auf die Arbeitsstunde gerechnet ist ein *Industrieroboter* günstiger als eine menschliche Arbeitskraft, wenn er unter Volllast läuft. Eine vielzitierte Studie der Oxford-Ökonomen *Carl Benedikt Frey* und *Michael Osborne* aus dem Jahr 2013 mit dem Titel „*The Future of Employment*“ kommt zu dem Ergebnis, dass in den nächsten Jahren bis zu 47 Prozent aller Jobs in den USA automatisiert werden könnten. Fernfahrer, Postsortierer, Köche in Fastfood-Restaurants haben ein sehr großes Risiko, durch Maschinen ersetzt zu werden.

Die OMV hat in Linz schon die erste, voll digitalisierte Tankstelle in Betrieb genommen. Diese kommt ohne Bedienstete aus. Der Tankvorgang funktioniert völlig kontaktlos und wird über Touchscreens und Apps abgewickelt.

Besondere Relevanz hat in *Linz* seit Jahrzehnten das Verkehrsthema. In anderen Städten wird die Digitalisierung bereits genutzt, um die Straßen zu entlasten. In der chinesischen Stadt *Hangzhou* wurde mit einer Cloud-Computing-Abteilung des Techgiganten *Alibaba* ein System installiert, das die Steuerung von Ampeln effektiver gestaltet. Die Folge: 15 Prozent kürzere Autofahrten in dieser chinesischen Stadt. *Linz* hingegen hat einen großen Nachholbedarf in der Verkehrssteuerung. In *Linz* gibt es noch keine neue Ampelgeneration, die mit Sensortechnik kombiniert wird.

Vorschlag 94

Der Griff zu heimischen Produkten sichert Arbeitsplätze und schont die Umwelt, so heißt es. Kommt etwa ein Christbaum aus der eigenen Region, dann hat er keine unnötig langen Transportwege zurückgelegt. Das muss aber nicht sein: „*Ab-Hof-Verkauf*“ heißt nämlich nicht zwingend, dass der Baum aus der Gegend stammt, er kann auch aus Polen oder der Ukraine herangekarrt worden sein. „*Ab Hof*“ wird er tatsächlich verkauft, rechtlich ist das in Ordnung, aber ein Bio-Schmäh!

Vorschlag 95

Der *Fachkräftemangel im Bereich der Informatik* ist massiv. Laut dem Fachverband *Ubit* (Unternehmensberatung, Buchhaltung und Informationstechnologie) der WKÖ gibt es in unserem Land derzeit rund 24.000 offene Stellen im IT-Bereich, in Deutschland sind es 94.000 offene Stellen. Eine Zeitlang haben österreichische IT-Betriebe versucht, Mitarbeiter in den Nachbarländern zu finden, aber mit wenig Erfolg. Die ehrgeizigen Digitalziele der EU bis 2030 lauten, dass europaweit bis dahin insgesamt 20 Millionen gut ausgebildete IT-Spezialisten – die Hälfte davon Frauen – beschäftigt sein sollen. Wie das wirklich erreicht werden soll, wird nicht verraten. Der Fachkräftemangel betrifft ganz Europa. Im Bereich der Informatik gibt es in Österreich rund 80 verschiedene Berufsbilder.

Vorschlag 96

Geothermie – so nennt man die Nutzung der Erdwärme als Energiequelle. Im Erdinnern herrschen Temperaturen von über 6000 Grad Celsius. Und deshalb findet sich tief in der rund 30 Kilometer dicken Erdkruste heißes Wasser in Reservoirs, Klüften oder Rissen. Bereits in 5000 Meter Tiefe hat das Wasser bis zu 200 Grad Celsius – wegen des hohen Drucks verdampft es nicht. Mittels der Geothermie wird es über eine Förderbohrung nach oben gepumpt, um etwa Dampfturbinen zur Stromerzeugung anzutreiben oder über Wärmepumpensysteme Gebäude zu heizen. Das abgekühlte Wasser fließt zurück ins Erdinnere und wird im heißen Gestein aufs Neue erhitzt. So entsteht ein geschlossener Kreislauf. Das Beste daran ist, dass diese Energiequelle nie versiegt, denn Erdwärme ist in unbegrenzter Menge vorhanden. Die Energiepreise erreichen aktuell schwindelerregende Höhen – manche Unternehmen haben ein Interesse an hohen Preisen. Sie haben kein Interesse daran, dass die *Geothermie* weiter intensiv erforscht wird. Nicht Atomkraftwerke, sondern *Geothermie-Kraftwerke* sind die sichere Zukunft!

Vorschlag 97

Bis zu 7.000 giftige Inhaltsstoffe sind in Zigarettenstummeln enthalten – 50 davon sind krebserregend. Trotz Gefahr für Umwelt und Gesundheit werden allein in Wien 868 Millionen Stummel jährlich weggeworfen, nur 130 Millionen landen in Mülleimern.

Vorschlag 98

Detoxification (engl. für *Entgiftung*), kurz *Detox*, ist in aller Munde. Produkte wie Kapseln, Smoothie-Getränke, Pulvermischungen oder mehrtägige Saftkuren werden damit beworben, den Körper vor schädlichen Umweltgiften und Übersäuerung zu befreien. Aus medizinischer Sicht gibt es beim gesunden Menschen keine Übersäuerung. An der Donau-Universität Krems gibt es ein eigenes *Department für Evidenzbasierte Medizin und Evaluation*, welches Gesundheitsbehauptungen in Medien kritisch überprüft. Die Wirksamkeit und der Nutzen von *Detox-Produkten* sind wissenschaftlich nicht bewiesen.

Vorschlag 99

Als *hochgefährliche Umweltgifte* werden Blei, Aluminium, Quecksilber, Arsen, Kadmium, Schimmelpilzgifte, Dioxine, Radionuklide und Pestizide eingestuft. Am stärksten sind Schwellen- und Entwicklungsländer betroffen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass rund zwanzig Prozent (!) der Todesfälle in Entwicklungsländern auf die Einwirkungen von *Umweltgiften* zurückzuführen sind.

Vorschlag 100

Es ist ein gefährlicher Trend, den die WHO seit 2021 die „*stille Pandemie*“ nennt: Bakterien bilden schneller Resistenzen gegen bestehende Antibiotika, als neue Antibiotika auf den Markt kommen. Die Entwicklung ist schleichend, aber allumfassend. Sie bedroht das Gesundheitssystem, das ohne wirksame Antibiotika undenkbar ist. Die WHO fordert die Entwicklung neuer Antibiotika, für Pharmaunternehmen ist das in der Regel aber nicht lukrativ. In der Tierhaltung werden nach wie vor viele Antibiotika eingesetzt, oft als Prophylaxe. Über Mist und Gülle gelangen Rückstände und resistente Keime bis in das Grundwasser. Reserveantibiotika, die eigentlich schwerkranken Menschen vorbehalten sind, dürfen weiter in der Tiermast eingesetzt werden in der EU! Dass die sich verschärfende Antibiotika-Krise globale Lösungen benötigt, darüber sind sich Medizinerinnen und Mediziner einig. Die Covid-19-Pandemie und die Klimakatastrophe zeigen, dass die weltweite

Vernetzung von Regierungen und der Wissenschaft zentral ist, um einen dynamischen globalen Prozess einzudämmen.

Burgenländische Landesmythen – das Land der falschen Narrative!

Die Geschäftsführerin „Kultur-Betriebe Burgenland“, DI Barbara Weisseisen-Halwax“, schrieb in dem Gratisblatt „#wirsindkultur“, es gelte, 100 Jahre Burgenland bei Österreich „ausgiebig zu zelebrieren“, 2022 würde man dann mit „fulminanten Inszenierungen auftrumpfen“, „beeindruckende Programme mit großem Unterhaltungswert“ würden schon auf die „lieben Leserinnen und Leser“ warten. Als Medieninhaberin dieses Blattes steht im Impressum, was bezeichnend ist, eine „live relations PR und Networking GmbH“ aus Wien. PR und aus einem anderen Bundesland zugekaufter Marketing-Sprech befinden sich also im Mittelpunkt. Es steht da noch in diesem Blatt, dass „Liebeserklärungen an das jüngste Bundesland“ gefragt sind, verwiesen wird auf ein thematisch einschlägiges Buch aus dem Brandstätter-Verlag (verfasst von Christoph Langecker und Tanja Stacherl) – es gelte, „die Schönheit und Vielfalt einer außergewöhnlichen Kultur- und Genusslandschaft zu feiern“, in einem Land, „das die Vielfalt dank mehrerer Landessprachen und Volksgruppen über Jahrzehnte hinweg kultiviert hat“. Dass es im Burgenland auch sehr viele hässliche Stellen und Ecken gibt, fällt unter den Tisch, die Vielfalt, die hier dauernd beschworen wird, gibt es schon (noch) im Burgenland, aber nur mehr in Trümmern und traurig anmutenden Restbeständen. Das Landes-Propagandablatt „Burgenland kompakt“ schreibt auf die Titelseite der Ausgabe 6/2021 das banale Sätzchen: „Es gibt viele Gründe stolz zu sein“; es geht da nur um „Erfolgsgeschichten“ (S. 1), nur um das „Vorzeigebundesland schlechthin“, nur um die „soziale Modellregion“ etc, garniert mit einem Rezept für Lebkuchenauflauf. Sehr einseitig, nur voll des herab tiefenden Eigenlobs, das einem alten Sprichwort nach stinkt. Burgenlandweit werden ca. 110.000 Weihnachtsbäume pro Jahr produziert (S. 25). Der Weihnachtsbaum für den Wiener Christkindlmarkt kam 2021 aus dem Burgenland – eine schöne 30 Meter hohe und 130 Jahre alte Fichte musste daran glauben, die feierliche Eröffnung nahmen Michael Ludwig und Hans Peter Doskozil vor (S. 12) - wenn die Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf dazu sogar noch ein Artikelchen (S. 24) mit der Überschrift „Weihnachten nachhaltig feiern“ beisteuert, kann man da nur den Kopf schütteln über eine derartige Verkennung, was Nachhaltigkeit eigentlich

bedeutet und sein sollte. Der Schauspieler Michael Schottenberg tingelte im Frühjahr 2021 mit einer roten Vespa durch das Burgenland, schrieb darüber ein Buch und behauptete in einem Interview (S. 14 f) u. a. : „... und dieses Zusammenleben, auch die zweisprachigen Ortstafeln, die man sieht, sind nie ein politisches Thema gewesen“. Da irrt er aber gewaltig, diese Ortstafeln wurden von der Republik Österreich im Burgenland 45 Jahre zu spät nach dem Staatsvertrag von Wien des Jahres 1955, also erst im Jahr 2000, aufgestellt, für sie mussten Volksgruppenangehörige mühselig kämpfen und sie sich erkämpfen wie auch die ORF-Sendungen in kroatischer Sprache, die es überhaupt erst seit dem Jahr 1979 gibt. Auch im Burgenland wurden zweisprachige Ortstafeln schon Objekt von Hassattacken. In „*Unterkärnten*“ wurden erst 2021 in nächtlichen Aktionen die zweisprachigen Ortstafeln beschmiert und zerstört. Die Spur der Verwüstung zog sich von Buchbrunn über Eberndorf (Dobrla vas), Bleiburg bis nach Tutzach. Die Vandalen waren zwei junge Klagenfurter, beide FPÖ-Mitglieder, einer von ihnen kandidierte sogar für die Klagenfurter Stadtvertretung. Der rechtsnationalistische „*Kärntner Heimatdienst*“ (KHD) des Herrn Josef Feldner, welcher von Anbeginn an verboten gehört hätte und gegen die Kärntner Slowenen und ihre Rechte massiv auftrat, blieb Jahrzehnte lang vom Staat völlig unbehelligt.

Jedes Land hat bekanntlich *Licht- und Schattenseiten*: Die burgenländische Landespropaganda malt nur die *Lichtseiten* des Burgenlandes mit Steuergeld kräftig aus, die *Schattenseiten* werden nicht benannt, bei ihnen wird *Totschweigen* praktiziert.

Kritische Auseinandersetzung mit den drängenden Problemen unserer Welt, die bald an der Klimakatastrophe zugrunde gehen kann? Fehlanzeige! Flüge belasten Klima und Umwelt massiv. Um Start- und Landerechte beibehalten zu können, müssen laut EU-Recht gebuchte Slots eingehalten werden. Daher flogen Flugzeuge bei geringer Buchungslage in Coronazeiten teilweise ohne Passagiere quer durch Europa. Luftfahrt-Experten gehen von einem Zehntel der Lufthansa-Flüge aus, die ganz oder teilweise leer erfolgen. Auf eigenen Webseiten – etwa auf *app-tauen.at* – kann man Gletschern beim Sterben zusehen: Der *Hallstätter Gletscher* ist innerhalb von nur 15 Jahren um ganze 14 Prozent geschrumpft. Seit 1923 herrscht schon in der Seine ein Badeverbot, und in den 1960-er Jahren wurde der stark verschmutzte Fluss für ökologisch tot erklärt. Eine umfassende Sanierung würde eine Kostenbelastung von über einer Milliarde Euro auslösen.

Die „*Planetaren Grenzen*“ sind eines der am häufigsten zitierten wissenschaftlichen Konzepte. Ihre Kernaussagen sind zentral, um Probleme wie die Klimakrise, das Artensterben oder chemische Verschmutzung zu verstehen: **Die Erde lässt sich nur als ein Ganzes betrachten.** Ist auch nur eine der „*Planetaren Grenzen*“ überschritten, gefährdet das die Stabilität des gesamten Erdsystems. **Die Ideologie der propagandistisch betriebenen „Burgenlandnabelschau“ mit seinen zu „Idyllen“ erklärten bzw. verordneten Teilgebieten des Landes ist Provinzialismus pur.**

Landeshauptmann Doskozil ließ sich in einem Boulevardblatt am 1. Jänner 2021 mit dem Physiker bzw. „*Science Buster*“ *Werner Gruber* abbilden. Bekanntlich sind Atomkraftwerke (AKW) hochriskant, der radioaktive Müll ist und bleibt eine tickende Zeitbombe. Uran wird unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut, der Abbau ist ein einziges Öko-Desaster. Der Bau von AKWs ist nur mittels hoher öffentlicher Subventionen realisierbar – die dann für eine echte grüne Alternative fehlen. Die Kilowattstunde Strom aus einem AKW ist vier bis fünf Mal so teuer wie erneuerbare Energie aus ökologisch unbedenklichen Kraftwerken. Trotz aller Fakten haben viele Konservative und Rechte in Europa kein Problem mit der Nuklearenergie – ohne Atomkraftwerke gehe es nicht, betonte *Manfred Weber*, Chef der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament. *Werner Gruber* ist Burgenlands „*Forschungskordinator*“ - zehn Stunden pro Woche arbeitet er seit Mai 2021 für das Land Burgenland, neben seinem Hauptberuf als Leiter des Wiener Planetariums. Als deklariertes Sozialdemokrat tritt *Werner Gruber* regelmäßig in den Personalkomitees von SPÖ-Politikern auf. In einem KURIER-Interview vom 6. Jänner 2022 (S. 3) sagte er auf die Frage: *Also Atomkraft ist sicher, Sie legen sich fest?* wortwörtlich: *„Sicher ist gar nichts. Am Ende des Tages ist es eine Abwägung. Allein im Kohleabbau haben Sie irrsinnig viele gesundheitliche Schäden bei Menschen. Es passiert auch immer wieder, dass ein Staudamm bricht, da haben Sie auch zigtausend Tote.“* Derart schwammige Aussagen, die leicht Fehlinterpretationen zugänglich sind, sind so entbehrlich wie ein Kropf!

Gruber (51) schloss 1999 sein Physikstudium an der Universität Wien ab. Er leitet das Planetarium in Wien. Bekannt wurde er als Gründungsmitglied der „*Science Busters*“, die Wissenschaft erklären. 2016 gab er seinen Ausstieg bekannt. Geboren wurde er 1970 in Oberösterreich. Er hält Volkshochschulkurse über Alltagsphysik. Er muss erst Land und Leute im Burgenland kennenlernen und hat sich 25 Besuche bei burgenländischen Unternehmen für 2022 bereits vorgenommen (vgl. sein Interview im KURIER, 9. Jänner 2022). Es soll eine Studie erstellt werden, aus welchen

Gründen sich forschungsaffine Betriebe für oder gegen das Burgenland als Standort entscheiden. Die Expertise für eine derartige „Studie“ gibt es im Burgenland selbst!

Forscht man nicht anderswo an den gleichen Themen wie im Burgenland, nur besser und intensiver, auch mit viel mehr Geld? Die *Leibniz-Gemeinschaft* ist mit ihren bundesweit 96 Instituten eine der vier großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen Deutschlands. Sie eint unter ihrem Dach eine Vielfalt wissenschaftlicher Disziplinen. Über Fachgrenzen hinweg widmen sich die Forscherinnen und Forscher den großen Herausforderungen der Zeit, die sie in ihrer Komplexität aus allen Blickwinkeln beleuchten und durchdringen.

Frankreich besteht innerhalb der EU darauf, die Atomenergie als „grüne“ Energiequelle zu qualifizieren – eine Idee, die *abwegig* ist. Die Einstufung als „*nachhaltige Energiequelle*“ würde es dem Land und seiner Industrie ermöglichen, Investitionen etwa in neue Atomkraftwerke viel günstiger zu finanzieren. 56 Reaktoren produzieren heute an 18 Standorten zwei Drittel des französischen Strombedarfs – mehr Reaktoren gibt es bislang nur in den Vereinigten Staaten. Etwa 2600 Unternehmen zählen in Frankreich zur Atomindustrie, 220.000 Arbeitsplätze hängen nach Angaben der Regierung direkt oder indirekt von der Atomkraft ab. Damit ist die Nuklearindustrie die drittgrößte Branche des Landes. Wie sind in Frankreich die Nuklearanlagen entstanden? Viele Wochen lang lieferten sich etwa 1980 die Bewohnerinnen und Bewohner des Fischerortes *Plogoff* einen erbitterten Kampf mit der Staatsgewalt. Die Regierung schickte Militärhubschrauber und immer mehr Polizisten, um den Widerstand gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes zu brechen (DIE ZEIT, 22. Dezember 2021, S. 6).

Die in Paris ansässige Energieagentur berechnete, dass die Atomenergie viel teurer ist als moderne erneuerbare Energien. Für ein Kilogramm Natur-Uran muss eine Tonne Uranerz aus dem Boden geholt werden – derzeit vorwiegend in Kasachstan durch Schwefel- und Salpetersäure sowie andere chemische Lösungsmittel, die in den Boden gepumpt werden. „*Die Klimakrise mit Atommüll zu bekämpfen ist, als ob man den Welthunger mit Kaviar bekämpfen will – theoretisch möglich, aber extrem teuer, nicht nachhaltig und völlig schwachsinnig*“ (Dr. Reinhard UHRIG, Nuklear-Experte von GLOBAL 2000).

Die Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf war 1978, es folgte das österreichische Atomsperrgesetz 1984. Die Massenproteste gegen das bayrische AKW Wackersdorf führten zu drei Toten 1986, der Reaktorunfall Tschernobyl war auch am 26. April 1986.

Leider brauchte es für eine politische Kehrtwende in Deutschland erst die Katastrophe im japanischen Fukushima 2011. In 13 von 27 EU-Staaten sind noch immer Atomkraftwerke in Betrieb. Ungeachtet der Tatsache, dass es sich um eine Technologie handelt, die weder technische noch menschliche Fehler verzeiht.

Die Physikerin Angela Merkel hat nach der Katastrophe von Fukushima den Ausstieg vom Wiedereinstieg in die Atomenergie vollzogen, was richtig war. Die Atomtechnologie ist auch bei friedlicher Nutzung nicht beherrschbar. Naturgewalten, menschliche Fehler, technische Unzulänglichkeiten sowie die ungelöste Frage der Endlagerung radioaktiven Mülls bergen ein Risiko, das einzugehen wegen der immensen möglichen Schäden viel zu hoch ist. Frankreich hingegen plant aber, sein Atomprogramm auszuweiten. Die EU-Kommission befindet sich in einer Zwickmühle. Nun hat sie, im Sinne Frankreichs, die Atomkraft als nachhaltig eingestuft, was mit Subventionen verbunden sein wird.

Es decken weltweit von 33 Ländern, die Kernkraftwerke betreiben, 13 mehr als ein Viertel ihres Strombedarfs durch AKW. Mit rund 120 Reaktoren ist in der EU ein Viertel aller AKW weltweit in Betrieb, die meisten davon stehen in Frankreich. Das Stromaufkommen Gesamteuropas speist sich zu rund 25 Prozent aus Atomkraftwerken. Die EU hat sich nun entschieden, Atom- und Gaskraftwerke als angeblich „nachhaltig“ einzustufen und zum Gegenstand günstiger Finanzierung zu machen. Durch die Einbeziehung der Atomenergie in den „*Green Deal*“ wäre Österreich zur Mitfinanzierung verpflichtet – egal, wo die neuen AKW gebaut werden, ungeachtet der Tatsache, dass die Endlagerungsfrage völlig ungeklärt bleibt. Die *Europäische Volkspartei (EVP)* unterstützt die Pläne der Atomlobby.

„*Unberührte Natur*“ gibt es im Burgenland nirgendwo! *Bodenanalysen* haben gezeigt, dass Rückstände von Kunststoffen selbst im Waldboden (!) zu finden sind. Mineralölbasierter Kunststoff

ist weltweit der meistgenutzte Werkstoff. In den vergangenen 70 Jahren hat sich die globale Produktion von 1,5 Millionen Tonnen im Jahr 1950 auf 359 Millionen Tonnen im Jahr 2018 gesteigert. Aus zahlreichen Geräten, Fahrzeugen, Reifen, Kleidung, aber auch in der Bauwirtschaft ist Kunststoff nicht mehr wegzudenken. Der größte Einsatzbereich liegt jedoch im Verpackungssektor, wo Kunststoff in der Regel nach kurzer Verwendung rasch zu Abfall wird. In vielen Fällen enden die biologisch nicht abbaubaren Produkte als Müll in der Natur und führen an Land sowie in Gewässern zu Problemen. Mit der Zeit zu kleinsten Teilchen abgebaut, findet man das sogenannte Mikroplastik dann fast unsichtbar in den entlegensten Gebieten unserer Erde. Beim Zerfall der Plastikpartikel wird die Oberfläche exponentiell größer. Schwermetalle, wie Kupfer oder Cadmium, werden daran gebunden und reichern sich ebenfalls im Boden an. All dies landet über die Nahrungskette in tierischen Organismen und letztendlich im menschlichen Körper. Wir leben auf einem kontaminierten Planeten: Plastikstrudel, viermal so groß wie Deutschland, schwimmen in unseren Ozeanen. Alte Fischernetze, Plastikdeckel etc. töten Fische, Meeressäuger und Vögel. Rekordmengen an Pestiziden vernichten weltweit Insekten und Bodenlebewesen. Dünger belastet das Grundwasser. Im Kampf gegen die Pestizide ist Brasilien der Hauptbremser. Das Land mit seinen riesigen Soja- und Rinderfarmen verbraucht so viel Pestizide wie kein anderes. Die Ostsee ist schon längst voller winziger Plastikteilchen. Das *Leibniz-Institut für Ostseeforschung* in Warnemünde hat die Lage ganz genau untersucht – mithilfe von Strömungsmodellen fanden die Forscher/innen heraus, dass jährlich (!) rund 67 Billionen (!) Kunststoffpartikel aus urbanen Quellen in die Ostsee wandern.

Das Problem mit dem Begriff *Klimawandel* ist, dass er ein Kommen und gehen suggeriert und kein größer werdendes Problem. In Österreich ist die Lufttemperatur seit Beginn des 20. Jahrhunderts bereits um 1,8 Grad Celsius angestiegen. Steigende Treibhausgasemissionen führen zu einer Zurückhaltung der Wärme im „System Erde“. Tatsächlich erwarten wir einen weiteren Temperaturanstieg, der im Sommerhalbjahr zu längeren und intensiveren Hitzewellen, Dürreperioden und kleinräumigen Unwettern führen wird. Am Ende des Jahrhunderts müssen wir mit durchschnittlich 40 Hitzetagen pro Jahr im Tiefland rechnen. Schnee, Permafrost, Gletscher werden in allen Höhenlagen weiter abnehmen. Die Jahreszeiten bleiben uns erhalten, aber die steigenden Temperaturen führen zu einer immer längeren Vegetationsperiode und somit zu einer schleichenden Verschiebung der gewohnten Abläufe in der Natur.

Durch die globale Erwärmung breiten sich Moskitos in immer größeren Gebieten aus, auch ihre Anzahl steigt. Durch ihren Stich können sie tödliche Krankheiten wie Malaria und Dengue-Fieber übertragen. Schwangere Frauen sind davon mit einer höheren Wahrscheinlichkeit betroffen – eine Erklärung dafür ist, dass Schwangere nachts häufiger zur Toilette müssen und auf dem Weg von Moskitos gestochen werden.

Die „*Burgenländische Genuss- und Agrarmarketing*“ mit Sitz in Donnerskirchen stellt in ihren diversen Werbebroschüren das Burgenland tatsächlich und wortwörtlich als „*Paradies*“ dar. Wir leben in Zeiten der Klimakrise, der Übernutzung der Böden, der Versauerung der Meere, der Plastikflut, der Massentierhaltung und der Biodiversitätskrise, die für das große Artensterben steht. Zwischen 1866 und 1876 war der Neusiedler See schon einmal von Austrocknung betroffen. Es gibt sie nicht mehr – die „*Paradiese*“! Sollte der Schwerpunkt nicht darauf gelegt werden, *Genügsamkeit* zu wagen statt dauernd irgendwelche neuen *Genüsse* zu bewerben? In 7543 Kukmirn gibt es sogar eine Adresse namens „*Genussplatz*“ - was für eine Lächerlichkeit! Mit 79,5 Millionen Gästenächtigungen stürzte Österreichs Tourismus im Jahr 2021 auf das Niveau von 1970, so die Statistik Austria. Die Tourismus-Branche fiel österreichweit betrachtet also um 50 Jahre zurück. Mit „*Finanzspritzen*“ in Form ohnehin unzulänglicher Beträge allein lässt sich diese Misere nicht beseitigen.

Seit Jahren ist die Intelligenz rückläufig. Die ersten Intelligenztests wurden um 1900 in Frankreich entwickelt. Es hat sich das Konzept des „*Intelligenzquotienten*“ (IQ) etabliert. 68 Prozent der Bevölkerung befinden sich zwischen einem Wert von 85 und 115. Der sogenannte *Anti-Flynn-Effekt* besagt, dass die Durchschnittsintelligenz in vielen Teilen der Welt abnimmt. Zwischen 1909 und 2013 wurde die Weltbevölkerung intelligenter, der Durchschnitts-IQ stieg um 30 Punkte. Gesundere Ernährung, bessere Bildung etc. sind die plausibelsten Erklärungen für diesen Effekt, der nach dem Psychologen *James Flynn* benannt ist. Die meisten österreichischen Politikerinnen und Politiker sind in Sachen Intellektualität und Charisma letztklassig. Aus den letzten Jahren ist keine einzige einprägsame Rede erinnerlich, keine einzige große Idee, keine Vision.

Bei der Klimakrise sind längst Grenzwerte überschritten worden, die rasche und konsequente Veränderungen verlangen. Wir können unseren Wohlstand nicht länger durch die Verschmutzung unseres Planeten finanzieren. Stetiges Wachstum nach dem Leitbild „*immer mehr und immer*

schneller“ hat nicht nur ökologische, sondern auch soziale Folgen – der Leistungsdruck steigt, die Menschen werden immer unzufriedener. Wenn wir auch in der Zukunft gut leben wollen – und zwar innerhalb der Grenzen, die uns der Planet aufzeigt – brauchen wir eine sozial und ökologisch gerechtere Wirtschaft und Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und reiche Staaten weiterhin einen übergroßen Anteil an Rohstoffen sichern oder besonders viele Schadstoffe ausstoßen. Die Folgen spüren vor allem arme Länder, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen und besonders unter Dürren und Ernteaufschlägen leiden. Vielerorts arbeiten Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen, damit man sich im Westen T-Shirts, Fleischwaren oder Elektrogeräte möglichst billig kaufen kann. Die sozialen und ökologischen Kosten des Ressourcenverbrauchs sollten von den Verursachern getragen werden und nicht mehr so wie bisher auf die zukünftigen Generationen abgewälzt werden. Das heißt zum Beispiel, dass der „Umweltgebrauch“ richtig und gerecht bepreist werden muss. Durch die erzielten Einnahmen lassen sich positive Anreize für technologische Innovationen schaffen.

Vor 100 Jahren besaß jede Familie etwa 100 Dinge, heute sind es 10.000. Die Werbung singt mit jedem Produkt das Lied vom besseren Leben. 15 Paar Schuhe im Flur verstecken aber den Blick auf das Wesentliche. Und der überquellende Gelbe Sack macht ein schlechtes Gewissen. Viele sehnen sich nach weniger, wollen Klarheit in ihrem Leben. Wenn Kinder zu viele Spielsachen haben, wollen sie oft mit gar nichts mehr spielen. Von den diversen „*Genusstypen*“ hebt sich etwa die 1973 im Burgenland geborene Mezzosopranistin *Elisabeth Kulman* ab. 2014 sagte sie der Oper Ade, 2015 löste sie ihren Wiener Haushalt auf und verkaufte und verschenkte alles, was nicht in einen Koffer passte. Mit diesem Koffer reist sie seitdem um die Welt als eine Art moderner Nomadin, dorthin, wo es ihr am besten gefällt. Sie hat erkannt, dass das Festhalten an Dingen keine Sicherheit bietet (vgl. Interview mit ihr im Wochenblatt DIE ZEIT vom 22. Dezember 2021, S. 57).

Der Maler *Gerhard Richter*, fast 90 Jahre alt, gilt als der berühmteste Künstler der Gegenwart. Er sagte in einem Interview: *Politiker sind grundsätzlich ekelhaft: impotent und unfähig* (DIE ZEIT, 30. 12. 2021, S. 58). Die ehemalige Regierung von CDU und SPD hat in den letzten Tagen von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* (CDU) und Vizekanzler *Olaf Scholz* (SPD) Waffenexporte in der Rekordhöhe von 9,04 Milliarden Euro genehmigt. Die politischen Spitzen appellieren gerne an den *Gemeinsinn* und den *Zusammenhalt*. Solche Beschwörungen sind das sicherste Zeichen dafür, dass es um die Einigkeit in Wahrheit besonders schlecht steht. Was die politischen Akteure gut

können, ist sich gegenseitig dauernd die Schuld zuweisen. Dass Deutschland zuletzt Waffen und Rüstungsgüter in nie dagewesenem Umfang ausgeführt hat, stößt auf Kritik. Es wurden 2021 Rüstungsexportgenehmigungen über 9,042 Milliarden Euro erteilt und damit der bisherige Rekordwert aus dem Jahr 2019 übertroffen. Mehr als die Hälfte davon wurde erst in den letzten neun Tagen (!) vor dem Regierungswechsel genehmigt. „Begründet“ wurde dies damit, dass Deutschland eben politischen Einfluss in den Ländern des Nahen Ostens brauche und kein Interesse daran haben könne, dass sich diese Länder künftig in China oder Russland mit Waffen ausstatten.

Laut Koalitionsvertrag wird die neue deutsche Regierung auf die meisten schnell wirkenden Maßnahmen zur Einsparung von Kohlendioxid verzichten, wie Tempolimit, Verbot innerdeutscher Flüge. Man legt den Schwerpunkt nur auf die „Energiewende“. Im Jahr 2021 wurde der Kohlendioxid-Ausstoß sogar noch gesteigert. Der neue deutsche Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck gab in einem Interview zu: *„Wir werden unsere Ziele vermutlich auch für 2022 noch verfehlen, sogar für 2023 wird es schwer genug. Wir fangen mit einem drastischen Rückstand an. 80 Prozent des Stroms sollen bis 2030 aus erneuerbaren Energien kommen. Wir haben 30 Jahre gebraucht, um auf einen 42-prozentigen Anteil zu kommen. Jetzt haben wir gut acht Jahre Zeit, um das Doppelte hinzubekommen“* (DIE ZEIT, 30. 12. 2021). Deutschlands neue Außenministerin Annalena Baerbock ist eine Versagerin. Deutschlands neuer Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) sagte in einem Interview: *„Es darf keine Ramschpreise für Lebensmittel mehr geben, sie treiben Bauernhöfe in den Ruin, verhindern mehr Tierwohl, befördern das Artensterben und belasten das Klima. Das will ich ändern“*. Leistbar sollen Nahrungsmittel dennoch für alle bleiben. Robert Habecks Ministerium soll einen neuen Umbruch bewerkstelligen: die Transformation der deutschen Wirtschaft hin in eine klimaneutrale Zukunft.

Es bedürfte einer *Politik der vielen Verbote*. Feuerwerkskörper werden zu 97 % in China und Indien produziert, in Indien arbeiten Kinder! Jährlich verletzen sich etwa 200 Personen in Österreich bei Pyrotechnik-Unfällen so schwer, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen. Plastik-Christbäume mit elektronischer Beleuchtung können leicht in Flammen aufgehen, in Sekundenschnelle kann sich Feuer ausbreiten.

Aus Mexiko stammt der Weihnachtsstern, welcher dem Aztekenherrscher Montezuma besonders gefallen hat. Um 1815 ist in Wien der erste Christbaum dokumentiert. Prinz Albert, der Mann von

Königin Viktoria, der aus dem Fürstenhaus Sachsen-Coburg und Gotha stammte, machte den Christbaum in seiner angeheirateten Heimat populär. Von 1841 an wurde auf Schloss Windsor in jedem Dezember eine mit Kerzen und reicher Dekoration geschmückte Fichte aufgestellt. Erst seit den 1950-er Jahren wird Weihnachten mit großen Geschenken gefeiert. Die Hälfte Österreichs ist bewaldet, davon entfallen 65 Prozent auf Nadelbäume. Klassische Weihnachtsbäume sind bei uns Tannen oder Fichten. Ein Weihnachtsfest ohne Christbaum, Adventkranz oder Weihnachtsstern – für viele kaum denkbar. Doch woher kommen diese Bräuche, welche Geschichten und Symbole stecken dahinter? Es entwickelte sich im 16. Jahrhundert in vorrangig evangelischen Regionen ein Weihnachtsbaum und spätestens in den Jahren um 1800 in Österreich der bis heute beliebte Christbaum. Daneben fand der Adventkranz erst im 20. Jahrhundert als beliebtes grünes Ewigkeitssymbol den Weg in die Wohnzimmer Österreichs.

Rund 28 Millionen Weihnachtsbäume kaufen die Deutschen im Jahr, viele Tausend Hektar sind nötig, um sie großzuziehen. Diese Bäume kommen nicht vom Förster, wie viele Leute fälschlich meinen. Die Tannen wachsen in schnurgeraden Reihen auf großen Plantagen. Die „*Nordmantanne*“ stammt aus dem Kaukasus. Acht bis zwölf Jahre dauert es vom Sprössling bis zum Ansetzen der Kettensäge. In konventionellen Weihnachtsbaumkulturen wird ordentlich nachgeholfen – mit Mineraldünger für die dunkelgrüne Farbe und Wachstumshemmern, damit die Tannen gleichzeitig schön dicht bleiben. *Herbizide* wirken gegen Unkraut, *Insektizide* gegen Läuse, *Rodentizide* gegen Mäuse und *Fungizide* gegen Pilze – tödliches Gift für Bienen und diverse Wasserlebewesen. Diese Chemie sickert nicht nur in die Böden und zerstört die Artenvielfalt. Die Umweltorganisation 2020 wies bei rund zwei Dritteln der Weihnachtsbäume noch Rückstände der Wirkstoffe nach – unter anderem den hochumstrittenen Unkrautvernichter *Glyphosat*.

In unseren Tagen ist *virtue signalling* angesagt, das Ausstellen eigener Tugendhaftigkeit. Klimaschutzministerin *Leonore Gewessler* buchte im Jahr 2021 keinen einzigen Flug. Stattdessen war sie über 31.000 Kilometer mit dem Zug unterwegs und hat dabei 6.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart. Ihre weiteste Dienstreise ging rund 2.340 Kilometer zur Weltklimakonferenz nach Glasgow.

Der Verkehr gilt als drittgrößter Kohlendioxid-Emittent. Der erste elektrobetriebene Porsche ist bereits 2015 vorgestellt worden. Das mehrfach prämierte Auto ist heute binnen 20 Minuten

vollgeladen. Daimler wird ein selbstfahrendes Fahrzeuge auf den Markt bringen und als erster Hersteller ein Level-3-System zertifizieren.

In Österreich müssen noch immer Rinder ihr ganzes Leben an einer Kette fristen. Der Tag, an dem sie zum Schlachthof gebracht werden, ist der einzige, an dem sie einige Schritte tun können. Die Decken sind niedrig, die Tiere stehen eng aneinander. Oft werden sogar Kälber schon mit dem Tag der Geburt an Ketten gelegt. Seit 1. 1. 2005 ist die permanente Anbindehaltung verboten, aber es gibt Ausnahmeregelungen. Gesetze zur Verhinderung von Qualzucht bei Tieren sind zahnlos, es fehlt an genauen Definitionen, klaren Regelungen für Zuständigkeiten etc. Vollspaltenböden bei der Schweinehaltung – die „Schweineproduzenten“ halten die Tiere über deren Kot vegetierend eingesperrt, die Kastration darf weiter ohne Narkose gemacht werden. Österreich ist ein „*Land der Phrasen*“ - große Worte, aber sehr geringe Maßnahmen zur Leidminderung!

Geld vermehrt sich besonders gut, wenn vorher schon viel davon da ist. Wenn nicht so viel davon da ist, bringen es auch die besten Anlagetipps kaum auf Trab. Weil fünf Prozent von nichts eben immer noch nichts sind. Und bei den meisten Menschen ist nicht so viel da. Nach Berechnungen des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (DIW) in Berlin besitzt die untere Hälfte der Bevölkerung praktisch keine nennenswerten Vermögen, während den reichsten zehn Prozent mehr als zwei Drittel der privaten Besitztümer gehören.

Ein Unfall mit einem Lastwagen, bei dem 2021 in Mexiko 55 im Laderaum eingepferchte Menschen getötet worden sind, macht deutlich, wie massiv der Migrationsdruck an der Grenze zu den USA mittlerweile ist. Die Menschen verlassen ihre Dörfer nicht zum Vergnügen, sondern aus bitterster Not. Worauf soll man in der Migrationspolitik setzen? Auf Zwangsmaßnahmen?

Die Menschen bewegen sich heute täglich im digitalen Raum: liken, kommentieren, folgen, Push-Nachrichten. Daten von Usern und Userinnen haben einen großen wirtschaftlichen Wert, sie werden ausgespäht und ausgetrickst. Die Menschen unterschätzen regelmäßig die Verweildauer auf den Online-Plattformen und hinterlassen beim Surfen eine Unzahl digitaler Fußabdrücke. Seit der Erfindung der Smartphones haben sich auch die Menschen verändert, bei Jugendlichen ist das schon messbar – sie gehen anders und oberflächlicher mit Informationen um. Pop-Songs und Sätze werden immer kürzer, Fehlinformationen sind damit vorprogrammiert, zum Beispiel bei Shitstorms.

Sie entstehen oft, wenn nur die Headlines gelesen werden, nicht aber erklärende Texte. Ein Zoom-Meeting jagt das nächste, oft müssen E-Mails im Minutentakt beantwortet werden. Die Menschen werden im wahrsten Sinn des Wortes von Informationen überflutet, deren sie nicht mehr Herr werden. Mitgefühl sinkt. Wörterbücher und Landkarten sind Geschichte, verdrängt durch Übersetzungsapps und Navis. Das Internet gefährdet auch die Demokratie. Überall auf der Welt gibt es Firmen wie *Cambridge Analytics*, die Menschen gezielt digital beeinflussen. Sie versorgen sie mit Botschaften, die ihre Meinungen bestätigen. Damit wurde schon erfolgreich Politik gemacht – beim *Brexit*, bei der *Trump-Wahl* etc.

Deepfakes – technisch veränderte Videos, Fotos oder Texte – können äußerst gefährliche Folgen haben. Das Phänomen trat erstmals 2018 auf, als ein Nutzer einer US-Plattform auf die Idee kam, Bilder von Frauen aus dem Netz zu nehmen und mit KI-basierter Technologie für pornografische Videos zu missbrauchen. Einem Bericht der Firma *Deepttrace* zufolge waren im Jahr 2019 insgesamt 14.678 *Deepfake-Videos* online. Im Extremfall kann es sogar zu einer Destabilisierung des Staates kommen, wenn etwa bekannten Politikern Aussagen in den Mund gelegt werden, die sie nie getätigt haben. Die Desinformation kann eine neue Dimension annehmen, mit der vorher niemand gerechnet hat. *Artificial Personas* – mittels KI erschaffene künstliche Personen – können zur Spionage etc. eingesetzt werden.

Unregulierter digitaler Wandel gefährdet die Demokratie, denn die Dynamik des „*Überwachungskapitalismus*“ berührt alle wesentlichen Bausteine demokratischen Regierens: Individuen werden in ihrer Entscheidungsfreiheit zunehmend eingeschränkt, die Wirtschaft und die staatliche Verwaltung werden von Datensammeln und Künstlicher Intelligenz (KI) getrieben.

Das Burgenland wird klischeehaft als „*Armenhaus*“ Österreichs dargestellt, als es 1921 zum Anschluss an Österreich kam. Dazu der Auszug eines Artikels aus dem Magazin des Innenministeriums „*Öffentliche Sicherheit*“ vom März/April 2021, S. 87:

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts herrschte in Wien großer Wohnungsmangel und die Mieten wurden ständig erhöht. Sogar die Mieten für Klein- und Kleinstwohnungen waren für einfache Arbeiter kaum leistbar. Es gab daher eine hohe Zahl an Untermietern und „Bettgehern“.

In manchen Zimmer-Küche-Wohnungen mit Wasser und WC am Gang waren bis zu zehn Untermieter einquartiert.

Die politische Gewalt kam in der I. Republik fast ausschließlich von rechts und ganz rechts. Auch das lässt sich dem offiziellen Magazin des österreichischen Innenministeriums entnehmen vom März/April 2021 (vgl. S. 72 ff.) entnehmen. Bereits am 20. Mai 1925 wurde der Mödlinger Gemeinderat Leopold Müller von „*Hakenkreuzlern*“ erschlagen. Vor den gewalttätigen Ausschreitungen am 15. Juli 1927 in Wien mit 89 Toten, mehr als 600 Verletzten und dem Brand des Justizpalastes gab es schon sehr viele Fälle rechter Gewalt. Die Nationalsozialisten versuchten ab 1932 verstärkt mit Sprengstoffanschlägen und anderen illegalen Aktionen die österreichische Regierung zu destabilisieren. Es gab einen Tränengasanschlag im Kaufhaus „*Gerngroß*“ in der Mariahilfer Straße im Dezember 1932, ein Attentat auf den Sender am Bisamberg und einen Anschlag auf einen D-Zug am Semmering. Hofrat Dr. Richard Böhm, ein Polizeijurist aus Wien, der den Naziterror vor dem NS-Anschluss Österreichs bekämpfte und dem es gelang, im Februar 1938 die Mitgliederkarteikarten der illegalen österreichischen Nazis sicherzustellen (daraufhin konnten führende Nazis festgenommen werden, die in politische Verbrechen verwickelt waren, wurde am 13. März 1938 sofort von den Nazis verhaftet und am 1. April 1938 mit 149 weiteren „*Schutzhäftlingen*“ in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Da sich unter den Häftlingen bekannte Repräsentanten des Ständestaates, Sozialisten sowie jüdische Journalisten, Schriftsteller und Künstler befanden, prägten die Nazis den Begriff „*Prominententransport*“. Als KZ-Häftling komponierte Richard Böhm Lieder für Gesang und Klavier und vertonte die „*Dachauer Gesänge*“ nach Gedichten eines Mitgefangenen. Im Jänner 1945 wurde Böhm als „wehrunwürdiger Volkssturmmann ohne Charge“ in die Wehrmacht eingezogen und er musste an die Ostfront, um gegen die anrückende „*Rote Armee*“ zu kämpfen. Er kam in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Polizeijurist und Komponist Richard Böhm wurde in der neu gebildeten Zweiten Republik 1945 zum Sicherheitsdirektor im Burgenland ernannt. Diese Funktion hatte er bis zum 3. Februar 1946 inne. Danach leitete er das Kriegsverbrecherreferat im Bundesministerium für Inneres. Er starb 76-jährig am 12. November 1966 und wurde auf dem Wiener Zentralfriedhof bestattet.

Kriminalbeamte wie *Wilhelm Ackermann*, geboren 1898 in Salzburg, die beruflich mit der Bekämpfung illegaler Nazis befasst waren, wurden ermordet – *Ackermann* wurde am 6. Mai 1940 im Steinbruch des KZ Buchenwald erschossen, *Ludwig Bechinie-Lazan*, geboren 1879 in Wien,

Landesgendarmeriekommandant von Niederösterreich, wurde mit Giftgas getötet. War jemand kein Mitglied einer NSDAP-Organisation, durfte er an Universitäten keine Prüfungen ablegen, auf das heimliche Hören von „*Feindsendern*“ stand die Todesstrafe – *Dr. Karl Biack*, geboren im Jahr 1900, war von einem Nazi denunziert worden und wurde am 22. Juli 1944 vom Volksgerichtshof Salzburg zur Hinrichtung mit dem Fallbeil verurteilt.

Die *Eduard-Pichl-Hütte* wurde erst im Jahr 2002 umbenannt. Der Kletterer *Eduard Pichl* war ein fanatischer Antisemit und Freund *Georg von Schönerers*, des „*Ideengebers*“ von *Adolf Hitler*. *Eduard Pichl* wurde erst sehr spät durch Tilgung seines Namens dem Vergessen übergeben.

Das „*Anschlussdenkmal*“ in Oberschützen gilt als einzigartiges NS-Denkmal in Österreich. 1939 wurde der Bau in der Gemeinde eingeweiht, um den „*Anschluss*“ Österreichs an Hitlerdeutschland zu feiern. Dieses *Schand- und Schunddenkmal* wurde noch immer nicht beseitigt und steht frei im Burgenland herum – es gehört weg, nur einfach weg. Das Buch „*Darüber reden ...*“, erschienen 2019 in der *lex liszt 12 Edition* in Oberwart, einem inoffiziellen Landesverlag, soll die „*Geschichte dieses NS-Bauwerks aufarbeiten*“ - gut gemeint, aber im Grunde genommen entbehrlich: Wir brauchen kein „*Erklärungsbuch*“, noch dazu kofinanziert mit EU-Leader-Mitteln, zu einem Denkmal, das bestehen bleibt und bleiben soll, sondern wir brauchen dieses *Nazibauwerk* nicht! Es gehört weg!

Karl Lueger war Bürgermeister und Antisemit. Seit 1926 verunziert ein Denkmal, das sich dieser *Schundpolitiker*, zu dessen größten Bewunderern einst *Adolf Hitler* gehörte, nicht verdient hat, das Zentrum Wiens. Die vier Meter hohe Bronzestatue gehört weg – nur weg damit! Die Stadt Wien hat sich aber leider dafür entschieden, das historisch stark belastete Monument „*in einen zeitgemäßen Zusammenhang zu setzen*“ - bis 2023 errichtet die Stadt eine „*künstlerische Kontextualisierung*“. Wie genau die „*Neuinterpretation*“ ausschauen wird, wird in einem „*Wettbewerb*“ ermittelt. Dass keine Entfernung erfolgt, begründete Kulturstadträtin *Veronica Kaup-Hasler* so: „*Wir dürfen nicht alles, was uns an der Geschichte der Stadt – die auch eine schuldbeladene, eine leidvolle ist – stört, aus der Öffentlichkeit räumen.*“ Warum denn nicht? Das Lueger-Standbild wurde von dem Bildhauer *Josef Müllner* geschaffen, der später auch eifrig für die Nazis wirkte, und 1926 vom sozialdemokratischen Bürgermeister *Karl Seitz* enthüllt. Der Bronze-Lueger gehört dringend und raschest „*weggestaltet*“, wie es die Schriftstellerin *Marlene Streeruwitz* gefordert hatte. Im

Dezember 2021 war eine Studie des Berliner Antisemitismus-Beauftragten Samuel Salzborn erschienen, die 290 Straßen- und Platznamen in der Hauptstadt listete, bei denen sich antisemitische Bezüge feststellen ließen.

Finnland führte 1906 als erstes europäisches Land das Frauenstimmrecht ein. Norwegen folgte 1913, Dänemark und Island 1915, Schweden 1921 – ein Jahr nach Österreich (1920). Der *Internationale Frauentag* wurde im Jahr 1921 mit dem 8. März festgesetzt. Das Frauenbüro des Landes wurde im März 2001 gegründet. 2021 sind in diesem Frauenbüro vier Mitarbeiterinnen tätig.

Identitätspolitik wird immer wichtiger. *Mithu Sanyal* wurde 1971 in Düsseldorf geboren, wo sie auch heute noch lebt. Sie ist die Tochter einer polnischen Mutter und eines indischen Vaters. Ihr jüngstes Buch, ein Roman mit dem Titel *Identitti* (Hanser, 432 Seiten) wurde zum Bestseller. Die erste Auflage war in drei Tagen ausverkauft, 2021 hält man schon bei der zwölften Auflage. Der Roman stand auf der Shortlist des Deutschen Buchpreises.

Das Burgenland hat, wie so viele andere Regionen in der EU, keine *digitale Souveränität*. Gefüttert werden aus Steuergeldern Microsoft und andere Konzerne, obwohl es schon sehr viele Beispiele – europaweit! – gibt, was den Einsatz einer IT ohne proprietäre Produkte und unabhängig von großen ausländischen Softwarekonzernen anlangt. *Schwäbisch Hall* in Baden-Württemberg, eine Stadt von rund 41.000 Menschen, verwendet *Open Source* seit Langem erfolgreich in der Stadtverwaltung. In Frankreich nutzt die französische Polizeitruppe *Gendarmerie Nationale* (rund 100.000 Beamte) freie Software (*Ubuntu* von *Canonical*) und hat durch diese Umstellung schon Millionen von Euro eingespart; dass dadurch die „*Total Cost of Ownership*“ (TCO) markant gesenkt wurde, beweisen veröffentlichte Studien (vgl. LINUX Magazin 08/21).

Die Covid-19-Pandemie hat die Digitalisierung beschleunigt. Dies birgt Chancen in sich, bietet aber auch Cyber-Kriminellen neue Angriffsmöglichkeiten. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) hat im November 2020 eine Studie zum Thema „*Kriminalität der Zukunft – Herausforderungen, Chancen, Innovation*“ herausgebracht. In dieser Studie setzen sich die Autoren mit verschiedenen Technologiebereichen auseinander. Fünf Themenbereiche sollen hervorgehoben werden: Cyber-Sicherheit von Unternehmen, die 5G-Technologie, Cloud-Computing, Quantencomputer und

künstliche Intelligenz. Die Europäische Kommission stellte Mitte Dezember 2020 die *EU-Cyber-Sicherheitsstrategie* für das nächste Jahrzehnt vor.

Tag für Tag spitzt sich die existentiell gefährliche Klimakrise zu. Man braucht sich nur einen *Satellitenbildatlas* ansehen, um dieses Faktum deutlich zu erkennen. Vom All aus offenbart sich die Klimakrise aus einem besonderen Blickwinkel aus. Schon im Jahr 1999 veröffentlichte der Atmosphärenwissenschaftler *Michael E. Mann* eine der eindrucksvollsten Grafiken der menschengemachten Klimakrise. Sie zeigt, wie sich die Erdtemperatur der letzten 1000 Jahre auf der nördlichen Erdhalbkugel verändert hat. Rund 900 Jahre passierte fast nichts, erst in den letzten 100 Jahren stieg die Temperatur plötzlich rasant an. Diese Grafik wurde unter dem Begriff „*Hockeyschläger-Diagramm*“ berühmt, weil die jahrhundertelange stabile Gerade mit dem abrupten steilen Temperaturanstieg aussieht wie ein liegender Hockeyschläger. *Michael E. Mann* zählt heute zu den bekanntesten Klimaforschern der Welt. Er ist kein „*Untergangsprophet*“, der die Klimakrise so darstellt, als ob sie nicht mehr zu bewältigen wäre – dadurch würden Menschen nämlich total in den Fatalismus getrieben und untätig werden. Die Tigerinsel vor Angola – eine Tragödie! Durch die Klimakrise, vor allem durch den steigenden Meeresspiegel, hat die Insel nur noch ein Sechstel ihrer ursprünglichen Länge. Die Bibel sagt: Der Herr macht „fruchtbares Land zur salzigen Steppe, wegen der Bosheit seiner Bewohner“ (Ps 107, 33f.).

Atomenergie und fossiles Gas sollen künftig als *klimafreundlich* gelten. Das schlägt die EU-Kommission im Entwurf der sogenannten *Taxonomie-Verordnung* vor, den Ende 2021 vorgelegt hat.

Barbara Coudenhove-Kalergi, 1932 in Prag geboren, wuchs in einer böhmischen Adelsfamilie auf. Ihr Onkel *Richard Coudenhove-Kalergi* gründete in der Zwischenkriegszeit die *Paneuropa-Bewegung*. 1945 wurde die Familie aus Prag vertrieben. Seither lebt *Barbara Coudenhove-Kalergi* in Österreich. 1956 begann sie ihre journalistische Karriere.

Sie war 13 Jahre jung, als sie und ihre Familie im Mai 1945 vertrieben wurden. Sie flüchteten nach Österreich. Sie sagte im Interview (FALTER 1-2/22, S. 26):

Das Österreich der Nachkriegszeit war faktisch eine Wiederauflage des Ständestaates. Die Sozialisten und die Juden waren weg. Übrig geblieben sind jene Menschen, die zwischen 1934 und

1938 eine Rolle gespielt haben. Die „Presse“ war keine Parteizeitung, aber wenn meine Kollegen den Bundeskanzler Julius Raab interviewt haben, mussten sie vorab dem Pressereferenten eine Fragenliste schicken, und die Fragen, die nicht gepasst haben, wurden durchgestrichen.

Am 22. Juni 1936 wurde der Philosoph und Universitätsprofessor *Moritz Schlick* (1882 - 1936) im Gebäude der Universität Wien erschossen. Sein Mörder *Johann Nelböck* behauptete vor Gericht, Schlick habe eine „heimtückische jüdische Philosophie“ verbreitet. Obwohl der gebürtige Berliner Schlick über keinerlei jüdische Wurzeln verfügte, erhielt er eine vergleichsweise milde Strafe, 1938 setzten ihn die Nazis unverzüglich auf freien Fuß. Wie es *Joachim Riedl* treffend formulierte (vgl. DIE ZEIT, 30. 12. 2021, S. 23): **Der austrofaschistische Ständestaat lieferte sich mit den Hakenkreuzlern einen heftigen Konkurrenzkampf, wer den entschlosseren Antisemitismus vertritt.** Das christlich-soziale *Linzer Volksblatt* und die Wochenschrift des Ständestaates, *Schönere Zukunft*, attackierten nicht den Mörder, sondern beschimpften den Ermordeten noch als „Judenfreund“, der in einem „christlich-deutschen Staat“ wie Österreich nichts zu suchen gehabt habe mit seiner angeblich „jüdischen Denkart“.

Wie agiert Hans Peter Doskozil, wen stellt er wirklich dar? Stilisiert er sich gern zum Intellektuellen, zum einsamen Vordenker des Burgenlandes, zum genialen Kämpfer? Kennt er keine Prinzipien außer dem einen, alles zu nutzen, was ihm selbst zum Vorteil gereicht? Oder ist er wirklich sehr prinzipientreu? Er ist erst seit dem 28. Februar 2019 burgenländischer Landeshauptmann. Werfen wir zunächst einen Blick in die Presse. Was wird denn über ihn geschrieben?

Leider fehlt beim roten Hochamt in Krems aber wieder einer. Schilfbürger Hans Peter Doskozil entschied sich diesmal zwischen seinen Paraderollen als nach Wien hinaufkeifender Terrier oder gekränkter Unverstandener wieder einmal für Letztere und ließ aus der Ferne nur die erstaunlich sinnbefreite Forderung vom Stapel, die SPÖ müsse auch gegen Amtsinhaber Alexander Van der Bellen einen Bundespräsidentenskandidaten ins Rennen schicken. Ihn selbst aber nicht, die vorprogrammierte krachende Niederlage samt anschließender Beendigung der politischen Karriere soll natürlich lieber jemand anderer einstecken. Rendi-Wagner richtete ihm später über den ORF aus, er sei unsolidarisch (profil, 9. Jänner 2022, S. 74).

Hans Peter Doskozil hat sich mit seinen Alleingängen aus dem Rennen genommen (DIE ZEIT, 18. 11. 2021, S. 20).

Hans Peter Doskozil ist nicht Mitglied des SPÖ-Präsidiums. Er nahm nicht teil am wichtigen Neujahrstreffen seiner Partei mit der Begründung, Termine im Burgenland seien ihm wichtiger; im „*Kurier*“ vom 4. Jänner 2022 (S. 7) steht: *Doskozil* verweigert Signal der Einigkeit der Partei. Dieser richtete er – via „*Kronen-Zeitung*“ – aus, er sei für eine SPÖ-Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl, unabhängig davon, ob *Alexander Van der Bellen* noch einmal antritt oder nicht.

In der Werbung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung Abteilung 4 – Hauptreferat Naturschutz und Landschaftspflege – wird behauptet, das Burgenland sei ein „*ökologisches Musterland*“ (vgl. Ausschreibung des Burgenländischen Umweltpreises 2022). Natura 2000-Gebiete machen rund 28 % der Landesfläche des Burgenlands aus. Ziel der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 ist es, 30 % der Fläche der EU-Mitgliedstaaten unter Schutz zu stellen. Seit Österreichs EU-Beitritt im Jahr 1995 hat das Burgenland 15 Natura 2000-Gebiete ausgewiesen. Diese bedecken in Summe eine Fläche von rund 1. 116,5 Quadratkilometer, was knapp über 28 % der Landesfläche entspricht.

Viele ältere Menschen erinnern sich an die Zeiten, als es noch extensive Weidehaltung mit schwalbenfreundlichen Ställen sowie einen Dorfbach gab, an dem die Schwalben Lehm für ihren Nestbau sammeln konnten.

Das Projekt zum Ausbau des Seehafens Fertörakos in Ungarn bietet seit Jahren Anlass zur Sorge. Auch die ungarische Welterberegion will ihr einziges Seebad modernisieren. Fremdwasserzuleitung in den Neusiedler See? Es gab unterdurchschnittliche Wasserstände in den letzten Jahren. Die „*Klimaszenarien*“ für die Region Neusiedler See sind alles andere als erfreulich.

Das 100-Jahr-Jubiläum war ein Anlass, um mit Stolz auf das bisher Erreichte zurückzublicken.

Die Landespropaganda erwähnt nur, wo das Burgenland zu den „Spitzenreitern“ in Österreich gehört, wo es eine „Vorreiterrolle“ übernimmt. Das Burgenland als *Paradies*, als große *Idylle*. Ein Teil des Südburgenlandes wird bereits als „*Weinidylle*“ vermarktet.

In dieser „*Weinidylle*“ ist das Stück „*Rechnitz (Der Würgeengel)*“ der Nobelpreisträgerin Elfriede JELINEK angesiedelt. Es geht im Stück um die Schreckensnacht zum Palmsonntag 1945, als mehr als 180 jüdische Zwangsarbeiter erschossen wurden, während die lokale NS-Prominenz auf dem Schloss feierte. Bei einem Fest im Schloss von Margit von Batthyany knallten die Gräfin und ihre Gäste, lokale Nazi-Größen, diese armen Zwangsarbeiter ab und verscharrten sie. Nach dem II. Weltkrieg verzog sich die Gräfin unbehelligt in die Schweiz und züchtete dort erfolgreich Rennpferde.

Die Zeitschrift der Laienorganisation der Jesuiten in Österreich (GCL UNTERWEGS – Nr. 2/ Dezember 2021, S. 14) schrieb wortwörtlich:

Flüchtlinge, welche über die Türkei oder Bosnien kommen, werden immer öfter widerrechtlich und gewaltsam daran gehindert, EU-Boden zu betreten (Push backs). An der französischen Nordküste rund um Calais gehen offiziell Exekutivbeamte gegen die dort lagernden Flüchtlinge vor, indem sie ihre Zelte aufschneiden, Hunde loslassen und Freiwillige aus der Bevölkerung bei Strafe daran hindern, sie mit Lebensmitteln, warmer Kleidung und einfachen medizinischen Mitteln zu versorgen. In Österreich lügt die Bundesregierung die Menschen an, „Hilfe vor Ort“ zu leisten und deshalb keine Zeichen der Menschlichkeit zu setzen durch die Aufnahme einiger hundert Flüchtlinge aus Griechenland (viele davon bereits mit Asylstatus!) oder Afghanistan (viele davon gebildete Frauen!).

Wie kann man die burgenländische Landespolitik unter Doskozil (51 Jahre alt) am besten beschreiben, welche Charakteristika weist sie auf? Wie er dem Gratisblatt „*heute*“ in einem Interview vom 21. 12. 2021 (S. 6) mitteilte, will er seine Verlobte, die Deutsche Julia (38), im September 2022 heiraten und dann im Weingut Scheiblhofer in Andau eine Feier in kleinem Rahmen abhalten. Er hat bereits zwei Kinder aus erster Ehe.

Neuer Provinzialismus

Es geht nur mehr um angebliche „*pannonische Erfolgsgeschichten*“. Den Gipfel des Unsinns stellt das ausgesprochen dümmlische Motto „*Bordeaux war gestern, Burgenland ist heute!*“ dar, wie es von der Kronen-Zeitung bereitwillig transportiert wird (vgl. etwa am 9. Jänner 2022, S. 22). „*Denn auf der ganzen Welt ist kein so gutes Preis-Leistungs-Verhältnis zu finden wie bei unseren Weinen*“, sagte Weintourismus-Obmann *Herbert Oschep*. Echte Weinexperten lachen über derartige verfehlte Aussagen dieses zugewanderten Bürokraten im Landesdienst. Was „*international Beachtung finden wird*“, das wird sicher nicht von irgendwelchen selbsternannten burgenländischen „*Top-Winzern*“ entschieden und schon gar nicht von Herrn *Oschep*. Bei internationalen Weinauktionen, welche als Maßstab dienen, sind von 10 versteigerten Weinen 9 Bordeaux-Weine.

Didi (Dietmar) Tunkel meint in einem Interview in der Kronen-Zeitung vom 16. Jänner 2022 (S. 25), man müsse nur „*alles perfekt vermarkten*“, das Interview verunzieren ein Mann und eine Frau auf einem Foto, die auf ihrer Stirn ein zur Hälfte gefülltes Rotweinglas balancieren. Das Foto soll für „*Weintourismus mit Köpfchen*“ stehen, das 2022 „*verstärkt angesagt*“ ist.

Der neue Provinzialismus ist keine Spezialität des Burgenlandes. Es gab 2021 auch Appelle, beim Weihnachtseinkauf den Wiener Geschäften „*treu zu bleiben*“, denn in Wien kaufen „*stärke die Grätzln*“. Es gelte, „*regional einzukaufen*“. Das stärke die heimische Wirtschaft, sichere Jobs, Sorge für eine gute Infrastruktur und lebendige kleine lokale Räume. Denn was wäre zum Beispiel eine Stadt ohne Buchhandlungen? Also statt beim internationalen Online-Versand zu bestellen, lieber zum Buchladen ums Eck gehen. Sich von Ikea abwenden und bei einer kleinen Tischlerei in der Nähe bestellen. Schnell liefern ist ein Kriterium. Wie die Volkswirtschaftslehre aus der Geschichte außenwirtschaftlicher Erfahrungen weiß, nutzen derartige patriotische Appelle nur sehr wenig und verpuffen rasch.

Das Burgenland hat weder eine klare noch eine kluge *Identitätspolitik*: Im Raum „*Identitäten finden*“ beschäftigt sich die Jubiläumsausstellung auf Burg Schlaining mit allen angeblich „*identitätsstiftenden Elementen*“ wie etwa Hymne, Fahne, Wappen, Trachten und dem Landespatron. Dazu gibt es – was für eine Innovation! – eine „*multimediale Selfie-Station*“, aus der man sich ein individuelles Porträt im Stil des lange verblichenen Malers *Giuseppe Arcimboldo*

„generieren“ kann. Kaum einer kennt den Text dieser Landeshymne, kaum einer besitzt die Landesfahne oder hängt sie privat aus an Feiertagen, auf das Tragen von Trachten wird nicht sonderlich viel Wert gelegt, der Landespatron (ein Asket, der seinen Mönchen das Trinken von Wein komplett verbot!) wird in falschen Zusammenhängen dargestellt. Im Jahr 1565 erfolgte die Gründung der *Spanischen Hofreitschule*, die *Lipizzaner* sind „perfekt“ für die touristische Vermarktung. Es gibt eine Studie des Historikers *Ernst Bruckmüller* aus dem Jahr 2019 zum Thema „*Österreichs Identität*“. Die Bevölkerung verortet Schnitzel (aus Mailand stammend!), Mozartkugeln etc. als wichtigste Symbole der Nation, die *Lipizzaner* kommen erst an 28. Stelle dieser Studie nach Wein und Edelweiß. Die Religion taugt auch immer weniger für die *Identitätspolitik* – die *Shell-Jugendstudie* aus dem Jahr 2015 diagnostizierte, dass nur rund neun Prozent der jungen Katholiken beten. Kirchliche Organisationen werden als eher langweilig und inhaltsleer wahrgenommen. Absurd ist es, von einem „*burgenländischen Wesen*“ oder einer angeblich „*burgenländischen Lebensart*“ zu schwadronieren – jede Bevölkerung hat ihre *Untiefen*, die man meist verschweigt. Jedem Burgenländer und jeder Burgenländerin sollte eine Kopie des legendären Vortrags von *Robert Musil* in Wien (März 1937) „*Über die Dummheit*“ ausgefolgt werden. Diesen Vortrag hielt er für den „*Österreichischen Werkbund*“, als seine Bücher auf dem Berliner Bebelplatz schon verbrannt worden waren.

Innovationsstandort?

Die burgenländischen „*Technologiezentren*“ sind voll mit Organisationen und Einrichtungen, die mit Technik nicht das Geringste zu tun haben. Die Zukunft wird bestimmt werden von Unternehmen, die 3D-Gebäudedruck-Spezialisten sind, smarte Monitoring- und Steuersysteme anbieten, die etwa über einen *Raspberry Pi-Minirechner* gesteuert werden, der auf Linux basiert. Amazon bietet Produkte an wie den günstigen Haushaltsroboter *Astro*, den smarten Bilderrahmen *Echo Show 15*, der in den Mittelpunkt des Smarthomes rückt. Die Auslandsabhängigkeit wird in Österreich bald eine totale. *MediaMarkt* ist seit 1990 in Österreich vertreten. Gegründet wurde das Unternehmen vom Deutschen *Walter Gunz*. Der Marktführer am heimischen Consumer Electronics Markt beschäftigt rund 2900 Arbeitskräfte an über 50 Standorten in Österreich und ist darüber hinaus online rund um die Uhr verfügbar - „*Multichannel-Konzept*“ nennt sich das. *MediaMarkt* durfte in Österreich problemlos mit Saturn fusionieren – ein Monopol nennt man so etwas.

Keine soziale Gerechtigkeit

Die 100 reichsten Austro-Familien profitierten saftig von der Pandemie – sie sind um rund 25 Milliarden Euro (noch) reicher geworden, dies nach Berechnungen von *Attac*. Das Vermögen der Milliardäre ist besonders stark gewachsen. Tesla-Chef *Elon Musk* hat ein geschätztes Vermögen von 304 Milliarden US-Dollar und ist damit mit Abstand der reichste Mann der Welt. Immerhin ist er im Vergleich zu Österreichs Reichen wenigstens innovativ. 2021 liefen mehr als 936.000 Elektroautos vom Produktionsband. Die österreichische Bevölkerung zahlt sich über ihre Steuern, die in Boulevardmedien versenkt werden, die eigene Verdummung selbst für Artikel wie „So feierten unsere Promis Weihnachten“, wo sie dann dauernd Leute wie Richard Lugner betrachten kann.

Die reichsten zehn Prozent der Österreicher/innen verursachen rund doppelt so viele klimaschädliche Emissionen wie österreichische Durchschnittsverdiener. Klafft das Einkommen weiter auseinander, wird die Ungleichheit noch größer: Die reichsten zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung verursachen mehr als viermal so viel Treibhausgase wie die ärmsten zehn Prozent (Greenpeace, 2020). Gleichzeitig sind Menschen mit geringem Einkommen von den Auswirkungen der Klimakrise (Hitze, steigende Lebensmittelpreise etc.) stärker betroffen. Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Klimaschutzmaßnahmen müssen vor allem den unökologischen Lebensstil reicherer Bevölkerungsgruppen regulieren, während ärmere Bevölkerungsschichten dabei unterstützt werden müssen, sich eine ökologische Lebensweise leisten zu können. Die Klimakrise trifft Armutsbetroffene am härtesten.

Die städtischen Hitzespots liegen in Österreich überwiegend in jenen Vierteln, in denen Menschen mit geringem Einkommen leben. Im Jahr 2018 lag der Wert der frühzeitigen Todesfälle in Folge von Hitze bei über 700 und überstieg damit sogar die Zahl der Verkehrstoten im selben Jahr.

Die neue Ampelkoalition in Berlin erwähnt Vermögens- und Erbschaftssteuern in ihrem Koalitionsvertrag übrigens mit keinem Wort. Mit solchen Steuern kann man messbare positive Wirkungen erzielen.

Keine solide Außenpolitik erkennbar

Nach Wien hatte der *Gaddafi-Clan* seinerzeit beste Verbindungen: Der Senior war zu Besuch bei *Bruno Kreisky*, der Junior *Saif al-Islam* war mit *Jörg Haider* am Opernball. Die österreichische Außenpolitik ist – aus heutiger Sicht betrachtet – nicht so gut wie ihr seinerzeitiger Ruf. Zwei Tage lang dauerte eine Online-Konferenz in Wien zum Thema „*autonome Waffen*“ wie etwa „*Killerroboter*“. Außenminister Alexander Schallenberg sagte in einem Interview dazu: „*Mit dieser Konferenz zu autonomen Waffensystemen zeigen wir einmal mehr, dass Österreich an der Speerspitze internationaler Bemühungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle steht*“ - in anderen, mächtigeren Staaten, die weder Abrüstung noch Rüstungskontrolle wollen, werden derartige „*Speerspitze*“-Äußerungen belächelt. 19 österreichischen Mandataren stehen 686 Mandatare aus anderen Staaten im EU-Parlament gegenüber. Österreich hält ganze 2,6 Prozent der Mandate. Da sich die Europäische Kommission auf Atomenergie als angeblich „*nachhaltige, grüne Energie*“ festgelegt hat, und anzunehmen ist, dass der Großteil der EU-Abgeordneten „*pro Nuklearkraft*“ stimmen wird, ist abzuwarten, ob die österreichische Bundesregierung wegen der *Einstimmigkeit* im EU-Rat effizient gegen AKWs auftreten wird oder Österreich sogar AKWs in anderen europäischen Ländern mitfinanzieren wird (müssen).

Bereits seit dem Jahr 2013 ist *Venezuela* kontinuierlich ins Chaos gedriftet. Die Wirtschaft ist dramatisch geschrumpft, der Bolivar als heimische Währung durch die Hyperinflation praktisch wertlos. Das Gesundheitssystem ist ebenso zusammengebrochen wie die öffentliche Ordnung. Die Folge sind sich ausbreitende Krankheiten und Bandenkriminalität. Der Großteil der Bevölkerung muss bereits seit langem tagtäglich aufs Neue um das Überleben kämpfen.

Bereits 2020 haben das *Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)* und die *Internationale Organisation für Migration (IOM)* prognostiziert, dass die Zahl geflüchteter Venezolaner/innen bis Ende 2021 auf insgesamt 8,13 Millionen gestiegen sein wird. Länder in Lateinamerika und in der Karibik nehmen 80 Prozent der Flüchtlinge aus Venezuela auf. Wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie, des Verlustes der Lebensgrundlage und der zunehmenden Armut sind viele venezolanische Flüchtlinge auf Soforthilfe angewiesen.

Die NATO ist in der afrikanischen Sahel-Zone mit ihrem „*War on Terror*“ bereits gescheitert, der dort seit 2013 unter französischem Kommando geführt wird. Weite Teile des Staatsgebietes von Mali, Burkina Faso und Niger werden von Islamisten kontrolliert. Einheimische Truppen erleiden trotz der Ausbildungshilfen hohe Verluste und werden von korrupten Regierungen verheizt. In Mali ist schon jetzt ein Drittel der Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

2013 hatte die damalige Regierung von Mali die ehemalige Kolonialmacht Frankreich um militärische Hilfe gegen bewaffnete Islamisten gebeten. Frankreichs Militär stoppte deren Vormarsch vom Norden des Landes Richtung Hauptstadt Bamako. In den fünf Sahel-Ländern Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad gibt es heute keine Sicherheit mehr für die Zivilbevölkerung. Im August 2020 stürzten Offiziere in Bamako die Regierung. Anfang 2022 verwies die Militärjunta von Mali den französischen Botschafter des Landes und demütigte dadurch den französischen Staatspräsidenten *Emmanuel Macron*. Es ist von einem baldigen Kollaps von UN- und EU-Missionen auszugehen, ein zweites Afghanistan droht. Seit dem Jahr 2015 sind in Brüsseler EU-Büros über ein Dutzend „*Sahel-Strategien*“ formuliert worden – die EU ist kläglich gescheitert, ebenso wie die französisch dominierte Anti-Terror-Strategie. Mit gezielten Militärschlägen allein gegen einzelne Führer dschihadistischer Gruppen lassen sich die grundlegenden Probleme einer weitgehendst armen Bevölkerung nicht lösen.

Wenn sich Kernstrukturen von Staaten auflösen und man auf den Rat von Militärs hört, erntet man nur Debakel – siehe Irak, Syrien, Libyen, Sahelzone, Afghanistan – und Millionen von Flüchtlingen aus diesen zerfallenen staatlichen Gebilden.

Peking kontrolliert bereits den griechischen Hafen Piräus. Der Containerhafen in Piräus ist der viertgrößte in Europa. Chinas Schifffahrtskonzern *Cosco* hat seine Kontrolle gefestigt und hält nun 67 Prozent der Anteile. Obwohl die chinesische Übernahme bereits 2006 begann, war die Finanzkrise der Hauptgrund für *Coscos* Zweidrittelmehrheit an einem strategischen EU-Vermögenswert. Die EU drängte Griechenland 2012, die Mehrheit seiner Anteile zu verkaufen, um das internationale Rettungspaket in Höhe von 300 Milliarden Euro zurückzuzahlen, und im Fall von Piräus gab es keine anderen Bieter als die Chinesen. *Cosco* hat seit 2008 1,2 Milliarden Euro in Piräus investiert und die Kapazität des Hafens verfünffacht.

China mit seinen 1,4 Milliarden Einwohnern ist für viele deutsche Firmen heute ein Absatzmarkt, ohne den ihre Umsätze versiegen würden und Hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland bedroht wären. VW etwa verkauft fast jedes zweite Auto in der Volksrepublik. Anfang 2018 postete Daimler auf Instagram ein Foto und ein Zitat des Dalai Lama. Peking protestierte, und die Daimler-Führung löschte sofort den Eintrag und bat um Verzeihung dafür, „*die Gefühle des chinesischen Volkes zutiefst verletzt zu haben*“. Als Australien 2020 eine internationale Untersuchung der Ursprünge des Covid-19-Virus verlangte, antwortete China mit drastischen Strafzöllen und Einfuhrstopps für australische Exportgüter wie Wein, Gerste, Rindfleisch und Stahl.

Die Olympischen Winterspiele in China fanden zu 100 Prozent auf Kunstschnee statt. Zweieinhalb Milliarden Liter Wasser waren dafür notwendig, der Energieaufwand dafür war gigantisch. Das waren die unnachhaltigsten Winterspiele aller Zeiten. Braun, grau, trist – so sieht es neben den Pisten aus. Die österreichische Firma *Techno-Alpin* brachte den Schnee in eine der niederschlagsärmsten Regionen der Welt, rund 400 Schneekanonen wurden geliefert.

Julian Assange ist der prominenteste politische Gefangene der westlichen Welt. Die USA beschuldigen den Gründer der Enthüllungsplattform *Wikileaks* der Spionage. Durch die Veröffentlichung vertraulicher E-Mails aus US-Botschaften („*Cablegate*“) informierte er über ein US-Kriegsverbrechen im Irak, bei dem Helikopterpiloten in Bagdad Passanten töteten und sich dabei auch noch amüsierten. Das Video mit dem Titel „*Collateral Murder*“ widerlegte die Lüge, dass die USA zivile Opfer vermeiden. Die verantwortlichen US-Soldaten wurden nie belangt. *Julian Assange* war als australischer Staatsbürger zu keiner Geheimhaltung verpflichtet.

Als am 4. Oktober 1957 der erste künstliche Erdsatellit von sowjetischem Boden in den Weltraum geschossen wurde, löste das in den Vereinigten Staaten den berühmten „*Sputnik-Schock*“ aus: Man wusste nun, dass der Systemgegner über Langstreckenraketen verfügte, mit denen er nicht nur Satelliten, sondern auch Atombomben überallhin schießen konnte. Der 22. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Ende Oktober 1961 stand im Zeichen der Weltraumflüge von *Gagarin* und *German Titow*. Im März 1965 unternahm *Alexei Leonow* den ersten Weltraumspaziergang.

Falsches Burgenland-Bild

„Denn das Wesen der Menschen im kleinen Bundesland mit den vielen Nachbarn – Slowakei, Ungarn, Slowenien, Niederösterreich und der Steiermark ist nicht zuletzt ob dessen Grenzlage seit jeher von Offenheit und Toleranz geprägt. Diese positive Durchlässigkeit mag auf die bewegte Geschichte zurückzuführen sein“ (#euneudenken, S. 51). Man kann nur den Kopf schütteln, wenn man diesen Unsinn liest. Noch nie etwas von Rechnitz gehört? Partygäste der Gräfin *Margit Batthyany* erschossen dort an zwei Tagen 180 ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter. 16 weitere schaufelten erst das Massengrab für die Toten, dann wurden sie ebenfalls getötet. *Elfriede Jelineks* Stück „*Rechnitz (Der Würgeengel)*“, 2008 uraufgeführt, thematisiert das Verbrechen. Das Massengrab konnte man bis heute (!) nicht finden – das soll „positive Durchlässigkeit“ sein? *Nirgendwo sonst* wurde die jüdische Bevölkerung so verhöhnt, gehetzt und drangsaliert wie in Österreich von der deutschsprachigen Mehrheit! „*Reibepartien*“ sah man über Wochen nur in Österreich!

Ideenplattformen

Die Plattform *Open Innovation Salzburg* entstand 2019 als Kooperation mehrerer Akteure. Das Projekt dient als digitale Ideenplattform für Impulse aus der Region und bringt die Beteiligten miteinander ins Gespräch. Es wurden Ideenwettbewerbe ausgelobt, es gab auch *Prämien* für die besten Ideen. Es gibt „*Ideenwerkstätten*“ in Städten und Bezirken.

An der Universität Oxford gibt es ein *Future of Humanity Institute*, das sich mit den großen Fragen der Menschheit beschäftigt. Es gehört ein Politikwechsel her, stark orientiert an Evidenz und Effizienz.

Jedes Land hat sein Statistikamt, das alles vermisst, was vermessen werden kann. Beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden laufen die Daten für ganz Deutschland zusammen.

Politik der Verbote

Das derzeit sinnvollste Verbot ist das **Plastikverbot**: Ab 1. 12. 2022 dürfen in Frankreich viele Obst- und Gemüsesorten nicht mehr in Plastik verpackt werden. Ausnahmen sind nur bis 2026 vorgesehen, dann darf überhaupt kein Obst und Gemüse in Plastikverpackung mehr verkauft werden. GLOBAL 2000 erkämpfte das Verbot für Gift in Babyschnullern, es entschied der Europäische Gerichtshof. Politiker/innen drücken sich vor Verboten und schieben unpopuläre Maßnahmen auf die Gerichte ab. In den letzten 50 Jahren hat sich die Menge an Elektroschrott weltweit vervierfacht. Die Produkte haben oft einen vorzeitigen Geräteverschleiß integriert, die Zahl der Wegwerfgeräte ist dramatisch gestiegen.

Die Politiker schielen auf Wahlen. Die ÖVP wird besonders häufig von den Pensionisten gewählt, die Wählerschaft der Grünen ist vergleichsweise sehr jung. Ebenso ist das Durchschnittsalter in Städten geringer als auf dem Land.

61 Kilogramm Fleisch pro Kopf isst jeder Österreicher pro Jahr. Dahinter stehen meist unzählige lange Tiertransporte, die auch für unseren Planeten unglaublich belastend sind. Beim Verladen verletzen sich die Tiere oft an den steilen Rampen, in Transporten leiden sie unter Hitze oder Kälte.

Wie geht es weiter im Burgenland? Versuche, einige Prognosen zu stellen

Die Sozialdemokratie hat in ganz Europa eine stolze Tradition vorzuweisen, von der Gründung des „*Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins*“ durch *Ferdinand Lassalle* im Jahr 1863 beginnend. Von dieser Tradition ist immer weniger übrig. Es geht nur mehr, so sehen es wohl die meisten Menschen, um das *Abcasha*n und darum, *Macht* lang genug festzuhalten. Politiker wie *Bruno Kreisky* werden im Nachhinein verklärt – das ist derjenige Bundeskanzler, der SS-Leute in die Regierung aufnahm und mit der FPÖ gemeinsame Sache machte. Die Sozialdemokratie hatte einst Intellektuelle vom Schlag der beiden Nobelpreisträger *Heinrich Böll* und *Günter Grass* vorzuweisen, die einst für die SPD warben. *Böll* sah man bei Sitzblockaden gegen die Aufrüstung, *Grass* verließ die SPD im Streit über die Asylpolitik. Der erste praktische Versuch, die Arbeiterbewegung zu internationalisieren, fand mit der Gründung der „*Internationalen Arbeiterassoziation*“ statt, die als „*Erste Internationale*“ bekannt wurde. Sie wurde 1864 auf

Initiative von *Karl Marx* gegründet. Die Ideologie der heutigen Sozialdemokratie ist die angebliche Nicht-Ideologie des pragmatischen Opportunismus. Die SPÖ erodiert von innen. 2021 verließen die Delegierten so vorzeitig den SPÖ-Parteitag, dass diesem die Beschlussfähigkeit abhanden kam. Die SPÖ muss sich nicht nur fragen, für wen sie eigentlich Politik macht. Sondern auch, wer eigentlich in ihrem Namen Politik macht.

Aldi eröffnete 2021 in London seinen ersten Supermarkt ganz ohne Kassen: Sensoren in den Regalböden sowie eine Kamertechnik erfassen die Einkäufe von Kunden autonom und ermöglichen die Zuordnung. Das Ein- und Auschecken erfolgt über den QR-Code einer App für das Smartphone. Über die App wird auch bezahlt. Eine Technologie zur Schätzung des Gesichtsalters überprüft, ob Kunden, die Alkohol kaufen wollen, das Mindestalter dafür aufweisen.

Es gibt einen dramatischen Lehrermangel. Nach dem „*Österreichischen Arbeitsklima-Index*“, erstellt im Auftrag der AK Oberösterreich, möchte ein Viertel der Lehrkräfte in naher Zukunft den Job wechseln. Das Unterrichten wird seit Jahren mit Bürokratie zugekübelt, die Lehrer/innen erfahren stetig steigenden Druck bei stetig sinkender Wertschätzung.

Die *Spektakelkultur*, derzeit schon total bestimmend, wird in Zukunft *alles beherrschend*. In St. Margarethen wird 2022 Giuseppe Verdis Oper „*Nabucco*“ auf dem Spielplan, wie der Nachfolger des Vaters *Daniel Serafin* als Intendant im Wiener Museumsquartier verkündete.

Das politische Vokabular wird noch dürftiger als es ohnehin schon ist. Es besteht aus wenigen Worten wie „*Zusammenhalt*“, „*Genuss*“ etc. in kurzen Kombinationen wie etwa „*Zusammenhalt ist wichtiger denn je*“. Die Sprache sagt viel aus. Sie verändert sich ständig. Vor der Pandemie gehörten heute alltägliche Begriffe wie Antikörpertest und Reproduktionszahl wohl nur zum Fachvokabular von Virologen. Die Sprache der Politiker(innen) ist reich nur mehr an Floskeln. 2021 wurden *Fotorahmentafeln* im ganzen Burgenland aufgestellt mit dem Motto „*100 Jahre – 100 Bilder*“.

Es gibt in Österreich nur mehr ganz wenige Personen – es ist hier der 1951 geborene Karikaturist *Gerhard Haderer* zu nennen, welcher der Politik den Spiegel vorhält, schonungslos Engstirnigkeit, Herzlosigkeit und besonders die Feigheit der Angepassten entlarvt.

Europaweit unterscheidet sich die Impfbereitschaft stark. Besonders hoch ist sie in Malta, Dänemark und Spanien (mit über 95 Prozent Geimpften), am geringsten in Rumänien (28 Prozent) und Bulgarien (21 Prozent). Wichtigster Faktor ist offenbar die wirtschaftliche Situation der Betroffenen.

2014 machten nur 42,61 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Recht Gebrauch, die Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen, 2019 waren es 50,66 Prozent.

Die Menschheit schlittert mit Volldampf in eine Katastrophe. Angesagt dagegen wäre eigentlich ziviles Ungehorsam, Kampf für die Klimagerechtigkeit mit ungleich radikaleren Mitteln als bisher. Die Welt im Jahr 2500 – das Amazonasgebiet, eine unbewohnbare Wüste, Indien wegen der Hitze kaum betretbar. Macht die Menschheit so weiter wie bisher, wird dieses Szenario eintreten und werden weite Teile der Welt menschenfeindliche Gebiete sein bzw. werden. Die Politiker und Politikerinnen schlagen diese Warnungen der Wissenschaft in den Wind!

Karl Lueger, der von 1897 bis zu seinem Tod im Jahr 1910 Wiener Bürgermeister war, gehörte zu den populärsten, gleichzeitig aber als Demagoge und Antisemit auch zu den umstrittensten Politikern, welche Wien je hervorgebracht hat.

Der ungarische Komponist *Bela Bartok* schrieb das Musikstück „*Der wunderbare Mandarin*“. Es geht in diesem Stück, einer Pantomime, um Zuhälterei, Prostitution, Mord und die Macht der Erotik. Nach der Uraufführung 1926 in Köln empörte sich das konservative Publikum derart, dass der Oberbürgermeister – ein gewisser *Konrad Adenauer* – jede weitere Aufführung verbot.

Der „*Reigen*“ von Arthur Schnitzler (bereits 1896/1897 von ihm verfasst) hatte am 1. Februar 1921 in Wien Premiere. Der Prälat und spätere Bundeskanzler Ignaz Seipel sprach vom „*Schmutzstück eines jüdischen Autors*“. Die christlich-soziale Reichspost drohte, man werde „*den Herrschaften das Vergnügen bald verleiden*“. Polizeipräsident Johannes Schober ließ das Stück „*aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit*“ für jede weitere Aufführung sperren. Es kam zu einer hitzigen Parlamentsdebatte, in deren Verlauf der sozialdemokratische Abgeordnete *Albert Sever* durch einen Faustschlag getroffen wurde. Saalordner des „*Hohen Hauses*“ mussten die einander

attackierenden Abgeordneten trennen. Christlichsoziale und Deutschnationale erwiesen sich als Brüder im Ungeist. Der sozialdemokratische Bürgermeister Jakob Reumann verbot das Stück nicht – als er im Juni 1921 vom Verfassungsgerichtshof bestätigt wurde, musste das Aufführungsverbot zurückgenommen werden. Der „*Reigen*“ wurde mehrmals verfilmt – 1950 mit Simone Signoret, 1973 mit Helmut Berger, Michael Heltau und Peter Weck. Das einstige „Skandalstück“ ist heute ein Klassiker. Der Austrofaschist Engelbert Dollfuß paktierte mit Mussolini und dem faschistischen Flügel der Heimwehren. Österreichs letzter Kaiser Karl wurde nach seinem zweiten gescheiterten Restaurationsversuch, so entschieden es die Entente-Mächte, nach Madeira gebracht. Im April 1922 starb der letzte regierende Habsburger 34-jährig auf dieser Atlantikinsel. Der erste Restaurationsversuch in Ungarn scheiterte an Admiral Horthy, der ihm die Macht nicht übergeben wollte. Der zweite Restaurationsversuch im Oktober 1921 war durch zahlreiche Pannen, schlechter Planung und auch Verrat gekennzeichnet. Horthy zögerte nicht, auch Studenten an die Front gegen den gekrönten König Ungarns zu schicken, einem politischen Hasardeur und Illusionisten mit einem Spleen für Feldmessen. In Madeira lebte die Familie Kaiser Karls von der Unterstützung der Familie Bourbon-Parma, der Familie Zitas von Bourbon-Parma, die er im Jahr 1911 geheiratet hatte.

Österreichs höchster UN-Beamter aller Zeiten hieß *Kurt Waldheim*: Er war von 1972 bis 1981 UN-Generalsekretär. Seine Vergangenheit und Rolle in der Wehrmacht blieben damals freilich im Dunkeln.

Die ÖVP und auch die SPÖ zeigen *keinerlei* Berührungsängste in Richtung FPÖ – *jederzeitige* Bereitschaft, mit dieser Partei zu koalieren, wenn es nur den eigenen Machtinteressen dient. Gab es da nicht auch einmal den Herrn *Andreas Mölzer* in der FPÖ? Der Leobener arbeitete erst für die als rechtsextrem eingestufte, mittlerweile eingestellte Monatsschrift „*Die Aula*“, in den 80-ern zudem als Chefredakteur der „*Kärntner Nachrichten*“ (Parteiorgan der Kärntner FPÖ). Diese Partei spülte ihn erst in den Bundesrat, dann war er auch Abgeordneter im EU-Parlament (von 2004 bis 2014), seine in der Öffentlichkeit bekannteste politische Äußerung bestand in dem Satz „*Die EU ist ein Negerkonglomerat*“. Die FPÖ unter *Jörg Haider* war laut dem ÖVP-Mann *Andreas Khol* „*außerhalb des Verfassungsbogens*“, und dann war sie auf einmal in einer Koalition – mit der ÖVP!

Die Politikerinnen und Politiker denken nicht in *globalen Zusammenhängen*, obwohl das dringend notwendig wäre, notwendiger denn je! Bei der Flüchtlingsproblematik sieht man das ganz deutlich: Die Flüchtlinge kommen oft aus Ländern, in denen sie von Diktatoren unterdrückt werden, die sich oft dafür in Europa produzierter Waffen bedienen. Sie fliehen vor Armut, die auch dadurch entsteht, weil die hochsubventionierte europäische Agrarwirtschaft die afrikanischen Märkte zerstört und europäische Flotten vor Westafrika die Meere leer fischen. Europa duldet grauenvolle Zustände in den Flüchtlingslagern und schaut weg, wenn Helfer/innen behindert, ja verfolgt werden. Notleidende sind auf europäischem Boden unerwünscht. Es ist bequemer, Kinder im Mittelmeer ertrinken oder in Polens Wäldern erfrieren zu lassen. Das bedeutet eine rigide Abschottungspolitik. Papst Franziskus sprach bei seinem Besuch in einem Flüchtlingslager auf Lesbos davon, dass das Mittelmeer zu einem „*kalten Friedhof ohne Grabsteine*“ geworden sei, es in Europa zu einem „*Schiffbruch der Zivilisation*“ gekommen ist, ein „*Rückzug aus der Demokratie*“ festzustellen sei, er warnte vor populistischen Antworten auf komplexe Herausforderungen.

Schätzungen zufolge werden weltweit Jahr für Jahr Schokoladenprodukte für 122 Milliarden Euro verkauft. Nur etwa 7,3 Prozent davon gehen an die Bauern. In Ghana und der Elfenbeinküste, den beiden weltweit größten Kakaoproduzenten, verdienen Kakaobauern im Schnitt weniger als einen US-Dollar am Tag. Das liegt deutlich unter der Grenze für absolute Armut von 1,90 US-Dollar. Seit Anfang der 1980-er Jahre sank der Kakaopreis inflationsbereinigt um vierzig Prozent. Weil es sonst nicht reicht, müssen deshalb immer mehr Kinder auf den Kakaofeldern schuften.

Österreich insgesamt und das Burgenland als Bundesland lebt von vielen *Mythen*. Der *Mythos* vom „*Unfriendly takeover*“ Österreichs durch Nazi-Deutschland hat sich lange gehalten, ist aber längst widerlegt. Der „*Anschluss*“ wurde von breiten Teilen der Bevölkerung bejubelt, und in Kunstkreisen heftig akklamiert. Bundeskanzler *Kurt Schuschnigg* eröffnete 1937 noch die Ausstellung „*Italiens Stadtbaukunst im faschistischen Regime*“ in der Wiener Secession, der seit 1936 der Nazi *Alexander Popp* als Direktor vorstand. Der Bildhauer *Gustinus Ambrosi*, ein Mann mit reichlich „*Burgenland-Bezug*“, der im Austrofaschismus Büsten von Dollfuß und *Schuschnigg* ausführte, wurde rasch zum Günstling des NS-Vorzeigearchitekten *Albert Speer* und von *Adolf Hitler* persönlich (vgl. FALTER 4/22, S. 29).

Die Sozialdemokratie hat den Großteil der Jugend an die Grünen verloren. Nannte nicht der frühere SPÖ-Bundeskanzler Fred Sinowatz 1984 die historische Besetzung der Hainburger Au „Kinderkreuzzüge“?

Hans Peter Doskozil schaltete Inserate mit dem Titel „*Burgenland erfolgreichstes Impf-Bundesland Österreichs*“. In diesen Inseraten steht: „*Wir sind davon überzeugt, dass man mit einer Politik der positiven Anreize in Sachen Covid-19-Bekämpfung weiterkommt als mit Schikanen und Drohungen*“.

Es fehlt eine sinnvolle *Digitalpolitik* im Burgenland. Das Motto in diesem Bereich lautet – *vorwärts nach irgendwo*. Die *Digitalisierung* wird zwar ganz nach vorn gestellt, inhaltlich bleibt man aber im Ungefähren. Es fehlt ein durchdachtes Konzept, es gibt keine fundierte *Digitalpolitik* aus einem Guss. Im neuen deutschen Koalitionsvertrag steht, dass der Bund künftig Software in der Regel als *Open Source* in Auftrag geben soll – ein Bekenntnis, das Schlupflöcher zwar offen lässt, aber ein großer Fortschritt ist im Vergleich zum letzten Koalitionsvertrag von Union und SPD, wo das Thema *Open Source* nicht einmal erwähnt wurde. Im Burgenland herrscht *Microsoft*. Missbrauch von Marktmacht ist vorherrschend: *Teams* ist in *Windows 11* integriert, *OneDrive* wird in *Office* bevorzugt. Der US-Konzern schafft sich durch das Bündeln von Angeboten unfaire Vorteile. *Microsoft* torpediert munter die Browser-Wahlfreiheit. Die Winkelzüge von *Microsoft* mündeten in Kartellverfahren in den USA und in Europa und zwangen das Unternehmen, Platz für andere Browser in *Microsoft* zu schaffen. Das von Deutschland und Frankreich angeschobene Projekt *Gaia-X* sollte europäische Cloudanbieter im Wettbewerb mit den dominanten US-Anbietern stärken.

Es fehlt eine sinnvolle *Medienpolitik* im Burgenland. Schaut man in das Impressum der BVZ, so sieht man, dass diese einzige verbliebene Wochenzeitung im Burgenland zu 100 Prozent der *Niederösterreichischen Pressehaus Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H.* mit Sitz in St.Pölten gehört.

Die Machtelite des Burgenlandes wollte im Jahr 2021 „*Liebeseklärungen in Wort und Bild*“ (vgl. BVZ, Woche 52/2021, S. 84). Sie bekam auch derartige „*Jubiläums-Bücher*“, gestaltet meist von Landesbediensteten wie *Evelyn Fertl*, welche im Landesarchiv aus den dortigen Fotosammlungen 100 Fotos auswählte und diese dann als Buch unter dem Titel „*Hundert*“ veröffentlichte. Die

Jubiläums-Ausstellung auf *Burg Schlaining* wird nicht nur 2022 weiter bestehen bleiben, sondern als Dauereinrichtung unter Kontrolle des Ex-Ministers *Norbert Darabos* als „*Haus der Geschichte*“ verankert werden – als Dauereinrichtung.

Das Burgenland soll zu einer „*starken Marke*“ ausgebaut werden. Wir werden von Nachrichten überhäuft, von Messenger- und Pushdiensten mit „*Breaking News*“ beliefert. Was soll diese „*starke Marke*“ Menschen vermitteln? Sicherheit, Vertrauen? Wofür soll sie wirklich stehen? Eine konsequente und vor allem konsistente Markenkommunikation setzt eine „*bedachte*“ Auswahl an Botschaften voraus. Die Fülle an täglichen Informationen zwingt Kommunikation in ihre Schranken. Die Aufmerksamkeitsspanne für einzelne Botschaften wird immer geringer. Verknappung, Verdichtung, Reduktion? Es kann sehr leicht zum „*Verwässern*“ einer Marke kommen. Die Fokussierung müsste mit viel Feingefühl und Kreativität erarbeitet werden – bei jeder einzelnen Botschaft.

Die Grazerin *Evelyn Rath*, Mutter von vier Töchtern, schrieb den Ratgeber „*Zero Waste in Stadt und Land*“ mit 51 kreativen Ideen zur Müllvermeidung (Verlag Bucher). Sie kauft Lebensmittel unverpackt, um Müll zu vermeiden. Bevorzugt werden von ihr Geschäfte, die Lebensmittel wie Nudeln, Reis, Mehl, Linsen etc. in großen Glasgefäßen anbieten. Aus denen kann man die gewünschte Menge mit einer Kelle herausnehmen und im selbst mitgebrachten Gefäß nach Hause transportieren. *Kost-Nix-Läden* gibt es in Wien, Graz und Innsbruck. Das Burgenland hat hier enormen Nachholbedarf.

Es gibt bereits jetzt einen *Pflegenotstand*. Die vier Pflegeorganisationen Caritas, Hilfswerk, Volkshilfe und das Rote Kreuz suchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in großer Zahl. Ein Mangel an Hausärzten und Hausärztinnen bedroht das Burgenland – zwei Drittel der Mediziner und Medizinerinnen gehen in den nächsten zehn Jahren in Pension. Das Land versucht mit Stipendien für Studierende, die sich verpflichten, danach im Burgenland zu ordinieren, gegenzusteuern.

Die Menschen sind heute mehrheitlich pessimistisch, was ihre Zukunftsaussichten anlangt. Gut jeder sechste Jugendliche hatte in der Pandemie schon Suizidgedanken. Liest man dann auch noch, dass ein Drittel der Landoberfläche der Erde aus Wüsten besteht, die sich jährlich um die Fläche Bayerns ausdehnen, dass im Pazifik ein Plastikmüllteppich von 20 Millionen Quadratkilometern

(240 Mal so groß wie Österreich!) treibt und dass neun von zehn Erdenbürgern eine gefährlich mit Schadstoffen belastete Luft einatmen, so fällt es schwer, noch Lebensfreude zu empfinden. Die Meere dienen als Atommüllhalden. Hoch radioaktive Rückstände in Metallfässern, die verrostet und lecken. Die internationale Atom-Lobby zerstört die Welt.

In der „*Kronen Zeitung*“ vom 1. Jänner 2022 ließ sich Landeshauptmann Doskozil mit dem „*Forschungskordinator*“ des Landes, dem Physiker Werner Gruber und einem Teleskop abbilden. Dann die gewohnten Stehsätze vom „*großen Zusammenhalt in der Bevölkerung*“, vom Burgenland als „*Zukunftsregion*“ und seiner „*Vorreiterrolle*“. Zugegeben wird, dass das Burgenland bei der Forschung Nachholbedarf hat. Starke Impulse sollen das „*Lowenergetikum*“ in Pinkafeld und das „*Digital Security Lab*“ in Eisenstadt bringen. Nur das sind Bereiche, die anderswo in der EU schon längst und mit ungleich mehr Ressourcen beforscht werden als im Burgenland. Österreich und erst recht das kleine Burgenland hinken hinterher. Es gibt hierzulande keine Institutionen, die etwa mit dem *Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz* vergleichbar wären. Das Burgenland braucht keinen „*Forschungskordinator*“, sondern massive Investitionen in *Citizen-Science-Projekte* der österreichischen Universitäten. Das Projekt „*Roadkill*“ der BOKU Wien untersucht mit wissenschaftlichen Methoden, wo welche Tiere im Straßenverkehr überfahren werden und warum. Die Ergebnisse sind auch für das Burgenland wichtig. 6,74 Millionen wissenschaftliche Artikel listet die Onlinedatenbank *Directory of Open Access Journals* (DOAJ) in rund 17.000 Zeitschriften aus 129 Ländern und in 80 verschiedenen Sprachen auf. Ein einzelner „*Forschungskordinator*“ ist ein überholtes Konzept, einige schlagkräftige Forschungsteams wären besser und sinnvoller, zumal sie auch einen besseren Überblick haben als eine Einzelperson. Die Vogelschutzorganisation *Birdlife* ließ mit Citizen-Science-Elementen wiederholt Wintervögel zählen und stellte einen generellen Trend fest: Seit zwölf Jahren verringern sich Schwarmgröße und Winterbestand. Schuld daran sind die Klimakrise und die massive Bodenversiegelung.

Österreichs Politikern geht es nur um „*Super-Jobs*“ für sich selbst. Das beweisen die Karriereverläufe von Wolfgang Schüssel, Christian Kern, Alfred Gusenbauer und Sebastian Kurz. Letzterer diente sich für Geld dem US-Milliardär Peter Thiel an, einem glühenden Republikaner und Anhänger von Ex-Präsident Donald Trump. Dass die KPÖ-Chefin Elke Kahr, ein ehemaliges Waisenkind, zur ersten kommunistischen Bürgermeisterin einer Landeshauptstadt in der EU gewählt wurde, verwundert nicht. Fast alle internationalen Medien berichteten darüber. *Fake Polls*

and *Tabloid Coverage on Demand: The Dark Side of Sebastian Kurz* war in der New York Times zu lesen.

Was sind die unverzichtbaren *Identitätsmarker* des Burgenlandes?

Dialogversuche

In unserer Gesellschaft wird so viel kommuniziert wie noch nie. Wir haben das Smartphone ständig in der Tasche. Es wird uns leicht gemacht, uns über alles und jeden auszulassen, zu jeder Tages- und Nachtzeit. Aber hören wir einander noch zu? Habe ich selbst noch Zeit und den Willen, anderen mein Ohr zu leihen? Auch dann, wenn es um unangenehme Dinge geht? Oder schweiften meine Gedanken ab, formuliere ich in meinem Kopf schon das nächste Gegenargument, bevor der andere zu Ende gesprochen hat?

Ich beginne mit **Landeshauptmann Hans Peter Doskozil** als Dialogpartner. Was gilt es mit ihm zu besprechen? In der „*Kronen-Zeitung*“ vom 30. Jänner 2022 erschien auf Seite 21 eine Buchvorstellung mit der Überschrift „**Unser schönes Burgenland**“ betreffend das neue Buch „*Das Burgenland – Reisen durch Zeit und Land*“ von Christoph Langecker und Tanja Stacherl, erschienen im Brandstätter Verlag. Es geht um die Verherrlichung des Burgenlandes als „*europäische Vorzeigeregion*“, so steht es im Werbetext, der in der Zeitung abgedruckt wurde. Im ganzen Burgenland, von Neuhaus bis Kittsee, wurden unter dem gegenwärtigen Landeshauptmann **Fotorahmentafeln** aufgestellt, die den Blick der Menschen auf Schönes, nur auf Schönes, richten sollen. Ist das Burgenland wirklich so, wirklich nur so? Das darf sehr bezweifelt werden! Heute ist es besonders schwer, regionale Themen in den Vordergrund zu rücken, es gibt wichtigere, viel wichtigere, Themen, die Regionalpolitik kaum beeinflussen kann. Das Magazin „*Burgenland Kompakt*“ ist eine reine Propagandabroschüre. Auf der Titelseite (Ausgabe 6. 2021) finden sich Worte wie *Stolz, Erfolgsgeschichte, Topwerte*, auf der vorletzten Seite wird dem Burgenland sogar „*gehuldigt*“, dazu das dauernde Gerede von der „*sozialen Modellregion*“ und dem „*Vorzeigebundesland schlechthin*“. Eine Landesrätin hält ein Hufeisen in der Hand und lächelt selig in die Kamera, alles hier im Burgenland ist „*einmalig in Österreich*“. Einen kritischen Burgenland-Diskurs gibt es nicht. Man will ihn auch nicht, man fördert ihn auf gar keinen Fall. Nicht das Burgenland, sondern Oberösterreich ist schon jetzt bei fast allen erneuerbaren Energieträgern wie

Biomasse, Wasserkraft und Sonnenkraft die Nummer eins unter allen Bundesländern. Während die Zahl der Patentanmeldungen in Österreich um knapp zwei Prozent zurückging, konnte Oberösterreich um 8,6 Prozent zulegen. Man kann auch ein ganz anderes Bild vom Burgenland entwerfen. Am ärgsten sind die „Burgenland-Nimbys“ ein „Nimby“ („not in my backyard“) ist einer, der nur sein eigenes persönliches Umfeld im Blick hat. Landeshauptleute lieben es, mit Superlativen um sich zu werden, alles andere gerät ihnen zur Nebensache. Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer etwa verweist darauf, dass sein Bundesland die niedrigste Arbeitslosenquote österreichweit hat, die höchste Lehrlingsanzahl, dass es das exportstärkste Bundesland ist, dass es weniger abhängig ist vom Tourismus als etwa Tirol und Salzburg und damit eine krisenfestere Basis hat etc. Niederösterreich deckt seit 2015 seinen Strombedarf zu 100 Prozent aus erneuerbarer Energie und kommt ohne Atom- und Kohlestrom aus. Das *Sonnenkraftwerk Niederösterreich* ist Europas größtes Bürgerbeteiligungskraftwerk.

Am ärgsten sind die *Klischeeverbreiter*. Klischees sind eine feine Sache – sie erzählen so schöne Geschichten wie etwa die vom gemütlichen Österreich, dem Land der schneebedeckten Berge, weiten Täler und blauen Seen. Da sind die lässigen Österreicher, die das Skifahren so lieben und ihr Geld mit viel Fremdenverkehr verdienen. Und das altmodische Wien der Kaiserzeit mit seinen morbiden Friedhöfen und dem sprichwörtlichen Wiener Schmah. Zahlen, Daten und Fakten erzählen aber oft eine ganz andere Geschichte. Experten sehen die Ursache für den wirtschaftlichen Wohlstand Österreichs in der zentralen Lage zwischen Ost und West, die viele qualifizierte Fachkräfte aus dem Osten anzieht. Auch die Tatsache, dass Österreich zur DACH-Region (Deutschland, Österreich, Schweiz) gehört, dem größten Wirtschaftsraum Europas mit einer gemeinsamen Sprache, ist ein Erfolgsfaktor.

Das wichtigste, das allerwichtigste Thema ist die **Klimakatastrophe**, die uns bevorsteht. Reicht es für die *große Kehrtwende*, oder scheitert die Menschheit? Wir müssen unseren Lebensstil ändern, um der Klimakrise Herr zu werden. Doch viele Menschen wehren sich gegen die Veränderungen, die damit verbunden sind. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich Menschen immer wieder erfolgreich gegen Veränderungen zur Wehr gesetzt haben, auch wenn sie sich damit am Ende in eine Sackgasse manövriert haben. Der Geograf Jared Diamond hat in seinem Buch „*Kollaps – Warum Zivilisationen überleben oder untergehen*“ am Beispiel der Mayas, der Wikinger und der Osterinseln gezeigt, wie das funktioniert. Wenn sich die Verhältnisse schließlich so weit

verschlechtern, dass radikale Veränderungen aus Gründen des Überlebens unausweichlich werden, dann gibt es keine Wahlmöglichkeit mehr: Gerade weil die heutige Wahlmöglichkeit gegen Veränderungen von vielen als „*Freiheit für die Einzelnen*“ verkauft wird, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass damit sämtliche Wahlmöglichkeiten in der Zukunft verspielt werden. Ohne *Verzicht* wird es nicht abgehen, und man sollte auch aufhören, von „*Verzicht*“ und „*Genuss*“ zu sprechen, als würde beides sich ausschließen. Neben dem Verzicht sind viele, viele Verbote notwendig. Weihnachtsbäume aus Kunststoff sind keine gute Alternative. Vier von fünf Plastikbäumen werden in China produziert, viele aus PVC, bei dessen Herstellung giftiges Chlor verwendet wird. Frankreich verbot 2022 das Shreddern von Küken, die massenhafte Tötung von männlichen Küken, nur deshalb, weil sie für die Eierproduktion unbrauchbar sind.

Der Agrarsektor ist der zweitgrößte Kohlendioxid-Verursacher, und die Tierhaltung ist weltweit für zwei Drittel der Emissionen des Agrarsektors verantwortlich. Jedes Jahr werden weltweit 88 Milliarden Tiere gezüchtet und für den Verzehr geschlachtet. Die Intensivtierhaltung übertrifft sogar die Treibhausgasemissionen des Verkehrs. Im Jahr 2020 haben die Österreicher und -innen pro Person 60,5 kg Fleisch gegessen. Das ist drei Mal so viel wie vom Gesundheitsministerium empfohlen. Österreich ist ein „*Land der Fleischtiger*“, Fleischreduktion ist aber Klimaschutz.

In den Ötztaler Alpen (Tirol) zeigt sich das dramatische Abschmelzen der Gletscher infolge der Erderwärmung in einem besonders rasanten Tempo. Derzeit verliert der Gletscher der Weißseespitze im Schnitt 60 Zentimeter Eis pro Jahr. Zwischen 1893 und 2018 sind in Summe rund 40 Meter Eis abgeschmolzen. Das Institut für Interdisziplinäre Gebirgsforschung hat Eisbohrkerne von der Weißseespitze entnommen und geht davon aus, dass der Gletscher in zehn Jahren eisfrei sein wird.

Bei der Flutkatastrophe in Deutschland starben 184 Menschen. Ganze Häuser wurden weggerissen, es klafften riesige Löcher in der Größe mehrerer Fußballfelder im Boden. Insgesamt wurden 180 Ortschaften verwüstet.

Wenn Klimaaktivisten in Österreich wie etwa die der Gruppe „*Aufstand der letzten Generation*“ aktiv werden und etwa Spuren für den Autoverkehr blockieren, reagiert der Staat mit Festnahmen.

Zukunftsfragen ohne Antwort – die Politik hat keine Antworten, nicht die richtigen Antworten. Es gibt einen **Pflegenotstand**, der immer größer wird. Eine Reihe von Zahlen belegt das eindrucksvoll. Die Menschen leben länger als früher und sind damit auch länger pflegebedürftig. Laut Prognosen ergibt sich ein enormer Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften in den nächsten Jahren.

Im Burgenland wurde vom Land die **Pflegeservice Burgenland GmbH** gegründet. Auf die Förderung besteht kein Rechtsanspruch, die pflegebedürftige Person wird mit zahlreichen Pflichten belastet, muss sich über verpflichtende „*Unterstützungsbesuche*“ im privatesten Bereich dauernd von Fremden kontrollieren lassen und 80 bis 90 % ihres Pflegegeldes abliefern und dazu noch ihr Einkommen über dem Richtsatz. Der Monatsverdienst netto für die betreuende Person ist relativ gering, und diesen zahlt hauptsächlich die pflegebedürftige Person aus ihrer eigenen Tasche, sie wird finanziell entmündigt. Bis 2030 werden in Österreich etwa 76.000 Pflegekräfte gebraucht, wobei schon jetzt jede zweite Pflegerin an einen Berufswechsel denkt. Die Pandemie hat die Lage noch verschlimmert. Die Pflege- und Betreuungskräfte, die im EU-Ausland wohnen, kommen nur aus drei Staaten – Rumänien, Polen und Bulgarien.

Urlaub im Burgenland? Da gibt es einen „*Genussguide Burgenland*“, Medieninhaber ist eine LW Werbe- und Verlags GmbH aus Krems. Da geht es um die „*pralle Vielfalt des paradiesischen Landstriches ganz im Osten Österreichs*“, um „*himmlische Genüsse*“ und die „*herrlichsten Köstlichkeiten*“, es gibt „*Bilderbuchstädte*“ in diesem Land, „*entzückende Schlafstätten*“, „*Bilderbuchlandschaften*“, ein „*Rotweinwunder*“ etc.

Die Broschüre der Region Rosalia-Neufelder Seenplatte hat auf der Titelseite den Slogan „*Vielfalt erleben*“ und das Volksschule-Sprüchlein „*Da will ich hin – dort will ich sein*“. Radfahrer werden als „*Genussradler*“ titulierte, in Forchtenstein gab es einst Mönche des Ordens der „*Servietten*“, gemeint sind die Serviten. Wichtig ist, dass alle Radwege auch „*durchgehend asphaltiert*“ sind, denn das freut bekanntlich die Umwelt am meisten. Alles hier ist „*einzigartig*“, ein Badestausee ist „*Erholung im Paradies*“. Im Impressum steht noch (kein Scherz!) „*Irrtümer vorbehalten*“.

Der Burgenland-Tourismus-Geschäftsführer Didi Tunkel will „*die Stärken des Burgenlandes weiter hervorheben*“ (Kurier Burgenland, 30. Jänner 2022, S. 4).

„Der Tourist zerstört, was er sucht, indem er es findet“ sagte Hans Magnus Enzensberger, der schon vor Jahrzehnten die Verwüstungen des Massentourismus vorausahnte. In Spitzenzeiten kommen täglich Tausende Pkw und bis zu 80 Busse nach Parndorf ins Outlet-Center. Für Aufsehen sorgte Venedig, als die Stadt im August 2021 die Kreuzfahrtschiffe aus ihrer Lagune verbannte. Ab Sommer 2022 brauchen Tagestouristen in der Kanalstadt ein Ticket, das bis zu 10 Euro kosten soll.

Infrastrukturbewahrung? Im Jänner 2022 jährte sich das Bestehen der Neufelder Post zum 140. Mal. In einer Zeitung sieht man ein Foto – da steht die Landeshauptmann-Stellvertreterin wie eine Trauerweide mit schwarzer großer Plüschemblume da und ernstem Gesicht, neben ihr der Bürgermeister Michael Lampel, der sich laut Blatt „kämpferisch zeigt“. Der Post AG sind solche inszenierten Posen egal, sie hat schon viele Filialen geschlossen, auch diese wird nicht überleben.

Mit dem **Diözesanbischof** und dem **Superintendenten** würde ich gerne über ertrunkene Flüchtlinge sprechen. Menschenschmuggler bringen sie auf völlig überladenen Schlauchbooten illegal über den Ärmelkanal – 31 Flüchtlinge ertrunken, darunter ein Mädchen, das hilflos in den Fluten unterging. Der Papst hat die Ägäisinsel Lesbos bereits zum zweiten Mal besucht. Im Flüchtlingslager *Kara Tepe* ist es bitter kalt, Zelte stehen unter Wasser, die hygienischen Zustände sind untragbar. „Ärzte ohne Grenzen“ muss wegen der vielen Ratten großflächig Tetanus impfen. Der österreichische Bischof Hermann Glettler war auch auf Lesbos. Er appellierte an die österreichische Regierung, wenigstens 100 Familien aufzunehmen – vergeblich. Die Zustände auf dieser griechischen Insel sind eine gesamteuropäische Schande, der politische Wille, Menschen zu helfen, ist offensichtlich nicht vorhanden. Papst Franziskus macht es richtig – keine roten Prada-Schuhe, ein Kleinwagen statt einer Luxus-Karosserie. Die deutsche Kapitänin Rackete hatte 2019 mit Schiffbrüchigen an Bord trotz Verbots im Hafen von Lampedusa angelegt. Die Anklage gegen sie wurde später von Italien fallengelassen. Der Papst sprach davon, dass das Mittelmeer, die „Wiege zahlreicher Zivilisationen“, heute ein „kalter Friedhof ohne Grabsteine“ geworden sei.

Vor der Wahl wollte die Gründe *Annalena Baerbock* Kurzstreckenflüge verbieten, als deutsche Außenministerin verzichtete sie aber nicht auf diese „Bequemlichkeit“ und jettete mit dem Regierungsfliieger zum Antrittsbesuch nach Paris. Leute, die Klima-Skandale verursachen, sind zu ächten! Bill Gates besitzt eine Yacht, deren Emissionen 19 Tonnen Klimadioxid pro Tag (!) verursachen. Privatjets sind besonders klimaschädlich.

Die Österreichische Ordenskonferenz hat am 4. Oktober 2021 mit einem lautstarken Zeichen für den Klimaschutz darauf aufmerksam gemacht, dass es „5 vor 12“ ist. Als Weckruf, dass es endlich Zeit zu handeln ist, läuteten pünktlich 5 vor 12 die Kirchenglocken in Österreich. Die Jesuiten haben Photovoltaik-Anlagen auf ihren Häusern installieren lassen und ihren Fleischkonsum deutlich reduziert.

Der Mensch ist ein angstgetriebenes Wesen. Das zeigt sich ganz besonders deutlich dann, wenn Neues über ihn hereinbricht, da wird es dem Menschen ganz bang. Seien es andere Menschen, die vielleicht auch noch anders aussehen oder fremdartiges Essen.

Kapitalismus ist ein System, das auf permanente Expansion angelegt ist. Das Dilemma dabei ist: Wenn Kapitalismus dauerndes Wachstum braucht und Letzteres unausweichlich die Klimakrise vertieft, dann muss entweder der Kapitalismus überwunden oder eine Klimakatastrophe in Kauf genommen werden.

Das *Wesen* des Österreicherers, der Österreicherin? Der 2007 verstorbene *Franz Antel* drehte über 100 Filme. Seine Vergangenheit verschwieg er. Dieser Typ trat schon 1933 der NSDAP bei und war glühender Nazi. Die Universität Wien wurde vor dem Zweiten Weltkrieg massiv von rechten Kräften dominiert. Rektor *Othenio Abel* (1932/1933) war illegales NSDAP-Mitglied. *Oswald Menghin* stand auf der Kriegsverbrecherliste.

Wie das *Institut für Demoskopie Allensbach* erhob, war das Weihnachtsfest des Jahres 2021 das letzte, bei dem die Zahl der Kirchenmitglieder in Deutschland noch knapp über der 50-Prozent-Schwelle lag. Immer mehr Katholiken entscheiden sich *gegen* ein kirchliches Begräbnis. Eine Umfrage in den nordrhein-westfälischen Bistümern ergab, dass dort im Jahr 2020 etwa ein Drittel der verstorbenen Katholiken ohne Gottesdienst beerdigt wurde. Katholische Trauerfeiern sind oft unpersönlich oder belanglos, auch wegen überforderten Seelsorgepersonals (*Publik-Forum* Nr. 2, 2022).

„Zur Beantragung von EU-Mitteln sind häufig viel Kreativität, Arbeit und Hartnäckigkeit erforderlich. Wir wollen, dass die Mittel, die vorhanden sind, auch tatsächlich ausgeschöpft

werden“, sagte Europa-Ministerin *Karoline Edtstadler* (#euneudenken, S. 29). EU-Förderungen sind in der Regel an nationale Förderungen gebunden. Das seit 1991 existierende LEADER-Förderprogramm legt – unter Einbindung der Bevölkerung – einen Schwerpunkt auf die Entwicklung von Regionen und des ländlichen Raums.

Die Europaministerin rief zu zahlreichen Projekteinreichungen auf. An Projektideen herrscht kein Mangel. Im ersten Durchgang der „*Ideenwerkstatt Burgenland*“ ging es um Bauen und Wohnen. Auf der Webseite des Landes unter www.burgenland.at/ideenwerkstatt konnte zu Themen wie ökologisches und nachhaltiges Bauen, leistbares Wohnen etc. Stellung genommen werden.

Es ist aber zu bedenken, dass für Projekte oft nur geringe Mittel bereitgestellt werden; die von der Europaministerin verlangte „*Hartnäckigkeit*“ erfordert einen hohen Arbeitseinsatz, der sich letzten Endes, was absehbar ist, oft nicht auszahlt. Hier spielt die Politik den schottischen Brauch des „*Wedding Scramble*“: Wenn ein Paar heiratet, dann fahren die Braut und ihr Vater mit dem Auto zur Kirche. Auf dem Weg dorthin werfen sie einen Haufen Kleingeld aus dem Fenster. Aus dem Auto wird „*Scrramble!*“ geschrien und alle Kinder aus der Nachbarschaft jagen dem Hochzeitsauto hinterher, um die Münzen aufzuklauben.

Die *Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt* übernimmt gut ein Drittel der Deutschen Aufgaben außerhalb von Job und Familie. „*Ehrenamtler*“ sind überwiegend gebildet und wohlhabend. Die Statistik deutet auf ungleich verteilte Ressourcen hin: Denn wer hat überhaupt die Zeit für ein Ehrenamt? Wer kann nach einem zu langen Tag in einem zu harten Beruf die Kraft und das Geld aufbringen, um sich ehrenamtlich noch irgendwo zu engagieren?

Es gibt einen ungemeinen Bedeutungsverlust regionaler, nationaler und auch europaweiter Politik. Es gelingt nicht, globale Probleme als solche auf globaler Ebene zu lösen. Um nur ein einziges Beispiel anzuführen: Bis 2050 droht eine Vervierfachung (!) der Plastikkonzentration in den Weltmeeren. Das zeigt die bisher umfassendste Meta-Studie zum Thema, das Alfred-Wegener-Institut wertete dafür im Auftrag der Umweltschutzorganisation WWF 2500 Einzelstudien aus. Prognostiziert wird eine Kettenreaktion: Die Kunststoffproduktion wird sich bis 2040 voraussichtlich mehr als verdoppeln, in der Folge vervierfacht sich größeres Makroplastikmaterial im Ozean in den nächsten 30 Jahren. Dieses zersetzt sich in immer kleinere Teile bis hin zu Mikro-

und Nanoplastik – bis zum Ende des Jahrhunderts droht die Menge des marinen Mikroplastikmaterials um das 50-fache zuzunehmen. Der WWF fordert daher ein global verbindliches Abkommen gegen den Eintrag von Plastikmüll in die Ozeane.

Der von *Neal Stephenson* mit seinem Roman *Snow Crash* (1992) geprägte Begriff *Metaversum* wurde zum Hypewort, seit Facebook sich 2021 in *Meta* umbenannte. Gemeint ist damit eine virtuelle Welt, in der sich Menschen bewegen, miteinander spielen und arbeiten – unter Einsatz von *Virtual-Reality-Brillen*. Wie dieses digitale Universum aussehen soll, in das Konsumenten mit *Virtual-Reality-Brillen* und sonstigen Geräten eintauchen sollen, lässt sich derzeit nur erahnen.

Die *Teuerung* trifft alle gleich, aber nicht gleich schwer. Besonders betroffen sind die, die schon wenig haben und sich jetzt noch weniger leisten können. 500.000 „Richtwertmieten“ in Altbauten und Gemeindewohnungen werden am 1. April 2022 um 6 Prozent erhöht. Unternimmt der Gesetzgeber nichts, steigen die Mieten. Schon vor einem Jahr wurde die Erhöhung ausgesetzt. Viele wissen nicht, wie sie die Miete zahlen sollen.

In der Lederindustrie verdienen Hunderte Beschäftigte seit Jahren nur 1.300 € brutto. Viele Frauen arbeiten sogar für nur 1.000 €. Rund 1.500 Menschen stellen im Burgenland aus Rinderhäuten Lederbezüge für Autos, Möbel etc. her. „*Diese Löhne sind eine Schande für ganz Österreich*“, wütete SPÖ-Landesgeschäftsführer Roland Fürst (heute, 15. 12. 2021).

Dr. Engelbert Dollfuß wurde am 25. Juli 1934 von NS-Putschisten ermordet. Der derzeitige Innenminister Gerhard Karner ist Bürgermeister von Texingtal. Der Ortsteil Texing ist Geburtsort des austrofaschistischen Kanzlers, das Museum für Dollfuß wurde 1998 eröffnet, Rechtsträger ist die Gemeinde Texingtal. Dollfuß hat das Parlament ausgeschaltet, Standrecht und Todesstrafe in Österreich eingeführt, er ließ in Wien auf Gemeindebauten schießen.

Nachdem Benito Mussolinis „*Schwarzhemden*“ im Sommer 1922 einen Generalstreik gewaltsam aufgelöst hatten, drohten sie mit einem „*Marsch auf Rom*“. Die Regierung wollte im Oktober 1922 auf das Notstandsdekret setzen und mit Militär gegen die Faschisten vorgehen, König Viktor Emmanuel III. Verweigerte jedoch seine Unterschrift. Die Folge: Am 31. Oktober 1922 wurde

Mussolini als Ministerpräsident angelobt, das Königreich Italien wurde zur Diktatur mit einer Einheitspartei und Mussolini zu Hitlers politischem Vorbild.

Oberösterreich hatte – neun Monate nach Beginn der Coronaschutzimpfungen – als schwarz-blau regiertes Bundesland den Platz des Schlusslichtes, knapp gefolgt vom schwarz-grün regierten Salzburg. Oberösterreich hatte die schlechteste Impfquote aller Bundesländer. Im Flüchtlingsjahr 2015 verdoppelte sich in Oberösterreich die FPÖ von 15,07 auf 30,36 Prozent. Nur knapp über die Hälfte der freiheitlichen Wählerschaft ist geimpft. Global gesehen wird die Klimakrise immer stärker zum Antrieb von Migrationen werden. Mauern helfen dagegen nicht. Geordneter Zuzug? Green Cards und ähnliche Instrumente sind nichts anders als verhüllter, institutionalisierter Brain Drain: Die Armen und Ungebildeten sollen daheimbleiben. Selbst innerhalb der EU ist zu beobachten, dass die ärmeren Länder zusehends von ihren gut ausgebildeten Bürgern verlassen werden.

Sir *Edmund Hillary* und *Tenzing Norgay* standen am 29. Mai 1953 als Erste auf dem 8848 Meter hohen *Mount Everest*. Heute regiert am *Mount Everest* menschlicher *Overtourism* – jährlich 12.000 Kilogramm menschliche Exkremate bleiben am Berg zurück, Leichen, Sauerstofftanks, Gasflaschen, alte Zelte, persönlicher Müll etc. Seit 2017 verpflichtet die nepalesische Regierung jeden Bergsteiger und jede Bergsteigerin zur Rückführung von acht Kilo Abfall.

Millionen Tonnen an Kunststoffabfällen verlassen jedes Jahr die EU. Österreich exportierte 2020 rund 19.000 Tonnen Plastikmüll in die Türkei. 2020 landeten 660.000 Tonnen Plastikmüll aus der EU in der Türkei. Zum Teil wird dieser Müll mitten in landwirtschaftlich genutzten Feldern verbrannt. Früher war China das primäre Ziel europäischer Abfallströme. Die EU betreibt eine „Auslagerung“ ihrer Müllprobleme in das Ausland, obwohl bekannt ist, dass bis zu 30 Prozent dieses Mülls auf illegalen Deponien landen.

Die Klimaerwärmung setzt immer markantere Akzente, während die meisten Mitteleuropäer/innen die Folgen in sicherer Entfernung verorten: schmelzende Polkappen, Tsunamis oder Waldbrände scheinen für sie nur weit entfernte Naturkatastrophen zu sein. Atomenergie ist gefährlich, drei Mal so teuer wie Photovoltaik und verursacht mehr Treibhausgase. Die EU-Taxonomie, die Atomkraft als „nachhaltig“ einstuft, ist ein Verbrechen an zukünftigen Generationen. Sichere Endlager für

Atomabfall gibt es nicht, es fehlen Pläne, wohin mit dem hochradioaktiven Müll. Der Eisbär gilt als König der Arktis. Doch gegen die von Menschen ausgehende Zerstörung seines Lebensraumes kommt er nicht an. Der rasante Rückgang des Packeises bedroht die Eisbären in ihrer Existenz, ihnen schmilzt das Eis buchstäblich unter den Pfoten weg. Die weißen Riesen ertrinken hilflos im Polarmeer wegen Erschöpfung. Die Durchschnittstemperatur stieg in der Arktis fast doppelt so schnell wie im Rest der Welt, bald könnte sie komplett eisfrei sein. Fische enthalten oft Schwermetalle (Kadmium und Quecksilber). Die durch heftige Regenfälle ausgelöste Flutkatastrophe im deutschen Ahrtal vernichtete 2021 ganze Ortschaften. Extreme Wetterereignisse werden durch die Klimaerwärmung wahrscheinlicher. Im Februar 2021 fegten drei Stürme durch Deutschland, sie warfen Bäume auf Häuserfassaden, deckten Dächer ab und verursachten Schäden in Milliardenhöhe. Für Immobilienbesitzer wird es immer teurer werden.

Die in San Francisco beheimatete Organisation *Planet* protokolliert mit 200 Überwachungssatelliten die Veränderungen auf dem Planeten. Man sieht auf Satellitenbildern immer mehr, wie sich die Umwelt rasant verschlechtert: Dürren, Hochwasser, Flucht, Artensterben etc. Die Berichte des Weltklimarates (IPCC) sind an Deutlichkeit nicht mehr zu überbieten. Beim letzten Bericht berief sich das internationale Team aus Wissenschaftlern/innen auf mehr als 34.000 (!) Quellen. Dieser Bericht ist eine eindringliche Warnung vor den Folgen der Untätigkeit. Die Klimakrise hat der Natur bereits schwere Schäden zugefügt – sowohl am Land als auch im Wasser. Je stärker die Menschheit den Planeten aufheizt, desto höher steigt das Risiko, dass die Erde Arten für immer verliert und ganze Ökosysteme zusammenbrechen. Besonders betroffen sind endemische Arten – also solche, die nur in einem bestimmten Gebiet vorkommen. Das große Sterben der Korallenriffe hat längst begonnen. Erhöht sich die Erdtemperatur um 1,5 Grad, werden 70 bis 90 Prozent der Korallenriffe verschwinden. Steigt sie um zwei Grad, sind 99 Prozent der Korallenriffe kaputt.

Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung leidet immer wieder unter schwerem Wassermangel, der zumindest teilweise auf die Klimakrise zurückzuführen ist. In Afrika allein schrumpfte das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktivität aufgrund der Erderwärmung seit 1961 um ein Drittel. Bei drei Grad Erderwärmung wird Wasserknappheit auch für Mitteleuropa zum Problem – samt enormer wirtschaftlicher Verluste. Wir können das Schlimmste noch verhindern, aber das Zeitfenster schließt sich.

Video-Sprechstunde statt Praxisbesuch, der Impfnachweis per Smartphone und die Einführung der elektronischen Patientenakte – das Gesundheitssystem wird zunehmend digital. In der Realität sind besonders chronisch Kranke und ältere Menschen von der Überfülle an Informationen im Netz häufig überfordert. Es gibt einen Boom an sogenannten „*alternativen Fakten*“. Ein Teil der Bevölkerung wird „*abgehängt*“, die Gesellschaft spaltet sich langfristig in Informierte und Unwissende.

Das Vertrauen in Politiker und Politikerinnen – so bei den Menschen überhaupt je vorhanden – sinkt stetig. Dies gilt auch für die angeblichen „*Lichtgestalten*“ von Parteien. Der US-Militärhistoriker Thomas BOGHARDT hat Belege dafür gefunden, dass der spätere deutsche Bundeskanzler Willy BRANDT dem US-Militärgeheimdienst CIC zugearbeitet hat und die USA mit Marshallplan-Geldern Publikationen der SPD gefördert haben (vgl. DIE ZEIT, 22. Dezember 2021, S. 11). Politiker und Politikerinnen haben oft einen starken Geltungsdrang und neigen zum Autoritären. Außerdem sind sie schnell gekränkt, wenn ihr Image leidet. Die permanente *Angst um die Demokratie* ist berechtigt. Jeder und jede weiß, dass Online-Werbung auf Datensammeln basiert. Trotzdem ist sie in der EU nicht verboten. Der Skandal um die Firma *Cambridge Analytica* hat gezeigt, wie bedrohlich das Datengeschäft ist: Dieses britische Unternehmen hatte sich Zugriff zu Millionen Facebook-Profilen besorgt und *Donald Trump* geholfen, einen Schmutzwahlkampf in den und über die sozialen Medien zu führen. *Ursula von der Leyen* ist heute Präsidentin der EU-Kommission. Sie war einmal deutsche Bundesfamilienministerin. Da wollte sie automatische Scans von privaten Nutzerinhalten einführen, um Kindesmissbrauch mit technischen Mitteln in den Griff zu bekommen. Dadurch wäre aber die verschlüsselte Kommunikation aller Bürger(innen) unterminiert bzw. durch die Hintertür abgeschafft worden. Mit ihrem Vorhaben scheiterte sie im Jahr 2010 am massiven Widerstand der Zivilgesellschaft. Seit sich *Facebook* in *Meta* umbenannt hat, sperrt der US-Konzern weltweit Konten mit ähnlich klingenden Namen. Betroffen war auch die Eigentümerin des kleinen Geschenkshops „*Metaware*“ in der Wiener Reindorfgasse. Ihr langjähriger Account bei Instagram (gehört Facebook) wurde gerade während des Weihnachtsgeschäfts Mitte Dezember 2021 plötzlich gesperrt und konnte sie sich nicht mehr einloggen.

Das Burgenland hat keine öffentlich-rechtliche Universität. Im Herbst 2023 startet die neue *Technische Universität Linz*. Im Endausbau werden an ihr 5.000 Studierende im Zukunftsfeld

Digitalisierung lernen, das ist ein echter Meilenstein für das gesamte Bundesland Oberösterreich, kommen doch aus einer Universität immer wieder Betriebsgründungen. Die Zahl der Studiengänge explodiert: 21.102 Studiengänge gab es im Jahr 2021 in Deutschland – ein neues Rekordhoch (DIE ZEIT, 2. Dezember 2021). Woran forscht man im Burgenland? An Cyber-Sicherheit? Es gibt bereits ENISA, die Agentur der EU für Cyber-Sicherheit. Der neue *Austria IT Security Hub* in St. Pölten wurde gegründet vom IT-Sicherheitsunternehmen IKARUS, Kapsch Business Com und der Fachhochschule St.Pölten

Max Frisch sagte einmal: „*Jeder Mensch erfindet eine Geschichte, die er für sein Leben hält.*“ Wir Menschen erzählen uns Geschichten, weil sie wichtig für unsere Identität sind. Sie machen es einfacher für uns, mit dem Leben zurechtzukommen. So verhält es sich auch mit dem Land Burgenland. Der nach 1945 als Kriegsverbrecher gesuchte und nach Argentinien geflüchtete Nazi *Oswald Menghin* erhielt dort eine österreichische Pension und 1959 die korrespondierende Mitgliedschaft an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Eine grundlegende Umkehr ist nicht in Sicht. 30 % der Lebensmittel in der EU landen im Müll. Eine *regionale Landwirtschaft*, die klimaschonend arbeitet und ihre Tiere mit selbst angebauten Futtermitteln versorgt, wäre von Lieferengpässen wenig betroffen. Wir haben aber ein globalisiertes System der Agrarindustrie. Die Billigfleisch-Massentierhaltung funktioniert wirtschaftlich nur durch die Produktion von Billig-Futtermitteln in riesigen Monokulturen mit hohem Pestizideinsatz und unter Ausbeutung der Umwelt. Das Fleisch wird dann zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt geschleudert und verdrängt *regionale Landwirtschaften* schon von den Preisen her.

Beitrag zur EU-Zukunftskonferenz, Teil Zwei

Kausich-Institut und angeschlossene Bücherei

A-7034 Zillingtal/Celindof

Hirmerstraße 5

April 2022

Ein Projekt entsteht und wird erfolgreich umgesetzt

Die „*Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung*“ mit Sitz in Wien ist ein gemeinnütziger Verein, der im Jahr 1977 gegründet wurde. Er bezweckt die Förderung der politischen Bildung im Bereich der Erwachsenenbildung. Im Rahmen seiner Aktivitäten erfolgt auch die finanzielle Förderung von Projekten zur politischen Bildung.

Die „*Kausich-Bücherei*“ in Zillingtal/Celindof in der Nähe von Eisenstadt bewarb sich im Jahr 2020 um eine Förderung für ihr Projekt „*Das Burgenland in 100 Problemen 1921 – 2021*“ und erhielt zur *Projektnummer 13/2020* am 16. Dezember 2020 einen Betrag von 900 Euro überwiesen. Mit diesem Betrag konnten nur rund 30 Prozent der entstandenen Fahrtkosten für die notwendigen Recherchen abgedeckt werden. Es liegt nunmehr eine umfangreiche erste digitale Arbeitsversion dieses Projekts vor. Diese soll noch anderen Organisationen der im Burgenland im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders schwach ausgeprägten Zivilgesellschaft übermittelt werden. Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wurden im Text nur dort Quellenangaben gemacht, wo sie unbedingt notwendig sind. Die Quellenangaben wurden in einer eigenen umfangreichen Datei abgespeichert. Auf Fotos im Text wurde zur Gänze verzichtet, dies aus Kostengründen. Es wurden aber im Zuge der Recherchen sehr viele ausdrucksstarke Fotos gemacht. Diese sollen zu *speziellen Fotodokumentationen* verarbeitet werden – etwa zu der ganz massiv im Burgenland betriebenen Bodenversiegelung, zu aufgelassenen öffentlichen Büchereien, den sogenannten „*Bücherfriedhöfen*“, zu geschlossenen ehemaligen Bankfilialen, Buschenschank-Betrieben etc. Diese *Fotodokumentationen* werden auch Begleittexte, Interviews, Stellungnahmen und sonstige Materialien enthalten. Das Projekt wird also noch wesentlich ergänzt und stark erweitert werden, es soll auch *digital storytelling* in größerem Umfang betrieben werden einschließlich von Videobeiträgen. Jedes Land kultiviert sein *Selbstbild*, bestehend meist aus diversen Geschichtserzählungen, die oft falsch sind – oder zumindest nicht vollständig. Dieses Projekt stellt auch den Versuch dar, diese *Narrative* zu *dekonstruieren*. Die *Deutungshoheit* über Geschehenes darf nicht der Politik überlassen werden – und noch weniger denen, die von ihr profitieren oder profitiert haben.

Die „*Kausich-Bücherei*“ ist eine Selbsthilfeorganisation von Angehörigen der kroatischen nationalen Minderheit im Burgenland. Diese erste digitale Arbeitsversion enthält daher auch einen Teil in kroatischer Sprache. Als öffentliche Bücherei gehört sie dem „*Büchereiverband Österreichs*“ an, dem gleichfalls Dank ausgesprochen wird. Der BVÖ führt eine „*Statistik öffentlicher Bibliotheken in Österreich*“, welche regelmäßig veröffentlicht wird. Zieht man die

Statistik für das Jahr 2019 heran, so steht in dieser explizit, dass die beiden Bundesländer Burgenland und Kärnten bei etlichen wichtigen Indikatoren „*am unteren Ende der Skala zu finden sind.*“ Den größten Anteil an Gemeinden ohne Bibliothek haben Kärnten (65,2 %) und das Burgenland (64,3 %). Beim Anteil der Bibliotheksbenutzer/innen an der Gesamtbevölkerung liegen Vorarlberg (19,8%), Salzburg (13,1%) und Tirol (11,1%) an der Spitze, am schwächsten schneidet hier Kärnten mit 4,9 % ab. Das Burgenland ist überall ganz schwach (Entlehnungen pro Einwohner/in; Gesamtaufwendungen pro Einwohner/in für öffentliche Bibliotheken; Mittel für den Ankauf neuer Medien). Von den 8.919 ehrenamtlichen Bibliothekaren/Bibliothekarinnen in ganz Österreich haben nur 17,9 % eine abgeschlossene bibliothekarische Ausbildung. Während österreichweit rund 16 % der öffentlichen Büchereien in eigenständiger kirchlicher Trägerschaft stehen, sind es im Burgenland nur 4 %.

Am 5. Juli 2018 wurde im Burgenländischen Landtag der Beschluss gefasst, einen „*5-Jahres-Plan*“ zu erarbeiten, welcher nunmehr vorliegt und sich „*Bibliotheksentwicklungsplan für das Burgenland 2021-2025*“ nennt. In diesem ist von „*dringendem Verbesserungsbedarf*“ (S.6) bzw. „*enorm viel Verbesserungspotenzial*“ (S. 11) die Rede und auch davon, dass sich das Burgenland beim Versorgungsgrad „*im Österreich-Vergleich an letzter Stelle befindet*“ (S. 25) bzw. bei den Gesamtausgaben pro Einwohner/in sogar „*abgeschlagen an letzter Stelle*“ (S. 28). Eine „*deutliche finanziellen Unterversorgung des öffentlichen Bibliothekswesens seitens des Landes*“ (S. 27) ist gegeben. Von den im Vorwort zum Bibliotheksentwicklungsplan von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil angeführten „*rund 65 öffentlichen Büchereien des Burgenlandes*“ erfüllen derzeit nur überhaupt 14 die Förderungsrichtlinien des Bundes, die Mindeststandards zur Qualitätssicherung festlegen (S.64). Zu diesen 14 zählt auch die „*Kausich-Bücherei*“ in Zillingtal/Celindof.

Mit werbefreien Medien wie *Addendum* (Datenrecherche-Projekte) oder *Pragmaticus* (Experten-Meinungen) aus dem Haus *Mateschitz* kann sich diese Studie über die Probleme des Burgenlandes, welche auf einer sehr kleinen Förderung beruht, natürlich nicht messen. In diesen Medien werden Texte organisiert, redigiert und aufwendig und hochwertig in Szene gesetzt. Dafür fehlen hier die Mittel.

Auch den Verantwortlichen des Franziskanerordens in Österreich wird Dank ausgesprochen. Unter dem Motto „*Aufblättern*“ gab es vom 9. Juni bis 17. Oktober 2021 im Franziskanerkloster Güssing eine äußerst sehenswerte Ausstellung über die im Kloster befindliche historische Bibliothek. Diese beherbergt 4866 Bücher, davon sind leider nur 2812 katalogisiert. Die Bibliothek hat 212 Inkunabeln und 34 Handschriften in ihrem Bestand.

Das 312 Seiten starke Werk von *P. Arnold Magyar O.F.M.* (Selbstverlag, 1980) „*340 Jahre Franziskaner in Güssing 1638 – 1978*“ zeigt deutlich auf, was sich *nach 1921* im südlichen Burgenland ereignete:

Am 20. August 1921 feierte man in Güssing letztmalig das Fest des hl. Ungarnkönigs Stephan. Am 28. November 1921 zogen österreichische Truppen in Güssing ein (S. 107). Im Jänner 1923 verlangte man die Entfernung des ungarischen Wappens vom Hochaltar der Kirche. Doch die Patres wiesen diese Forderung mit der Begründung zurück, dass dafür nur der Patronatsherr zuständig sei. Das Wappen wurde trotzdem am 1. Juni 1923 zwangsweise abmontiert. Im März 1923 wurde eine Volkszählung in Güssing durchgeführt. Es gab 1175 Personen mit deutscher Muttersprache, 984 mit ungarischer, 28 mit kroatischer und 8 mit anderer Muttersprache. Obwohl sich also fast die Hälfte der Bevölkerung zur ungarischen Muttersprache bekannte, gab es keinen ungarischen Gottesdienst mehr in der Kirche (S. 107). Der austrofaschistische Ständestaat gerierte sich dann einige Jahre später als „*zweiter deutscher Staat*“ neben Hitlerdeutschland und versuchte, wenn auch vergeblich, das NS-Regime im „*Deutschtum*“ sogar noch zu übertreffen. Im Mai 1936 (!) wurde die „*Ostmark-Jugend*“ gegründet (S. 213), der Begriff „*Ostmark*“ wurde also auch schon von der austrofaschistischen Ein-Parteien-Diktatur verwendet.

Der kroatischen nationalen Minderheit im Südburgenland erging es nicht viel besser als den Ungarn. St. Nikolaus (heute ein Stadtteil von Güssing) war völlig verödet und wurde 1545 von vor den Türken aus Slawonien geflüchteten kroatischen Familien neu besiedelt, was urkundlich genau dokumentiert ist. 1632/34 wirkte hier der Jesuitenpater *Matthias Vernich* (1598, Zagreb – 1660, Varaždin). Es gab damals ein dichtes Netz kroatischer Ansiedlungen rund um Güssing. Seit dem 29. Juli 1727 wurde bei den Franziskanern in Ungarn ein sehr gut funktionierender „*Nationalitäten-Proporz*“ bei den Ämtern im Orden zwischen Mitgliedern deutscher, ungarischer und kroatischer Muttersprache etabliert (S. 133 ff.). Es gab etwa mit *Modestus Dominkovics* einen kroatischen Provinzial für ganz Ungarn (1753), kroatische Guardiane wie etwa *Kaspar Vuketics*, der 1742 den ersten vorhandenen Katalog der wertvollen historischen Bibliothek in Güssing schuf, kroatische Sonntagsprediger wie *Gregor Milkovics*, die kroatischen Buchautoren *Sidonius Vaszolits*, *Lorenz Bogovich*, *Simon Kniefacz*, *Godefried Palkovits*.

Im Dezember 1921 forderte die Gemeinde Großmürbisch/Veliki Medveš, nur einige Kilometer von Güssing entfernt, unter Verweis auf einen Anteil von 75 % (!) an Kroatinnen und Kroaten vergeblich die Respektierung der jahrhundertealten kroatischen Traditionen im Ort, worauf es sogar

1926 zu einem Gerichtsverfahren gegen das kroatische Volkstum in Schule und Kirche kam. Die kroatische Sprache wurde im südlichen Burgenland *erst in der I. Republik* weitgehend und ganz massiv verdrängt, es kam zu einer *Zwangsassimilierung* bzw. zu einer *erzwungenen Eindeutschung*.

Zum Vergleich: 1879 wurde im damals westungarischen Bezirksvorort Oberwart eine deutschsprachige Zeitung gegründet, die „*Oberwarther Sonntags-Zeitung*“. *Albert Schuch* schreibt in der Abhandlung „*120 Jahre Oberwarter Zeitung*“ wie folgt über dieses sehr populäre Blatt: „*Nur amtliche Verlautbarungen brachte sie in ungarischer Sprache, später druckte sie auch sämtliche Ortsnamen in amtlich-magyarischer Schreibweise, aber ansonsten konnte sie stets die deutsche Sprache beibehalten. Immer wieder finden wir darin in hianzischer Mundart verfasste Beiträge, meist Gedichte, aber auch kurze Erzählungen oder Inserate. In der Oberwarter Druckerei wurden sogar ganze Bücher in hianzischer Mundart hergestellt, etwa 1897 ein Buch von Johannes Ebenspanger.*“

Hier wäre noch anzumerken, dass sowohl *Oberwart* als auch *Oberpullendorf* als Bezirksvororte einen starken autochthonen ungarischen Bevölkerungsanteil aufweisen und es heute zweisprachige Ortstafeln in diesen beiden burgenländischen Städten gibt, die Wiedergabe von amtlichen Verlautbarungen und Ankündigungen und der topographischen Bezeichnungen (auch) auf Ungarisch daher gerechtfertigt war.

Besonderer Dank gebührt auch der *Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich*, aber auch verschiedenen europäischen Dienststellen in Brüssel. Die Geschichte der EU-Kulturpolitik begann im Jahr 1992 mit einem Kulturartikel im Vertrag von Maastricht. Da bekamen die EU-Institutionen erstmals Kompetenzen im Kulturbereich. Nach dem für 2016 erschienenen Kulturbericht der Statistikbehörde *Eurostat* betragen die öffentlichen Kulturausgaben in Österreich 2,4 %, im ehemaligen „*Ostblockstaat*“ Estland aber 4,9 %. Unser Nachbarland Slowenien (unabhängig seit 1991, EU-Mitglied seit 2004) hat eines der besten Systeme öffentlicher Büchereien in Europa und hat auf diesem Gebiet Österreich bei weitem schon übertroffen.

„*Das Schlimmste an der Gegenwart ist die Zukunft!*“ Diesen Satz schrieb einst der große, vor 200 Jahren geborene französische Schriftsteller *Gustave Flaubert* (1821 – 1880). Zu seiner Zeit wurden noch keine Klimakonferenzen abgehalten wie die 2021 in Glasgow, wo sich rund 40.000 Verhandler/innen, Beobachter/innen, Aktivisten/Aktivistinnen und Medienvertreter/innen zusammengefunden haben, um über die größte Bedrohung unseres Planeten zu diskutieren.

Der im Dezember 2019 vom Europäischen Rat verabschiedete und von Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* vorgestellte *European Green Deal* (EGD) sieht vor, dass 2050 in der EU keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden. Die EU hat sich damit verpflichtet, bis 2050 *Klimaneutralität* zu erreichen. Für Österreich setzte die derzeitige Koalitionsregierung eine Frist bis 2040, also ein Jahrzehnt früher als die EU. Entsprechend würdigte der Nationalrat im März 2021 das erfolgreiche österreichische Klimavolksbegehren (fast 400.000 Unterschriften) mit einer umfangreichen EntschlieÙung, die unter anderem die Einführung eines Klimarats sowie die Sicherstellung einer Klimaschutzmilliarde bis 2030 beinhaltet.

Die *Fakten* bezüglich der Erreichung der Klimaziele in Österreich sind allerdings sehr durchwachsen: Die Emissionen von Treibhausgasen pro Kopf und Jahr haben sich seit 2014 kaum verändert. In seinem Bericht *Klimaschutz in Österreich – Maßnahmen und Zielerreichung 2020 (Prüfzeitraum 2015–2019)* betonte der österreichische Rechnungshof, dass sich die Treibhausgasemissionen des Landes 1990 bis 2017 um fünf Prozent erhöht haben, während sie im EU-Schnitt im selben Zeitraum um ein Viertel gesunken sind.

Einer der bekanntesten Texte der großen österreichischen Schriftstellerin *Ilse Aichinger* ist ihr legendärer „*Aufruf zum Misstrauen*“, welcher 1946 erschienen ist. Dieser Text hat bis heute nichts von seiner Aktualität und Richtigkeit verloren: In Österreich sind nicht einmal *Kurzstreckenflüge* verboten, obwohl längst erwiesen ist, dass bei derartigen Flügen der Kohlendioxid-Ausstoß (gerechnet für zwei Personen) sechsmal höher ist als bei Reisen mit dem Zug und doppelt so hoch wie bei Reisen mit dem Auto.

Das Projekt wird sinnvoll weitergeführt werden: Ab 2022 werden sowohl im nördlichen, mittleren als auch im südlichen Landesteil geführte Rundgänge unter dem Titel „*Eingedeutscht! Vielfaltsvernichtung im Burgenland*“ angeboten werden, gestützt auf zum Teil bis heute unveröffentlicht gebliebene Originaldokumente.

Der *Bildungsdirektion Burgenland* wird angeboten werden, ab 2022 diese umfangreiche Studie mit Lehrkräften aus den Fächern „*Politische Bildung und Recht*“, „*Geschichte und Zeitgeschichte*“ und „*Volkswirtschaftslehre*“ in Form von Arbeitskreisen zu diskutieren. Auch bildet diese Studie eine Grundlage für den notwendigen Diskurs mit den politisch Verantwortlichen im Land Burgenland, aber auch im Bund und in der EU.

Es erfolgte noch eine *beträchtliche Ausweitung der Studie*, die zunächst rein regional und auf das Burgenland in seinem Jubiläumsjahr 2021 bezogen war. Die Vorgaben der *EU-Zukunftskonferenz*, welche Lösungen zu zehn Themenfeldern (Klimawandel und Umwelt, Gesundheit, Wirtschaft, Migration etc.) erarbeitet, wurden erfüllt und ein umfangreicher und qualitätsvoller Beitrag zu ihr gestaltet. Eingearbeitet wurden noch Stellungnahmen zum neuesten Klimabericht des Weltklimarates (IPCC), welcher nichts Gutes verheißt, und zum Ausbruch des Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022.

Kausich-Institut und öffentliche Bücherei

A-7034 Zillingtal/Celindof, Hirmerstraße 5

(gegründet 2012 von Dr. Herbert GASSNER)

April 2022